Heft 12 Dezember 1989 6,- DM

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Aus dem realen Sozialismus in die reale Barbarei?
- Die Reps, ein deutscher Komparativ
- Archipel USA
- Streit: Der Lohn der Männer-Gewerkschaft
- Vertreibung der Zigeuner aus dem KZ
- Knast für Behinderte

in konkret Dezember 1989

von konkret

an konkret

No deposit, no return von Hermann L. Gremliza

Imre Modrow? von Uwe Klußmann

Wieviel Sozialismus ist in der DDR noch zu retten? Muß sich die SED auf die Illegalität vorbereiten? Gibt es eine linke DDR-Opposition, und wie stehen ihre Chancen? Wer findet den Weg zwischen Ausverkauf und himmlischem Frieden?

Erneuern oder AbreißenMacht kaputt, was uns schon lange nervt von Charlotte Wiedemann

Den Zerfallsprozeß der DKP durch massenhafte Austritte zu beschleunigen, empfiehlt Charlotte Wiedemann den Erneuerern in ihrem Kommentar. Das mochte eine 2/3 Mehrheit der KONKRET-Redaktion so nicht stehen lassen. Sie bat Detlef zum Winkel zu beschreiben, wie er die DKP am Wochenende des Erneuerer-Kongresses erlebt hat

Erneuern oder AbreißenEin kleines Wunder von Detlef zum Winkel

Den Zerfallsprozeß der DKP durch massenhafte Austritte zu beschleunigen, empfiehlt Charlotte Wiedemann den Erneuerern in ihrem Kommentar. Das mochte eine 2/3 Mehrheit der KONKRET-Redaktion so nicht stehen lassen. Sie bat Detlef zum Winkel zu beschreiben, wie er die DKP am Wochenende des Erneuerer-Kongresses erlebt hat

Deutschland den Deutschen von Michel R. Lang

Die sozialdemokratische Regierung der Hansestadt will Hamburg 'zigeunerfrei' machen. Ihre Polizei schaffte Roma und Cinti vom Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme, wohin sie sich aus Furcht vor Abschiebung geflüchtet hatten. Am Abend des 9. November kehrten die Verfolgten, von 1.500 Demonstranten unterstützt, dorthin zurück. Die Stadt, die Platz für 20.000 DDR-Bürger hat, bleibt dabei: kein Bleiberecht für Zigeuner

Rechts ist die deutsche Mitte von Thomas Ebermann; Georg Fülberth; Hermann L. Gremliza

»Wehret den Anfängen«, »Gemeinsam gegen rechts« oder aber »Endlich normal«: das sind die Parolen und Seufzer, mit denen die BRD-Linke auf die Wahlerfolge der »Republikaner« reagiert. Der »Entwurf einer politischen Grundlage für den Kreis 'Radikale Linke'« (KONKRET 11/89) versuchte diese Hilflosigkeit gegenüber dem Aufstieg des parteipolitischen Rechtsextremismus zu thematisieren. Als Beitrag zu den Diskussionen vor und auf dem bundesweiten Kongreß »Radikale Linke« im Mai 1990 legen drei Autoren hier ein Papier vor, das die »Republikaner« als die Steigerungsform der BRD-Staatsparteien identifiziert – mit dem Fazit: Wer die Reps treffen will, darf nicht am Modell Weizsäcker vorbeizielen

Von Metzgern und Ministern von Huub Jaspers; Gerard Legebeke

In dem Land, in dem EG und Nato ihre Hauptquartiere haben, hat es in den letzten zehn Jahren eine Reihe von Affären und Schwerverbrechen gegeben, die zunächst vor allem eines gemein zu haben schienen: trotz intensiver Ermittlungen blieben sie unaufgeklärt. Mittlerweile deutet jedoch vieles darauf hin, daß die Täter einer rechtsradikalen Gruppierung angehören, die bereits Wurzeln im Staatsapparat geschlagen hat: Angehörige der dem Verteidigungsminister unterstellten »Rijkswacht«, Belgiens größtem Polizei-Apparat, sind in die kriminellen Machenschaften verstrickt

The american way of death von Jürgen Heiser

2.200 Gefangene sitzen in den Todeszellen der US-Gefängnisse. Besonderes Kennzeichen der meisten: die Hautfarbe. Einer von ihnen ist der schwarze Journalist Mumia Abu-Jamal, ein politischer Gefangener. Er erwartet seine Exekution, weil eine ausschließlich weiße Jury sich für seine Reportagen über die rassistische Verfolgung von Schwarzen und Hispanos rächen wollte

Pinochet geht als Sieger von Gunter Blank

»Die Demokratie muß gelegentlich in Blut gebadet werden«, sagte Chiles Diktator Pinochet im September 1974. Jetzt, 15 Jahre danach, wird des Badewasser abgelassen. Die Demokratie, die ihm entsteigen darf, hat sich wirklich gewaschen

Mörder sind potentielle Soldaten von Henning Venske

Konkret-StreitgesprächKüche, Krise, Klassenkampf von Ingrid Kurz-Scherf; Henner Wolter; Rainer Trampert

Zum KONKRET-Streitgespräch über die Perspektive der Gewerkschaften und den bevorstehenden Tarifkonflikt trafen sich: Ingrid Kurz-Scherf Leiterin der Abteilung Tarifpolitik beim DGB-Bundesvorstand; Henner Wolter, Justitiar der IG Medien, und Rainer Trampert, aus der IG Chemie ausgeschlossener ehemaliger Vorstandssprecher der Grünen

Die Fahrt des Zuges von Jutta Ditfurth

Wie viele westdeutsche Linke hat Castros Cuba schon bitter enttäuscht! Von wegen kommunistisches Zukunftsmodell! Überall Polizei, Überwachung, Korruption. Und nun auch das noch: Atomkraftwerke und Gentechnologie! Oder läßt Castro doch noch mit sich reden? Und wie?

Sinn ohn´ Form: Mutprobe Fabrikarbeit?

Tod den Schwachen von Susanne Hahn

Daß linke Mediziner und Sozialpolitiker in der Weimarer Republik sich an der Entwicklung sozial- und rassehygienischer Theorien beteiligt haben, ist seit einigen Jahren in der bundesdeutschen Debatte anerkannt. Der Name des sozialdemokratischen Arztes Alfred Grotjahn steht stellvertretend für diese Richtung. Es hat aber auch eine andere Tradition marxistischer Theoretiker gegeben, deren Vertreter, ausgehend insbesondere von August Bebels und Clara Zetkins sozialpolitischen Arbeiten, in der Weimarer Republik gegen die sich abzeichnende Tendenz zur Vernichtung "lebensunwerten" Lebens Front machten, die Forderung nach strafrechtlicher Freigabe der Tötung auf Verlangen ablehnten und sich gegen bevölkerungspolitische Herrschaftsmaßnahmen aussprachen

Freiheit bitte billig von Theresia Degener; Oliver Tolmein

Zwangssterilisation wird legalisiert, der als »Euthanasie" verbrämte Mord an behinderten Neugeborenen breitenwirksam diskutiert, jetzt bereiten die Sozialbehörden im reformfreudigen Westberlin und im schwarzen Bayern ein Asylierungsprogramm für Behinderte vor. Aus Kostengründen

Vernichtung und Arbeit von Christopher R. Browning

Hat es eine »Ökonomie der 'Endlösung'« gegeben? Wenn ja, welchen Kriterien ist sie gefolgt? Wer waren die Initiatoren und Strategen ihrer Durchführung, und von welchen Motiven ließen sie sich leiten? Nachdem Ulrich Herbert in KONKRET 11/89 die Thesen von Susanne Heim und Götz Aly zum Primat bevölkerungspolitischer und ökonomischer Planungen vor dem Rassismus der Nazis (KONKRET 10/89) kritisiert hat, beschäftigt sich der amerikanische Historiker Christopher R. Browning mit jener Gruppe der »planenden Intelligenz« in den unteren Rängen der Nazi-Bürokratie, die nach Meinung Heims und Alys die 'Endlösung' ersann und durchsetzte

Buch des Monats - Der Jude Barbie von Wolfgang Schneider

Alain Finkielkraut: Die vergebliche Erinnerung. Vom Verbrechen gegen die Menschheit, Edition TIAMAT, Berlin 1989, 115 S., 19.8O Mark

Kamele für den Frieden von Martin Fischer

Die linken Kritiker der Informatik wollen nur noch das Schlimmste verhüten. Wer sie als Staatsfeinde verfolgt, verschwendet Steuergeld

Piwitts kleines Feuilleton von Hermann Peter Piwitt

Musikplaudertasche von Eckhard Henscheid

Platte des Monats - Oh Merci, Bob Dylan von Günter Amendt

Bob Dylan: Oh Mercy; CBS

Pickeln & Pinkeln von Dietrich Kuhlbrodt

Bernhard Wicki (»Das Spinnennetz«) und Klaus Maria Brandauer (»Georg Elser – einer aus Deutschland«) erklären uns den Faschismus

»tüüt, tüüt« von Herr Thömmes

Kaum war das europäische Haus fertig, kam der Dialog – und fegte es weg

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Exklusiv-Raubdruck von Ernst Kahl

Ein Kapitel des jüngst im Verlag am Galgenberg erschienenen neuen Bestarium Perversum von Ernst Kahl trägt die Überschrift Das Tier im Krieg. Kongretchen veröffentlicht daraus ohne freundliche Autorengenehmigung Fragmente einer Zoogeschichte

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

konkret 12/89, S. 4

von konkret

Ein Unglück kommt selten allein: »Das Volk siegt« (im »Spiegel«) und neunzig Prozent der KONKRET-Seiten sind schon in der Druckerei; darunter freilich auch das Titelblatt, das durch die jüngste Entwicklung nicht nur an Aktualität, sondern auch Verständlichkeit gewonnen hat. Im Heft blieb nur Zeit und Raum für zwei Beiträge zum deutschen Herbst '89: Für Uwe Klußmanns Artikel über die politischen Absichten und Möglichkeiten der DDR-Führung, der SED und der verschiedenen Oppositionsgruppen; und für die Kolumne des Herausgebers, der sich wieder einmal nicht so freuen will wie das siegende Volk.

Zu früh lag de Redaktionsschluß auch für den Beitrag über die Roma und Cinti, der mit der erneuten Besetzung des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme endet. Die letzte Meldung dazu: Am Morgen des 10. November haben die 18 hungerstreikenden Roma die Besetzung des Klinkerwerks auf dem Gelände des KZ Neuengamme beendet. Gleichzeitig brachen sie den am 31. Oktober begonnenen Hungerstreik ab. Drei Personen sollen ins Krankenhaus eingeliefert worden sein.

Wie berichtet, hatte die »Bild«Zeitung am 16. Oktober dieses Jahres KONKRET eine »linke Sex-Postille« genannt. Vier Tage später mußte sich die Axel Springer Verlag AG verpflichten, »bei Meidung einer für jeden Fall der Zuwiderhandlung zu zahlenden Vertragsstrafe... es zu unterlassen, KONKRET als 'Sex-Postille' zu bezeichnen und/oder bezeichnen zu lassen«. Ob das helfen wird? Bereits am 8. März 1977 hatte das Landgericht Hamburg dem Axel Springer Verlag verboten, »zu behaupten und/oder zu verbreiten, behaupten und/oder verbreiten zu lassen, die Zeitschrift KONKRET sei ein 'Politporno Magazin'«. Das hat auch nicht geholfen. Die Hersteller der Politporno-Zeitung »Bild« können sich einfach nicht vorstellen, daß sich Publikationen ohne Wichsvorlage am Markt halten.

Ein Streitgespräch über die Perspektiven der Gewerkschaften und ihrer Tarifpolitik? Mit Rainer Trampert von den Grünen und Ingrid Kurz-Scherf vom DGB?

Nein, es habe wirklich keinen Sinn, die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulff-Matthies dazu einzuladen, beschied deren Pressestelle die KONKRET-Redaktion: »Da fehlen ja die Arbeitgeber, ohne deren Beteiligung ein Gespräch über Tarifpolitik uns nicht sinnvoll erscheint.« Der ÖTV-Tarifpartner Schäuble (Bundesinnenminister) wird diese Haltung zu schätzen wissen. Statt Frau Wulff-Matthies kam Henner Wolter von der IG Medien zum Streitgespräch (Seite 43).

Ein Leserbrief zu »Dieser Herbst hat alles verändert« von Fritz Noll in der DKP-Zeitung »UZ« vom 23. Oktober 1989:

Zu den Neuigkeiten dieses Herbsts kann ich noch zwei hinzufügen: erstens, daß nach fünfzehnjähriger Tätigkeit als Herausgeber und Kolumnist von KONKRET in diesen Tagen das »Neue Deutschland« zum ersten Mal meine Arbeit erwähnt und mich unter die »besonnenen BRD-Bürger« eingereiht hat; zweitens, daß ebenfalls zum ersten Mal die »UZ« mich eine »bemerkenswerte Ausnahme« nennt und dies als Lob meint. Daß beide Neuigkeiten mich nicht freuen, liegt nicht an meiner in zwei Republiken gefürchteten Eitelkeit, sondern an der Attitüde der Lobredner, die mich heute für die Konsequenz einer Haltung rühmen, die sie noch gestern, etwa zur Friedensbewegungszeit, als unsicheres Kantonisten- oder linkes Sektierertum denunziert oder öffentlich ignoriert haben; einem Lob meiner Arbeit aus ihrem Munde hätte einige selbstkritische Anstrengung vorauszugehen. Da sie unterbleibt, kann Ihr Kommentator Fritz Noll so tun, als seien die »Journalisten, denen man in der Vergangenheit ein kritisches Engagement nachsagen konnte«, plötzlich in diesem Herbst verrückt geworden, während ich, der bis dahin Verrückte, endlich geheilt entlassen werden könne. In Wahrheit haben nicht die Journalisten (oder die SPD-Pröbste und Verständnispfaffen) seit der Zeit, da Kommunisten sie als Bündnispartner umwarben, sich geändert, sondern bloß die Zeiten und die günstigen Gelegenheiten, sich ans teure Vaterland anzuschließen. Nun scheinen die Nolls ihre Blamage durch generöse Gesten zugunsten jener wettmachen zu wollen, deren Weigerung, beim Friedensbewegungsschunkeln mitzutun, damals ein Parteiordnungsverfahren zur Folge gehabt hätte, wenn man denn Mitglied gewesen wäre. Ich aber verzichte gern auf solchen Beifall und ziehe es vor, gelesen zu werden statt gelobt, und besonders dann, wenn es weh tut, das heißt: rechtzeitig.

Hermann L. Gremliza

konkret 12/89, S. 6

an konkret

Deswegen

KONKRET 10/89: Editorial »Foftein«

Ein schrecklicher Satz steht in KONKRET »Ja, es ist wahr, wir lieben dieses Land und seine Leute nicht«.

Das »wir« ist nicht wahr. Auch ich schreibe in KONKRET. Ich liebe dieses Land, auch wenn ich es nicht über alles liebe. Ich mag Landschaften, Dörfer, Städte, Hamburg zum Beispiel. Ich liebe viele Menschen hier. Ich mag die Mädchen, die in Bergedorf einen Brennstab-Transport blockiert haben. Ich bin ein Freund von Emil Heitmann, der so viele Jahre im Zuchthaus war, weil er ein Mensch gegen Hitler war. Ich verehre Charlotte Gross, die ihren Kopf riskiert hat in der illegalen Arbeit und ein bescheidener Mensch geblieben ist. Ich habe tiefe Sympathien für die Leute, die ihre Hände an den Koksöfen in Rheinhausen gewärmt haben, als sie ihre langen Demonstrationen machten. Ich trauere um die Widerstandskämpferin Katharina Jacob, die ihr Leben lang für die Schwachen gekämpft hat und deren weiches Herz nun nicht mehr schlägt. Ich denke viel an Esther, die in Auschwitz war und die mir zur Schwester geworden ist. Mein Herz hängt an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, auch wenn sie schon lange tot sind. Ich fühle mich wohl bei den Menschen unserer Gruppe »Helft Nicaraguas Kindern«, die seit fünf Jahren Zeit und Geld geben, um die Kranken im Kinderkrankenhaus La Mascota in Managua zu retten. Ich bin gern bei Helga und Reinhard und Franziska, bei Brigitte und Barni und all den anderen, die mit uns zusammen ein Waldstück gekauft haben, um ein Nato-Depot zu verhindern.

Ich mag sie gern, und ich mag dieses Land, deshalb hasse ich die Aufsichtsratsmitglieder von MBB. Ich finde Herrn Kohl zum Kotzen. Mir wird kalt bei den Spießbürgern, die sich über Friedensdemonstrationen mokieren und die von Wiedervereinigung reden und Großdeutschland meinen. Die schlimmsten Mörder sind die Spießbürger, hat Hannah Arendt gesagt, und gemeint hat sie die braven Verbrecher, die bei den Faschisten gesetzestreu waren und alles mitgemacht haben. Und die es wieder tun würden.

Wie schlimm, wenn einer so einsam ist. daß er dieses Land und seine Menschen

nicht lieben kann. Das Land, daß geschändet ist von seinen Spießbürgern, Waffenproduzenten, Nazis, aber sie werden eines Tages nicht mehr die Macht haben. Deswegen liebe ich meine vielen Freunde. Und deswegen schreibe ich auch in KONKRET.

Günther Schwarberg

Seevetal

Bißchen schwanger

KONKRET 11/89: »Vorschlag zur Güte«, von Hermann L. Gremliza

Wie einfach ist es doch, einen Leitartikel zu schreiben, und wie schwer, zu leiten!

Fehlt Dir nicht der biologische und sozialistische Durchblick? Nur ein bißchen Schwangerschaft, das gibt es nicht, aber ein bißchen Sozialismus oder ein bißchen Kapitalismus, das gibt es durchaus. Dein Vorschlag an die SED hätte in der »FAZ« stehen können, denn, so gut er gemeint ist, er versucht nur, den Sozialismus ad absurdum zu führen. Überlaß der das doch, und zwing nicht die überbeschäftigten Politbüromitglieder, sich mit solchen überintelligenten Vorschlägen auseinanderzusetzen. »Alles oder nichts«, Dein alter (liebenswerter?) Fehler. Jetzt bist Du beim Nichts angelangt.

Mit sozialistischen Grüßen

Klaus Hübotter

Bremen

PS: Die in die DDR einzuladenden Tamilen, Kurden, Ghanaer, Iren, Armenier... werden nicht so doof sein, einer solchen Einladung zu folgen. Sie sind schon jetzt so doof, daß sie Schönefeld nur als Zwischenstation nach Tegel benutzen, und die Iren, die laufend ihr Land verlassen, und zwar in viel größeren Scharen als die Deutschen die DDR, hauen ohne Umwege in die USA ab.

Der Artikel hat auch für mich (weiblich) einige interessante Aspekte. Nur eins ist mir verschleiert geblieben, nämlich wieso Sie nur dazu auffordern, jeden BürgER der DDR ab 1.1.90 auswandern zu lassen. Möchten Sie damit sagen, die Bürgerinnen würden oder müßten alle dableiben? Auch verstehe ich nicht so ganz, warum z.B. nur Iren und nicht auch Irinnen einwandern würden. Was mich dagegen aber erfreut hat, ist, daß es in der DDR nur Rassisten gibt, die ausgespäht werden müssen. Da ich Ihren Artikel auch verstehen möchte, bitte ich Sie daher, die von mir genannten Unstimmigkeiten zu klären.

Hanna Wagner

München

Was Sie dem ZK der SED schon an Möglichkeiten im Fall der Durchsetzung ihres Beschlußvorschlags aufgezeigt haben, böte der DDR auch endlich mal die Chance, ihren Brüdern und Schwestern in der BRD humanitäre Hilfe zu leisten. Eine geradezu übermenschlich menschliche Entwicklung könnte den Ausgekotzten unserer Zwei-Drittel-Gesellschafts-Mühle die Möglichkeit geben, Mitglied einer wunderbaren (vielleicht) Vier-Drittel-Gesellschaft in der BRD zu werden. Wie das?

Wenn die DDR also ihre Grenzen für alle Verfolgten und übel Benachteiligten dieser Welt öffnet, dann würden sich bestimmt auch viele Obdachlose, Sozialhilfeempfänger und Asylsuchende in der BRD angesprochen fühlen und »rübermachen«. So weit so gut, wird sich dann der Kohl denken. Einmal in der DDR, wird es den Einen oder Anderen dieses nun herzerfrischend bunten Völkchens vielleicht doch mit der Zeit stören, daß es halt z.B. Kokain und KONKRET doch nur für (BR-) DM gibt.

Albrecht Küssner

Berlin

Obhutspflicht

KONKRET 11/89 »Piwitts kleines Feuilleton«

Schön, daß Ihr Eurem ältesten ständigen Mitarbeiter besondere Aufmerksamkeit widmet. Eure Obhutspflicht geht aber doch zu weit, wenn ich Bad 'Schandau' schreibe und Ihr macht daraus 'Bad Schwartau'. Von Usedom bis Bad Schandau, das ist ungefähr die DDR der Länge nach. Und aus Bad Schwartau kommen in der Frühe die unausgeschlafenen Marmeladen. Ja?

Hermann Peter Piwitt

Hamburg

Sorgfältig

KONKRET 10/89 »Tomayers ehrliches Tagebuch«

Horst Tomayer mag seine eigenen Gedanken zur abstrakten Kunst haben, seine Klassifizierung, abstrakte Plastik sei das Feigste und Dümmste, was die Kunst kennt, verbietet allerdings jede Auseinandersetzung.

Zur Information sei hier angefügt, daß mit dem Deserteursdenkmal eine Bronzeplatte mit der Inschrift: »Hier lebte ein Mann, der sich geweigert hat, auf seine Mitmenschen zu Schießen. Ehre seinem Andenken. (Tucholsky)« untrennbar verbunden ist. Ein sorgfältiger Journalist hätte diese Tatsache ermittelt.

Detlef Ahrens

Ulm

Präfix »Anti«

KONKRET 10/89 »Weit ist der Weg « von Helmut Ridder

Im wie üblich glänzend geschriebenen Beitrag von Herrn Ridder findet sich auf Seite 20 in der 12. Zeile der dritten Spalte für den »durch eine Politik von 'Blut und Eisen'« entstandenen preußisch-deutschen Nationalstaat die Bezeichnung eines »demokratischen Bollwerks im Herzen Europas, von dem zwei Weltkriege ausgegangen sind«. Das kann so im Manuskript von Herrn Ridder nicht gestanden haben, vielmehr ist anzunehmen, daß bei dem Wörtchen demokratisch der Setzer – oder die Setzerin – das Präfix »anti« verschlampt hat. Es wird hiermit nachgeliefert.

H.W. Krause

Bergisch-Cladbach

Exklusiv

KONKRET 11/89 »Entwurf einer politischen Grundlage« des Kreises 'Radikale Linke'

Ich möchte lediglich zu einem Satz in jenem Papier Stellung nehmen. Mein Interesse gerade an diesem Satz begründet sich

sicherlich auch daraus, daß ich im Asylbereich arbeite und deshalb tagtäglich mit dem konfrontiert bin, was man Ausländerfeindlichkeit und Rassismus nennt.

Der Satz: »Die radikale Linke ist sehr dafür, die Faschisten aufs Maul zu hauen. Aber sie wird das nicht gemeinsam mit denen erledigen, welche eine Ordnung, die den Rechtsextremismus fördert, für gut und 'normal' halten.«

Der Zusammenhang, in dem dieser Satz steht, gibt Aufschluß darüber, mit wem die RLs den antifaschistischen Kampf, wie sie ihn verstehen, »nicht gemeinsam ... erledigen« wollen: es sind dies die CDU/CSU, SPD und FDP, weil diese Parteien jenen »gesellschaftlichen Umbruch« der letzten 15 Jahre zu verantworten haben, dessen »logische Folge« »der Aufstieg des parteipolitischen Rechtsextremismus« sei. Und es sind dies jene Mitglieder der GRÜNEN, die die These vertreten, daß die REPs »ein Ausdruck demokratischer Normalität« seien.

Die Konsequenz einer solchermaßen betriebenen Ausgrenzung ist die Exklusivität.

Der Preis einer solchermaßen um der eigenen Exklusivität willen (und deshalb mit äußerster Konsequenz) betriebenen Ausgrenzungspolitik, ist das Absehen von jeglicher historischen Erfahrung, ist die scheinbar blauäugig vorgetragene »moderne« Version einer ausgeweiteten Sozialfaschismus-These.

Matthias Lange

Göttingen

konkret 12/89, S. 8

Hermann L. Gremliza

No deposit, no return

Sie saßen nicht mehr und sie standen noch nicht. Wippend in der Hocke, den Hintern zehn Zentimeter überm Sitz, den Kopf hilfesuchend nach rechts und links und schräg hinten gedreht: so fing die Kamera sie ein, die Grünen im Bundestag. Sekunden zuvor hatten sich die Abgeordneten erst der Regierungsfraktionen dann der SPD erhoben und das Deutschlandlied angestimmt. Sollte, durfte, mußte man jetzt auch aufstehen und mitsingen? Jeder, jede spürte, daß dies die Entscheidung war, an der sich vorbeizumogeln den eigenen und den Erfolg der Bewegung ausgemacht hatte. Weit und breit keine Nische, in die man sich hätte drücken können, wie es einst der Nazi Globke getan haben wollte, als der Eid auf den Führer geleistet wurde. Ach, wäre man doch vor fünf Minuten zum Pinkeln gegangen! Und so balancierten sie denn, endlose Sekunden lang, über den Sitzflächen, zwischen Vaterland und Szene, Chuzpe und Scham, Freiheit und Sozialismus.

Ob sich einer oder eine von ihnen in diesem Augenblick daran erinnerte, wann zuletzt das Deutschlandlied in einem deutschen Parlament so spontan gegröhlt worden war; an jenen 17. Mai 1933, an dem sich nach der aussenpolitischen Erklärung des Führers und Reichskanzlers die Abgeordneten der NSDAP, des Zentrums und auch der Sozialdemokratie zum Gesang des »Deutschland, Deutschland über alles« verbanden? (Kommunisten gehörten dem Parlament schon damals nicht mehr an: sie waren auf dem Weg in die Konzentrationslager; die Sozis wurden erst beim Verlassen des Reichstag von der Gestapo abgefangen.) Vielleicht tat es die schon einmal durch Kenntnis der Geschichte unangenehm aufgefallene Jutta Oesterle-Schwerin, die den Plenarsaal verließ. Die andern blieben, standen und mischten ihre Stimmen in den Choral, den die nationale Einheizfront angestimmt hatte. Zum dritten Mal in diesem Jahrhundert, nach 1914 und 1933, gab es in einem deutschen Parlament keine Parteien mehr. Und zum dritten Mal Grund für alle, die noch einen Kopf zu verlieren haben, sich in Sicherheit zu bringen. Was denn hätte die Geschichte lehren können, wenn nicht dies: daß man besser in Deckung geht, wenn Deutsche Deutsche wg. erwiesenen Deutschseins umarmen.

»Laßt uns doch aufhören, die preussisch-deutsche Geschichte als Schreckgespenst ins Feld zu führen, mit ihr ist es zu Ende. Der neue Staat würde, wie andere auch, nur noch wirtschaftlich expandieren wollen«, schreibt im »Spiegel« der »Bildzeitungs«-Kolumnist Rudolf Augstein. »Nur noch« – als hätte das deutsche Kapital 1914 und 1933 etwas anderes *gewollt*- damals wurden zu diesem Zweck zwar Weltkriege geführt, aber einer Sprache, in der die Erinnerung an Auschwitz heute als – huch! – »Schreckgespenst« vorkommt ist auch morgen keine imperialistische Brutalität fremd.

Wie immer haben auch hier die schlimmsten Prognosen die besten Chancen Wirklichkeit zu werden. Wenn die Teilung die Strafe dafür hatte sein sollen, daß Deutschland auch den Zweiten Weltkrieg angefangen und verloren hat, wäre die Aneignung der DDR der späte Kriegsgewinn. Und diesmal, so scheint es, haben sie es richtig angefangen. »Wir schaffen es, ohne Waffen-SS«: Wolfgang Neuss' satirischer Vorschlag einer Parole für den SPD-Wahlkampf 1965 überspitzte die politische Strategie nur geringfügig. *So* haben sie es geschafft, sie bekennen sich vor den Resten der Mauer zum Sieg ihrer Politik und streiten sich bloß noch, wer den größeren Anteil hatte: Der Kalte Krieg oder seine moderne Variante, die Entspannungspolitik, eigene Aufrüstung oder Abrüstung der andern, Adenauer oder Brandt, Strauß oder Schmidt oder der alles mit allem und alle mit allen vereinigende Gesamtgenscher. Das »Volk sind wir« waren sie. Und sie sind es auch, die dem »Volk der DDR« – zum Erschrecken einer unheimlich betroffenen Frau Bohley und anderer Rotgardisten – die Bedingungen diktieren, unter denen es in Zukunft ausgerechnet Bananen geben soll.

Denn was wird folgen auf den realen Sozialismus? Zunächst und ziemlich bald die Erkenntnis, daß der reale Sozialismus eine Einwegflasche war, bei deren Rückgabe kein Pfand für den Erwerb eines neuen zu erlösen ist; daß ein anderer, schönerer, besserer in diesen Jahren so wenig zu haben ist, wie er in diesem Jahrhundert je zu haben war; daß sich mit besserem Willen, größerem Geschick und ohne die gröbsten Idiotien vielleicht zehn oder zwanzig Prozent dessen, wofür er gehaßt wird und abgeschafft werden soll, hätte vermeiden lassen; daß sein größtes Verdienst darin bestanden hat, dem Wüten des Kapitals geografische und, außerhalb Europas, politische Grenzen zu ziehen; daß er schließlich, Kleinigkeit am Rande, Kriege in diesem Teil der Welt verhindert hat. (Damit auch diese Auskunft gegeben sei: Ich teile mit anderen die Ansicht, daß es ungerecht war, nur die Deutschen im Osten zu diesem undeutschen Friedensdienst zu zwingen; alle wären mir lieber gewesen.)

Sodann wird bemerkt werden, daß die Erneuerer und Verbesserer des Sozialismus nur bis zur Zerschlagung des realen gebraucht wurden. Hans Modrow der bei den ersten Demonstrationen umjubelte Hoffnungsträger, war schon zwei Wochen später der ausgepfiffene Bonze. Noch schneller werden die ewigen Lieblinge der Bürgermedien, die Damen und Herren vom »dritten Weg« und vom »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«, um ihr soziales Prestige kommen. Wenn die Erwachsenen Herrhausen und Lambsdorff die *facts of life* besprechen wollen, tommt der tleine Träumer in die Heia.

Und schließlich wird sich herausstellen, daß das Ende des realen Sozialismus nicht nur keinen Anfang eines anderen, besseren, sondern auch nicht den Beginn bürgerlicher Demokratie bedeutet. Die gedeiht nämlich (bitte umsehen!) nur im Reichtum, und schon jetzt ist der Lebensstandard der in privatkapitalistische Experimente gestürzten Sowjets, Ungarn und Polen weit unter den letzten realsozialistischen Stand gesunken. Auf westliche Großinvestitionen hoffen sie vergeblich. Was die kapitalistische Internationale sucht, sind Billiglohnländer auf dem Niveau Südkoreas, deren Proleten für ein Drittel des ungarischen oder polnischen Mindestlohns die doppelte Arbeit leisten.

Lange werden die Sowjetbürger, die Polen und Ungarn sich weiteren sozialen Abstieg nicht gefallen lassen wollen. Sie werden nach neuen Führern rufen und, weil zurück zu den alten kein Weg führt, rechten Populisten nachlaufen – die Polen irgendeinem klerikalen (und, aus alter katholischer Tradition und aus neuer Enttäuschung übers US-Kapital, natürlich auch: antisemitischen) Faschisten, die Ungarn einem Nikolaus Horthy II. aus der Pfeilkreuzler-Dynastie, was die Letten, Litauer, Esten, Ukrainer, Armenier, Moldawier, Kirgisen, Aserbeidschaner etc. noch alles für sich und gegeneinander treiben werden, Kriege mit modernsten Waffen eingeschlossen, wagt wohl selbst Gorbatschow sich nicht vorzustellen.

Vielleicht hätte eine sozialistische Erneuerung in der DDR vor zehn Jahren eine Chance gehabt – aber da hatte die Nato ja gerade die Nachrüstung als letzte Phase des Totrüstens beschlossen: keine Zeit für Risiken. Heute, in dieser Umgebung, bleibt nur der Ausverkauf: Sozialismus oder Bananen (= Reisen, Devisen, Aktiengesellschaften, industrielle Reservearmee, Vermieterfreiheit). Das Selbstbewußtsein der DDR-Bürger, das von allen so hoch gelobte, werden sie ihnen schon wieder abgewöhnen. Es ist ein erstes und noch reichlich unansehnliches Stückchen von dem sagenhaften »neuen Menschen«, denn es gründet in nichts anderem als der vierzigjährigen Freiheit von Ängsten, die das tägliche Leben im Kapitalismus bestimmen und auch ihres in Zukunft wieder bestimmen sollen: der Angst vor dem Arbeitgeber, der Angst vor dem Vermieter, der Angst, durchs »soziale Netz« zu fallen. Der Gefahr, beim Erzählen eines politischen Witzes erwischt zu werden, der einzigen Gefahr, die der westdeutsche Kollege nicht zu fürchten hat, ist, sofern man nicht dichtet oder Gitarre spielt, leichter und mit geringerer Einbuße an Nachtruhe auszuweichen.

Auch das »Wir sind das Volk«-Volk wird, wie die Grünen im Bundestag, ein Weilchen in der Hocke wippen, bevor es aufsteht und singt. Daß sein Lied nicht auf ».. . der Rosa Luxemburg reichen wir die Hand« enden wird, scheint mir gewiß; man müßte zufrieden sein, wenn es nicht auf »... über alles in der Welt« hinausliefe.

PS: Ich bin vor 21 Jahren aus Gründen, die nichts mehr zur Sache tun, in die SPD eingetreten. Ich habe in all den Jahren für einen oft gewünschten Austritt keinen Anlaß gefunden, der nicht eher mich, der ihn hätte vorhersehen müssen, blamiert hätte als die Partei. Worauf ich nicht gefaßt sein mußte, war das ekelerregende Absingen des Deutschlandlieds durch die SPD-Fraktion des deutschen Bundestags am Abend des 9. November 1989. Ich erkläre hiermit meinen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

konkret 12/89, S. 10

Uwe Klußmann

Imre Modrow?

Wieviel Sozialismus ist in der DDR noch zu retten? Muß sich die SED auf die Illegalität vorbereiten? Gibt es eine linke DDR-Opposition, und wie stehen ihre Chancen? Wer findet den Weg zwischen Ausverkauf und himmlischem Frieden?

»Es ist nichts von Dauer, ich wage den Sprung. Wer aber fängt mich ein.?«
(DDR-Rockband 'Knabe und die Karawane':»Tiger im Käfig«)

Hieß, wenn von der DDR die Rede war, das Zauberwort eben noch 'Reform', so heißt es nun 'Revolution': »Eine Revolution auf deutschem Boden« hat Egon Krenz ausgemacht. »Es ist eine Revolution, eine neue Revolution, die in der DDR stattfindet«, erklärt der Vorsitzende der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands (LDPD) dem »Spiegel«. »Ich würde von revolutionärer Erneuerung sprechen«, verkündet Christa Wolf vor 500.000 DDR-Bürgern auf dem Alexanderplatz. Die »taz« bemüht »die revolutionäre Bewegung selbst« und glaubt an »die erstaunlichste, die unvorstellbarste Revolution, die man sich denken kann«. Auch der SPD-Chef Hans-Jochen Vogel begrüßt den »revolutionären Prozeß« .

Da geht es zu wie im vorrevolutionären Rußland: »Ich hatte noch in den letzten Tagen als Genosse das Gefühl, Mitglied einer Untergrundbewegung zu sein, die in der Illegalität arbeitet«, schreibt kein Mitglied des Neuen Forums, sondern ein Genosse der SED am 4. November in der »Ostseezeitung«, dem Bezirksorgan der Rostocker SED. Vier Tage später fordert ein SED-Mitglied in Berlin (DDR) auf einer Kundgebung der Parteibasis vor dem Haus des Zentralkomitees: »Laßt uns dafür sorgen, daß diese Partei nicht in die Illegalität gehen muß«. Auf derselben Kundgebung beschwört die Schriftstellerin Helga Königsdorf ihre Genossinnen und Genossen: »Wir haben keine Zeit zu verlieren, sonst wird der Sturm der Geschichte uns hinwegfegen«. Eine Revolution, die bereits nach wenigen Tagen eine Situation herbeiführt, in der eine mehr als zwei Millionen Mitglieder starke kommunistische Partei fürchten muß, in die Illegalität gedrängt und von der Geschichte hinweggefegt zu werden, ist tatsächlich ein Novum in der deutschen Geschichte. Frau Dr. Antje Vollmer, einst Kommunistischer Studentenverband («dem Volke dienen«), jetzt MdB Die Grünen, die in den siebziger Jahren unter dem Pseudonym Karin Bauer eine Studie über Clara Zetkin und die proletarische Frauenbewegung publizierte, sieht historische Parallelen: »Alle Oktoberrevolutionen finden im November statt, auch diese«.

DDR-November 1989. Diese Revolution macht es nicht nur möglich, daß Springers »Hamburger Abendblatt« den Regierungschef der DDR ohne Gänsefüße farbig auf der Titelseite als »Hoffnungsträger« präsentiert. In Talkshows und Parlamentsdebatten eines der reichsten kapitalistischen Länder der Welt wird bereits darüber beraten, wie die Ernte der Revolution am zügigsten eingefahren werden kann, und da wird nichts mehr kaschiert. BRD-Konzernchefs sagen kurz und knapp, was aus den bisherigen Volkseigenen Betrieben werden soll, und Barbara Bohley, die Petra Kelly vom Prenzlauer Berg, erschrickt. So hatte sie sich die Revolution nicht vorgestellt. »Die Übergangsphase zu einer Marktwirtschaft wird schmerzhaft werden«, da werde es auch Arbeitslose geben, erläutert dagegen der CDU-Politiker Mathias Wissmann ungerührt den DDR-Oppositionellen und SED-Reformökonomen, die sich lediglich darüber einig sind, daß sie sie eigentlich nicht ausverkaufen wollen, die DDR. Man wolle »nicht unhaltbar gewordene Zustände stabilisieren«, hat Kobl dem am 8. November hinzugefügt, denn da war es schon nicht mehr nötig, die stereotype Lüge zu wiederholen, daß man auf keinen, aber auf gar keinen Fall daran dächte, etwa die DDR zu destabilisieren. In der »Zeit« hat Helmut Schmidt bereits der DDR-Führung die »Schulung von Managern und Gewerkschaften« empfohlen und zum Vorantreiben der Revolution gedrängt.

»Das mächtigste Volk, das es auf deutschem Boden je gegeben hat« (Gerd Rosenkranz, »taz«, meint 'Volksbewegung' und irrt, denn das war die NSDAP) beginnt sich anderem zu nähern als einem »freiheitlich-sozialistischen System« («taz«). »Der Sozialismus, der Richtige«, den Stefan Heym auf dem Alexanderplatz anvisierte, »ein menschengerechter Sozialismus«, wie ihn SED-Politbüromitglied Schabowski ankündigte, hat – wenn er sie je hatte – keine Chance mehr in einer Situation, die täglich an Dramatik zunimmt und durch die »Macht das Tor auf«-Stimmung eine nationale Massenhysterie befördert. Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Organisationsfreiheit und Reisefreiheit bewirken nicht die von der SED angestrebte Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse und schaffen auch Egon Krenz keine neuen Freunde. Im Gegenteil. Jetzt geht es den SED-Genossen erst recht an die Gurgel, und das hat seine Logik. Noch nie in der Geschichte ist ein wankender Staat, dessen geistige Führungsschicht in eine tiefe Krise geraten ist, durch einen Liberalisierungskurs stabilisiert worden. Christa Wolfs Appell im DDR-Fernsehen am 8. November war denn auch ein Hilferuf, der von nur mehr bescheidensten Ansprüchen zeugte: »Helfen Sie uns, eine wahrhaft demokratische Gesellschaft zu gestalten, die auch die Vision eines demokratischen Sozialismus bewahrt«. Nur politische Toren wie der in der BRD lebende DDR-Oppositionelle Wolfgang Templin und der DDR-Korrespondent der DKP-Zeitung »UZ« mögen in dieser Situation noch darüber schwadronieren, die westdeutsche Linke sollte »schnell begreifen, daß mit der Hoffnung in der DDR die Chancen für sie, selbst wieder politisch einzugreifen, in ungeahnter Weise wachsen können« (Templin) und daß

»der revolutionäre Umwandlungsprozeß zu einer besseren sozialistischen Gesellschaft« führen und damit »eine attraktive gesellschaftliche Alternative« zur BRD-Wirklichkeit entstehen könne (»UZ«).

Die SED hat freie Wahlen angekündigt, ohne bisher zu erklären, wie sie dabei angesichts der Stimmung im Volke verhindern will, daß die »selbstmörderische Vorstellung, von der Bildfläche zu verschwinden« (Günter Schabowski) Realität wird. Daß die Partei bei freien Wahlen gegen die Konkurrenz des Neuen Forums, der Sozial-Demokratischen Partei, der LDPD und der ebenfalls zunehmend kesser werdenden DDR-CDU republikweit mehr als 15 Prozent, also etwa den Anteil ihrer Mitglieder an der Bevölkerung erreichen würde, nehmen selbst Berufsoptimisten in der SED nicht mehr an. Der absehbare Versuch der SED, den bisherigen »Demokratischen Block« zu erhalten, wird schon an den Absetzbewegungen von CDU und LDPD scheitern, erst recht aber an den Massenprotesten, die einsetzen werden, sollte die SED die Oppositionsgruppen nicht zur Wahl zulassen wollen.

»Mit Hilfe des Stimmzettels sollen wir ihnen die volkseigenen Betriebe schenken, die Arbeiter sollen der westdeutschen Bourgeoisie ... die Waffen abgeben. So stellen sie sich das vor«, formulierte der Generalsekretär der SED, Walter Ulbricht, in einem »Spiegel«-Gespräch 1957, was die BRD sich von den Wahlen in der DDR erhofft. Doch die Werktätigen in der DDR haben von einer Macht, die theoretisch die ihre ist, und von Betrieben, die theoretisch dem Volk gehören, keine hohe Meinung mehr, einen unmittelbaren Einfluß auf deren Gestaltung hatten sie ohnehin nie. Zu groß ist über 40 Jahre das »Demokratiedefizit in der Gesellschaft« geworden, das Günter Schabowski angesichts des offenkundigen Bankrotts der jahrzehntelang beschworenen »sozialistischen Demokratie« auf einer Pressekonferenz während der 10. Tagung des SED-Zentralkomitees am 8. November eingestand. Die DDR als von der SED geleiteter Staat war eine Erziehungsdiktatur, nach 1945 angetreten immerhin mit dem Anspruch, aus einem Volk von SA- und SS-Mitgliedern und Mitläufern, von Blockwarten, Hitlerjungen und BdM-Mädels eine Gesellschaft friedlicher und gebildeter Menschen zu machen.

Da mit Stalin aus einem »Arbeiterstaat mit bürokratischen Auswüchsen« (Lenin 1920 über die Sowjetrepublik) ein bürokratischer Staat mit Restbeständen der Arbeiterbewegung geworden war, diente das »Bestehen der offiziellen Theorie und Propaganda auf der 'führenden Rolle der Arbeiterklasse' einzig und allein der Rechtfertigung der Apparatherrschaft«, wie Rudolf Bahro in seiner 1977 veröffentlichten »Alternative« konstatierte. Seit Stalins Zeiten hat in der UdSSR und der DDR der Bürokratismus »längst aufgehört, eine bloß übergestreifte politische Form zu sein. Er ist zur gewissermaßen natürlichen politischen Existenzform einer großen Gruppe von Menschen mit ausgeprägten Sonderinteressen geworden« (Bahro). Und weil in dieser bürokratisch-hierarchischen Struktur »Gehorsam die Vorbedingung der Berufung« ist, rekrutierte das realsozialistische System »eine typologische Auswahl von besonders anpassungsbereiten und autoritären, intellektuell und moralisch weniger anspruchsvollen Leuten« (Bahro) – mit Ausnahmen, die die Regel bestätigen. So war bei wachsendem Bildungs- und Wissensniveau und gleichzeitig wachsendem technologischem Abstand zu den entwickelten kapitalistischen Ländern, deren Konsumstruktur der reale Sozialismus zu kopieren versuchte, die Krise vorprogrammiert, und Bahro hat sie 1977 vorausgeahnt: »Je länger der gegenwärtige Zustand anhält, je mehr der Apparat die denkenden Elemente der Gesellschaft zur Verzweiflung bringt, je konsequenter er ihre jeweilige Selbstverständigung über mögliche Änderungen verhindert, desto mehr werden alle Energien nur darauf verwiesen, ihn zu vernichten, und desto größer muß nachher zunächst der Wirrwarr der Konzeptionen, desto größer die Gefahr bloßer Desorganisation sein«. Daß Bahro heute das Desaster der Sowjetunion für die Wiedergeburt der kommunistischen Partei hält und in »Bild am Sonntag« von den Möglichkeiten einer Reform in der DDR schwärmt («weg vom mörderischen Weltmarkt, ja zum freien Markt innerhalb der Landesgrenzen«), ändert nichts an der Tatsache, daß er mit seiner damaligen Einschätzung den heutigen Gang der Dinge sehr klar vorausgesehen hat.

Noch stärker als die SED ist die FDJ von der Krise erfaßt worden. Zwar bemühen sich viele FDJ-ler redlich, aus ihrem zur Jubeltruppe und Karriererereserve der maroden Partei heruntergekommen Verband eine »neue FDJ« zu machen, das praktische Ergebnis ist aber noch katastrophaler als das des bundesdeutschen Bruderverbandes SDAJ, der von Zerfall und Spaltung gebeutelt ist. Viele FDJ-ler und Ex-FDJ-ler sehen es wie jener 18jährige Schüler aus Rostock, der auf einem Forum den Beifall von Tausenden bekam, als er feststellte: »Die Luft ist raus aus dieser Organisation«. Vielerorts entstehen bereits eigenständige Schüler- und Studentenorganisationen. Die DDR-CDU hat bereits einen eigenen Jugendverband: die Christlich-Demokratische Jugend. Auch die Jungen Liberalen/DDR werden nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Zu den Diskussionsforen erscheinen Sympathisanten des Neuen Forums ebenso wie Genossen der SED, die dort ihrem Arger über ihre politische Entmündigung und die Parteibürokratie Luft machen. Auf einem Forum über Parteienpluralismus in der Sporthalle in Rostock, an dem mehrere tausend Menschen teilnehmen, spricht eine Genossin unter dem Beifall der Versammelten dem SED-Bezirkschef Ernst Timm ihr Mißtrauen aus und stellt fest: »Die innerparteiliche Demokratie wurde außer Kraft gesetzt und Genossen, die wahrhaftige Berichte verfaßten, in die Nähe von Konterrevolutionären gerückt«. Ernst Timm, einer jener Funktionäre, die die SED und die DDR dahin gebracht haben, wo sie heute stehen, ist nahezu sprachlos. Viel mehr als den Appell, zu arbeiten, zu arbeiten und nochmals zu arbeiten, hat er nicht zu bieten. Resignierend stellt er fest, er habe dieser Tage in den Betrieben erfahren »daß das Vertrauen sehr, sehr gesunken ist«. 66.000 Mitglieder sind in diesem Jahr aus der SED ausgetreten, die Austrittswelle hält an. Auf Versammlungen wie in Rostock treten viele der ehemaligen SED-Genossen auf und nennen konkrete Fälle von

Machtmißbrauch. Untersuchungen des Leipziger Jugendforschungsinstituts etwa über die gesellschaftliche Krise landeten auf Anweisung von Funktionären in Panzerschränken, Mitglieder von Leitungsgremien wurden abgesetzt und Staatsbürgerkundelehrer erhielten Berufsverbot, weil sie gegen das Ende 1988 von Politbüromitgliedern verhängte Verbot der sowjetischen Zeitschrift »Sputnik« protestiert hatten. Durch Maßnahmen wie dieses »Sputnik«-Verbot, Zensur sowjetischer Filme und das gezielte Unterschlagen von Informationen aus der Sowjetunion hat die alte Parteiführung unter Erich Honecker, Kurt Hager, den inzwischen aus dem Zentralkomitee ausgeschlossenen Günter Mittag und Joachim Herrmann, die bereit waren, am 9. Oktober 1989 auf Demonstranten in Leipzig schießen zu lassen, ihren Kredit bei der Mitgliedschaft verspielt.

»Man kann aber die Massen nicht mit solchem Wissen ausstatten und sie dann an die Kette legen«, charakterisierte eine SED-Genossin aus dem Bezirk Magdeburg im SED-Bezirksorgan »Volksstimme« das Dilemma das alten Kurses. Wie groß das Mißtrauen in der Partei auch gegenüber dem Generalsekretär Krenz ist, wird aus einem Brief der Zentralen Parteileitung des VEB Schiffswerft »Neptun« Rostock und der Parteileitungen dreier anderer Rostocker Schiffbaubetriebe an die 10. Tagung des ZK der SED Anfang November deutlich. An die Adresse des »werten Genossen Krenz« bringen die Werftarbeiter »nach wie vor ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß es unserer Partei bisher nicht gelungen ist, Vertrauen und Initiative zurückzugewinnen«. Der Brief warnt vor einer dramatischen Zuspitzung der Situation: »Jede weitere Verzögerung in der Klärung konzeptioneller Grundfragen in der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung verstärkt die Unsicherheit in den Reihen unserer Partei sowie in der Bevölkerung, gibt Raum für irreführende und gegnerische Auffassungen und birgt die Gefahr falscher politischer Frontstellungen in sich«.

Krenz' verständnisvolle Äußerungen den Terror Deng Xiaopings betreffend, sein Vorsitz in der Kommission zur Leitung der Kommunalwahlen am 7. Mai, bei denen es zu massiven Manipulationen kam, und seine langjährige Beteiligung am bisherigen Regime haben diesen Mann in der Bevölkerung, aber auch in weiten Teilen der Partei diskreditiert. Doch nicht nur Krenz, die SED insgesamt ist in Mißkredit geraten und hätte selbst dann keine Chance mehr, wenn sie einen Dissidenten mit Knasterfahrung zum Generalsekretär wählte. Auf Bezirksebene haben SED-Funktionäre noch im Angesicht der Pleite versucht, ihren Bankrott zu ignorieren. Gespenstisch wirkte angesichts der Entwicklung die Festveranstaltung der Bezirksleitung der SED Rostock zum 72. Jahrestag der »Großen Sozialistischen Oktoberrevolution« im Großen Haus des Volkstheaters am 3. November. Vor einem Publikum aus vorwiegend älteren Männern, wenigen Frauen und noch weniger Jugendlichen, vor halbleeren Reihen stand auf der Bühne der Genosse Eberhard Kühl, Mitglied des Sekretariats der Bezirksleitung und Vorsitzender des Rates des Bezirkes Rostock, umrahmt von sowjetischen und DDR-Fahnen und einem Lenin-Bild auf rotem Stern. Der Bezirkskader schloß seine Predigt über die allseitige Festigung der unzerstörbaren Freundschaft zwischen der DDR und der Sowjetunion mit der Behauptung, die SED gehöre zu den »Siegern der Geschichte«. Dann sang der Staatliche Akademische Volkschor »Zitowich« der Belorussischen Sowjetrepublik neben russischen Liedern auch ein Deutsches: »Horch, was kommt von draußen rein...«

Was ökonomisch auf die DDR-Bevölkerung zukommt, darüber sind sich SED und die überwiegende Mehrheit der Opposition zumindest in der Tendenz einig. »Eine radikale Wirtschaftsreform« für eine »marktorientierte sozialistische Planwirtschaft« hat Krenz auf der ZK-Tagung im November angekündigt. Einzelheiten stehen noch aus, aber soviel ist sicher: Die Subventionen für Grundnahrungsmittel, Mieten und Verkehrstarife sollen erheblich gesenkt, Konsumgüter, wie beispielsweise Farbfernseher, stattdessen billiger werden. In der DDR-Presse wird lebhaft über die beabsichtigten Veränderungen diskutiert. »Dabei bleiben wieder Familien mit Kindern und unsere Rentner auf der Strecke«, warnte eine Rostockerin in der »Ostseezeitung«, und ein anderer DDR-Bürger gab zu bedenken, »daß der Wegfall von Subventionen dem Volk in Polen, in Ungarn und in der Sowjetunion nicht ein besseres Leben, sondern vor allem neue Sorgen gebracht hat«. »Effektivität« lautet das Zauberwort, das auch DDR-Ökonomen nun strapazieren, um eine noch stärkere Weltmarktorientierung durchzusetzen. Bereits gegenwärtig erzielt die rohstoffarme DDR fünfzig Prozent ihres Nationaleinkommens durch den Außenhandel. Ziel ist die Konvertierbarkeit der DDR-Mark. Der Leipziger Wirtschaftswissenschaftler Günter Nötzold hat Anfang November in der »Leipziger Volkszeitung« erklärt, wohin die Reise gehen soll: »Konvertierbarkeit stellt nicht nur das System der langfristig stabilen Preise, sondern auch die Subventionen von Gütern des Grundbedarfs und Leistungen in Frage«.

Daß DDR-Ökonomen und Betriebsdirektoren, die davon träumen, bald großartige Gewinne auf dem Weltmarkt zu machen, sich nicht zuviel einbilden sollten, können sie dem Wirtschaftsteil der »FAZ« entnehmen: Man müsse die DDR-Mark ja »nicht gleich (!) zum gerade weiter gefallenen Kurs westlicher Wechselstuben« von 11 Pfennig West für eine Ost-Mark anbieten, aber: »25 Pfennig könnten es zum Angewöhnen (!) sein. So würde man sich dem echten Kurs schrittweise nähern«. Damit aber geriete die DDR noch gründlicher als bisher schon zum Billiglohnland der Bundesrepublik. Die Zeit ist absehbar, da die durch eine verfehlte Investitionspolitik unter Leitung Günter Mittags und anderen heruntergewirtschafteten einstigen Paradebetriebe der DDR-Ökonomie, etwa die Chemiefabriken des Bezirks Halle, nach ungarischem Muster in Aktiengesellschaften aufgeteilt und ans westliche Kapital verscherbelt werden. Daß die Deutsche Bank und BASF die Leuna-Werke auf lange Sicht von Betriebsdirektoren aus den Reihen der SED leiten lassen, ist nicht anzunehmen.

Gegen den wahrscheinlichen schrittweisen Ausverkauf der DDR und einen Wechsel von der überzentralisierten Planung zum Chaos des kapitalistischen Weltmarktes steht in der DDR neben zahlreichen Mitgliedern der SED die »Vereinigte Linke«, eine bislang lose Assoziation verschiedener örtlicher linker Zirkel, die sich bereits in ihrer Böhlener Gründungsplattform (September) entschieden dagegen gewandt hat, »daß politbürokratische Unterdrückung durch kapitalistische Ausbeutung 'ersetzt' wird«. Die »Vereinigte Linke« fordert einen »Ausbau der Selbstbestimmung der Produzenten« durch basisdemokratische Rätestrukturen und einen »ökologischen Umbau der Industriegesellschaft«. Einen ökologischen Umbau fordert auch die am 6. November gegründete Grüne Partei der DDR, »in radikaler Absage an umweltzerstörendes, rohstoffvergeudendes Wachstum und den stalinistisch geprägten Umgang mit Menschen, Wirtschaft und Umwelt«. Die DDR-Grünen lehnen Gewalt, »nationalen Chauvinismus und Rassismus« ab und bekennen sich zu einem »konsequenten Antifaschismus«. Sie wollen »vor allem verhindern, daß die gegenwärtige Erneuerungsbewegung in unserem Land unter dem Druck unvernünftigen, kurzsichtigen, materiellen Nachholbedarfs eine Gesellschaft der Ellenbogenfreiheit, der Verschwendung und Wegwerfmentalität entstehen läßt«. Mario Hamel, Sprecher des grün-ökologischen Netzwerkes und Gründungsmitglied der Grünen, erklärte in der »taz«, eine grüne Politik in der DDR müsse »die Nachteile der westlichen Länder deutlich machen« – die der Mehrheit der DDR-Bürger freilich erst in vollem Umfang zu Bewußtsein kommen werden, wenn es zu spät sein wird. Denn auch das unterscheidet den Kapitalismus vom realen Sozialismus: Man wird ihn so schnell nicht wieder los.

Der neue Ministerpräsident Hans Modrow steht vor einer Aufgabe, um die er nicht zu beneiden ist: zu retten, was noch zu retten ist von der DDR, und auf lange Sicht zumindest die staatliche Souveränität des Landes gegenüber dem begierigen Nato-Nachbarn zu wahren. Seine Regierung steht unter doppeltem Druck: Auf der einen Seite bergen Demonstrationen und die feindliche Stimmung im Lande die Gefahr einer Konfrontation in sich; auf der anderen Seite amtiert bis zum außerordentlichen Parteitag Mitte Dezember ein Politbüro, das mit Mitgliedern wie Armeegeneral Heinz Keßler, Gerhard Schürer, Werner Jarowinsky und last not least Egon Krenz geneigt ist, möglichst viel vom liebgewordenen politischen Inventar auf den neuen Weg mitzunehmen.

Der Konflikt zwischen neu erstarkenden parlamentarischen Machtorganen, in diesem Fall der Volkskammer und dem Parteiapparat, der in Ungarn zu Gunsten des Parlamentarismus entschieden wurde, dürfte in der DDR härter ausfallen als an der Donau. Denn sowohl das ZK als auch die Bezirks- und Kreisleitungen haben kein Interesse daran, sich nach den nächsten Volkskammerwahlen in Arbeitsloseninitiativen zu verwandeln. In dieser Situation hat die einst unangefochtene »führende Kraft« der DDR wenig Aussicht, die kommenden Wochen und Monate in der von Krenz geforderten »Einheit und Geschlossenheit«, dem Dauerzustand einer realsozialistischen Partei, zu überstehen. Der Druck der Oppositionsbewegung steigt, und die Stimmung geht dabei nicht gerade nach links. »Der Sozialismus auf deutschem Boden steht nicht zur Disposition. Das Volk der Deutschen Demokratischen Republik hat sich für immer für den Sozialismus entschieden«, hieß es noch in jener Erklärung des Politbüros der SED vom 12. Oktober 1989, die zwei Tage nach den Demonstrationen in Leipzig die »Wende« ankündigte. Der theologische Tonfall dieses Textes und seine Flucht in die Ewigkeit gaben zu verstehen, daß seine Verfasser bereits ahnten, was auf sie zukam. Vier Wochen später, während der Kundgebung der Grundorganisationen am 8. November vor dem Gebäude des ZK, wurde deutlich, was an realer Perspektive noch übrig war. Eine SED-Genossin erklärte: »Es geht nicht mehr um einen besseren Sozialismus, sondern darum, ihm noch eine Überlebenschance, eine Daseinsberechtigung zu geben.«

Hermann Gremlizas Mahnung an die Adresse der Mitglieder des Politbüros der SED, sie sollten weder mit dem Neuen Forum noch mit der Sozialdemokratischen Partei der DDR »an Walesas 'rundem Tisch' so lange deren rosa Quark löffeln, bis der Sozialismus sich real übergibt« (KONKRET 11/89), verkennt die Dynamik der Entwicklung und den Ernst der Lage. Die SED ist nicht mehr imstande, mit politischen Mitteln die »führende Rolle« wahrzunehmen. Ein »runder Tisch« mit den liberal- bis sozialdemokratischen Oppositionsgruppen, ein historischer Kompromiß ist die einzige Chance, eine gewaltsame Konfrontation und das Anwachsen militanter rechter Kräfte zu verhindern. Gelänge die Transformation des realen Sozialismus in der DDR in den von Gremliza verspotteten »rosa Quark« auf friedliche Weise nicht, liefe Hans Modrow Gefahr, als deutscher Imre Nagy zu enden. Der konnte als ungarischer Regierungschef im November 1956 bei einer ähnlichen Dynamik der Entwicklung den Bürgerkrieg nicht verhindern und wurde durch eine sowjetische Intervention gestürzt. Die ist in der DDR, wo immer noch 400.000 sowjetische Soldaten stationiert sind, nicht zu erwarten – solange Gorbatschow noch Partei- und Staatschef ist. Der Sowjetunion ist, wie der derzeitige Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gennadi Gerassimow, nach der Ankündigung freier Wahlen durch das ZK der SED erklärte, auch eine bürgerliche Regierung in der DDR recht. Dann wäre die Sowjetunion alsbald – nach dem angekündigten Austritt der drei baltischen Staaten aus der Union – wieder auf ihre Grenzen vom August 1939 zurückgeworfen, vor dem Hitler-Stalin-Pakt. Und es ist kaum anzunehmen, daß diese Entwicklung in Moskauer Militärkreisen so gelassen mitangesehen wird, wie Gennadi Gerassimow sie kommentierte.

Für Abenteuer, die den realen Sozialismus auch nicht mehr retten, sondern den unvermeidlichen Untergang nur grausamer gestalten könnten, stehen auch in der DDR noch Kandidaten parat. In der Zeitung der Nationalen Volksarmee (NVA), »Volksarmee«, haben Ende Oktober Offiziere offen gedroht: Der »großdeutsche und konterrevolutionäre Traum von einer

Rückführung der DDR in eine kapitalistische DDR wird, sosehr sich das auch bestimmte Leute wünschen, zu keinem Zeitpunkt in Erfüllung gehen. Dafür haben auch Tausende Berufssoldaten auf ihre Weise ihren Beitrag geleistet und dabei selbst Gesundheit und Leben nicht geschont. Sie werden es auch weiterhin nicht tun«.

konkret 12/89, S. 14

Charlotte Wiedemann

Erneuern oder Abreißen
Macht kaputt, was uns schon lange nervt

Den Zerfallsprozeß der DKP durch massenhafte Austritte zu beschleunigen, empfiehlt Charlotte Wiedemann den Erneuerern in ihrem Kommentar. Das mochte eine 2/3 Mehrheit der KONKRET-Redaktion so nicht stehen lassen. Sie bat Detlef zum Winkel zu beschreiben, wie er die DKP am Wochenende des Erneuerer-Kongresses erlebt hat

Der Mut zum Springen ist bei bundesdeutschen Linken nicht weit verbreitet. Lieber übt man sich im Spagat. Zuerst die »radikal-linken« Grünen, die ihre Partei nicht verlassen mögen, solange noch ein Platz in einer Moskau-Delegation zu ergattern ist. Nun auch die DKP-Erneuerer: Seit ihrem Frankfurter Kongreß haben sie mit der »Initiative kommunistische Erneuerung« ebenfalls eine Dependance außerhalb der Partei; zugleich pflegen sie die Hoffnung, das alte Heim ließe sich mit neuer Tapete doch noch einmal wohnlich machen.

Wo der Mut zum Springen fehlt, ist Selbstgefälligkeit reichlich im Angebot. Ohne den Vergleich zwischen den beiden Dissidenten-Gruppen überstrapazieren zu wollen: Im Gestus sind sie sich frappierend ähnlich. Noch ist kaum aufgearbeitet, was die Dissidenten denn zu Dissidenten werden ließ und warum erst so spät, da betreten sie schon wieder die Bühne und verkünden dem erstaunten Publikum Großes, Neues: Als »Kraft der Negation« preisen sich die einen, für die »Erneuerung des Marxismus in Theorie und Praxis« empfehlen sich die anderen...

Auf ihrem Frankfurter Kongreß hatten die Erneuerer indes wenig vorzuweisen, was ausgerechnet sie für diese Aufgabe qualifizieren würde. Woher auch? Die meisten linken Debatten der vergangenen Jahre, soweit sich überhaupt davon sprechen läßt, sind an ihnen vorbei gegangen. Und ihre bisher nachlesbaren Versuche, aus ökologischer Bedrohung und Demokratisierungsbedürfnissen eine neue, alte Theorie vom »Umschlagen« der Reform in Revolution zu mixen, taugt schwerlich, den Marxismus zu erneuern. Vor allem begründen sie nicht, was aus ihrer Sicht zu begründen wäre: Die Notwendigkeit einer kommunistischen Partei, wie »modern« auch immer.

Vor ihrem nächsten großen Auftritt sollten die Genossen lieber einen Gang ins linke Antiquariat zwischenschalten. Das könnte sie davor bewahren, sich mit allzu forschen Thesen lächerlich zu machen. Zum Beispiel mit dieser: Es sei »etwas Neues«, so bilanzierte eine führende Genossin den Frankfurter Kongreß, daß sich Frauen in einer kommunistischen Organisation Zeit und Raum nähmen, ihre Angelegenheiten zu debattieren. Ohne die feministische Aufbruchstimmung dämpfen zu wollen: Es gibt Erfahrungen mit Feminismus und Kommunismus, die der »UZ« noch nicht vorgekommen sind. Da lohnt ein Blick in die Archive des Kommunistischen Bundes ebenso wie in die der Schwestern bei den südeuropäischen Bruderparteien.

Trotz alledem: Wenn die Erneuerer heute tatsächlich einen genuinen Beitrag zum Fortschritt linker Politik in der Bundesrepublik leisten wollen, dann haben sie dazu eine einmalige, einzigartige Gelegenheit: Macht kaputt, was euch kaputt gemacht hat und was uns schon lange nervt! Beschleunigt den Zerfallsprozeß der DKP durch euren Aufruf zum massenhaften Austritt, auf daß dieser Laden möglichst bald von der politischen Bildfläche verschwinde!

Die verheerende Rolle der DKP erschöpfte sich ja nicht darin, daß sie durch die Konservierung des Stalinismus und die Glorifizierung des Realsozialismus 20 Jahre lang eine billige Projektionsfläche für den dumpfesten Antikommunismus bot. Dies hat zwar bereits ausgereicht, diese Partei rettungslos zu diskreditieren, wie immer sie sich jetzt in diesen Punkten reformieren mag. Genauso hinderlich für linke Politik war und ist die DKP aber aufgrund ihrer speziellen innenpolitischen Strategie und Taktik: Nämlich um jeden Preis dem Bündnis mit der Sozialdemokratie nachzutraben und zu diesem Zweck, wo es denn geht, all jene linken oppositionellen Spektren auszugrenzen, die dieser Option im Wege stehen. Der Niedergang der DKP ist zugleich der Niedergang einer Bastion der Abschottung nach links, und dieser Prozeß sollte bis zum Ende geführt werden. (Die Grünen haben übrigens manchen Unkenrufen zum Trotz, diese Rolle nie in gleicher Weise eingenommen.)

In Erkenntnis der eigenen Schwäche mag die Kraft zur derartigen Spaltung des linken Lagers in den vergangenen Jahren nachgelassen haben. Dennoch: Nicht aus Kleinlichkeit muß daran erinnert werden, wie DKP-Ordner als Büttel der Gewerkschaftsführung in 1.-Mai-Demos hineinknüppelten. Sondern weil die politischen Grundlagen dieser rüden Methoden bis heute nicht revidiert wurden, auch nicht von Seiten der Erneuerer. Sie kritisieren zwar fast alles an der DKP, nur nicht die Fixierung auf das Bündnis mit der Sozialdemokratie.

Im Gegenteil: Alte Übel würden sich mit neuen paaren, wenn den Erneuerern auf dem Sonderparteitag im Februar tatsächlich eine Erneuerung der Partei in ihrem Sinne gelänge. Denn im rot-grünen Gewande werden die Illusionen in die SPD nun auf eine nur zeitgemäßere Weise geschürt.

In ihrer Plattform für eine »moderne kommunistische Partei« erklären die Erneuerer die »Hauptschwäche von Rot-Grün« so: Der wesentliche Grund für die »zu enge Anlage der Inhalte« liege »in dem unzureichenden Bezug auf die

ArbeiterInnenbewegung«. Dies wiederum liege bei der SPD daran, »daß bei ihr der Gewerkschaftsbezug zurückgetreten ist zugunsten des Bezugs auf den öffentlichen Dienst«. In Bezug auf die SPD ist die politische Absolution wohl billiger kaum zu haben. Und dann soll es auch noch »Hauptaufgabe der Linken« sein, einer derart geschönten und geschonten Regierungskoalition »Konsequenz zu verleihen«.

Wenn's den Erneuerern – was zum Glück nicht zu erwarten ist – auf dem Sonderparteitag tatsächlich gelänge, die verbliebenen DKP-Truppen für diesen Kurs in Marsch zu setzen, können sie dafür kaum den Beifall des linken Publikums erwarten. Um die Unterwerfung unter die SPD in neuen Farben einzuüben, hätte der inner-linke Dialog weder in Frankfurt noch anderswo bemüht zu werden brauchen.

Nebenbei: Jenen Erneuerern, die nun ohne Umweg gleich in die Grünen gehen wollen, schlägt bereits ein bezeichnendes Echo entgegen. Nur »einzeln«, sozusagen nach ideologischer Leibesvisitation, möchte Antje Vollmer die Neuankömmlinge über die grüne Schwelle kriechen sehen. Und Ruth Hammerbacher, Vorstands-Reala erwägt bereits »restriktive« Maßnahmen für den Fall, daß diese Erneuerer-Grünen sich als marxistische Fraktion organisieren wollten. Dabei stünden die neuen Mitglieder den Grünen unter taktischen Gesichtspunkten eigentlich gut zu Gesicht: Sie blinken links, fahren aber realo. Die rot-grüne Koalition vehement befürworten, das Primat der Ökologie anerkennen, Gattungsfragen über Klassenfragen stellen, all dies wird von den grün-willigen Erneuerern geboten – und reicht für den Erwerb der Eintrittskarte offensichtlich doch nicht: Das letzte Staubkorn sozialistischer Ansprüche muß zuvor noch von den Füßen geschüttelt werden.

Zurück zur DKP: Wenn von einer rot-grünen Modernisierung im Sinne der Erneuerer hier also schärfstens abgeraten wird, hat diese Partei denn noch eine andere Zukunftserwartung? Jeglicher Lebenserfahrung widerspricht, daß aus der siechenden Sekte werden könnte, wovon der Genosse Georg Fülberth träumt: nämlich eine Protest- und Oppositionspartei, die eine rot-grüne Regierung »von links her (zusammen mit anderen) konstruktiv zu bekämpfen« hätte. Wenn alle in diesem Satz versammelten Begriffe einen Sinn haben sollen, müßte der Fülberth'schen Option ein nahezu 100prozentiger Mitgliederaustausch vorausgehen.

An der real existierenden DKP ist hingegen bewahrens- und damit einer Erneuerung wert nur Eines: ihre antifaschistische Tradition. Das ist unter deutschen Verhältnissen weitaus mehr als nichts – aber wie wenig weit das wiederum alleine trägt, zeigt das Beispiel SED. Nun hängt an der DKP (leider oder zum Glück) kein Staatsgefüge, sondern nur ein Bündel trübester Assoziationen – Zeit zum Schlußmachen.

Mein Appell ist zugegebenermaßen und notgedrungen logisch verzwickt: Von den Erneuerern zu erwarten, sie sollten die Linke von der DKP befreien (das auf jeden Fall!) und sich selbst von ihrer reformistischen Ideologie (wenn's denn geht). Aber da sich ja in ihren Reihen, wie sie behaupten, soviele »marxistisch gebildete Menschen« bewegen, ist vielleicht noch nicht alles verloren.

konkret 12/89, S. 15

Detlef zum Winkel

Erneuern oder Abrei□ en
Ein kleines Wunder

Den Zerfallsproze□ der DKP durch massenhafte Austritte zu beschleunigen, empfiehlt Charlotte Wiedemann den Erneuerern in ihrem Kommentar. Das mochte eine 2/3 Mehrheit der KONKRET-Redaktion so nicht stehen lassen. Sie bat Detlef zum Winkel zu beschreiben, wie er die DKP am Wochenende des Erneuerer-Kongresses erlebt hat

Warum verschweigen, daß ich die Kolumne von Charlotte Wiedemann zu lesen bekam; daß ihr Text in der KONKRET-Redaktion nicht auf einhellige Begeisterung stieß und mir nun die unangenehme Rolle zufällt, gegen einen so kühnen Entwurf die Widersprüchlichkeit unseres irdischen Daseins zu bemühen? Zum Kongreß der DKP-Erneuerer habe ich ein paar Eindrücke mitzuteilen, die aus irgendwelchen Gründen niemand sonst gehabt zu haben scheint.

Zunächst hat mir der Kongreß gefallen, und das heißt: Die Erneuerer haben mir gefallen. Dann hat mir die Partei gefallen, der sie angehören, weil sie ihr angehören. Zum ersten Mal. Noch nie erschien mir die DKP so attraktiv wie an diesem Wochenende. Wenn sie, Erneuerer wie Bewahrer, nur das eine verstünden: Leuten wie mir, so wenige das sein mögen, aber vielleicht sind es gar nicht so wenige, gefällt die DKP, wenn sie sich streitet. Und wird unheimlich, wenn sie geschlossen auftritt.

Das hört sich liberalistisch an. Aber warum soll man an der DKP schlecht finden, was man an den Grünen schätzte, als sie noch nicht so stabilisiert waren? Wer das für banal hält, darf sich glücklich schätzen, weil er vom revolutionären Innenleben keine Ahnung hat. Streit in einer kommunistischen Organisation – Streit wie dieser, bei dem es ums Ganze geht – ist etwas anderes als das von den Grünen gewohnte Schauspiel. Denn die *Idee* der klassenlosen Gesellschaft ist um so viel bestechender als andere Utopien, daß es den Streitenden meist schwerfällt, anders als in den Kategorien von Orthodoxie und Dissidententum miteinander umzugehen und den Konflikt anders als mit einer Spaltung zu lösen. Da hängt man eben dran, und ganz feste Bindungen brechen, wenn sie sich verändern. In Frankfurt wurde nicht exkommuniziert, auch danach nicht. Dieses kleine Wunder eröffnet Chancen, die es vielleicht nicht lange geben wird, die darum bald genutzt werden müssen.

Um den Liberalismus konsequent fortzusetzen: Auch die Mitglieder des Parteipräsidiums, die den Canossagang zur Opposition angetreten hatten, profitierten von dem Streit. Obwohl Ellen Weber, stellvertretende Parteivorsitzende, arg danebenlag, als sie den Versammelten mit antikapitalistischer Agitation ins Gewissen reden wollte. Obwohl Jupp Angenfort und Willi Gerns nur ihre Hilflosigkeit im Umgang mit der zwanzig Jahre jüngeren Generation von Kommunistinnen und Kommunisten demonstrierten. Obwohl Beate Landefeld, die den Erneuerern Reformismus vorwarf, viel verbale Akrobatik aufbot, um die Schule vergessen zu lassen, in der solche Irrtümer gelehrt wurden (hätte sie doch einfach gesagt, ich glaube, ihr seid noch reformistischer als wir !). Wie ermüdend können solche Ansprachen auf den üblichen Parteitagungen sein. Mit permanentem Widerspruch konfrontiert gewinnen auch sie Format. Es ist ein Fortschritt, wenn sich die Parteispitze einer quasi fraktionellen Versammlung stellt, anstatt Beobachter zu schicken und Berichte einzuholen, mit denen sich administrative Maßnahmen begründen lassen.

Wenn dies ausdrücklich anerkannt wird, so sollte man sich in Düsseldorf nicht darüber täuschen, daß die Erneuerer die Kontroverse um den innerparteilichen Zustand der DKP überlegen beendeten. Ersparen wir uns Details über selbstherrliche Beschlüsse und autoritäre Verfahren der Zentrale, über politische Entlassungen und finanziellen Druck. Daß die Forderung nach innerparteilicher Demokratie begründet war, hat Beobachter nun nicht gerade überrascht. Gespannt war man auf die Schlüsse, die die Erneuerer ziehen, auf die Perspektiven, die sie zur Diskussion stellen würden. Vor, während und nach dem Kongreß lautete die immer wieder in Diskussionen und Gesprächen gestellte Frage: War es ein letztes Aufflackern der Opposition, bevor sie die Partei verläßt, ein letztes Familientreffen gewissermaßen, oder hat diese Strömung Bestand? Gehen sie zu den Rosa-Grünen oder nicht? Mit der grünen Option war Werner Stürmann in Frankfurt auffallend isoliert. Steffen Lehndorff, der die meistbeklatschten Reden hielt, zog sich aus der Affäre, indem er vorschlug, die Erneuerer sollten jedenfalls zusammenbleiben unabhängig von den organisatorischen Konsequenzen, für die sie sich individuell entscheiden.

Die meisten Sprecherinnen und Sprecher machten auf mich nicht den Eindruck, auf dem Sprungbrett zu stehen. Überrascht hat mich weniger das Bekenntnis zur Partei als die Glaubwürdigkeit, Ausstrahlung und Qualifikation von Kommunistinnen und Kommunisten wie Vera Achenbach, Irmelin Schachtschneider, Wolfgang Gehrke, Dieter Gauthier. Sie verzichteten auf Zweckoptimismus über die Veränderbarkeit der DKP, quälten sich angesichts der vielen Austritte, gaben Anflüge von Resignation zu. Nichtsdestoweniger wollen sie mit einer eigenen politischen Plattform auf den nächsten Parteitag gehen. Sie beanspruchen das Recht, sich kollektiv als Erneuerer darauf vorzubereiten, verlangen Garantien für marxistischen Meinungspluralismus und den Rücktritt des Parteivorstands. Andernfalls werde man seine Abwahl betreiben. Wenn die Reform an Haupt und Gliedern scheitert, so Vera Achenbach, früher Mitglied des Präsidiums, werde sie gleichwohl in ihrer

DKP-Einheit bleiben. Aber niemand werde sie daran hindern können, das Projekt der Erneuerung des Marxismus auch aul3erhalb der Partei zu verfolgen. Eine Meinungsänderung behält sie sich vor.

Von Kongressen sind realistisch keine Erleuchtungen zu erwarten. Den Veranstaltern geht es legitimerweise um Mobilisierung und Identifikation. Selbstdarstellungen, Fensterreden und Schaukämpfe der Erneuerer hatten ihren Unterhaltungswert, wenn man von dem rhythmischen Klatschen in den Plenarversammlungen absieht, eine im MSB eingeübte Kinderei, welche die Genossinnen und Genossen zur Strafe nun nicht mehr loswerden. Dieser Kongreß überraschte mit ein paar außerplanmäßigen Highlights. Ein dramatischer Wortwechsel zwischen zwei Alten gehörte dazu.

Theo Bergmann, KPO-Mann (Brandler/Thalheimer), der sich als »Renegat und Revisionist« vorstellte, rechnete mit fünfzig Jahren (nach-) stalinistischer Verbrechen ab. Der Beifall, den er erhielt, war eine kleine Rehabilitierung – hatten doch auch die Erneuerer vor Jahr und Tag nicht viel freundliches für Abweichler übrig gehabt. Für die DKP antwortete Peter Gingold, der vor den Nazis nach Frankreich geflohen war und sich der Résistance angeschlossen hatte. Sein Plädoyer, in der Partei zu bleiben, war keine Verteidigung der alten Politik. Der Antifaschist kritisierte sich selbst: was er hätte wissen können und müssen; welche Fragen er im Stillen wälzte, öffentlich aber nicht zu stellen wagte, und welche ihm gar nicht erst gekommen waren. An allem müsse man zweifeln, resümierte er, und: »Wir Kommunisten müssen unsere Autoritätsfixierung ablegen.« Sprachs, und ich konnte mir vorstellen, in der gleichen Partei zu sein. Gewiß, mit Antifaschismus läßt sich allem Anschein nach kein Staat machen, kein deutscher, meine ich. Aber was die Linke kaputt macht, ist was anderes. Zum Beispiel der Privatbesitz.

Mehr in polemischer als in analytischer Absicht hatte der Bremer Landesvorsitzende Dieter Gauthier das Wort benutzt und in einen Satz gesetzt, über den gestandene Marxisten wahrscheinlich den Kopf schütteln werden. Er habe nicht zwanzig Jahre in der DKP gearbeitet, rief Gauthier in den Hörsaal VI, um die Partei dem Präsidium als Privatbesitz zu überlassen. Ungerecht, wie Vergleiche nun einmal sind, assoziieren wir die nahegelegene Mainzer Landstraße 147. Joscha Schmierer, der dort in einem kleinen Kollektiv ein beachtliches Besitztum mitverwaltet, prozessiert gegen jeden, der behauptet, er hätte die Millionen des ehemaligen KBW in seinen Privatbesitz überführt. Und er hat recht: es handelt sich nicht um die im Westen übliche Form der Verfügungsgewalt. Die Ironie der Geschichte leitete diesen 'antirevisionistischen' Mikrokosmos auf einen eher östlichen Weg der Aneignung kollektiver Arbeit. Anders als der KBW wird die DKP kaum ihren Parteicharakter aufgeben und sich auf bloße Publikationstätigkeit reduzieren. Trotzdem: Ohne Wachablösung degeneriert sie zum Privatsender eines nicht viel größeren Kollektivs. Gewollt oder ungewollt.

Angesichts der dann sicheren Ausschaltquoten scheint die Parteiführung selbst vor einer solchen Perspektive zurückzuschrecken. Zwei Wochen nach dem Kongreß gibt es keinen Fraktionsvorwurf gegen die Erneuerer. Stattdessen wollen Herbert Mies und Ellen Weber auf dem Sonderparteitag im Februar ihre Ämter zur Verfügung stellen. Das Personalkarussell dreht sich nicht nur in der SED. Hier jedoch hat der Vorstand bisher noch keine Nachfolgekandidaten präsentiert. So spitzt man die Ohren gen Köln oder Hamburg, auf ein Zeichen von Vera und Wolfgang harrend. Doch von dort ist nichts zu vernehmen. Warten die Erneuerer auf den Egon der DKP, um sich dann am falschen Mann abzuarbeiten? Ich bin mir fast sicher, daß es nicht so ist. Vielmehr gibt es da noch ein Problem. Auch die SED-Führung neigte in der Vergangenheit dazu, die DKP als ihren Privatbesitz zu betrachten. Sie dürfte ein Wörtchen mitzureden haben oder darum gebeten werden. Vielleicht erkennt sie ihre eigenen Interessen inzwischen so klar, daß man ihr nicht erst davon abraten muß.

Aus einem weiteren Grund können die Erneuerer den publikumswirksamen Anspruch auf den Parteivorsitz nicht erheben, müßten doch gerade solche Ämter einer demokratischen Strukturreform zum Opfer fallen. Die Grünen haben vorgemacht, wie man sich dieser Peinlichkeit entzieht. Es kann also nur um die Aufstellung eines alternativen Kollektivs gehen, um eine Liste der Erneuerer für die Vorstandswahlen. Zu diesem Sprung gehört mehr Mut als zum Absprung.

Muß ich wirklich erklären, warum ich für eine Strömung plädiere, deren Reformillusionen schärfer noch als von Beate Landefeld zu kritisieren wären? Jedenfalls nicht aus taktischen Erwägungen. Die Frage des politischen Privatbesitzes darf nicht Affinitäten zu der einen oder anderen Richtung untergeordnet werden. Seien wir froh, wenn die Enteignung durch Marxisten vorgenommen wird, denen die Zukunft des Sozialismus am Herzen liegt. Natürlich, er ist schon an der bürgerlichen Konkurrenz gescheitert. Es ist schon zu spät. Es ist nie zu spät.

konkret 12/89, S. 17

Michel R. Lang

Deutschland den Deutschen

Die sozialdemokratische Regierung der Hansestadt will Hamburg 'zigeunerfrei' machen. Ihre Polizei schaffte Roma und Cinti vom Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme, wohin sie sich aus Furcht vor Abschiebung geflüchtet hatten. Am Abend des 9. November kehrten die Verfolgten, von 1.500 Demonstranten unterstützt, dorthin zurück. Die Stadt, die Platz für 20.000 DDR-Bürger hat, bleibt dabei: kein Bleiberecht für Zigeuner

Die Zigeunerverfolgung hat Tradition in Deutschland. Aus einem Rundschreiben der Hamburger Polizei vom 23.Juni 1906 geht hervor, daß Hamburg bereits 1890 Zivilisten, die nicht zweifelsfrei nachweisen konnten, daß sie deutsche Staatsbürger waren, den Zutritt zum Hamburger Stadtgebiet verweigerte. Dieses Vorgehen wurde durch Beschluß des Bundesrates vom 30. Mai 1891 geregelt. Weiter ist der »Anweisung zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens« zu entnehmen, daß die Niederlassung für Zigeuner »nicht gerade zu erleichtern« sei. Zigeuner mit ausländischer Staatsbürgerschaft seien grundsätzlich abzuschieben. Bei inländischen Zigeunern sollten Anträge auf Pässe nach »Möglichkeit« abgelehnt werden und: nach »Möglichkeit keine Erteilung von Arbeitsbüchern«, ohne die eine Arbeitsaufnahme unmöglich war. »Wandergewerbescheine« seien abzulehnen, und Zigeunerkinder dürften zu ihrem Schutze in Verwahrung genommen werden. Ferner konnten jugendliche Zigeuner, um sie »vor sittlichem Verfall zu bewahren«, einer »Zwangserziehung« unterworfen werden. Diese Repressionsmaßnahmen gegen die Zigeuner wurden quer durchs Deutsche Reich durchgeführt, im Wilhelminismus ebenso wie in der heute verklärten Weimarer Republik.

Als 1933 die Nazis die Macht an sich rissen, kam die »Bekämpfung der Zigeunerplage«, so die offizielle Bezeichnung, auf volle Touren: effizient, präzise, tödlich. Die Jagd begann am 5. Juni 1936. Reichsinnenminister Frick gab einen Runderlaß zur »Zigeunerplage« heraus, in dem er den Polizeipräsidenten von Berlin anwies, einen allgemeinen »Landfahndungstag nach Zigeunern« vorzubereiten und durchzuführen. Die Reichshauptstadt sollte, kurz vor den Olympischen Spielen, frei von »Plagen« jeder Art sein. Im Berliner Vorort Marzahn, am Rande des Armenfriedhofs, wurde ein Ghetto für die Zigeuner eingerichtet, zeitweise vegetierten 800 Menschen im Lager, in dem Scharlach, Tuberkulose und Diphtherie wüteten. Dann wurde auch für sie die »Endlösung« beschlossen. Die drei größten Zigeunerlager in Marzahn, in Magdeburg und in Lackenburg (Österreich) wurden evakuiert. Nach Auschwitz, in die Gaskammern. Mehr als 500.000 Roma und Cinti fielen den Herrenmenschen zum Opfer. Wie die Juden wurden sie überall dort niedergemacht, wo Hitlers Soldaten eingefallen waren: In Griechenland und in Serbien, in Frankreich und in Belgien, in Polen und in Rußland, in Rumänien, Ungarn und der Tschechoslowakei .

Als sich die Tore der KZ's 1945 »auch« für die Zigeuner öffneten, waren zum erstenmal in ihrer langen Geschichte ihre sozialen und kulturellen Strukturen so weitgehend vernichtet, der Familienzusammenhalt, eine der Säulen ihres sozialen Auffangnetzes, so weitgehend zerstört, daß sie sich bis heute davon nicht erholt haben. Die einzige Hoffnung, die viele hatten, war, daß es nun vorbei sei.

Doch sie wurden bitter enttäuscht. Während sie nach überlebenden Angehörigen suchten und voller Zuversicht »nach Hause« zurückkehrten, begannen deutsche Bürokraten schon wieder damit, das »Zigeunerproblem« zu lösen. Der Kripobeamte Everding, der sich seine Sporen in der Nazi-Zeit bei der Hamburger Zigeuner-Polizei verdient hatte, stellte am 22. September 1945 eine Überschlagsrechnung auf, der zu entnehmen ist, wieviele Zigeuner bei der Ausrottung durch die Maschen des Gestapo-Netzes geschlüpft waren: *Gesamtzahl der im Gebiet Groß-Hamburg vor dem 20. Mai 1940 wohnhaften zigeunerischen Personen 1.628,*

hiervon: wurden am 20. Mai 1940 in das Generalgouvernement umgesiedelt 5SI

wurden am 11. März in Auschwitz eingeliefert 328

wurden am 18. April 1944 in Auschwitz eingeliefert 26

sind nach Auschwitz verzogen 30

wegen krimineller Verbrechen in ein KL eingewiesen 89

verstorbene Personen 111

macht zusammen 1.135

Es müßten demnach zur Zeit, am 22. September 1945, im Gebiet Groß-Hamburg zigeunerische Personen aufhältlich beziehungsweise wohnhaft sein 493

Fünf Monate nach Kriegsende. Es würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen, all das, was von den altneuen Nazis nach der Zerschlagung Hitler-Deutschlands gegen Zigeuner unternommen worden ist, im einzelnen zu beschreiben. Einige exemplarische Informationen müssen genügen, um die Kontinuität der Zigeunerverfolgung nach 1945 zu verdeutlichen.

1948, Württemberg: Die Kriminalpolizei gibt einen Leitfaden zur Bekämpfung des »Zigeunerunwesens« für ihre Beamten heraus, als vorläufige Orientierung: »bis zur endgültigen Lösung des Zigeunerproblems.«

1953, Bayern: Im Freistaat wird in Anlehnung an das 1926 verabschiedete »Gesetz zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens« die »Landfahrerverordnung« erlassen, parallel dazu die alte »Zigeunerpolizeidienststelle« in München reaktiviert, diesmal unter dem Namen »Landfahrerzentrale«. Auftrag wie gehabt: Überwachung, Erfassung, gutachterliche Stellungnahmen, effektiviert durch eine enge Zusammenarbeit mit den sogenannten Wiedergutmachungsämtern zwecks Überführung von »Wiedergutmachungsschwindlern« .

1956: Der Bundesgerichtshof entscheidet, daß die Zigeunerverfolgung bis 1943 nicht aus »rassischen« Erwägungen erfolgte, sondern aus Gründen der Kriminalprävention, als Akt berechtigter Notwehr, sozusagen. Nur wer ab 1943 in ein KZ kam, ist, so der BGH, wegen seiner »Rasse« dort eingewiesen worden. Damit war auch die Wiedergutmachung torpediert. Ein juristischer Taschenspielertrick, aber »legal«. Dieses skandalöse Urteil wurde zwar kurz vor Fristenablauf (1969) revidiert, aber bis dahin waren viele Antragsteller gestorben, wie es wohl beabsichtigt gewesen war. Dazu ein Hinweis: Für jüdische Menschen, die im KZ gesessen hatten, betrug der Entschädigungssatz pro Tag Haft 10 Mark, die Zigeuner bekamen nur fünf.

1981, Tübingen: In der Universitätsstadt arbeitet die ehemalige Mitarbeiterin des NS-Zigeunerspezialisten Robert Ritter, Sophie Erhardt, mit Hilfe von Originalmaterialien aus der rassehygienischen Forschungsstelle in Berlin an einem bedeutenden Projekt der Deutschen Forschungsgemeinschaft: »Erforschung des Handleistensystems der Zigeuner.« Ein makabrer Anblick bot sich den Zigeunern, die dieses Material beschlagnahmten und damit dem widerwärtigen Treiben ein Ende machten. Im Keller der Tübinger Universität lagerte die Geschichte eines ganzen Volkes: Genealogien, rassenbiologische Gutachten, mit deren Hilfe ihre Väter, Mütter und Geschwister in den Tod geschickt worden waren. Fotos von Verwandten, von denen man nur noch vom Hörensagen wußte, dazu Begriffe wie »Bastard«, »Mischling«, »minderwertige Züchtung«.

Sommer 1984, Darmstadt: Der sozialdemokratische Oberbürgermeister der Stadt, Metzger, angestachelt von der regionalen Revolver-Presse und einigen Stahlhelmern seiner Partei, beginnt eine großangelegte Vertreibungsaktion gegen dort seit vielen Jahren lebende Roma-Familien. Häuser werden niedergerissen, die Familien eingeschüchtert und zum Verlassen der Stadt gedrängt. Erst das gemeinsame Vorgehen der Hamburger Roma und Cinti Union und der Gesellschaft für bedrohte Völker kann die Stadtverwaltung stoppen. Trotzdem verlassen die meisten Roma-Familien daraufhin das ungastliche Kaff an der Bergstraße.

1987/88, Köln: Die sozialdemokratische Rhein-Metropole ist dazu entschlossen, das »Zigeuner-Problem« in den Griff zu bekommen, koste es was es wolle. Das Problem: 500 Roma, die seit August 1986 bzw. Ende 1987 in Köln leben, erregen die Gemüter, der Butzweiler Hof, auf dem sie zusammengepfercht wurden, sei, so die Polizeipresseberichte vom 17. Februar und 20. Mai 1987, ein Aufenthaltsort von Kriminellen, die »die Kinder zum Stehlen zwingen«. Der »Kölner Express« vom 3. Mai 1987 spricht sogar von »Diebeskindern, dressiert wie Hunde«. Kriminalrat Stüllenberg, Leiter einer eigens zur Bekämpfung der »kriminellen Landfahrer« gebildeten Sonderkommission, verordnet verschärfte Kontrollen, willkürliche Arrest-Maßnahmen, beschleunigte Ausweisungen. Aufgegriffene Roma-Kinder werden in ein Sonderheim gesteckt. Um ihre Familienstrukturen besser zerschlagen zu können, beschließt die Stadt, die Zigeuner vom Butzweiler Hof auf das »Glanzstoffgelände« umzusiedeln, auf dem während des Krieges Zwangsarbeiter interniert waren. Da jedoch das Gewerbeaufsichtsamt das Gelände als für Menschen gefährlich erklärt, wird der Umsiedlungsplan aufgegeben. Stattdessen werden 150 Roma auf einem Parkplatz am Fühlinger See, am nördlichen Stadtrand von Köln, untergebracht, nachdem sie von Beamten des Ordnungsamtes fotographisch erfaßt und registriert worden sind. Inzwischen leben sie fast alle in Obdachlosensiedlungen, weil der Platz bei Eröffnung der Badesaison geräumt werden mußte. Für die restlichen 150-200 Roma haben sich die Stadt Köln und das Diakonische Werk etwas ganz Feines ausgedacht: das sogenannte »Kölner Modell«. Dieses von der evangelischen Kirche hochgelobte Projekt ist nichts anderes als ein Blockwart-Modell, seine Absicht eindeutig: Die Roma werden observiert, registriert, reglementiert, numeriert. Entziehen sie sich dieser Gängelung, benehmen sie sich nicht, wie es von ihnen erwartet wird, werden sie rücksichtslos abgeschoben, gelingt ihnen vorher die Flucht, rutschen sie in die Illegalität, manchmal in die Kriminalität. Sie sind fortan vogelfrei, der Behördenwillkür ausgesetzt. Dabei ist anzunehmen, daß es den Kölner Behörden kaum gelungen wäre, dieses Unterdrückungsmodell zu installieren, hätten nicht blauäugige »Roma-Freaks« aus dem Dunstkreis der Grünen der Stadt aktiv Beihilfe geleistet. Ihr bloß guter Wille machte sie zu Kollaborateuren der Zigeuner-Jäger.

Herbst 1988, Hamburg. Just zu den Gedenkveranstaltungen zum 9. November wird der Vater einer zwölfköpfigen Roma-Familie, Vehbija Adzovic, der sich 1980 aus Jugoslawien nach Hamburg gerettet hatte, in Abschiebehaft genommen. Erst nach einem Gespräch mit dem SPD-Oberbürgermeister der Hansestadt, Henning Voscherau, gelingt es dem Vorsitzenden der Rom und Cinti Union, Rudko Kawczynski, den Rom wieder frei zu bekommen. Die Verfolgung der ca. 1.500 aus Jugoslawien und Polen stammenden Roma ist dennoch nicht mehr aufzuhalten. Die SPD-Senatoren Werner Hackmann (Inneres) und Ortwin Runde (Soziales) haben ihre Vertreibung beschlossen und sich für die brutale Tour entschieden.

Unterstützung erhalten sie dabei von Staatsrätin Bludau-Krebs (Inneres) und von der SPD-Hinterbänklerin Petra Brinkmann, einem Lieblingskind der »Bild-Zeitung«. Die mitregierende FDP hält sich zunächst zurück. Zunächst. Dann läuft die Aktion »sauberes Hamburg« wie geschmiert: Einschüchterung, Verhaftungen, Polizeikontrollen, Abschiebungen. Die Familie Adzovic wird von Versteck zu Versteck gebracht, eine Nacht bleibt sie im noblen Alster-Viertel, Tags darauf versteckt sie sich in den besetzten Häuser der Hafenstraße.

Als die Repressionsschraube immer enger angezogen wird, die Zigeuner-Raus-Tiraden des Senator Hackmann immer bösartiger werden, beschließen die von der Abschiebung bedrohten Roma, einen unbefristeten Hungerstreik durchzuführen. Am 18. Februar 1989 ziehen sie in das Dokumentenhaus des ehemaligen KZ Neuengamme. Nach drei Wochen verspricht der Innensenator, sich um eine humane Lösung zu bemühen. Auf Druck der alarmierten Öffentlichkeit wird den Roma der Aufenthalt für weitere sechs Monate zugesichert. Die Zigeuner schöpfen wieder Mut und beenden am 7. März ihren Hungerstreik.

Doch es kommt anders, als sie es sich vorgestellt haben. Der Senat hat die Pause nur dazu genutzt, die Repressionsmaschinerie zu überholen und seine Vertreibungstaktik zu verfeinern. Gemeinsam mit dem Diakonischen Werk präsentiert er nun das »Hamburger Modell«, eine nur geringfügig verbesserte Variante des berüchtigten Kölner Blockwart-Modells: 150 von 1.500 Roma sollen nach strengen Kriterien (Schulbesuch, Fähigkeit zur Sozialisierung, nicht mehr als eine sechsmonatige Haftstrafe, Eindeutschung) vom Diakonischen Werk geprüft und eventuell für würdig befunden werden, die erhofften Aufenthaltspapiere zu bekommen.

Als schließlich im Spätsommer dieses Jahres die Innenbehörde ihre Jagd auf die Zigeuner wieder aufnimmt, entschließen die sich zur Flucht nach vorn. Am 29. August, für die Roma ein Tag des Gedenkens an die in Serbien 1942 ausgerotteten Roma (und Juden), ziehen sie mit ihren Frauen und Kindern auf das Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme, in dem bis 1945 mehr als 500 Menschen ihres Volkes von der SS ermordet worden waren. Dort leben sie fünf Wochen lang in unbeschreiblicher Armut, die Polizei terrorisiert sie mit kurz aufeinander folgenden Einsatzfahrten bei Tag und Nacht, Neonazis überfallen sie zweimal. Zwei Ärzte versorgen sie so gut sie es vermögen, obwohl sie keine Krankenscheine besitzen und die Hospitäler sich durchweg weigern, kranke Roma zu behandeln. Als die Witterungsverhältnisse sich verschlechtern, Kleinkinder TBC bekommen, mehrere alte Menschen in akute Lebensgefahr geraten, ziehen sie kurzerhand ins überdachte Klinkerwerk, in dem früher die KZler, meist Zigeuner und Juden, Ziegelsteine für das Hitler-Reich fabrizieren mußten und zu Tode geschunden wurden. Diese Verzweiflungs-Tat erregt den besonderen Unwillen des Innensenators. Pietätlosigkeit gegenüber den Opfern der NS-Barbarei wird den Nachkommen der NS-Opfer vorgeworfen. Instinktsicher treiben Werner Hackmann und Ingo von Münch (FDP), letzterer als Kultursenator zuständig für die KZ-Gedenkstätte Neuengamme, die Pietätlosigkeit auf die Spitze. Professor von Münch erstattet Anzeige gegen die Roma wegen Hausfriedensbruch und gibt damit Polizeisenator Hackmann grünes Licht.

Am 2. Oktober stürmen bewaffnete Einheiten der Bereitschaftspolizei das KZ Gelände. Dort, wo 50 Jahre zuvor Menschen gequält, erschlagen, erhängt, vergast wurden, prügeln deutsche Polizisten auf wehrlose Menschen, deren Familien an diesem Ort des Grauens schon soviel Leid hatten ertragen müssen. Am 26. Oktober erklärt Hackmann in der »tageszeitung«: »Der Einsatz wurde von meinen Beamten hervorragend durchgeführt, und ich stehe auch heute dazu uneingeschränkt ... Auch KZ-Gedenkstätten sind keine rechtsfreien Räume...«

Statt sich mit Bussen der Stadt »umsiedeln« zu lassen (dieses Wort fiel tatsächlich), marschieren die Roma geschlossen nach Hamburg, 35 Kilometer. Sie legen diese Strecke in acht Stunden zurück, Frauen, Kinder, Greise, ein alter Mann bricht während des Gewaltmarsches zusammen und muß von einer Ambulanz ins Krankenhaus gebracht werden. Unterwegs schließen sich ihnen etwa hundert junge Demonstranten an.

Am selben Abend stehen sie in der Hamburger City einer Hundertschaft der Polizei gegenüber. Bannmeile. Als einige Frauen und Kinder zum Rathaus laufen wollen, kommt der Einsatzbefehl: Knüppel frei. Wahllos prügelt Hamburgs uniformierte Elite in die Menge, auch auf Frauen, auch auf Kinder. Als die Situation unerträglich wird, es regnet und ein eiskalter Wind fegt durch die Straßen, gewährt ihnen der evangelische Pastor Christian Arndt Zuflucht in der Altonaer Friedenskirche. Fast vier Wochen lang leben sie zusammengedrängt auf engstem Raum, wie gelähmt vor Angst. Am 31. Oktober besetzen dann 50 von ihnen das Wahrzeichen der Stadt, den Michel, und beginnen erneut einen Hungerstreik. Doch wird auch dies ihnen wohl wenig nutzen, denn die geschichtsbewußten Hamburger Sozialdemokraten wollen zeigen, daß die »Republikaner« nicht allein sind, wenn es darum geht, Deutschland den Deutschen zu bewahren.

In der Nacht des 9. November besetzen die Roma und Cinti, unterstützt von 1500 Menschen, abermals das Klinkerwerk auf dem Gelände des KZ Neuengamme. Die SPD/FDP-Koalition weigert sich in einer parallel dazu ablaufenden Bürgerschaftssitzung erneut, den Zigeunern das Bleiberecht zuzuerkennen.

konkret 12/89, S. 20

Thomas Ebermann; Georg Fülberth; Hermann L. Gremliza

Rechts ist die deutsche Mitte

»Wehret den Anfängen«, »Gemeinsam gegen rechts« oder aber »Endlich normal«: das sind die Parolen und Seufzer, mit denen die BRD-Linke auf die Wahlerfolge der »Republikaner« reagiert. Der »Entwurf einer politischen Grundlage für den Kreis 'Radikale Linke'« (KONKRET 11/89) versuchte diese Hilflosigkeit gegenüber dem Aufstieg des parteipolitischen Rechtsextremismus zu thematisieren. Als Beitrag zu den Diskussionen vor und auf dem bundesweiten Kongreß »Radikale Linke« im Mai 1990 legen drei Autoren hier ein Papier vor, das die »Republikaner« als die Steigerungsform der BRD-Staatsparteien identifiziert – mit dem Fazit: Wer die Reps treffen will, darf nicht am Modell Weizsäcker vorbeizielen

Eine Organisation wie die »Republikaner«, die ihre Klientel auf schwächere Menschengruppen hetzt, verdient die schlagkräftige Feindschaft aller, welche die Verfolgung anderer auch als Demütigung ihrer selbst empfinden, und die Aufklärung jener, die in Gefahr sind, sich täuschen zu lassen.

Die dominierenden Strömungen der öffentlichen Meinung tragen zur Aufklärung nichts bei: Äußerungen von Sozialdemokraten und Unionschristen sind vom Interesse geleitet, Wählergruppen zu umwerben, die sich zu den »Republikanern« abzusetzen drohen. Die staatslinke Opposition benutzt die »Republikaner«, um sich im gemeinsamen »Kampf« gegen diesen Feind noch tiefer in die »Gemeinsamkeit der Demokraten« zu drängeln. Gemeinsam ist allen die halsstarrige Weigerung, die Hauptaufgabe der antifaschistischen Aufklärung, welche zugleich eine antikapitalistische ist, wahrzunehmen. So ist ein Low-tariff-Antifaschismus entstanden, der vielleicht sogar die Partei, gewiß aber die Politik der »Republikaner« fördern wird.

»Wehret den Anfängen«?

Diese Parole – in den Gewerkschaften, bei der VVN, aber auch in kommunistischen Organisationen verbreitet – popularisiert die Annahme, es seien die Gründung einer rechtsextremistischen Organisation und ihr gutes Abschneiden bei Wahlen der mögliche Anfang einer Entwicklung, die in den Faschismus führt: zur Errichtung eines politischen Systems, das die Organisationen der Arbeiterklasse terroristisch ausschaltet und stellvertretend für die Bourgeoisie deren politisches Geschäft vor allem über die Exekutive – unter Beseitigung aller liberalen Formen der politischen Willens- und Meinungsbildung – ausübt.

Diese Annahme ist falsch: Wenn die Bourgeoisie sich zum Faschismus als der zeitweise effektivsten Herrschaftsform entschied, wie in Deutschland 1933 und in Chile 1973, entstand die nötige Massenorganisation sehr schnell und bedurfte nicht mühseliger Vorbereitung. Der Erfolg der NSDAP begann nicht 1920, sondern 1930, die gefährlichen »Anfänge« bestanden nicht in ihrer Gründung und den Wahlerfolgen dieser Partei sowie anderer rechtsextremistischer Organisationen während der zwanziger Jahre (Völkische, DNVP), sondern in allmählich heranreifenden gesellschaftlichen Bedingungen für ihre Machtergreifung. Diese Voraussetzungen aber lagen außerhalb des Parteiensystems. Man hätte ebensogut die NSDAP erst 1929 gründen können – mit dem gleichen Ergebnis 1933.

Hält die Bourgeoisie einen Übergang zum Staatsterrorismus nicht für erforderlich, bedeutet die Gründung rechtsextremistischer Organisationen nicht den Anfang einer Machtergreifung, sondern die Flankierung liberalerer Formen kapitalistischer Herrschaft. Sie gehören dann ebenso dazu wie die anderen bürgerlichen Parteien und die SPD eben auch. Dabei zeigt sich, daß sie sich von diesen nicht nur unterscheiden, sondern daß sie zumindest in dem Maße auch mit ihnen übereinstimmen, das nötig ist, um unter nicht-krisenhaften Bedingungen kapitalistischer Entwicklung Erfolg zu haben. Die Beschreibung der »Republikaner« durch den Parteienforscher Richard Stöss – wahrscheinlich in warnender Absicht verfaßt – bestätigt dies:

»Die Republikaner sind eine rechtsextreme Partei, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik richtet. Sie vertreten völkische und nationalistische Ziele, schüren Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß, machen die demokratischen Parteien und ihre Repräsentanten verächtlich und wollen die Pressefreiheit und die Tarifautonomie zerschlagen« (»Tageszeitung« vom 31. Juli 1989).

Die Gegnerschaft der »Republikaner« zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik wird in diesem Zitat behauptet, doch soll der Beweis ganz offensichtlich erst durch die dieser Feststellung folgende Auflistung besonderer Eigenschaften erfolgen. In drei Punkten aber unterscheiden die »Republikaner« sich von CDU/CSU, FDP und SPD nicht grundsätzlich, sondern nur graduell: im Nationalismus, in der Ausländerfeindlichkeit und in der Haltung zu Pressefreiheit und »Tarifautonomie«.

CDU/CSU, FDP und SPD forcieren eine Industriepolitik, welche die mit-dominante Stellung der Bundesrepublik auf dem Weltmarkt verteidigen und nach Möglichkeit ausbauen soll. Diesem Zweck dient die »Modernisierung der Volkswirtschaft« (so der Titel eines programmatischen Buches von Volker Hauff und Fritz W. Scharpf bereits in den siebziger Jahren). Eine solche Industriepolitik ist nationalistisch. Der in ihr enthaltene Nationalismus wird auch offen propagiert (»Modell Deutschland«). Die »Republikaner« treiben die nationalistische Rhetorik zwar weiter als CDU/CSU,

FDP und SPD, den harten – nämlich den ökonomischen – Kern aber haben sie nicht organisiert. Soweit zu dessen Entstehung, Förderung und Schutz überhaupt Politiker vonnöten sind, haben hier Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberale die weitaus größeren Verdienste.

Selbstverständlich ist die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik, wie sie von Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberalen betrieben wird, auch ausländerfeindlich. Die Feindseligkeit besteht in der Fortschreibung eines Ausländerrechts, das die Angehörigen der »deutschen Nation« auf dem Arbeitsmarkt privilegiert, in der scheinbaren Indifferenz, mit der das Kapital Arbeitskräfte je nach seinem Bedarf anzieht und abstöl3t, und in der Bereitwilligkeit, mit der politische Sachwalter diesem Anziehungs- und Abstoßungbedarf durch staatliche Maßnahmen gerecht zu werden versuchen. Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte Mitte der fünfziger Jahre war keine ausländerfreundliche, sondern eine kapitalfreundliche Maßnahme. Die Bedingungen, unter denen Italiener, Türken und Jugoslawen hier leben mußten (und müssen), waren und sind entsprechend. Mit dem Anwerbestop für ausländische Arbeitskräfte von 1973 hat noch die sozialliberale Regierung in zweifacher Weise eine ausländerfeindliche Politik betrieben: 1. Sie hat sofort auf die Tatsache reagiert, daß in jenem Jahr 1973 erstmals ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter in Streikbewegungen besonders aktiv hervorgetreten sind (z.B. bei Ford in Köln). 2. Nachdem das Interesse des westdeutschen Kapitals an zusätzlichen Arbeitskräften mit erlahmender Konjunktur nachließ, hat sie einen Selektionsmechanismus bei der Rekrutierung von neuen Arbeitskräften wirksam werden lassen. Die Zuzugs-Schikanen, welche insbesondere die CDU/FDP-Regierung seit 1982 praktiziert, haben diese Politik nur verschärft. Und ausländerfeindlich ist nicht erst die von den »Republikanern« geforderte, sondern bereits die herrschende Asyl-Politik. Das Urteil des baden-württembergischen Verwaltungsgerichts vom 2. August 1989, wonach Asylsuchende nicht in reine Wohngebiete eingewiesen werden dürfen, belegt dies ebenso wie die offen rassistische Diskriminierung »fremder« Immigranten gegenüber »deutschstämmigen« .

Als SPD und CDU/CSU 1968 gemeinsam die Notstandsverfassung verabschiedeten, haben sie eine Einschränkung der Koalitionsfreiheit im Ausnahmezustand festgelegt. CDU/CSU und FDP nehmen jede Gelegenheit wahr, das Streikrecht auch im Regelfall zu beschränken, die SPD wirbt (unter dem Beifall einiger ihr nahestehender Gewerkschaftsvorstände) für längere Maschinenlaufzeiten und Lohnverzicht. Die »Republikaner« wollen diese Politik der Ausnahme zum Regelfall machen. Was die Pressefreiheit angeht, so haben Staatsparteien und Industrie die einflußreichen Medien fest im Griff: Die größeren Printmedien werden von der werbenden Wirtschaft ausgehalten, und es gibt keinen leitenden Redakteur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens, der nicht der SPD oder CDU/CSU angehört oder diesen doch so nahe steht, daß er quasi als Ehrenmitglied gelten kann. Systemkritische Publizistik ist bereits auf ein paar Kleinverlage reduziert. Die »Republikaner« hätten gerne, daß dies auch mit der milde sozialreformerischen Publizistik geschieht.

Es ergibt sich: die »Republikaner« sind noch ausländerfeindlicher als CDU/ CSU, SPD und FDP, sie möchten mit kämpfenden Arbeitern/Arbeiterinnen und mit abweichenden Meinungen gern noch rabiater umgehen, als dies die anderen bis heute (zum Beispiel mit der Abschiebung Asylsuchender, mit der Entrechtung Streikender, mit den Berufsverboten oder dem Paragraphen 129a) praktiziert haben. Sie sind auch noch frauenfeindlicher. Es ist dies jener Unterschied, den ein Komparativ eben bedeutet. Er scheint auch für die Wähler der »Republikaner« zu gelten, die (nach einer Erhebung der Psychologen E. Brähler und H. E. Richter, zitiert im »Spiegel« vom 30. 10. 1989) sich selber als »noch eigensinniger, noch stärker bemüht, andere zu übertreffen, noch massiver bestrebt zu dominieren, noch häufiger in Auseinandersetzungen mit anderen verstrickt, noch weniger um andere besorgt« sehen, als der Durchschnitt der Befragten.

Die Klage, daß die »Republikaner« die »demokratischen« – soll heißen: die im Bundestag bislang vertretenen – Parteien und ihre Repräsentanten »verächtlich« machen wollten (Stöss), behauptet einerseits, daß diese nicht verächtlich seien, weshalb jeder, der sie verachtet, dem gleichen »undemokratischen« Lager entstamme, und muß deshalb andererseits die Gründe der »Republikaner« für die Verächtlichmachung ignorieren: Tatsächlich ist diese nicht Ergebnis oder Zeichen prinzipieller Differenz zu einer Politik, die Ausländerfeindlichkeit und eine Demütigung der in Gewerkschaften notdürftig genug organisierten Menschen immer wieder notwendig aus sich hervortreibt, sondern Quengelei darüber, daß dies nicht gründlich genug geschehe. Das verdienstvolle Unternehmen, die Vertreter der in der Bundesrepublik dominanten Politik verächtlich zu machen, muß natürlich auch die »Republikaner« einschließen, ja es muß deren Führern erst recht gelten.

Die Gelassenheit des genußsüchtigen Citoyen

Eine zweite Variante der »Auseinandersetzung« mit NPD, DVU und »Republikanern« besteht in der Versicherung, deren Erfolge seien schließlich nur Resultat und damit Bestätigung des demokratischen, ökonomischen, internationalistischen und feministischen Fortschritts: Reaktionen auf Modernisierungsprozesse, welche die Bundesrepublik insgesamt zu humanisieren imstande seien. (Diese Auffassung wird inzwischen auch von der Grünen-Politikerin Antje Vollmer und von Claus Leggewie vertreten.)

Wer so redet, identifiziert sich zwar nicht mit den »Republikanern«, wohl aber mit dem gesellschaftlichen Zustand, der sie hervorgebracht hat. Als Ursache des Fremdenhasses erscheint dann u.a. die »multikulturelle Gesellschaft«. Wer diese in ihrer bisher in der Bundesrepublik zutagegetretenen Form untersucht, wird allerdings feststellen, daß sie kein Ort der

Humanität oder der Gleichheit ist, auch nicht der egalitären Vielfalt, sondern ein Nebeneinander kultureller Gettos, deren Bewohnerinnen und Bewohner gegeneinander ausgespielt werden.

»Modernisierung« bedeutet nicht Verbesserung der Lebensbedingungen aller, sondern Polarisierung nach unten und nach oben. Westeuropäischer Internationalismus heißt, daß die ökonomische Zentralisierung oben nur dann zu guten Resultaten führt, wenn unten die scharfe Konkurrenz der Arbeitenden und Arbeitslosen nicht beseitigt wird. Das Auftauchen der »Republikaner« zeigt, daß die realen Machtverhältnisse und ihre gewalttätigen Alltags-Formen nicht kosmetisch wegmodernisiert werden können: nicht durch sozialdemokratische Konfliktpädagogik und Schulreform, nicht durch Weizsäckers Heuchelei und auch nicht durch Süßmuths Emanzipations-Attrappen.

Es gibt tatsächlich »Modernisierungsverlierer«. Diese sind zahlreicher als das letzte Drittel der »Zweidrittelgesellschaft«. Gegen ihre Benachteiligung sind verschiedene Reaktionen möglich: progressiver Protest oder eben Rechtsextremismus. Der genußfreudige Citoyen beiderlei Geschlechts – ebenfalls ein Modernisierungsgewinner, allerdings weniger von der organisierenden als von der parasitären Sorte – sieht aufatmend in den Erfolgen der »Republikaner« die mildeste Art sozialer Unkosten für die Vorteile, die er selbst aus der kapitalistischen Modernisierung zieht; ist er im Wissenschaftsbetrieb tätig, freut er sich auf öffentliche und Stiftungs-Mittel zur Untersuchung des Phänomens.

Seine Auffassung, die Erfolge der »Republikaner« seien eben der Preis der Demokratisierung, Ökologisierung und Feminisierung, ist ein interessiertes Mißverständnis: Sie verwechselt die feministische, liberale und ökologische Ideologie eines von ihm beeinflußten Segments der veröffentlichten Meinung mit einer gesellschaftlichen Wirklichkeit, die eben nicht egalitär, sondern hierarchisch, unsozial, frauen- und ausländerfeindlich ist. Immerhin nimmt das verkehrte Bewußtsein des genußfreudigen Citoyen auch ein Stück Realität wahr: nämlich seine eigene. Unfähig, die Gesellschaft außerhalb seines Milieus zu begreifen, kapiert er doch sehr genau seine Interessen und ist bereit, diese zu verteidigen, indem er zumindest auf dem Felde der ideologischen Feind-Bekämpfung den Noske-Part übernimmt:

»Links dagegen ist heute fundamentalistisch verkommen... Links wird immer alles verändert, ohne den Gewinn ziviler Kultur, den das mit sich bringt, substantiieren zu können; alles Gewachsene wird abgeräumt, und dem Eindruck wird nicht widersprochen, da links auch mit Druck von oben uns allen das Glück aufzwingen will... Die Republikaner in der Berliner Hasenheide bei ihrem letzten Parteitag auf den Tischen und die Autonomen auf der Straße davor, im Kampf gegen das faschistische Schweinesystem einig im Haß auf demokratische Zustände? Ein unangenehmer Gedanke!« (Udo Knapp/Wilfried Kretschmann: Kultur der Einfachlösungen – Schmierseife rechter Wahlerfolge. In: »Frankfurter Rundschau« vom 18. 8.1989.)

Überhaupt kein Gedanke, aber doch ein richtiges Gespür dafür, daß eine ernsthafte Bekämpfung der Republikaner, welche die Voraussetzungen des Faschismus auf Nimmerwiedersehen beseitigt, in der Tat auch das »Gewachsene« abräumen müßte, welches unser Citoyen so sehr genießt.

Sind die »Republikaner« ein Anachronismus? Nein. Sie sind höchst zeitgemäß. Sie bringen ein Gemeinwesen auf den Begriff, das sich anschickt, im vom Kommunismus gereinigten Europa endgültig Vormacht zu werden. Die alten Werte, welche vor 1945 dieses Ziel befördern sollten, sind nicht von gestern, sondern up to date. CDU und SPD werden den Kampf gegen die »Republikaner« proklamieren, indem sie diese imitieren. Sie rücken nach rechts mit dem Argument, damit den Spielraum der »Republikaner« zu beschneiden. In Wirklichkeit handelt es sich um eine weitere »Modernisierung« der beiden Volksparteien unter den – sich seit Mitte der siebziger Jahre allmählich herausbildenden – Bedingungen neuer Dominanz der Bundesrepublik über das in 0st und West geeinte Europa: CDU und CSU wollen die Mitte nach rechts mitnehmen, die SPD entdeckt ihren rechten Flügel wieder.

Der Faschismus hat somit eine neue Aktualität gewonnen: nicht als Herrschaftsform, wohl aber als eine regulative Idee, die das praktische Handeln politisch relevanter Kräfte beeinflußt. Ideologiepolitisch ist dies das praktische Resultat »postmoderner« Zerstörung von Aufklärung. Durch das Aufkommen faschistischer Bewegungen auch in Teilen Osteuropas wird er zunehmend eine ideologische Großmacht werden. Das Parteiensystems der Bundesrepublik ist für eine Anpassung an diese neue Situation bestens ausgerüstet.

Sozial-Räson und Staatsräson

Die »Republikaner« entsprechen der Sozial- und der Staats-Räson der BRD. Die Sozial-Räson ist keine westdeutsche Besonderheit, sondern sie entspricht der westeuropäischen Normalität. Insofern sind die »Republikaner« tatsächlich eine Bruderpartei der »Fortschrittspartei« in Norwegen, der »Freiheitlichen« in Österreich und der Le Pen-Bewegung in Frankreich. Der Aufstieg dieser Formationen hat seine Ursache in der sozialdarwinistischen Radikalisierung der »Marktwirtschaft« in den führenden Ländern der EG: Die Konkurrenz Aller gegen Alle wird zur Verhaltensnorm, auf dem Arbeitsmarkt und in der »flexibilisierten« Produktion soll dem Tüchtigen freie Bahn geschaffen werden, der Schwächling und Leistungsverweigerer aber findet seinen verdienten Untergang. Die Erfolgreichen sind Elite. Sie müssen ihren Vorrang nach unten verteidigen. Dieses hierarchische Sozialbild hat ein hohes Maß an Wirklichkeitsgehalt. Seine positive Bewertung erfährt es in der krassesten Form in der Ideologie des Rechtsextremismus.

Diejenigen, die im Kampf Aller gegen Alle hintenrunterfallen (oder dies doch fürchten), können sich in diesem Gesellschaftsbild ebenfalls wiederfinden. Sie dürfen sich damit trösten, daß ihnen Unrecht geschehen ist (oder zu geschehen droht) und daß ihr Platz am unteren Ende eigentlich von ganz anderen eingenommen werden müßte: von AusländerInnen, rassischen und sexuellen Minderheiten. Die »Republikaner« bieten dem Volksgenossen an, mit seinem Stimmzettel dafür zu sorgen, daß die richtigen Leute unten einsortiert werden – und nicht er.

Es gibt in der BRD Menschen, die mit der Hand arbeiten und nicht viel zu sagen haben. Ihr Hirn, Abteilung Staat und Gesellschaft, ist voller Müll. Der Müll im Kopf besteht aus Bruchstücken eines außerordentlich realistischen Weltbildes. Wirklichkeitsnah ist zum Beispiel die Vorstellung, daß eigentlich immer irgendwie Krieg ist und daß die Bundesrepublik zu den Siegern gehört. Auf diesem Erfolg des Ganzen beruht die Würde der einzelnen. Der Sieg ist prekär, er kann jederzeit zur Niederlage werden, wenn man nicht aufpaßt. Außerdem besteht die Gefahr, daß die Verlierer sich parasitär an die Sieger heranschmeißen: Asylanten zum Beispiel. »Haben denn wir den Krieg allein verloren?« Diese Klage von rübermachenden DDR-Bürgern gibt die Realität des ständigen Kriegs, in dem die Jahre 1939-1945 nur eine Episode waren, zutreffend wieder.

Das Gefühl der Überlegenheit ist labil. Es stimmt als Welt-Wetterkarte, aber nicht alle Zeit für die soziale Innenarchitektur. Wer gemeinsam mit seinen Chefs draußen etwas gilt, ist drinnen dennoch unten, er ist nur zweiter Sieger. Dies ist solange erträglich, als man noch andere unter sich hat. Nehmen die Schwachen, zu denen man nicht zählt, überhand, stagnieren die Reallöhne, werden die Wohnungen knapp und kriegen die Kinder keine Lehrstelle, steigt die Gefahr, daß man sich selbst dort entdeckt, wo man in der Hierarchie tatsächlich sitzt: eher unten als oben. Wenn dann noch Pfaffen und Grüne von einer »solidarischen Welt« reden, argwöhnen die zweiten Sieger, die »Kanaken« dürften zu ihnen aufs Treppchen.

Das Sozialbild, das sich einer Generation der Erfolgreichen in den fünfziger und sechziger Jahren aufprägte, hat sich auf ihre Kinder übertragen, stimmt dort aber weit weniger mit der eigenen Situation überein als bei den Eltern. Die allmähliche Einsicht in diese Differenz setzte sich in zwei Etappen durch: zunächst (bei einer Minderheit des akademischen Teils der heute Fünfunddreißigjährigen) als melancholisch-grüne Wut & Trauer, und nun (weniger akademisch) als braune Wut. Wut wäre, angesichts der ständigen Verletzung der eigenen Würde, berechtigt, gehörte zur Vorstellung von dieser Würde nicht dazu, daß diese nur auf Kosten anderer hergestellt werden kann.

Die Vorstellung von der eigenen Überlegenheit wird mittlerweile »wissenschaftlich« autorisiert. Insbesondere die Thesen der Sozialbiologie scheinen seinen Ideologen recht zu geben: es gebe eine natürliche Über- und Unterlegenheit, die durch falsche Politik leider immer wieder umgekehrt werde. Für die frühkapitalistischen Calvinisten hatte der Liebe Gott in freier Gnaden- und Verdammniswahl vorentschieden, ob sie in den Himmel oder in die Hölle kommen. Durch Fleiß beim Ausbeuten, Akkumulieren, Foltern, Kolonisieren und Ausrotten konnten sie schon auf Erden sich und anderen beweisen, ob sie fürs Paradies bestimmt waren. Max Weber vermutete hier gar eine Ursache für die Entstehung des Kapitalismus. Das ist umstritten. Eine höchst effektive kapitalistische Ideologie war es allemal. Heute ist an die Stelle Gottes das Gen getreten. (Oder auch nicht denn ER schuf das Gen.) Der Tüchtige beweist durch den Erfolg, daß Gutes in ihm angelegt ward. Sein Sieg geht in Ordnung, denn er war vorherbestimmt. Wer aber Angst um die Qualität seines Erbguts hat, kann sie durch Erfolg bezwingen. Dieser Glaube forciert das individuelle Verhalten.

Für die Nation aber gilt: Die Angst vor dem Abstieg oder davor, daß der Sieg verschenkt wird, ist eine politische Produktivkraft für diejenigen, welche wollen, daß Oben Oben bleibt und daß »Deutschland« immer größer wird.

So ist der Aufstieg des parteipolitischen Rechtsextremismus die relativ logische Folge des gesellschaftlichen Umbruchs der letzten eineinhalb Jahrzehnte, der in der Bundesrepublik politisch von CDU/CSU, SPD und FDP zu verantworten ist. Als Resultat einer neu-alten Sozial-Räson entsprechen die »Republikaner« tatsächlich der gegenwärtigen westeuropäischen Normalität. International unverwechselbar aber werden sie als konzentrierter Ausdruck der westdeutschen Staatsräson. Deshalb sind sie auch keine »normale« europäische Rechts-Partei, sondern eine zutiefst deutsche.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich 1973 durch das Bundesverfassungsgericht bestätigen lassen, daß »das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist«. Sie sei »also nicht 'Rechtsnachfolger' des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat 'Deutsches Reich', in bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings 'teilidentisch', so daß insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beansprucht«.

Die BRD beharrt also darauf, mit dem imperialistischen Raubstaat der Jahre 1871-1945 identisch zu sein. Das Deutsche Reich hatte ein Parteiensystem, welches seinem aggressiven Staatszweck voll entsprach. Seine staatstragenden Parteien bejahten das Streben nach europäischer Dominanz, ja nach Weltherrschaft – ab 1914 auch die SPD. Die pazifistische USPD und die internationalistische KPD blieben Episoden. Dieses Parteiensystem hatte immer einen äußersten rechten Flügel: die Antisemiten und die Konservativen vor 1918, Deutschnationale, Völkische und Nazis in der Weimarer Republik. Für zwölf Jahre übernahm 1933 die NSDAP den Rest des Ladens. Die Kriegsniederlage 1945 zwang zum zeitweiligen Einziehen dieses äußersten rechten Flügels. Seine Reichs-Auffassung lebte in den abstrakten

Rechtsansprüchen der Bundesrepublik fort und wurde von den nachfaschistischen Parteien praktisch mitvertreten. In einer »Gemeinsamen Entschließung« bestätigten CDU/CSU, FDP und SPD am 17. Mai 1972 einander gegenseitig, daß die Ostverträge nur eine Zwischenlösung seien, die in dem Augenblick wieder zur Disposition stehen könne, in dem Deutschland wiedervereinigt sei.

Die relative Bescheidenheit der Westdeutschen war Resultat der Kapitulation von 1945, der Rücksicht auf Empfindlichkeiten der westlichen Verbündeten und der Furcht vor den sowjetischen Waffen. Seitdem diese nicht mehr recht zu fürchten sind und man ökonomisch zu jenen mindestens aufgeschlossen hat, tritt der großdeutsche Anspruch wieder aus seiner Latenz hervor. Das Parteiensystem der Jahre 1871-1945 wird wiederhergestellt, indem sein rechter Flügel sich aus den »demokratischen« Parteien CDU/CSU, FDP und SPD löst. Diese werden dadurch allerdings keineswegs »gereinigt«, im Gegenteil: Die Konkurrenz der »Republikaner« legt ihnen nahe, die großdeutschen Ambitionen vorzuzeigen, welche sie zuvor gleichsam stellvertretend, wenngleich verhaltener, formuliert hatten. Die bereits als normal empfundene Überheblichkeit, mit der Politiker aller Bundestagsparteien ausländischen Regierungen (der Sowjetunion, Ungarns, Polens, der CSSR, der DDR) deren innenpolitische Entscheidungen vorzuschreiben versuchen, ist Ausdruck dieser neuen imperialen Dreistigkeit.

»Die REPs sind die letzten Zuckungen des Alt-Deutschen« – so lügt ein junger Mann mit einem langen Titel (Bernd Ulrich, Mitarbeiter beim Vorstand der Bundestagsfraktion der 'Grünen' und Mitglied der 'Aufbruch'-Gruppe«, »Tageszeitung« vom 14. 9. 1989) sich was in die Tasche. Das Gegenteil ist richtig, ein einfaches Experiment könnte das belegen: wenn jemand im Bundestag den Antrag stellen würde, das sogenannte Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes (Präambel und Art. 146) nicht nur zu streichen, sondern es durch ein ausdrückliches Wiedervereinigungs-Verbot zu ersetzen, dieses unter den Schutz von Artikel 79 Abs.3 GG zu stellen (also unaufhebbar zu machen) und die Staatsbürgerschaft der DDR anzuerkennen. Was würde geschehen? Einhellige Ablehnung durch SPD, CDU/CSU, FDP und heftiger Streit über diesen Punkt in der Fraktion der Grünen. Alle Parteien haben die Ausstattung der Wirtschafts-Asylanten aus der DDR mit westdeutschen Reisepässen begrüßt – in Übereinstimmung mit der Staatsräson der BRD.

Gemeinsam gegen rechts?

Die »Republikaner« verbieten? Wer dies fordert, richtet seinen Appell an eine andere – eine nichtexistente – Republik. Er müßte konsequenterweise auch ein Verbot von CDU/CSU und SPD fordern. Zur real existierenden BRD passen die Reps wie der Arsch auf den Eimer. Bei ihnen tritt in Reinheit hervor, was bei den anderen Parteien unterm Gilb steckt: der deutsche Großmacht-Chauvinismus der CDU-Stahlhelmer, der Mannsbildkult der CSU, der bierselige Volksgemeinschafts-Geist der sozialdemokratischen Kanalarbeiter und die Aufklärungsfeindlichkeit des rechten »Grünen«-Flügels.

Es ist nicht so absurd, wie es scheint, wenn die extrem rechten »Republikaner« von sich behaupten, eine »Partei der Mitte« zu sein. Zu ihren Wählern gehören auch Facharbeiter in ungekündigtem Arbeitsverhältnis und Bewohner besserer Quartiere, und Leute, deren Beruf in der Verteidigung der herrschenden Ordnung besteht, fühlen sich bei ihnen ganz besonders wohl: Militärs, Polizisten und Geheimdienstler. Die Volksgemeinschaft, der sie sich verpflichtet fühlen, unterscheidet sich nicht wirklich von jenem Gemeinwohl, das die Volksparteien SPD und CDU/CSU meinen. Allerdings repräsentieren die »Republikaner« den potentiell frustrierten Flügel dieser Gemeinwohl-Koalition. Aber sie gehören dazu.

Weil das so ist, taugt die Parole »Gemeinsam gegen Rechts« nicht zu ihrer Bekämpfung. Diese Losung schließt die Anbetung der konservativen Hundepeitsche und des sozialdemokratischen Berufsverbots mit ein, die als geringere Übel allenfalls dann zu ertragen wären, wenn mächtige Teile der Bourgeoisie den Übergang zu einem »republikanisch«-faschistischen Staatsterrorismus planten, was sich aber schon aus außenwirtschaftlichen Gründen auf absehbare Zeit verbietet. Wer heute die »Republikaner« bekämpfen will, muß auch den Konsens der Volksgemeinschaft angreifen. Wer ihnen aufs Maul hauen will, darf nicht an Rühe, Lafontaine, Lambsdorff und Weizsäcker vorbeizielen.

konkret 12/89, S. 26

Huub Jaspers; Gerard Legebeke

Von Metzgern und Ministern

In dem Land, in dem EG und Nato ihre Hauptquartiere haben, hat es in den letzten zehn Jahren eine Reihe von Affären und Schwerverbrechen gegeben, die zunächst vor allem eines gemein zu haben schienen: trotz intensiver Ermittlungen blieben sie unaufgeklärt. Mittlerweile deutet jedoch vieles darauf hin, daß die Täter einer rechtsradikalen Gruppierung angehören, die bereits Wurzeln im Staatsapparat geschlagen hat: Angehörige der dem Verteidigungsminister unterstellten »Rijkswacht«, Belgiens größtem Polizei-Apparat, sind in die kriminellen Machenschaften verstrickt

Ein Freitagabend im Herbst, kurz nach acht Uhr. Die Geschäfte sind noch geöffnet. Im großen »Delhaize«-Warenhaus herrscht Hochbetrieb. Auf dem Parkplatz fahren Autos an und ab. Viele Menschen erledigen ihre Wochenend-Einkäufe. Aus einem dunkelfarbigen VW Golf GTI steigen drei makaber aussehende Gestalten, die ihre Gesichter hinter Karnevalsmasken versteckt haben. Sie tragen lange, dunkle Mäntel und sind schwer bewaffnet. Einer der drei ist von so imposanter Statur, daß er wie ein Riese wirkt. Wie ein militärisches Kommando bewegen sich die drei auf den Eingang des Warenhauses zu. Ein Kind, das draußen auf seine Eltern wartet, wird als Geisel mitgenommen. Kurz vor dem Eingang des Warenhauses erblickt einer der finsteren Figuren einen Mann hinter dem Steuer eines parkenden PKWs. Ohne auch nur einen Moment zu zögern, legt er an. Die Kugeln zertrümmern die Windschutzscheibe. Der Mann wird tödlich getroffen. Ein Kunde, der dem Trio zufällig über den Weg läuft, bekommt nicht einmal die Zeit, darüber nachzudenken, was die karnevaleske Verkleidung soll. Von mehreren Kugeln getroffen, bricht er tot zusammen. Im Warenhaus bricht Panik aus. Der »Riese« brüllt: »Alles hinlegen! Hinlegen, sonst seit ihr dran!« Ein Mann, der diesem Befehl nicht schnell genug Folge leistet, wird erschossen. Zwei der Gangster stürmen in das Büro des Geschäftsleiters. Sie zerreißen die Telefonkabel und packen alle Geldscheine, die sie finden können, in eine Reisetasche. Eine Kassiererin wird gezwungen, den Inhalt der Kassen einzusammeln. Wenige Augenblicke später rasen die Gangster mit heulendem Motor und quietschenden Reifen davon. Ihre Beute: umgerechnet knapp 20.000 DM. Dafür müssen drei Menschen sterben.

Nur zwanzig Minuten später taucht der Golf erneut vor einem Warenhaus auf. Die drei maskierten Killer steigen aus und eröffnen das Feuer auf einen Mann, der gerade eine Zeitung gekauft hat und in sein Auto steigen will. Er wird von einer Kugel` getroffen und bricht zusammen. Der »Riese« geht auf ihn zu. Aus der Nähe exekutiert er sein Opfer mit einem Nackenschuß. Als ginge es um den Stützpunkt eines schwer bewaffneten Feindes, so stürmt das Trio jetzt das Warenhaus. Das Ergebnis: fünf Tote und etwa 165.000 DM Beute.

Was hier beschrieben wurde, ist nicht Vorspann eines drittklassigen, amerikanischen Videofilms, sondern belgische Wirklichkeit. Die beiden Überfälle fanden am 27. September 1985 in Braine l'Alleud und Overijse (zwei Orte an der Peripherie Brüssels) statt.

Nur sechs Wochen später überfielen abermals drei maskierte Gestalten, die einen VW Golf GTI benutzten, ein Warenhaus in Aalst. Sie töteten acht Menschen und erbeuteten etwa 37.000 DM. Unter den Toten: zwei Kinder im Alter von neun bzw. vierzehn Jahren. Diese Terror-Aktion war die letzte und blutigste in einer Serie von fünfzehn bewaffneten Raubüberfällen, die zwischen dem 13. März 1982unddem 9. November 1985 in Belgien stattfanden und die insgesamt 28 Menschen ihr Leben kosteten.

Aufgrund von Indizien und Beweisen wurden die Überfälle alle auf das Konto einer Gangsterbande geschrieben, die durch einen Überfall im fünfundzwanzig Kilometer südlich von Brüssel gelegenen Nijvel als »Bande von Nijvel« in ganz Belgien bekannt wurde und zunehmend Angst und Schrecken verbreitete. Überall und jederzeit konnte sie auftauchen, zuschlagen und spurlos wieder verschwinden. Niemand schien mehr sicher vor den »irren Mördern von Brabant«.

Die »Bande« spielte ihr schauriges Spiel so raffiniert, daß sie den ermittelnden Behörden immer mindestens einen Zug voraus zu sein schien. Dabei wurde deutlich, daß sie die Arbeitsweise der belgischen Polizei sehr genau kannte. Der Überfall auf den »Delhaize« in Overijse, zwanzig Minuten nach dem Blutbad von Braine l'Alleud, bewies nicht nur ihre ungeheure Kaltblütigkeit, sondern offenbarte auch genaue Kenntnisse der Kommunikationsstrukturen der Rijkswacht. Braine l'Alleud liegt im französischsprachigen Teil Belgiens, Overijse im niederländischsprachigen. Aufgrund des Sprachengegensatzes alarmierten die beiden Rijkswacht-Distrikte einander nicht direkt, sondern über den nationalen Stab in Brüssel. Das kostete Zeit, die die Bande zu nutzen wußte.

Kritischen Beobachtern fiel schon bald auf, daß die Bande nie eine Bank, sondern immer nur Geschäfte überfiel und zwar am liebsten am Wochenende, wenn besonders viel Betrieb herrschte. Dabei gab es »ein Maximum an Gewalt für ein Minimum an Beute«. Auch schienen die Gangster es geradezu darauf anzulegen, eine »Visitenkarte« zu hinterlassen. Immer wieder wurden ein VW Golf GTI und spezielle Straßenkampf-Gewehre («riot-guns«) benutzt. Diese für Berufskriminelle sehr ungewöhnliche Arbeitsweise führte bei Fahndern und Journalisten zu der Annahme, der Bande gehe es in erster Linie gar nicht um die Beute, sondern um Terror an sich. Zweck des Ganzen schien es zu sein, eine Panikstimmung in der Bevölkerung und eine vorübergehende politische Destabilisierung zu erzeugen, um so den Ruf nach einem »starken Mann« bzw. einer Aufrüstung des Staates zu provozieren.

Walter de Bock, einer jener Journalisten, die mit ihren Recherchen wesentlich mehr über das Banden-Mysterium ans Licht brachten als die offiziellen Ermittler, empfahl den Behörden, die Warenhaus-Killer »im Milieu der kommerziellen Bewachungsunternehmen und der privaten Schießclubs, insbesondere der Clubs, die die Technik des 'Practical Shooting' ausüben«, zu suchen. Practical Shooting ist eine, aus den USA herübergewehte, besonders aggressive Technik, bei der auf sich bewegende Ziele geschossen wird. Sowohl in den Schießclubs als auch bei den Bewachungsunternehmen gibt es viele (ehemalige) Polizeibeamte. »Die bringen«, so De Bock, »nicht nur ihre Erfahrungen mit, sondern auch ihre Kontakte. Die Schießclubs sind zudem ein Treffpunkt für militante Rechtsradikale.«

De Bock und andere Journalisten nannten sogar Namen. Aber die belgische Justiz ignorierte jahrelang alle Hinweise auf mögliche politische Zusammenhänge. Den Ermittlungsbehörden unterlief zudem eine Panne nach der anderen. Spuren verschwanden, Staatsanwälte auf beiden Seiten der Sprachgrenze legten einander Steine in den Weg, diverse Fahndungsteams sabotierten sich gegenseitig. Jahrelang wurde eine Gruppe Verdächtigter in Haft gehalten, weil entlastendes Beweismaterial bewußt zurückgehalten wurde. Der Öffentlichkeit drängte sich die Frage auf, ob die Behörden überhaupt daran interessiert seien, die Überfälle aufzuklären.

Bereits 1983 war eine neonazistischen Organisation mit dem Namen »Westland New Post« (WNP) entdeckt worden, die den belgischen Staatsapparat, unter anderem den »Staatssicherheitsdienst«, infiltriert hatte. Mitglieder dieser Organisation entwendeten geheime Dokumente aus dem Nato-Hauptquartier in Brüssel. Innerhalb der WNP gab es zwei Ritualmorde. Auch Rijkswachtbeamte entpuppten sich als WNP-Mitglieder. Walter de Bock kam zu dem Schluß, daß innerhalb der Rijkswacht eine »parallele Machtbildung rechtsradikal motivierter Beamter« existiert(e). Zeugenaussagen deuteten auf die Existenz eines umfangreichen, geheimen Informationsnetzes innerhalb der Rijkswacht hin. »Das alles müßte«, so De Bock, »rücksichtslos offengelegt werden, wenn man ernsthaft nach den Hintergründen des Warenhaus-Terrors suchen würde.«

Dabei geht es nicht nur um die Warenhaus-Überfälle. Seit Ende der siebziger Jahre gab es eine ganze Serie unaufgeklärter Verbrechen, in die Teile der Rijkswacht verstrickt sind. 1980/81 führte eine Untersuchung der Brüsseler Kriminalabteilung der Rijkswacht (BOB) zur Entdeckung krimineller Machenschaften des »Nationalen Drogenbüros« der Rijkswacht (NDB), bei denen auch Mitarbeiter der amerikanischen »Drug Enforcement Agency« (DEA) und ein bekannter belgischer Politiker die Finger im Spiel zu haben schienen. Die Drogenbekämpfer waren selbst ins Drogengeschäft eingestiegen. Die ermittelnden Beamten wurden in ihrer Arbeit durch den Generalstab der Rijkswacht regelrecht sabotiert. Als sie dennoch nicht nachließen, folgten anonyme Drohungen und ein Bombenanschlag auf ein BOB-Dienstauto. Am 26. Oktober 1981 wurde ein Attentat auf den Leiter der Ermittlungen, Herman Vernaillen, verübt, bei dem nicht nur der Rijkswacht-Offizier selbst, sondern auch seine Frau schwer verletzt wurde Nach diesem Anschlag wurden die Ermittlungen gestoppt.

Am 31. Dezember 1981 dann der nächste Streich: ein Waffenraub aus der bestbewachten Rijkswacht-Kaserne Belgiens. Den Dieben gelang es, in jenen Teil der Kaserne einzudringen, in dem das Anti-Terror-Kommando »Dyane« untergebracht ist. »Dyane« hatte zu diesem Zeitpunkt fünfzehn neu entwickelte Spezialgewehre zur »Terrorismusbekämpfung« irr ihrem Besitz, die bei dem Einbruch alle gestohlen wurden. Ohne Beihilfe von innen ist dies schlicht undenkbar. Aus Augenzeugenberichten schloß die Polizei, daß bei dem Warenhaus-Überfall am 27. September 1985 in Overijse einer der Gangster eines dieser Gewehre bei sich trug.

Dieser Augenzeugenbericht ist nicht der einzige Hinweis auf einen Zusammenhang zwischen dem Terror der Bande von Nijvel und den genannten Verbrechen des Jahres 1981. Walter de Bock sieht in den Ereignissen seit 1981 eine »Spannungskurve«, die 1985 ihren Höhepunkt erreicht: »Zuerst gab es die genannten Aktionen gegen die vitalsten Teile der Rijkswacht in einer Zeitspanne von nur drei Monaten. Danach begann das, was im Laufe der Zeit als 'Bande von Nijvel' bezeichnet wurde. Die Folge dieser blutigen Überfälle war nicht nur eine Angstpsychose in der Bevölkerung, sondern auch die tiefste Krise in der belgischen Justiz seit 1945. Und ich glaube, daß das genau das Ziel dieser Verbrechen war: lächerlich machen, mit einer Stärkung der Rijkswacht als Resultat . «

Tatsächlich bekam die Rijkswacht sehr bald nach den Warenhaus-Überfällen mehr Personal, schnellere Fahrzeuge und schwerere Waffen. Makabrerweise waren es ausgerechnet die Visitenkarten der Bande von Nijvel, der VW Golf GTI und ein spezielles Straßenkampf-Gewehr («riot-gun«), die für die Rijkswacht bestellt wurden. »Ohne eine allzu simple Komplottheorie aufzustellen, läßt sich doch feststellen«, so De Bock, »daß der Terror bestimmten Strömungen innerhalb der Rijkswacht wie gerufen kam«,

Anfangs wurden die Analysen von De Bock und anderen vom Gros der öffentlichen Meinung nicht zur Kenntnis genommen oder als »wilde Theorien« abgetan. Mittlerweile werden sie zum Teil sogar von den sehr obrigkeitshörigen belgischen Fernsehnachrichten verbreitet. Seit April 1988 arbeitet, trotz des anfänglichen Widerstands der Christdemokraten, ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß, der das Tun und Lassen der belgischen Sicherheitskräfte (die keinerlei geregelter parlamentarischer Kontrolle unterliegen!) unter die Lupe nehmen soll .

Die Recherchen in einem Mordfall aus dem Jahre 1986 brachten eine Reihe neuer Fakten ans Licht, die in die von De Bock von Anfang an vermutete Richtung weisen. Am 7. Januar 1986 wurde Juan Mendez, ein Manager von Belgiens größtem

Waffenproduzenten »Fabrique Nationale« (FN), am Rande einer Autobahn in seinem Auto erschossen aufgefunden. In der Welle neuer Enthüllungen, die dieser Mord nach sich zog, zogen vor allem zwei Personen die Aufmerksamkeit auf sich: der Gefängnisdirektor Jean Bultot und der Ex-Rijkswachtler Madani Bouhouche. Beide sind überzeugte Rechtsradikale und in der »Practical Shooting«-Szene aktiv, wo sie auch Juan Mendez kennenlernten.

Madani Bouhouche war ein guter Bekannter von Juan Mendez. In seinem Haus wurde die Waffe gefunden, mit der Mendez erschossen wurde. Ein Großteil der am 31. Dezember 1981 bei der »Dyane« gestohlenen Waffen wurde im September 1987 in einer von Bouhouche gemieteten Garage entdeckt. Bouhouche arbeitete bis 1982 bei der Brüsseler Kriminalabteilung (BOB) der Rijkswacht. Nachdem er beim Abhören eines Vorgesetzten erwischt worden war, wurde er strafversetzt. 1983 verließ Bouhouche die Rijkswacht, um zunächst ein Detektivbüro zu eröffnen und sich später auf Waffenhandel zu verlegen. Bereits vor der Abhöraffäre war innerhalb der Rijkswacht bekannt geworden, daß ein Intimus von Bouhouche, Jean-Francois Buslik, der für den amerikanischen DEA arbeitete, im Oktober 1981 an dem bereits erwähnten Anschlag gegen ein BOB-Dienstauto beteiligt gewesen war.

Im vorigen Jahr erfuhr der parlamentarische Untersuchungsausschuß, daß Bouhouche in einem vertraulichen Kripo-Bericht aus dem Jahre 1985 schon als Mitglied einer Neonazi-Zelle innerhalb der Rijkswacht identifiziert worden war, die möglicherweise auch etwas mit der Bande von Nijvel zu tun habe. Der Bericht verschwand in einer Schublade. Im April dieses Jahres gestand Bouhouche schließlich seine Mitgliedschaft in der neonazistischen WNP.

Jean Bultot war ein Freund von Bouhouche und wie dieser sehr aktiv in der »Practical Shooting«-Szene. Er wurde oft zusammen mit Mitgliedern der rechtsradikalen Organisation »Forces Nouvelles« gesehen. Wie die WNP ist auch diese Organisation aus der »Front de la Jeunesse« entstanden. Das ist eine rechtsradikale Jugendorganisation, die von der CEPIC, dem rechten Flügel der wallonischen Christdemokraten, finanziert wurde.

Bemerkenswerterweise war Bultot (offiziell bis zum 11. Mai 1986) stellvertretender Direktor des größten und berüchtigtsten Gefängnisses in Belgien (Sint Gillis). Am 27. Januar 1986, am Tag nach der Verhaftung seines Freundes Bouhouche, tauchte Bultot unter. Er floh nach Paraguay, wo er »politisches Asyl« bekam . Im April 1985 war Bultot bereits einmal verhaftet worden, um im August wieder freigelassen und im November erneut verhaftet zu werden. Die Justiz hatte entdeckt, daß er Gefangene von Sint Gillis, nach ihrer Haftentlassung, auf Raubzug schickte. Das erbeutete Geld soll in die Kasse der »Forces Nouvelles« geflossen sein. Im Haus von Bultot fand die Polizei eine eindrucksvolle illegale Waffenkollektion. Im Juni 1987 wurde der ehemalige Gefängnisdirektor zu einer Haftstrafe verurteilt, aber da war er längst in Paraguay. Denn auch nach seiner zweiten Verhaftung war er merkwürdigerweise wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Das ist aber noch nicht alles. An einem Ort, an dem halbverbrannte Schecks gefunden wurden, die die Bande von Nijvel im »Delhaize« von Overijse erbeutet hatte, entdeckte die Polizei auch ein paar Zettel, die die Handschrift einer Freundin von Bultot trugen. Ein Zeuge gab zu Protokoll, Bultot am Tage eines Überfalls der »Bande« im Jahr 1983 in der Nähe des Tatorts beobachtet zu haben. Bereits im Oktober 1983 verfügte die Brüsseler Gerichtspolizei über einen vertraulichen Bericht, der darlegte, in welchem Milieu der Gefängnisdirektor verkehrte: Drogenhändler, Zuhälter, Prostituierte und militante Rechtsradikale. Wie auch im Fall von Madani Bouhouche verschwand dieser Bericht für lange Zeit in einer Schublade.

Bouhouche und Bultot – zwei Mitglieder der Bande von Nijvel? Oder bildeten sie das Verbindungsglied zwischen den Killern, die die Überfälle ausführten, und den Auftraggebern, die bis heute im Hintergrund geblieben sind? Oder sind die beiden vielleicht selbst die Hintermänner, die auch hohe Beamte und Politiker vor ihren Karren spannten?

Fragen, die heute noch nicht beantwortet werden können. Aber noch immer werden neue Fakten und Zusammenhänge aufgedeckt. Am 9. Mai dieses Jahres sorgte die Zeugenaussage des ehemaligen Oberstleutnants Herman Vernaillen vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß für einen Riesenwirbel. Der ehemalige Chef des Anti-Terror-Kommandos »Dyane« und des Rijkswacht-Distrikts Brüssel, der im Herbst 1981 bei einem Anschlag schwer verletzt wurde (siehe oben), berichtete darüber, wie seine Ermittlungen gegen das »Nationale Drogenbüro« 1980/81 durch die Rijkswacht-Führung sabotiert worden waren. Vernaillen gab (unter Eid) darüber hinaus zu Protokoll, daß er Anfang der achtziger Jahre von einem Informanten einen Bericht erhalten habe über Pläne für einen Staatsstreich, an denen unter anderem diverse Rijkswacht-Offiziere sich hätten beteiligen wollen.

Vernaillens Informant, ein in zwielichtige Geschäfte verwickelter Bankier namens Leon Finn mit engen Verbindungen zum rechten Flügel der Christdemokratie, war der Mann, der am 27. September 1985 bei dem Überfall der Bande in Overijse mit einem Nackenschuß exekutiert worden ist. Obwohl der Informant selbst somit nicht mehr aussagen kann und (bisher) auch keine Beweise für die Putschpläne vorgelegt werden konnten, schlug Vernaillens Erklärung ein wie ein Blitz, nicht nur in der belgischen, sondern auch in der niederländischen Öffentlichkeit. Vot Vernaillen hatten schon andere Ex-Rijkswachtler (Raes, Lekeu, Beyer) im Zusammenhang mit der Bande von Nijvel über eine rechtsradikale Verschwörung innerhalb der Rijkswacht gesprochen.

An den Putschplänen beteiligt gewesen seien (so Vernaillens Darstellung des Berichts von Finn) der ehemalige Chef der Rijkswacht, General Beaurir, der frühere Generalstabschef der belgischen Streitkräfte, Vivario, Generalstaatsanwalt Charles und der vom Metzger zum Premierminister aufgestiegene Christdemokrat Paul Vanden Boeynants.

Vanden Boeynants ist der Politiker, dessen Name auch bereits im Zusammenhang mit den illegalen Geschäften des NDB genannt wurde. Konkret ging es dabei um eine Schmuggelaktion, bei der Heroin in gefrorenem Fleisch versteckt worden war. Die Firma, von der die Fracht kam, gehörte zum Metzgerei-Imperium des Mannes, der in Belgien meist schlicht VdB genannt wird. VdB, der jahrelang den Vorsitz der CEPIC führte, war nach seiner Zeit als Premierminister acht Jahre Verteidigungsminister und damit Chef der Rijkswacht. 1986 wurde er wegen Steuerbetrug zu drei Jahren Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Andere Ermittlungen gegen ihn, zum Beispiel wegen Bestechung, laufen noch. Am 17. Januar dieses Jahres stand VdBs parlamentarische Immunität zur Debatte. Seine sonderbare, bis heute nicht aufgeklärte Entführung drei Tage zuvor (über die auch in der bundesdeutschen Presse berichtet wurde), rettete ihn möglicherweise vor ihrer Aufhebung. Am 13. Februar, nach einer Lösegeldzahlung, war VdB plötzlich wieder da. In der Zwischenzeit war aus einem Polizei-Archiv eine Akte über Kontakte zwischen VdB und dem unter Mordverdacht stehenden Madani Bouhouche spurlos verschwunden.

Noch vor Jahresende soll der parlamentarische Untersuchungsausschuß seine Ergebnisse vorlegen.

Huub Jaspers lebt als freier Journalist und Übersetzer in Nimwegen und ist Redakteur der Zeitschrift »AMOK«, die unter anderem über Geheimdienste und Polizei-Angelegenheiten berichtet.

Gerard Legebeke ist Historiker, lebt in Nimwegen und arbeitet als Journalist für diverse Zeitschriften und Rundfunkanstalten.

konkret 12/89, S. 30

Jürgen Heiser

The american way of death

2.200 Gefangene sitzen in den Todeszellen der US-Gefängnisse. Besonderes Kennzeichen der meisten: die Hautfarbe. Einer von ihnen ist der schwarze Journalist Mumia Abu-Jamal, ein politischer Gefangener. Er erwartet seine Exekution, weil eine ausschließlich weiße Jury sich für seine Reportagen über die rassistische Verfolgung von Schwarzen und Hispanos rächen wollte

Erinnern wir uns an einen Bericht in der Tagesschau vor viereinhalb Jahren: Ein Polizeihubschrauber überfliegt eine amerikanische Vorstadtsiedlung. Ein dunkler Gegenstand wird aus dem Hubschrauber geworfen, fällt auf eines der zweistöckigen Häuser, eine Explosion ist zu hören, Flammen schießen aus dem Dach. Schreie von Menschen, Polizeisirenen, vereinzelt fallen Schüsse. Der Sprecher erläutert, es habe sich um eine Räumungsaktion gegen eine schwarze Sekte gehandelt. Zwei Tage lang habe die Polizei das Haus belagert, 250 Scharfschützen hätten es mit rund zehntausend Schuß eingedeckt. Die Hausbewohner seien auch dann noch nicht zur Aufgabe bereit gewesen, als die Feuerwehr das Gebäude mit 2,4 Millionen Liter Wasser aus Hochdruckrohren überschwemmte. Danach habe sich die Polizeiführung in Absprache mit Bürgermeister W. Wilson Goode zum Abwurf des Sprengsatzes entschieden. Daraufhin sei zunächst das Haus niedergebrannt. Dann habe das Feuer auf die Nachbarschaft übergegriffen, sechzig weitere Häuser völlig und dreißig zum Teil zerstört.

Der Fernsehbericht beschrieb die Geschehnisse des 12. und 13. Mai 1985 in einem Stadtviertel von West Philadelphia. Die »Räumung« des Hauses, in dessen Asche die verkohlten Leichen von fünf Kindern und sechs Erwachsenen der MOVE-Organisation gefunden wurden, ist eines der Schlüsselereignisse, mit denen sich auseinandersetzen muß, wer verstehen will, warum der schwarze Journalist Mumia Abu-Jamal zum Tode verurteilt wurde und nun hingerichtet werden soll.

Ein Ghetto entsteht

Das Viertel zwischen Osage Avenue und Cobbs Creek Park ist um die Jahrhundertwende entstanden. Es war zunächst ein schäbiges Bergarbeiterviertel und änderte sein Gesicht, als 1906 die Hochbahn 'Frankford El' fertiggestellt wurde, was den Bewohnern ermöglichte, Jobs in der Innenstadt von Philadelphia anzunehmen. Schon bald wurden hunderte von Reihenhäusern aus dem Boden gestampft, entworfen von E. A. Wilson, dem »Reihenhaus-König« von Philadelphia, dessen Einheitsarchitektur das Bild der Außenbezirke der Stadt prägt.

Mehr als ein halbes Jahrhundert lang bestand die Bewohnerschaft vorwiegend aus Juden, die entweder Pendler waren oder Kleingewerbe im Viertel betrieben. Aber mit Beginn der 50er Jahre setzte eine »weiße Flucht« aus fast allen älteren Vierteln der Städte an die Ostküste ein – auch die Bewohner von Cobbs Creek machten sich davon und drängelten sich in die nahen Neubau-Suburbs. Wo die Weißen weggingen, zogen bald Schwarze nach. Zum Zeitpunkt des Polizeiangriffs auf das MOVE-Haus war der Stadtteil zu 95 Prozent von Schwarzen bewohnt, für die sich der Umzug nach Cobbs Creek mit der Hoffnung verband, endlich aus den sich ständig ausweitenden und verrottenden Slums Philadelphias rauszukommen. Es waren Leute mit festen Jobs, Lehrerinnen und Lehrer, Post- und Verwaltungsangestellte, kleinere Geschäftsleute, Rentnerinnen und Rentner, denen meist auch die Häuser, die sie bewohnten, mühsam finanziert, selbst gehörten.

Aber ein Haus in der Osare Avenue war anders. Nicht sofort, nicht in den frühen 60er Jahren, als Louise James und ihr junger Sohn Frank das Haus Nr. 6221 bezogen, und auch noch nicht in den folgenden zwei Jahrzehnten. Louise arbeitete für die Telephone Company und lebte sehr zurückgezogen. Die Nachbarn mochten Frank, er war klug und freundlich und ein bißchen schüchtern. Aber so um 1981 herum ging etwas vor, was die Nachbarn neugierig und auch ein wenig besorgt machte.

Zum einen nannte Louise James sich jetzt Louise Africa, und ihr mittlerweile erwachsener Sohn bestand darauf, Frank Africa zu heißen. Zum anderen holte Louise nach und nach ein gutes Dutzend Kinder ins Haus. Wer und wo waren die Eltern, fragten sich die Nachbarn. Dann, so um 1982-83, zogen noch einige Erwachsene in die Nr. 6221. Sie kleideten sich nur mit T-Shirts und Blue Jeans und trugen ihr Haar in langen Dreadlocks. Sie waren Mitglieder von MOVE.

MOVE = Bewegung

MOVE ist eine Organisation, die aus der Bewegung der 60er Jahre hervorgegangen ist. 1972 gegründet, sollte sie der Weg sein, eine schwarze radikale Utopie zu verwirklichen. MOVE hatte stets nur wenige Mitglieder, und die meisten von ihnen und ihre Unterstützer lebten in und um Philadelphia. Vom Moment ihrer Gründung an blieb die Organisation Objekt politischer Verfolgung. In den Medien wurden die Mitglieder als schmutzig, ihre Häuser als von Ungeziefer befallen dargestellt. Sie seien eine Sekte gewalttätiger Verrückter, die auf ihrem Zurück-zur-Natur-Trip von dem messianisch-irren John Africa angeführt würden. Philadelphias erster schwarzer Bürgermeister, W. Wilson Goode, machte es sich noch einfacher: Er nannte sie schlicht »Großstadt-Terroristen« und legte somit das »Problem« in den Kompetenzbereich der Polizei.

Nun können derartige Stigmatisierungen zwar Anhaltspunkte dafür bieten, welches Verhältnis staatliche Autoritäten zu einer bestimmten Gruppe haben. Sie sind aber nicht geeignet zu erklären, warum eine verhältnismäßig kleine Gruppe von diesen Autoritäten von Anfang an kompromißlos bekämpft wurde.

Kurz gesagt: MOVE weigerte sich, die heutigen USA und ihre vorherrschenden Werte anzuerkennen. Die Frauen und Männer von MOVE widersetzten sich in aller Öffentlichkeit der staatlichen Macht und wurden nicht müde, das System anzugreifen, das sie als völlig korrupt ansahen und für jede Zerstörung von Leben auf diesem Planeten – vor allem durch den Gebrauch moderner Technologien – verantwortlich machten (»angreifen« hieß: mittels Agitation in der Community und durch ihren unangepaßten, kollektiven Lebensstil). Ramona Africa, die zusammen mit der 13jährigen Birdie Africa als einzige die Bombardierung des MOVE-Hauses überlebt hat und wegen »Konspiration« zu sieben Jahren Knast verurteilt wurde, erklärte: »Es ist MOVEs Aufgabe, zu verhindern, daß die Industrie weiterhin die Luft vergiftet, das Wasser, den Boden, und der Versklavung des Lebens – Menschen, Tiere, jede Form von Leben – ein Ende zu machen... Es ist MOVEs Aufgabe, den Leuten zu zeigen, wie korrupt, verkommen, kriminell dieses System ist, wie es die Menschen versklavt... und daß dieses System die Ursache all ihrer Probleme ist (Alkoholismus, Drogenabhängigkeit, Arbeitslosigkeit, Mißhandlung von Frauen, Mißhandlung von Kindern, Kinderpornographie, jedes Problem auf dieser Welt) und das revolutionäre Beispiel zu setzen, dem die Leute folgen können, wenn sie begreifen, wie sehr sie unterdrückt, schikaniert, betrogen und ausgetrickst worden sind, und die Notwendigkeit sehen, sich von diesem krebsartigen System zu befreien, wie MOVE es tut.«

August 1978: Die Belagerung

Dem Polizeiüberfall auf das MOVE-Haus im Mai 1985, der die Organisation außerhalb der Gefängnismauern endgültig zerstörte, ging 1977-78 eine andere bedeutsame Konfrontation voraus. Fast ein Jahr lang hatte die Polizei ein anderes MOVE-Haus im Stadtteil Powelton Village belagert. Diese Belagerung gipfelte schließlich in einer 55-tägigen Blockade des Grundstücks. Während dieser Zeit durfte niemand das Haus verlassen oder betreten. Die Wasserzufuhr wurde gesperrt, und die Bewohner erhielten keine Lebensmittel. Sie sollten ausgehungert werden. Schließlich kam es am 8. August 1978 zum direkten Angriff. Die Polizei setzte neben Sondereinheiten und automatischen Waffen auch Hochdruck-Wasserkanonen, eine Ramme und mehrere Bulldozer ein. Nach heftiger Gegenwehr wurden 12 Bewohnerinnen und Bewohner des Hauses verhaftet. Ein Polizeibeamter kam bei der Aktion ums Leben.

In einer Pressekonferenz nach dem Polizeiangriff machte Philadelphias Bürgermeister Frank Rizzo »eine neue Ausgeburt des Journalismus« für den Tod des Polizeibeamten verantwortlich. Den Blick auf die Teilnehmer der Konferenz gerichtet, sagte Rizzo weiter: »Die Leute glauben, was Sie schreiben, was Sie sagen. Und damit muß Schluß sein. Eines Tages, und ich hoffe, daß das noch in meiner Amtszeit geschieht, werden Sie für das, was Sie tun, die Verantwortung tragen und dafür zahlen müssen!« Der so Angesprochene hatte von seinen Kollegen den Spitznamen »Mumia Africa« erhalten, weil er Dreadlocks trug wie die Africa Family und weil er mit provokativen Radiosendungen den Status Quo in Philadelphia attackierte – einen Status Quo, der geprägt war von einer rassistischen Stadtverwaltung und ihrer berüchtigten Polizeitruppe auf der einen und einer großen schwarzen Community auf der anderen Seite, die sich zusammensetzte aus einer kleinen Minderheit, die über Berufsausbildung und feste Arbeitsplätze verfügte und sich in Vierteln wie Cobbs Creek einen Traum vom besseren Leben zu erfüllen hoffte, und einer großen Mehrheit, der nichts anderes blieb als ein perspektivloses Leben in den Slums, das irgendwann in den überbelegten Gefängnissen endete.

Mumia Abu-Jamal – so hieß dieser Journalist, seitdem er wie viele andere Schwarze seinen englischen Sklavennamen abgelegt hatte – gehörte nicht zu MOVE, aber er fühlte sich der Gruppe in ihrer radikalen Ablehnung des American Mainstream politisch verbunden und ergriff deshalb in seiner journalistischen Arbeit Partei für sie. Er wollte der Hetzkampagne etwas entgegensetzen, wollte seine Stimme für die erheben, die zum Schweigen gebracht werden sollten. Als junger Aktivist in der Black Panther Party hatte er in den Kultur- und Informationsabteilungen der Partei in Kalifornien und New York das Handwerk des Zeitungsmachens erlernt. Seine Kenntnisse trug er zurück nach »Philly«, seiner Heimatstadt Philadelphia, wo er eine Ortsgruppe der Black Panther Party mitbegründete und ihr 'Minister of Information' wurde. Es dauerte nicht lange, und er erlebte persönlich, wie der damalige Polizeichef Frank Rizzo eine Polizeirazzia gegen das neue Parteibüro anführte und noch selber Hand anlegte, als die festgenommenen Panthers nackt vor das Haus geschleift wurden. Das war zu Beginn der 70er Jahre. Später arbeitete Abu-Jamal als freier Mitarbeiter vor allem für lokale und nationale Radiosender, die von Schwarzen betrieben wurden. Er wurde USA-weit wegen seiner engagierten Berichterstattung bekannt, in der er, wie es eine Zeitung formulierte, »mit Leidenschaft und Ausdruckskraft über die Triumphe und Tragödien der armen und unterdrückten schwarzen und hispanischen Völker sprach – sowohl in Englisch als auch in Spanisch«. Das brachte ihm den Namen 'Voice of the Voiceless' ein.

Als Reporter für den bekannten Radiosender WUHY berichtete Abu-Jamal vom Prozeß gegen neun der im August 1978 verhafteten MOVE-Mitglieder. Sie waren wegen Konspiration und Polizistenmord angeklagt und erhielten nach kurzem Prozeß je 30 bis 100 Jahre Knast. Richter Edwin S. Talmed gab einen Tag nach Ende des Prozesses in einer regionalen

Rundfunksendung zu, er habe »keine Vorstellung davon, wer den Polizisten erschossen« hat. (Mittlerweile weiß man mehr: Es gilt als sicher, daß der Beamte im Kreuzfeuer seiner Kollegen starb. Doch die Verurteilten sitzen noch immer.)

Abu-Jamal griff in seinen Reportagen Gericht und Staatsanwaltschaft wegen ihrer politischen Parteinahme und Voreingenommenheit an und tat, wie er selber sagte, das »was jeder sogenannte 'objektive' Reporter zu tun gelernt hat, das heißt, ich ließ beide Seiten zu Wort kommen – das System *und* MOVE.« Er veröffentlichte Interviews mit den inhaftierten MOVE-Mitgliedern, in denen sie ihre politischen Vorstellungen und Angriffe gegen Justiz und Regierung äußern konnten. Damit schlug er die deutliche, an seine Adresse gerichtete Warnung von Bürgermeister Frank Rizzo in den Wind. Hatte er nicht auch »First Day«, die MOVE-Zeitung, in den Prozeßpausen an seine journalistischen Kollegen verteilt? Nicht lange, und der behördliche Druck sorgte dafür, daß er Radio WUHY verlassen mußte. Weiße Journalisten schossen sich ein auf »Mumia Africa«, den MOVE-Sympathisanten. Auf der anderen Seite wählten ihn 1980 seine Kollegen in Philadelphia gerade wegen seiner engagierten, parteilichen Berichterstattung zum Präsidenten der Vereinigung Schwarzer Journalisten. Das »Philadelphia Magazin« lobte seine Interviews, mit denen er »den Rundfunkreportagen eine neue Dimension verliehen« habe und zählte ihn zu »den Leuten, deren Namen man sich merken« müsse. Dieser Meinung waren auch seine Gegner. Man hörte seinen Sendungen aufmerksam zu, las seine Artikel – und ließ ihn nicht mehr aus den Augen.

Die Verhaftung

Es geschah dann in der späten Nacht des 9. Dezember 1981 in der Innenstadt von Philadelphia. Einige Männer mit Dreadlock-Haartracht werden von einer Polizeistreife angehalten. Weitere Polizisten warten in einiger Entfernung auf Befehle. Einem der Sistierten wird eine »Verkehrswidrigkeit« vorgeworfen. Es kommt zu einer lautstarken Auseinandersetzung. In der Nähe steht ein Taxi. Am Steuer sitzt Abu-Jamal. Er beobachtet die Vorgänge, sieht, wie die Angehaltenen von den Cops traktiert werden, springt aus dem Wagen und will ihnen beistehen. Über das, was dann passiert, gibt es später widersprüchliche Aussagen. Jedenfalls fallen bei der Prügelei Schüsse, Abu-Jamal wird lebensgefährlich getroffen. Ein Polizist stirbt, noch bevor er ärztlich versorgt werden kann. Nachdem die Personalien von Abu-Jamal festgestellt sind, scheint alles klar: Der Staat hat den Schuldigen, den er braucht!

Dementsprechend wird er auch behandelt. Wadiya Abu-Jamal, seine Frau, die ihn noch am Morgen nach seiner Verhaftung besuchen konnte, berichtete später auf einer Solidaritätsveranstaltung: »Er wurde angeschossen und brutal zusammengeschlagen und im Center City Krankenhaus fast umgebracht. Ich selbst konnte das am gleichen Morgen sehen – angeschwollen, mit blauen Flecken übersät, von Kugeln verwundet – es hätte ihn fast das Leben gekostet. Trotzdem war er ans Krankenhausbett angekettet, umgeben von zivilen und uniformierten Polizisten, die selbst in dieser Situation noch versuchten, ihn endgültig fertigzumachen, indem sie auf seinen Urinbeutel traten, so daß seine Ausscheidungen in seinen Körper zurückflossen – in der Hoffnung, ihn mit seinen eigenen Exkrementen zu vergiften.«

Der Prozeß

Den Prozeß hat Abu-Jamal nur an wenigen Tagen mitmachen können, die meiste Zeit war er von der Verhandlung ausgeschlossen und nur durch einen vom Gericht bestellten und dem Gericht ergebenen Pflichtverteidiger vertreten. Bei der Wahl der Geschworenen wurde er seines Rechtes beraubt, eine »jury of peers«, bestehend aus seinesgleichen, zu erhalten. Dem Staatsanwalt gelang es durch eine Reihe von Manövern, Schwarze von der Wahl auszuschließen. So sah sich Abu-Jamal schließlich einer Jury gegenüber, die nur aus Weißen bestand, einer Jury aus meist älteren Mittelklassebürgern des »besseren« Nordostens von Philadelphia, Leuten, denen die Lebensverhältnisse und die Gedankenwelt des Angeklagten fremd sein mußten oder die sogar offen voreingenommen gegen ihn waren. Es wurde Abu-Jamal untersagt, sich selbst zu verteidigen, zu Beginn des Prozesses eine politische Erklärung abzugeben oder Zeugen ins Kreuzverhör zu nehmen. Am Ende wurde ihm auch verwehrt, sich mit einem Schlußwort an die Geschworenen zu wenden. Er aber mußte ein ins Detail gehendes Kreuzverhör über seine Vergangenheit in der Black Panther Party über sich ergehen lassen. Auszug:

Staatsanwalt: »Erinnern Sie sich gesagt zu haben 'Alle Macht dem Volk'?«

Abu-Jamal: »Ja.«

Staatsanwalt: »Sind Sie der Meinung, daß sowohl Ihre Handlungen als auch ihre Philosophie sich im Einklang befinden mit dem Zitat: 'Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen'?«

Abu-Jamal: »Ich glaube, daß Amerika genug Beweise dafür geliefert hat, daß dieses Zitat richtig ist. Es ist klar, daß die politische Macht aus den Gewehrläufen kommt, andernfalls gäbe es Amerika heute nicht. Es war Amerika, das die politische Macht von den indianischen Völkern erobert hat, aber nicht mit Gott, nicht durch das Christentum, nicht durch Güte, sondern durch Gewehrläufe.«

Staatsanwalt: »Erinnern Sie sich gesagt zu haben: 'Die Panther Party ist eine kompromißlose Partei, sie sieht die Realität, wie sie ist'?«

Abu-Jamal: (nickt zustimmend) »Ja.«

Nach dieser Befragung appellierte der Staatsanwalt an die Geschworenen: Abu Jamals Mitgliedschaft in der Black Panther Party sei Beweis genug dafür, daß er den Polizisten in der Nacht des 9. Dezember getötet habe. Seit 12 Jahren habe es der Angeklagte darauf angelegt, Polizisten zu töten, »seit damals, als es ihm um die politische Macht ging, die politische Macht, die aus den Gewehrläufen kommt«. 1970 habe er das schon in einem Artikel für den »Black Panther«, die Zeitung seiner Partei, geschrieben. Zur weiteren Unterstreichung dieser »Beweisführung« wurden 12 Jahre alte Erklärungen und Artikel verlesen, die man dem damaligen Black Panther Abu-Jamal zuschrieb.

Der Staatsanwalt hatte auf seine Art recht: Abu-Jamal war schwarz. Er war ein Black Panther. Er glaubte an die Berechtigung bewaffneter Selbstverteidigung der Schwarzen in den Ghettos. Und er lebte immer noch. Er war nicht im Schlaf durchlöchert worden wie Fred Hampton und Mark Clark, nicht wie weitere 36 Panthers Opfer des blutigen COINTELPRO geworden, jenes antisubversiven Geheimdienstprogramms, mit dem das FBI systematisch per Psychologischer Kriegsführung und Mord die Black Panther Party vernichtet hat.

Doch nun hatte man ihn hier, einen von denen, die Symbol sind für den Aufstand in den schwarzen Ghettos und den Knästen vor fast 20 Jahren. Einen von denen, die heute wieder zur Gefahr werden, weil sie für die schwarze Jugend, für die der American Way of Live keinerlei Perspektive mehr zu bieten hat, die geistige und politische Verbindung herstellen zu den Kämpfen der 60er Jahre. Deshalb hält die US-Justiz ehemalige Panther wie Geronimo Pratt, der seit 19 Jahren auf Grund falscher Anschuldigungen sitzt, unter Verschluß. Deshalb griff der lange Arm des COINTELPRO mit Hilfe des Staatsanwalts am 3. Juli 1982 nach Abu-Jamal, als dieser für ihn die Todesstrafe forderte. »Hier geht es um nichts anderes als Recht und Gesetz«, beschwor er die Jury und machte den Geschworenen, die keine Lust hatten, sich durch langatmige Beratungen den Feiertag des 4. Juli nehmen zu lassen, die Entscheidung leicht. Ihr Urteil sei nicht von besonderer Tragweite, denn der Angeklagte habe nach dem Urteilsspruch Gelegenheit, »Berufung nach Berufung nach Berufung« einzulegen und damit die Vollstreckung zu verhindern. Derart ihrer Verantwortung enthoben, sprachen die Geschworenen ihn noch am selben Tag schuldig.

Berufung nach Berufung...

Seitdem ist Mumia Abu-Jamal im Huntingdon Gefängnis isoliert, das heißt, er ist innerhalb des Todestraktes in einer 'Disziplinarzelle' untergebracht, die von den Gefangenen »dog cell« genannt wird. Unter »maximaler Sicherheit«: Handschellen, wann immer er die Zelle verläßt, auch bei Angehörigen- und Anwaltsbesuchen, kein Radio oder Fernsehen, Einkaufssperre, keine Telefongespräche mit Angehörigen, keine Bücher, außer religiösen oder juristischen Titeln. Die amerikanische Ausgabe des Amnesty International Buches »Todesstrafe in den USA« wurde angehalten. Je nach Laune des Postzensors erhält er ab und zu Zeitungen. Begründet werden diese Beschränkungen mit seinem »ungebührlichen Verhalten«, das immer wieder Disziplinarstrafen notwendig mache. Er weigere sich, von seiner politischen Überzeugung abzurücken und seine Dreadlocks abschneiden zu lassen.

Am 6. März 1989 verwarf der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania Abu-Jamals Berufung und bestätigte das Todesurteil. Das Gericht lehnte es ab, sich mit den offensichtlichen Verfahrensfehlern zu befassen, nämlich mit der Behauptung der Staatsanwaltschaft gegenüber der Jury, Abu-Jamal könne »Berufung nach Berufung nach Berufung« einlegen, mit der Verweigerung des Rechts, Kreuzverhöre durchzuführen, eine Jury aus Leuten seinesgleichen zu wählen und sich mit Erklärungen an die Geschworenen zu wenden. Auch die Unterstützung des Berufungsantrages durch die American Civil Liberties Union (ACLU) und die National Conference of Black Lawyers ließ den Obersten Gerichtshof völlig unbeeindruckt. Er setzt damit eine Reihe von Entscheidungen anderer Gerichte fort, die in den letzten Jahren zu einer häufigeren Verhängung und Vollstreckung der Todesstrafe geführt haben.

Legaler Lynchmord

Als George Jackson 1971 im Zuge einer COINTELPRO-Aktion im San Quentin Prison »auf der Flucht erschossen« wurde, war klar, daß es zur Beseitigung dieses schwarzen Führers der Gefangenenbewegung einer illegalen Mordaktion bedurft hatte, weil er in seinem bevorstehenden Prozeß trotz der vorgeschobenen Anklage, einen Gefängnisbeamten getötet zu haben, nicht zum Tode verurteilt worden wäre. So wie die Dinge damals lagen – eine sehr aktive Unterstützung außerhalb der Knastmauern, reihenweise zusammenbrechende falsche Anklagen gegen militante Angeklagte, dazu das Interesse und der politische Druck einer internationalen antiimperialistischen Bewegung – wäre Jackson ebenso freigesprochen worden wie seine beiden Mitangeklagten.

Die heutige politische Situation unterscheidet sich vollständig von der damaligen. Weder im nationalen noch internationalen Rahmen gibt es eine vergleichbare Bewegung, auf die die Herrschenden in den USA Rücksicht nehmen müßten. Zwar hat der Oberste Gerichtshof der USA 1972 in Folge der damaligen politischen und sozialen Umwälzungen die Todesstrafe außer Kraft gesetzt, weil sie zu offensichtlich in erster Linie »Minderheiten« traf und die USA deshalb angeprangert wurden. 1976 wurde sie aber wieder eingeführt. Seitdem wird von den entscheidenden politischen und juristischen Instanzen Schritt für Schritt darauf hingearbeitet, sie wieder vollstreckbar zu machen und den Rahmen ihrer Anwendung zu erweitern

Amnesty International kommt in seinem im Frühjahr '89 veröffentlichten Bericht über die Todesstrafe in den USA zu dem Schluß, »daß die Todesstrafe (...) willkürlich, rassisch diskriminierend und unfair angewandt wurde und wird«. Als »entsetzliche Lotterie« bezeichnet die Organisation »Todesstrafenprozesse vor US-amerikanischen Gerichten, da politische und finanzielle Zwänge, öffentlicher Druck und der Gerichtsort möglicherweise mehr als die begangene Straftat darüber entscheiden, ob eine Person in die Todeszelle geschickt wird.«

2.200 Gefangene sitzen derzeit in Todeszellen, manche seit mehr als 10 Jahren. Aber die oft lange und zermürbende Wartezeit darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Todesstrafe in den USA vollstreckt wird. Erst am 21. Juni '89 ist ein 1981 verurteilter Gefangener in der Gaskammer hingerichtet worden – nachdem er »Berufung nach Berufung nach Berufung« eingelegt hatte. Seine Hautfarbe: schwarz. Und am 27. Juni entschied der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten, daß auch Jugendliche über 16 und »geistig Minderentwickelte« hingerichtet werden dürfen. Obwohl zum Tode Verurteilte, wie Randall Dale Adams und Clarence Brandle, lange genug in der Todeszelle überleben konnten, um schließlich doch noch ihre Unschuld zu beweisen und frei zu kommen, bleibt der Oberste Gerichtshof unter dem Reagan-Intimus Rehnquist bei seiner Entscheidung, daß Hinrichtungen auch dann durchgeführt werden, wenn noch nicht alle Rechtsmittel ausgeschöpft sind. Edward Earl Johnson, auf dessen schwarze Hautfarbe hier kaum noch verwiesen werden muß, könnte heute noch leben. 1987 hat man ihn in der Gaskammer des Staatsgefängnisses von Mississippi exekutiert. Bis zur letzten Minute hatte Johnson mit seinem Anwalt gegen das Urteil und seine Vollstreckung gekämpft. Vergeblich. Wenig später meldete sich eine Zeugin bei den Behörden, die Johnsons Unschuld zweifelsfrei beweisen konnte. Nun ist er rehabilitiert – und tot.

Zwei Drittel aller Hinrichtungen wurden seit der Wiedereinführung der Todesstrafe in den Südstaaten der USA vollstreckt. Dort, im Black Belt, gibt es prozentual mehr Schwarze als in allen anderen Bundesstaaten. Die meisten schwarzen Todeskandidaten sind wegen Mordes an Weißen verurteilt worden. Umgekehrt wurde bis auf eine Ausnahme im Jahre 1944 bis heute kein Weißer für einen Mord an einem Schwarzen hingerichtet. Diese Diskrepanz ist Ausdruck der Apartheid in den USA. Sie geht zurück auf die Zeiten der Sklaverei, als Schwarze nicht als Menschen galten, sondern als Eigentum. Schwarzes Leben ist wertlos in den USA. Es wird mißachtet, wenn Polizisten ihre Waffen auf schwarze Jugendliche richten und immer häufiger abdrücken. Schwarzes Leben ist wertlos, wenn schwarze Mütter und Kinder hungern und alte Menschen erfrieren. Schwarzes Leben ist wertlos in den Gefängnissen, die überschwemmt werden mit Jugendlichen aus den afrikanischen und hispanischen Communities. Im Namen des »Krieges gegen die Drogen« intervenieren Polizeiheere und Undercover-Agenten in den Ghettos und Barrios, TNT (Tactical Narçotics Teams)-Sondereinheiten treten Türen in New York ein, mit »Anti-Gang-Fahndungsnetzen« werden systematisch ganze Stadtviertel in Los Angeles durchkämmt, und in Chicago müssen sich Bewohner bestimmter Wohnviertel mit Sonderpässen nach Art des südafrikanischen Apartheid-Staates ausweisen. In Washington D.C., der »Hauptstadt des Mordes«, wie sie mittlerweile in einer weltweiten Medienkampagne gegen »Amerikas neue Verbrechenswelle« genannt wird, werden die Bewohner der Armenviertel systematisch in die Knäste umgesiedelt.

Und weil die Knäste zu bersten drohen, forderte jüngst Präsident Bushs Drogen-Koordinator William Bennett die häufigere Anwendung der Todesstrafe. Die Drogen, die man seit den Aufständen der 60er Jahre systematisch in die Ghettos gepumpt hat, um sie zu befrieden – »Chemische Kriegsführung« nennen das die Aktivistinnen und Aktivisten in den Communities – jene mit Waffenhandel und Contra-Millionen verknüpften Drogen dienen heute als Vorwand, die sozialen Zusammenhänge der Communities unter Polizeiraster zu legen, der Ghettojugend den Krieg zu erklären und die künftigen Träger der Revolte mit Hochsicherheitstrakten und Todesstrafe zu bedrohen.

Mumia Abu-Jamal ist seit Jahrzehnten der erste politische Gefangene, der hingerichtet werden soll. Für die anderen politisch Militanten der letzten großen Bewegung galt noch der »soziale Tod«, die lebenslange Strafe ohne Chance einer Entlassung auf Bewährung. Sollte Abu-Jamal tatsächlich hingerichtet werden, wird das wegweisend sein für die Aufstandsbekämpfung der 90er Jahre.

Mumia Abu-Jamal hat auch im Knast nicht aufgehört, sich mit Artikeln und Interviews gegen die beschriebene Entwicklung zu wenden. Mit ihm fordern jetzt Tausende in den USA die Aufhebung des Urteils und die generelle Abschaffung der Todesstrafe. Die Grauen Panther, Gewerkschaftsgruppen der Dock- und Transportarbeiterinnen und -arbeiter, Kongreßabgeordnete, Leute aus dem Medienbereich, kirchliche Organisationen und unterschiedlichste Gruppierungen und Individuen aus den schwarzen Communities haben per Petition Gouverneur Casey von Pennsylvania aufgefordert, das Todesurteil aufzuheben und eine neue Gerichtsverhandlung anzusetzen.

Wirklich verhindern wird die Vollstreckung des Urteils aber nur eine internationale Kampagne, wie sie etwa in Frankreich durch linke Organisationen und nordafrikanische Arbeitsemigrantengruppen bereits initiiert worden ist. Angesichts der engen politischen und gesellschaftlichen Verknüpfung zwischen USA und BRD wird der Beitrag zu dieser Kampagne aus der BRD von Bedeutung sein. Der Kampf für die Aufhebung des Todesurteils gegen Mumia Abu-Jamal ist ein Kampf zur Abschaffung der Todesstrafe in den USA und zur Unterstützung des Überlebenskampfes und des Widerstandes in den Ghettos und Gefängnissen.

Ein Aufruf und eine Petition können über die »Amerika Gegeninformationspresse« bezogen werden. Im November ist ein erstes Info mit umfangreichem Material erschienen, das gegen 6,DM (incl. Porto) bestellt werden kann. Kontakt: AGIPA-PRESS, Eichenberger Str. 53, 2800 Bremen 1, Tel. 0421-35 40 29

Spendenkonto für die Kampagne: AGIPAPRESS,BMBremen,BLZ29010111, Nr. 100587 7600, Stichwort »Abu-Jamal«

Jürgen Heiser lebt in Bremen und ist Herausgeber der »Amerika Gegeninformotionspresse«

konkret 12/89, S. 35

Gunter Blank

Pinochet geht als Sieger

»Die Demokratie muß gelegentlich in Blut gebadet werden«, sagte Chiles Diktator Pinochet im September 1974. Jetzt, 15 Jahre danach, wird des Badewasser abgelassen. Die Demokratie, die ihm entsteigen darf, hat sich wirklich gewaschen

Am 14. Dezember darf sich das chilenische Volk wieder einen Präsidenten und ein Parlament wählen. Vier Monate später, am 11. März 1990, wird Pinochet dem neuen Präsidenten, der, wenn alles mit rechten Dingen zugeht, Patricio Aylwin heißen wird, die blauweiß-rote Schärpe an die Brust heften. Die Bademeister werden ausgetauscht – die Besitzer des Schwimmbades bleiben dieselben.

Tatsächlich gleicht Chile wenige Wochen vor der historischen Wahl einem frühsommerlich aufgewärmten Schwimmbecken, in dem eine Schar emsiger Politiker herumplanscht. Einige davon haben sogar schon Schwimmen gelernt und präsentieren dem beifällig nickenden Publikum am Beckenrand ihre neuerworbenen oder vor kurzem wiederentdeckten Fähigkeiten.

Allen voran Patricio Aylwin, Einheitskandidat der Opposition und noch immer Repräsentant jener Fraktion der Christdemokraten, die 1973 die Militärs um Unterstützung angefleht hatte. Seit ihm Pinochet 1975 klargemacht hatte, daß auf seinem Zug ins neoliberale Wirtschaftswunderland kein Platz für opportunistische Trittbrettfahrer sei, verstand er sich als entschiedener Gegner der Diktatur. Zwar verschwand er danach für einige Jahre in der Versenkung, seit sich aber nicht nur in seiner Partei die Befürworter eines verhandelten Übergangs durchsetzen konnten, gilt er als Mann der Stunde.

Sein Weg zum höchsten Staatsamt führte unter Anwendung einer Reihe nicht ganz christlicher Tricks vom Präsidenten seiner Partei über den Vorsitz der »Parteienkoalition für das Nein« zum Präsidenten der »Konzertation für die Demokratie«, die ihn schließlich im Juli 1989, trotz erheblichen Widerspruchs nicht zuletzt aus der eigenen Partei, zum Präsidentschaftskandidaten der Opposition kürte. Landauf, landab verkündet er in seiner Wahlkampagne, der Präsident aller Chilenen werden und das chilenische Volk aussöhnen zu wollen. Da er nicht nur die Unterstützung der 17 Parteien der Konzertation hat, sondern auch von der radikalen Linken bis hin zu KP und MIR akzeptiert wird, ist ihm, wo immer er auftritt, der Beifall der Massen sicher. Daß er am gleichen Tag, als Pinochet sein Blutbadzitat absonderte, als Präsident der den Putsch bejubelnden Christdemokraten der Auffassung war, die Vorhaben der Militärjunta interpretierten die allgemeine Stimmung und verdienten die patriotische Mitarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte, scheint, wenn nicht vergessen, so doch vergeben. Keine der inzwischen auch in Chile in Mode gekommenen Meinungsumfragen der letzten Wochen stellt die absolute Mehrheit für Aylwin in Zweifel.

Die Opposition, insbesondere die sogenannte Mitte-Links-Koalition der Konzertation, in der die Christdemokraten und der Partido Por La Democracia (PPD) sowie der reformsozialistische Flügel der Sozialistischen Partei über ein Dutzend Klein- und Splitterparteien dominieren, kann sich bereits als sicherer Sieger fühlen. Zwar tritt auch die Opposition mit zwei Listen zu den Parlamentswahlen an, im Vergleich zu den zersplitterten Rechtsparteien, die fünf Listen präsentieren, vermittelt sie nach Jahren der Streitigkeiten und Spaltungen jedoch ein Bild der Harmonie.

Lediglich der Antikommunismus der Christdemokraten und die Furcht, durch eine gemeinsame Liste mit der KP sich den Unmut der bürgerlichen Wählerschaft oder, schlimmer noch, den Unwillen Pinochets zuzuziehen, führte zu den getrennten Listen. Christdemokraten, PPD, Reformsozialisten und eine Reihe bürgerlicher Splitterparteien kandidieren nun auf der Liste »Konzertation für die Demokratie«, während der MIR, die KP, die Christliche Linke und die Linkssozialisten um ihren Parteiveteranen Clodomiro Almeyda auf der Liste PAIS antreten, wobei PAIS für »Breite Partei der Sozialistischen Linken« steht. Der Name deutet bereits auf die Schwierigkeiten hin, die die radikale Linke beim Umgang mit den Spielregeln der Diktatur hatte, denn die Gründung einer formellen Partei war für MIR und KP die einzige Möglichkeit, noch ein Stück vom Parlamentskuchen abzubekommen. Immerhin besteht so die Chance, zehn bis fünfzehn Kandidaten im Abgeordnetenhaus zu stellen und drei oder vier Senatorensessel zu besetzen.

Die Diktatur hat ihren Abgang so gut vorbereitet, daß weder die absehbare Niederlage des ehemaligen Finanzministers und Pinochet-Zöglings Hernan Büchi, der die undankbare Aufgabe übernehmen mußte, gegen Aylwin anzutreten, noch die zu erwartende magere Ausbeute an Wählerstimmen für die rechten Parteien den Fortbestand des Systems ernsthaft gefährden könnten. Dabei schien die Diktatur noch vor einem halben Jahrzehnt wirtschaftlich und politisch am Ende. Nach dem Verschuldungskollaps von 1982 kontrollierte der Staat wider Willen 75 Prozent des Bankkapitals und 71 Prozent des Kapitals der 50 größten Unternehmen. Das Land war mit 20 Milliarden Dollar im Ausland verschuldet und wies die höchste Prokopfverschuldung Lateinamerikas auf. Die Exporte stagnierten, und obwohl Chile seine Gläubiger stets pünktlich bediente, flossen kaum mehr frische Kredite ins Land.

Pinochet ergriff die Flucht nach vorn. Im Schutz des Belagerungszustands setzte der frischernannte Finanzminister Büchi im Einklang mit IWF und Weltbank ein Sanierungsprogramm durch, das zwar an den miserablen Lebensbedingungen der

Bevölkerung wenig änderte, die abhängige chilenische Volkswirtschaft jedoch fest in den Weltmarkt einband und schließlich zumindest dem oberen Drittel zu merklichen Einkommenssteigerungen verhalf.

Die Hauptziele dieses Sanierungskonzepts waren die Verringerung der Außenschuld sowie die Forcierung der privaten Kapitalbildung. Die staatlich kontrollierten Unternehmen sollten reprivatisiert, die Inflationsrate gedrückt und die Produktion auf den Exportsektor ausgerichtet werden. Die Kosten zahlte zunächst die chilenische Bevölkerung. Die Realeinkommen sanken um weitere zwei Prozent auf das Niveau von 1964, die Inflationsrate stieg auf 26 Prozent, und die offizielle Arbeitslosenrate stagnierte bei 25 Prozent. Aber bereits 1986 zeichneten sich die ersten Erfolge der neuen Wirtschaftspolitik ab, und heute kann Büchi auf eine Wirtschaftsstatistik verweisen, in der Chile im Vergleich zu seinen Nachbarländern hervorragend abschneidet.

Das Wirtschaftswachstum übersprang 1988 zum dritten Mal in Folge die Fünfprozentmarke, die Inflationsrate wurde auf – für Lateinamerika sensationelle – 15 Prozent gedrückt, und die Konzentration auf den Exportsektor verhalf dem Land seit 1986 wieder zu einer positiven Zahlungsbilanz. Die Exporte stiegen seit 1985 im Jahresdurchschnitt um 15 Prozent und erreichten 1988 die Rekordhöhe von 7 Milliarden Dollar, denen Importe in Höhe von lediglich 4,8 Milliarden gegenüberstanden. Wenngleich die Exporteinnahmen zu einem Gutteil auf die ungewöhnlich hohen Kupferpreise zurückzuführen sind, kann der Anteil der Agrarprodukte – Obst, Gemüse und Holz – , die auf Platz zwei der Exportstatistik vorgerückt sind, nicht gering geschätzt werden. Die Entwicklung dieser neuen Exportzweige trug maßgeblich zur Schaffung von knapp einer Million neuen Arbeitsplätzen bei. Der von diesen Branchen ausgelöste Wachstums- und Modernisierungsschub ließ auch die Realeinkommen in den beiden vergangenen Jahren erstmals seit 1981 wieder ansteigen.

Entscheidend für diese Bilanz war Chiles bedingungslose Bereitschaft zur Rückzahlung seiner Außenschuld. Als Gegenleistung für die konsequente Bedienung der Gläubigerbanken erhielt Chile regelmäßig Strukturanpassungsdarlehen der Weltbank, die unmittelbar in die Wachstumsbranchen flossen. Mit Hilfe der so erzielten Exportüberschüsse und der Einnahmen aus dem Reprivatisierungsprogramm gelang es Chile als einzigem Land Lateinamerikas, seine Außenschuld um 4 Milliarden auf zuletzt 17,4 Milliarden Dollar zu verringern. Diese »Superperformance« – als die die chilenische Zahlungsbereitschaft in Bankerkreisen gelobt wird – lockte zunehmend Investoren an, die in Chile, im Gegensatz zu den Nachbarländern Peru und Argentinien, ein enormes Wachstumspotential vermuten und deren Kapital nicht nur in der Logik der neoliberalen Theoretiker für die Fortsetzung des Wachstumsprozesses unerläßlich ist.

Der Zufluß ausländischen Kapitals erfolgt allerdings zu Bedingungen, die an die Raubzüge der spanischen Konquistadoren erinnern. Im Rahmen ihrer Schuldentilgungsstrategie bot die chilenische Regierung erstens fast die gesamten staatlichen bzw. staatlich kontrollierten Betriebe weit unter Wert zum Verkauf an und lockte zweitens ausländische Investoren mit sogenannten *Debtto-equity-swaps* an. Bei dieser Variante der Schuldentilgung kauft ein ausländischer Investor bei den Gläubigerbanken chilenische Dollarschuldentitel mit einem Abschlag von derzeit 40 Prozent und erhält – wenn er sich verpflichtet, das Geld für mindestens fünf Jahre im Land zu investieren – von der chilenischen Zentralbank 100 Prozent des nominalen Wertes des Schuldentitels in Landeswährung ausbezahlt. Von diesem Angebot machten bislang rund zwei Dutzend multinationale Gruppen in größerem Umfang Gebrauch, unter denen wiederum fünf Gesellschaften federführend sind: die australische Bond-Gruppe, die neuseeländische Carter-Hold-Harvey, die saudiarabische Biz-Mahfouz-Gruppe sowie die beiden US-amerikanischen Holdinggesellschaften Bankers Trust und American International Group. Sie kauften sich in die meisten der von der staatlichen Industriebehörde CORFO veräußerten Betriebe ein und bildeten gleichzeitig sogenannte Joint-Ventures mit den sechs größten chilenischen Kapitalgesellschaften.

Diese neue Koalition nationaler und multinationaler Gesellschaften, die in verschiedenen Varianten die chilenische Wirtschaftsstruktur prägen, hat sich fast die gesamte von den Chicago-Boys hinterlassene Konkursmasse angeeignet. Sie beherrscht vor allem die beiden wesentlichen Zweige der Wirtschaft: den Exportsektor und die strategischen Schlüsselindustrien. Unter ihrer Kontrolle befinden sich nahezu die gesamte Forstwirtschaft, d.h. *die* Wachstumsbranche schlechthin, die Fischereiindustrie sowie der Obst- und Gemüseexport, in den sich zusätzlich der Nahrungsmittelmulti United Brand eingekauft hat. Darüber hinaus kontrollieren sie ganz oder teilweise die Energiewirtschaft, die auf Staatskosten gesundgeschrumpfte Stahlindustrie, die Telefon- und Telekommunikationsgesellschaft sowie die wichtigsten Häfen des Landes. Die Übernahmen der Erdölgesellschaft ENAP, der Banco del Estado, der Post und weiterer Unternehmen ist gesetzlich vorbereitet und soll in den kommenden Wochen und Monaten vollzogen werden.

In dem Maße, wie die Sanierung voranschritt und die Gesellschaft spaltete, wuchs bei den bürgerlichen Oppositionsparteien die bereits ausgeprägte vorhandene Neigung zu einer Verhandlungslösung mit der Diktatur. Wenigstens die Mittelschichtsklientel dieser Parteien sollte in den Genuß der bürgerlichen Freiheiten kommen. Die verarmten Massen, für die das Wort Pressefreiheit ein abstrakter Begriff bleibt, solange sie sich keine Zeitung kaufen können, sollten mit Almosen und dem Versprechen auf eine bessere Zukunft abgefunden werden.

Als Verhandlungsgrundlage bot sich die Pinochet-Verfassung von 1980, die ungeachtet ihres autoritären Charakters und der Festschreibung der neoliberalen Doktrin zumindest die Grundausstattung der bürgerlichen Demokratie: Wahlen und

Parlament, enthielt, und dazu noch einen konkreten Fahrplan für die Rückkehr zur »völligen Demokratie« vorsah. Nachdem die Überlegungen der Christdemokraten und Reformsozialisten so weit gediehen waren, bedurfte es noch des Nachweises, daß die demokratischen Parteien der versprochenen Demokratisierung würdig waren und sich vom Verdacht kommunistischer Unterwanderung befreit haben. Frühzeitig, nämlich schon im Juli 1986, erklärten sie sich bereit, unfeinen Mitteln wie brennenden Barrikaden und Streiks fürderhin zu entsagen.

Nach dem gescheiterten Attentat auf Pinochet im September 1986 war dann auch der Zeitpunkt gekommen, die KP mit dem Verdikt des Terrorismus zu belegen und aus der Gemeinschaft der Demokraten auszuschließen. Während im Reformflügel der Sozialistischen Partei Papiere zirkulierten, in denen die Verfassungswidrigkeit der KP konstatiert wurde, wurden die Vorbereitungen der Rechtsparteien auf eine Zeit nach Pinochet als Zeugnis demokratischer Reife begrüßt. Theoretiker aller Parteien – ausgestattet mit Forschungsaufträgen US-amerikanischer und europäischer Stiftungen – verabschiedeten sich von den letzten Überbleibseln antikapitalistischen Gedankenguts und entdeckten im Spanien Felipe Gonzales', ihr leuchtendes Vorbild.

Die Diktatur, die bis dahin noch jedes Verhandlungsangebot unbesehen dem Reißwolf übergeben hatte, sah angesichts des Verfallsprozesses der Opposition wenig Anlaß, von ihrer Linie abzuweichen. Trotz aller oppositioneller Bitten um freie Wahlen, pochte Pinochet auf die Durchführung eines Plebiszits, das seine Bestätigung im Amt des Präsidenten für weitere acht Jahre vorsah. Nach der Eröffnung der Wahlregister im Februar 1987 fielen in der bürgerlichen Opposition die letzten Vorbehalte gegen die Anerkennung der Verfassung, deren Abschaffung sie noch vier Jahre zuvor zur Vorbedingung einer demokratischen Neuordnung gemacht hatte. Die bürgerliche Opposition übte sich in demokratischen Ritualen, die Massenorganisationen zerfielen angesichts der Rückverlagerung politischer Entscheidungen in die Konferenzsäle der Parteien, und die radikale Linke hatte dem Demokratisierungstaumel ihrer Widersacher nichts mehr entgegenzusetzen.

Die Schwächen der Massenbewegung, die drei Jahre lang mit rund 30 Protesttagen für Schlagzeilen gesorgt hatte, traten offen zu Tage. Die brennenden Barrikaden waren jahrelang als Vorboten der Revolution mißverstanden worden – daß die Revolten arbeitsloser Slumbewohner die geregelte Abwicklung der Exporte nur wenig beeinträchtigten, bemerkten die sich als Avantgarde der verelendeten Massen begreifenden Linksparteien erst, als sich die Mittelschichten aus der Protestbewegung zurückzogen und dem Wüten der Sicherheitskräfte in den Elendsvierteln desinteressiert zusahen.

Die radikale Linke in Chile ist an zwei Dingen gescheitert. Sie verwechselte die Empörung gegen die Diktatur mit Begeisterung für den Sozialismus, unterschätzte das Ausmaß der Zerstörung der traditionellen Organisationen und überschätzte die Möglichkeiten der neuen sozialen Bewegungen. Ein gewerkschaftlicher Organisationsgrad von 10 Prozent reicht angesichts einer immensen industriellen Reservearmee nicht aus, dauerhaften Druck auf den Produktionsapparat auszuüben, und die – besonders von den alternativen Solidaritätsaktivisten gefeierten – Basisorganisationen waren unter dem Druck des Alltags nicht in der Lage, eine über die Hilfe zur Selbsthilfe hinausgehende Perspektive zu entwickeln.

Man kann die Gründe dafür in den elenden Lebensbedingungen suchen, deren Mischung aus Arbeitslosigkeit, Hunger, Drogensucht und Verbrechen eine kontinuierliche Organisation unmöglich macht, im starren Revolutionspathos der KP, die die fundamentalen Bedürfnisse der Bevölkerung gelegentlich für parteipolitische Machtdemonstrationen instrumentalisierte, oder in den Heilsversprechen der Kirche, die nach einer Phase befreiungstheologischer Militanz wieder zur Besinnung im Gebet aufruft. Fakt ist, daß die verarmte Hälfte der Bevölkerung weder der anhaltenden Repression der Diktatur noch den bislang folgenlosen Demokratieversprechungen der bürgerlichen Parteien etwas Substantielles entgegenzusetzen hatte. Dies umso weniger als auch die chilenische Linke vom Niedergang des sozialistischen Weltbildes nicht verschont geblieben ist. Mochte ihre Analyse der chilenischen Gesellschaft noch so zutreffend sein, sie mußte sich die Frage gefallen lassen, wie sie ihre Perspektive vom »Sozialismus in einem Land«, auf die die Positionen des MIR und des linken Flügels der KP, der FPMR, letztlich hinauslaufen, in einer Weltwirtschaftsordnung durchsetzen wollen, in der die Verweigerung eines Kredites oder die Vertagung einer Umschuldungsverhandlung den Kollaps der labilen Wirtschaft provozieren würden. Ganz abgesehen davon, daß das chilenische Kapital bereits den Gedanken an eine Steuererhöhung als eine Drohung auffaßt, auf die man notfalls mit der Wiederholung des 11. Septembers zu reagieren gedenkt.

Allerdings sind solche Überlegungen fast schon obsolet, nachdem die KP, auf ihrem Kongreß im Frühjahr dieses Jahres, die Konsequenzen aus dem Scheitern ihrer Aufstandsstrategie gezogen hat. Zwar blieb die formale Unterwerfungsgeste, die Absage an den bewaffneten Widerstand aus, aber der

mit der Teilnahme am Plebiszit vorgezeichnete Weg zurück in die Rolle der unermüdlichen Kämpferin für den Sozialstaat wurde fortgesetzt. Die KP wird sich wieder auf die Arbeit in den Gewerkschaften, den Einsatz für die Menschenrechte und die Durchsetzung sozialer Maßnahmen für die Verelendeten konzentrieren, ohne allerdings, sieht man vom nach wie vor aufrechterhaltenen Fernziel eines traditionellen Sozialismus ab, ein klares Profil gegenüber den sozialdemokratischen Reformparteien zu gewinnen. Sie wird von den anderen Parteien als unvermeidlicher Ballast angesehen, dem zur Domestizierung sozialer Konflikte ein sicheres, aber eng begrenztes Eckchen auf der demokratischen Spielwiese zugewiesen wird.

Beherrscht wird diese Wiese seit dem für Pinochet verlorengegangenen Plebiszit von der Konzertation und den demokratisch gewendeten Parteigängern der Diktatur, die sich auf ein versöhnliches Miteinander im künftigen Kongreß einzurichten beginnen. Geregelt wurden die bis auf weiteres gültigen Umgangsformen durch die Verfassungsreform vom Juli dieses Jahres, die jedoch nicht die von der bürgerlichen Opposition erhoffte Lockerung der autoritären Sitten brachte.

Einmal mehr stießen die sorgfältig ausgearbeiteten Reformvorschläge sowohl bei Pinochet als auch bei den Streitkräften, von denen man sich nach dem Plebiszitdebakel eine größere Distanz zur Diktatur erwartet hatte, auf taube Ohren. Pinochet beharrte schlicht auf seinen Positionen und ließ nur minimale Korrekturen an der Verfassung zu. Ein künftiger Präsident darf nun nicht mehr beliebig Bürger des Landes verweisen. Auch sein Recht, Leute in entlegene Landesteile zu verbannen, wurde stark eingeschränkt, ebenso wie die Befugnisse des Präsidenten im Falle der verschiedenen Formen des Ausnahmezustandes. Der Präsident darf nun die Versammlungs-, Meinungs- und Informationsfreiheit sowie eine Reihe anderer bürgerlicher Grundrechte nicht mehr aufheben, sondern nur noch einschränken. Auch das Abgeordnetenhaus darf nicht mehr per Dekret aufgelöst werden. Der Marxismus ist nicht mehr per se verfassungswidrig, ebenso wie jetzt die Institution Familie wieder unsanktioniert geschmäht werden darf. Der selbst für autoritär konservative Verhältnisse etwas bizarr geratene Artikel 8, der sich in einem dreizeiligen Rundumschlag gegen jede emanzipatorische Idee richtet, die zwischen Legalisierung der Ehescheidung und dem Aufbau des Sozialismus denkbar ist, wurde gestrichen.

Allerdings findet sich im Artikel 19 dann die gutbürgerlichen Gepflogenheiten angemessenere Formulierung: »Verfassungswidrig sind Parteien, Bewegungen und andere Formen der Organisation, deren Ziele, Handlungen und Benehmen die grundlegenden Prinzipien des demokratischen und verfassungsmäßigen Regimes nicht respektieren, die Etablierung eines totalitären Systems betreiben, wie auch diejenigen, die von der Gewalt Gebrauch machen, sie propagieren oder sie als Methode politischen Handelns einführen.« Das Nähere regelt das Verfassungsgericht, das noch auf Jahre hinaus mit Pinochet-Vertrauten besetzt bleiben wird.

An der übergeordneten Macht des Verfassungsgerichts rütteln die Reformen ebensowenig wie an der des Nationalen Sicherheitsrates, in dem die Militärs im Zweifelsfall ihr Eingreifen ankündigen können, und an der Kooptierung eines Fünftels der Senatoren, die aus staatstragenden Bereichen der Administration und der Streitkräfte rekrutiert werden. Damit ist eine substantielle Veränderung der Verfassung gegen die Interessen des herrschenden Blocks so gut wie ausgeschlossen.

Der Rest der Reformen ist geschenkt. Er betrifft, abgesehen von der Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten von acht auf weltweit übliche vier Jahre, Kinderkrankheiten, deren Beibehaltung auch die reibungslose Interessenvertretung des autoritären Lagers gehemmt hätte. Die entscheidenden Punkte der Verfassung standen dagegen erst gar nicht zur Debatte: Die Eigentumsfrage ist so einzementiert, daß selbst die vor nunmehr 25 Jahren vom christdemokratischen Präsidenten Frei zaghaft initiierte Nationalisierung des Kupfers heute schon im Vorfeld als verfassungswidrig abgeblockt werden würde, von tiefergreifenden Eingriffen ganz zu schweigen.

Die Opposition ist denn auch nur mit bescheidenen Forderungen angetreten. Aus der Programmflut, die sich in den letzten Wochen über das interessierte Wahlvolk ergoß, ragt eigentlich nur die Erhöhung des Minimallohnes von derzeit 50 Dollar monatlich auf etwa 75 Dollar heraus, ein Betrag, der noch immer knapp unter dem Existenzminimum liegt. Ob weitere Reformvorhaben, sei es eine moderate Steuerreform, die Eindämmung der Privatisierungswelle oder eine Reform des Gesundheitswesens, verwirklicht werden können, hängt weniger vom Wahlergebnis ab als vom freien Spiel der sozialen Kräfte. Und da vertrauen die Unternehmer auf ihre wirtschaftliche Macht. Deren sind sie sich so sicher, daß selbst die Rechtsparteien das Desinteresse ihrer Geldgeber bereits zu spüren bekamen. Die finanzielle Unterstützung des Wahlkampfes fiel so gering aus, daß zahlreiche Kandidaten der Rechten ihre Kampagnen selbst finanzieren mußten, oder, wie im Fall Büchis, auf die Zuwendungen von Freunden angewiesen sind.

Einige von ihnen, wie der Rüstungsfabrikant Cardoen, haben sich bereits mit der Opposition arrangiert, wissen sie doch die tatsächliche Macht in den besten Händen. Mitte Oktober wurde der herrschende Block erneut in seiner Gelassenheit bestärkt. Pinochet und die Armee teilten den Hoffnungen der Opposition auf eine friedliche Koexistenz mit den Streitkräften einen erneuten Dämpfer. Im festen Glauben, Pinochet nach den Wahlen zum Rücktritt von seinem Posten als Oberbefehlshaber der Streitkräfte drängen zu können, setzten sie auf den Vizekommandanten General Zincke. Der hatte sich als Garnisonskommandant von Santiago beim Plebiszit vom Oktober vergangenen Jahres durchaus im Sinne der Opposition bewährt, als er sich dem Druck Pinochets widersetzte, die Stadt von Truppen besetzen zu lassen. In Zincke glaubte die Opposition einen General gefunden zu haben, mit dem sich der Rückzug der Militärs in die Kasernen einvernehmlich würde regeln lassen. Nun hat Pinochet, ohne die Opposition bei seiner Revision der Rangordnung Mitte Oktober zu konsultieren, Zincke in den Ruhestand versetzt; an seine Stelle rückte der mit einschlägigen Geheimdiensterfahrungen ausgestattete General Lucar Figueroa; Garnisonskommandant von Santiago wird der der faschistoiden Rechtspartei Avanzada Nacional verbundene General Gonzalez Samohood.

Auch seine Nachfolge als Oberbefehlshaber hat Pinochet zufriedenstellend geregelt. Da der Präsident bei einem Rücktritt Pinochets den neuen Oberbefehlshaber aus den fünf dienstältesten Generalen des Heeres auswählen darf, mußte ein

Dutzend weiterer der Fraternisierung mit dem Feind verdächtigter Generäle Zincke in den Ruhestand begleiten. Um völlig sicherzugehen, hat Pinochet nun nicht nur die ersten fünf, sondern gleich die ersten zwanzig Positionen des Heeres mit seinen Gefolgsleuten besetzt. Der Wunschtraum von den demokratiefähigen Streitkräften, die einen lästig werdenden Oberbefehlshaber so schnell wie möglich loswerden wollen, ist geplatzt.

Fehlt noch was? Ach ja, die Ahndung der Menschenrechtsverletzungen, noch so eine unverzichtbare Vorbedingung des Demokratisierungsprozesses. Aylwin sagt: Man werde die Verbrechen der vergangenen 16 Jahre vor die Gerichte bringen. Pinochet sagt: Wenn auch nur einer seiner Männer angetastet werde, habe es mit dem Rechtsstaat ein Ende. Wer da wohl recht behält?

konkret 12/89, S. 40

Henning Venske

Mörder sind potentielle Soldaten

Jede Mutter ist eine potentielle Ehebrecherin. Jeder Vater ist ein potentieller Schläger. Jedes Kind ist potentieller Junkie. Jeder Politiker ist ein potentieller Puffgänger. Soviel für die ganz Blöden zum Wort »potentiell«.

Jeder Soldat ist ein potentieller Mörder. Wundervoll, wie dieser altbackene Satz immer noch jeden Ehrenmann in Habachtstellung zwingt. Ehrabschneidend ist er also, dieser Satz. Ehrlich hingegen ist der Satz: Jeder Zivilist ist eine potentielle Leiche. Es wären also die immer wieder gern zitierten Frauen, Kinder & Greise potentielle Selbstmörder.

So kann man das nun auch wieder nicht sagen. Und überhaupt, wer über sowas nachdenkt, ist sowieso ein potentieller Wehrkraftzersetzer. Der ehrpusselige Spießbürger ist immer noch der Meinungsführer hierzulande. Alles vergessen, Du Volldepp? Alle Grausamkeiten, alle Verbrechen, das ganze Sterben? Die Flächenbombardements, die platten Dörfer, die elend Verreckten, alles vergessen, Du Torfkopf?

Ja. Was an den dafür vorgesehenen Feiertagen zählt, sind die »Gefallenen«. Und die sollten wir zeitgemäß auch lieber »Entsorgte« nennen. Dabei wäre es sinnvoll, den bösen Satz noch auszuweiten: Auch jeder Gefallene war nicht nur ein potentieller Mörder, sondern strafverschärfend ein potentieller Brandstifter, Plünderer, Vergewaltiger, Landfriedensbrecher und Erreger öffentlichen Ärgernisses. Wer behauptet, diese Leute hätten nur ihre Pflicht getan, offenbart sich als Fall für das Vormundschaftsgericht. Denn Pflicht dieser Gefallenen wäre es gewesen, rechtzeitig nach Hause zu desertieren und sich um das Gemüsebeet zu kümmern.

Ein Gericht, wundersamerweise die Meinungsfreiheit verteidigend, hat also dem Soldaten die Ehre abgeschnitten. Dem Soldaten! Ausgerechnet die Ehre! Ja, was hat denn so ein Mann sonst schon...? Die Ehre: Laut Brockhaus die auf der Selbstachtung beruhende, daher als unverzichtbar erlebte Achtung, die der Mensch von seinen Mitmenschen beansprucht. Kant, Königsberger Geistesklops, formuliert: »Die Ehre des Mannes besteht in der Schätzung seiner selbst.« Aha. Könnte es sein, daß der Soldat einer potentiellen Fehleinschätzung seiner selbst unterliegt?

Shakespeare scheint dieser Ansicht zu sein: »Ehre ist nichts als ein gemalter Schild beim Leichenzug.« Aber was weiß dieser elisabethanische Tintenpisser schon von modernen Denkstrukturen, wie sie Abrüstungsaposteln & Friedenstruppen innewohnen. . .

Also, Herr Wellershoff, Ihre Ehre ist perdu. Erschießen Sie sich nicht, Ihr Rücktritt reicht völlig. Sie sind und waren dem Problem inhaltlich ohnehin nicht gewachsen.

Und Sie, Rupert Scholz, der Sie während Ihrer Amtszeit als Verteidigungsminister den Friedenswillen der Bevölkerung befördert haben wie keiner ihrer Vorgänger, Sie haben den Tagesbefehl herausgegeben: »Soldaten stehen für ... den Schutz des Lebens aller Bürger.« Dabei fällt mir Remscheid ein. Und da war noch nichtmal Krieg.

Oder Sie, Herr Stoltenberg, Sie intellektuelle Platzpatrone, Sie setzen noch einen drauf: »Soldaten haben die Pflicht übernommen, Frieden & Freiheit aller Bürger zu verteidigen.« Bescheidene Zwischenfrage: Das Leben auch? Dabei fällt mir My Lai ein.

Und Ihnen, Herr Weizsäcker, was fällt Ihnen bei My Lai ein? Geben Sie sich Mühe, Herr Präsident, Sie sind doch der Goldschnittdenker der Nation! Fällt Ihnen da nicht Vietnam ein? Böhringer & Napalm & Ihr ansehnliches Auskommen bei diesem Geschäft? Es fällt ihm nicht ein. Er faselt vom Bürger in Uniform. Anscheinend muß man sich immer wieder der Mühe unterziehen und es immer wieder laut verkünden:

Es gibt keine demokratische Armee, weil alle Armeen auf dem Prinzip von Befehl und Gehorsam aufgebaut sind. »Soldat« kommt von »Sold«. Und heute wie vor 3000 Jahren bezahlen der Staat oder die Wirtschaft Söldner, um ihre Privilegien durchzusetzen, zu behaupten oder zu verteidigen. Niemals ist es um Frieden & Freiheit der Bevölkerung gegangen, geschweige denn um deren Leben, sondern immer um Profit. Und immer wurde die Diskrepanz zwischen dem Sold und der Gefahr, in die man die Besoldeten hineinpreßte, mit dem Ehrenkleid bemäntelt.

Wann eigentlich will der militante deutsche Hirnersatz zur Kenntnis nehmen, daß »Ehre« ein Codewort aus dem Lehrbuch der Massenhypnose ist? Zuviele Morde, von Soldaten begangen, sind dokumentiert. Von Alexanders Schlachtern über die römischen Metzger zu den amoklaufenden Kreuzzüglern, vom Deutschen Orden in seinem Blutrausch über Preußens Gemetzel bis zu Oradour und den anderen Sehenswürdigkeiten, wo eine angeblich untadelige Wehrmacht ihre Pflicht tat, die darin bestand, die Wahnvorstellungen eines Sackgesichts möglichst weiträumig durchzusetzen, und nicht zu vergessen die versenkte Gustloff oder die Exzesse der Roten Armee, wir sind ja ausgewogen: Immer waren Soldaten als Mörder unterwegs.

Und da haben wir von Franco, Pinochet & anderen Generalen noch gar nicht gesprochen, geschweige denn von jenen braven »Soldaten Jesu«, die Indianer in ihrem Troß mitführten, damit die Hunde was zu fressen hatten. Und Einzelschicksale, wie das an höchster Stelle doch mit Vergnügen akzeptierte der Frau Luxemburg, wollen wir gar nicht erst ins Feld führen.

Nein, auch wenn man die waghalsigsten Manöver ausführt, und wenn auch die hohe Geistlichkeit noch soviele Absolutionen erteilt und jedem, dessen Zeigefinger den roten Knopf der Abschußrampe zu drücken sich verpflichtet fühlt, vorauseilende Begnadigung und siegreichen Einmarsch in den Himmel offeriert: Jeder Soldat war und ist ein potentieller Mörder.

Das unterscheidet ihn ja gerade vom einfachen ADAC-Mitglied: Der Autofahrer wird eben nicht dazu ausgebildet, die Bevölkerung zu dezimieren. Im Gegenteil, man versucht, ihm beizubringen, in freier Entscheidung auf die Bremse zu treten.

Soldaten, die in der hochneurotischen Situation »Krieg« dazu in der Lage sind, mag es geben. Mehrheitsfähig sind sie nicht. Oder war der Vorfall, bei dem Graf Lambsdorff sich sein Beinleiden einfing, etwa nicht mindestens versuchter Totschlag? Und mal angenommen, der Freistaat Bayern würde beschließen, aus der BRD auszutreten und aus weltanschaulichen Gründen mit der Türkei einen Staatenbund einzugehen, und der Bundeskanzler setzte – entsprechend den Notstandsgesetzen – die Bundeswehr Richtung München in Marsch, was die freundliche alte Mutter oder auch meinetwegen den Busenfreund des Ministerpräsidenten Gauweiler aus explosionstechnischen Gründen ihrer Lebensfunktionen beraubt: Würde Peterle nicht gellend »Mörder! Mörder!« schreien? Wir lassen den Satz im Raume stehen: Soldaten sind potentielle Mörder.

Auch, da sind wir tapfer, wenn Herr Oberstleutnant Walter Klinger sich von diesem Satz überhaupt nicht angemacht fühlt. Schreibt er doch – Leserbrief vom 30.10.89 in der »Frankfurter Rundschau« – arrogant und so dumm, als wolle er vorführen, daß er den zum Stahlhelm passenden Holzkopf trägt – schreibt er doch: »Wir Soldaten haben besseres zu tun, als uns mit der Abwehr böswilliger Beleidigungen aufzuhalten, auch wenn sie von einem Arzt oder Landrichter stammen . «

Bitte untertänigst um Auskunft, Herr Oberstleutnant: Was haben Sie besseres zu tun? Verstehe, sie schrecken ab. Stehen Sie selbst an der Grenze? Jederzeit bereit, der Nationalen Volksarmee den Garaus zu bereiten und Zivilisten, gerechterweise Partisanen genannt, die Sie der Unterstützung dieser Armee verdächtigen, ihrer finalen Bestimmung zuzuführen? Stimmt schon, Soldaten der NVA haben so manchen freiheitsliebenden Flüchtling von der Mauer geputzt. Da wäre der Ausdruck »Mörder« vielleicht gar nicht einmal so unangebracht, das sagt jedenfalls die »Bildzeitung«. Aber schließlich hatten die ihre Befehle... Und es sind ja auch Deutsche, irgendwie.

Trotzdem: Wir Westdeutschen leisten uns jetzt sogar den Luxus, eine Wehr zu unterhalten – in des Wortes doppelter Bedeutung, bitte – , deren Soldaten es sich trotz Kenntnis moderner Waffensysteme nicht einmal vorstellen können, zu Mördern zu werden. Mit Verlaub, diese Armee ist phantastisch nutzlos. Eine Armee von Grüblern, Zauderern & Befehlsverweigerern. Ja, wie zum Teufel will man mit einer solchen Schlaffitruppe den nächsten Krieg gewinnen, wo man doch mit ganzen Kerlen schon den letzten verloren hat?

Machen wir uns also mit dem Gedanken vertraut, daß die Bundeswehr im Notfall nicht mit allen Mitteln die Interessen der BRDGmbH&CoKG zu vertreten willens ist. Tja, wenn das so ist...

Dann können wir ganz lieb sein zu diesem postmodernen Haufen, denn es sind ja alles potentielle Krankenpfleger, Sozialarbeiter & Heilpraktiker. Und man muß das eben einfach mal so hinnehmen, daß der Herr Oberstleutnant wirklich etwas Besseres zu tun hat. Vielleicht fällt er regelmäßig in Nicaragua ein, wo er eigenhändig amerikanische Tretminen einsammelt, weil er Indiokinder so niedlich findet. Oder vielleicht kauft er im Libanon Waffen deutscher Fabrikation auf, um sie zu Pflugscharen für Kurdistan umzuschmieden. Ein ehrenwerter Mann! Ich muß meine Meinung, daß der Pazifismus den Militarismus nur mit Waffengewalt ausrotten kann, revidieren.

Zur Zeit gerät wirklich vieles durcheinander. . .

konkret 12/89, S. 43

Ingrid Kurz-Scherf; Henner Wolter; Rainer Trampert

Konkret-Streitgespräch
Küche, Krise, Klassenkampf

Zum KONKRET-Streitgespräch über die Perspektive der Gewerkschaften und den bevorstehenden Tarifkonflikt trafen sich: Ingrid Kurz-Scherf Leiterin der Abteilung Tarifpolitik beim DGB-Bundesvorstand; Henner Wolter, Justitiar der IG Medien, und Rainer Trampert, aus der IG Chemie ausgeschlossener ehemaliger Vorstandssprecher der Grünen

KONKRET: Ist die Konzentration der Gewerkschaften in den anstehenden Tarifauseinandersetzungen auf die 35 Stunden-Woche nicht ein wenig anachronistisch in einer Zeit, in der das Kapital Teilzeitarbeitsplätze in großem Umfang einrichtet, in der eine Flexibilisierung, die auch eine Verminderung der Arbeitszeit profitträchtig macht, in erheblichem Umfang durchgesetzt ist? Und zeigt sie nicht zugleich, daß die Gewerkschaften sich mit ihren Forderungen ausschließlich auf die Stammbelegschaften konzentrieren wollen?

Kurz-Scherf: Ich finde das nicht anachronistisch. Es gibt ungefähr zwölf Prozent Teilzeitbeschäftigte, demzufolge 88 Prozent Vollzeitbeschäftigte, und für die fordert man verkürzte Arbeitszeit. Die entscheidende Frage ist allerdings, ob es reicht, die Arbeitszeit auf 35 Stunden zu verkürzen.

Wolter: Außerdem ist die 35 Stunden-Woche nicht das einzige Ziel der Gewerkschaften. Ein ebenso wichtiges Tarifziel der IG Metall ist z.B. die Verteidigung des freien Wochenendes, ein weiteres ist eine kräftige Lohnerhöhung. Außerdem geht es um den Schutz gegen weitere Leistungsverdichtung in der Arbeit. Unter diesen vier Zielen ist natürlich die 35 Stunden-Woche ein herausragendes. Die Forderung nach dem freien Wochenende hat Menschenrechtsqualität.

Trampert: Ich fürchte, daß sich alles auf »Das Wochenende gehört Papa« konzentriert und die Arbeitgeberverbände nichts anderes im Kopf haben, als der IG Metall dieses Wochenende zu schenken. Dieser Arbeitskonflikt ist also möglicherweise so angelegt, daß die IG Metall sagen kann, sie habe den freien Samstag gerettet, und dafür in Kauf nehmen muß, daß daneben, außer einer geringfügigen Arbeitszeitverkürzung, nichts mehr drin gewesen sei, außer weiteren Flexibilisierungen.

Die Position, mit der die IG Metall in den Tarifkampf geht, hat aber noch einen anderen Haken. Franz Steinkühler hat recht, wenn er sagt: »Wir müssen erkennen, daß wir die Arbeitslosigkeit nicht einmal rechnerisch durch Arbeitszeitverkürzung beseitigen können« . Er sagt aber nicht, wie er den Kampf gegen Arbeitslosigkeit denn dann führen will, sondern redet von Zukunftsmodellen der Weiterbildung, Gestaltung der Arbeit, Bewertung der Arbeit und was der Floskeln mehr sind. Ich habe den Eindruck, daß jetzt der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung endgültig abgehandelt werden soll und es dann wieder zu den anderen Komplexen zurückgeht, mit der Hauptforderung »Lohnerhöhung für die Beschäftigten«.

Wenn es aber dennoch jetzt zu einem wirklichen Kampf mit den Arbeitgeberverbänden kommen sollte, dann mag es dabei zwar arithmetisch um wenig gehen, politisch aber sicher nicht. Wenn der Arbeitgeberverband seine Ankündigung realisiert, daß er die Gewerkschaftsforderungen mit bundesweiter Angriffsaussperrung beantworten will, denn deutet das darauf hin, daß hierzulande ein Stück Thatcherisierung – finanzielles Ausbluten der Gewerkschaften, Spaltung der Beschäftigten und all derer, die keine Versorgung mehr kriegen – versucht wird.

Kurz-Scherf: Schlimm wird es, wenn es der IG Metall und der IG Druck nicht gelingt, im nächsten Frühjahr einen Tarifvertrag abzuschließen, in dem die 35 Stunden drin stehen, und zwar nicht in sieben Schritten bis zum Jahr 2033, sondern als schnell zu realisierendes Ziel. Dann verlangsamt sich nämlich auch in den anderen Branchen, die bisher nachgezogen haben, der weitere Prozeß der Arbeitszeitverkürzung oder kommt sogar ganz zum Stillstand, und dann kompensieren die negativen Effekte von Arbeitszeitflexibilisierung bei weitem die positiven Effekte der Arbeitszeitverkürzung. Die Arbeitszeitverkürzung hätte damit ihren Schlüsselcharakter für ein anderes Modell der Krisenbewältigung verloren: nämlich nicht Wachstum zu fördern, nicht mehr Lohn durchzusetzen, sondern weniger Arbeit, nicht Flexibilisierung, nicht Ausgrenzen der Leute in Arbeitslosigkeit und schlechte Beschäftigungsverhältnisse, sondern Integration derer, die ausgegrenzt wurden.

Das ist jetzt der eigentliche Konflikt: Die Arbeitgeberseite wird im nächsten Frühjahr nochmal versuchen, die Regie der Modernisierung der Wirtschaft wieder hundertprozentig in die eigene Hand zu kriegen und die Gewerkschaften damit endgültig zu Statisten dieser Entwicklung zu machen.

Wolter: Die Arbeitgeberverbände versuchen das immer. In jeder Tarifrunde, in der es zu einem Arbeitskampf kommt, möchten sie einen entscheidenden Schlag gegen die Gewerkschaften, insbesondere gegen bestimmte, besonders renitente Gewerkschaften, führen. Bisher ist ihnen das aber nie gelungen, wir haben immer recht erfolgreiche Tarifauseinandersetzungen geführt. Ob es dem Gegner diesmal gelingt, hängt nicht zuletzt davon ab, wie gut wir vorbereitet sind.

Trampert: Ich finde nicht, daß die bisherigen Tarifkämpfe der Gewerkschaften so erfolgreich waren. Steinkühler hat ja recht, wenn er jetzt sagt, daß ein wirklicher Abbau von Arbeitslosigkeit auf diesem Weg nicht zu haben sei...

Kurz-Scherf: Jetzt kommt das zum zweiten Mal, aber sowohl du als auch der Kollege Steinkühler, ihr habt einfach nicht recht. Aus meiner Sicht ist es ein Stück Entschuldigung, die sich die Gewerkschaften selber basteln für ihren in der Tat nicht genügend erfolgreichen Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit, wenn sie jetzt sagen, das Instrument Arbeitszeitverkürzung ist das falsche. Das Instrument ist nicht falsch. Es gibt überhaupt gar keine andere Möglichkeit unter den gegebenen Bedingungen, wo man die Arbeitslosigkeit über Wachstum nicht mehr beseitigen kann, als es über eine andere Verteilung der vorhandenen Arbeit zu tun.

Das Problem ist unsere Kampfkraft, die versagt. Wir haben es eben nicht geschafft, die 35 Stunden-Woche, wie wir 1984 gefordert hatten, in einem Schritt durchzusetzen. Das hätte 1,4 Millionen Arbeitsplätze gebracht, das ist so sicher wie daß ich hier sitze. Wir sind eben leider Gottes bei anderthalb Stunden stehengeblieben.

Trampert: Genau deswegen darf man die letzten Tarifverträge nicht bejubeln. Sie haben nämlich gleichzeitig mit dem Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung eine Ausdehnung der Flexibilisierung der Arbeit gebracht, Ausdehnung von Sonderschichten und von Überstunden, und es waren Tarifverträge mit einer dreijährigen Laufzeit, die es dem nationalen Kapital erlaubt haben, drei Jahre lang in Ruhe umzuorganisieren und die Produktivität zu steigern. Das war ein großer Beitrag der Gewerkschaften zur Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit des nationalen Kapitals.

Wolter: Rainer, du hast vorhin gesagt, das freie Wochenende sei sozusagen Spielmaterial der Arbeitgeber. Diese Auffassung scheint mir fundamental falsch. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß der Kampf um das freie Wochenende, um das wir einen sehr harten Streik in diesem Frühjahr haben führen müssen, dem Gegner, dem Kapital, an die Nieren geht wie kaum etwas anderes, denn das bedeutet ja, daß ein Siebentel der möglichen Betriebsnutzungszeiten real verloren ist. Das ist in der Tat eine Einschränkung der Verfügungsmöglichkeiten des Kapitals über die lebendige Arbeit, und deswegen geht diese Forderung gradezu ins Herz des Kapitals. Insofern ist es auch nicht richtig zu sagen, daß sich die Gewerkschaften von der Arbeitszeitverkürzung verabschieden. Wir führen diese Politik weiter bis zur 35 Stunden-Woche, ergänzen die Forderung aber durch andere tarifpolitische Forderungen.

Kurz-Scherf: Ich weiß, daß – angesichts der Steigerung der Gewinne seit Anfang der achtziger Jahre um annähernd 100 Prozent, der Reallohneinbußen Anfang der achtziger Jahre und der Erhöhung der Realeinkommen der Arbeitnehmer seitdem um sage und schreibe zwei Prozent – ein ziemlicher Druck in den Betrieben entstanden ist, was in der Lohntüte sehen zu wollen. Ich halte es trotzdem, um dieses böse Wort zu gebrauchen, für opportunistisch, jetzt diesem Druck nachzugeben, ohne mit aller Schärfe auf zwei Millionen Arbeitslose hinzuweisen, die wir nach wie vor haben, und auf die 25 Prozent der Beschäftigten, die sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen befinden.

Und dabei geht es nicht nur um eine Frage der Verteilung zwischen Kapital und Arbeit. Das ist auch eine Frage der Privilegienverteilung innerhalb der berühmten Arbeiterklasse, und da kann es nicht sein, daß man in einer Situation, wo ein Drittel der Arbeiterklasse abgehängt wird von der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung, als Gewerkschaft nicht die Reintegration dieses Drittels in die gesellschaftliche Entwicklung als absolute Priorität behandelt. Deswegen finde ich es sehr schade, daß auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall die 30 Stunden-Woche zwar als eine mögliche weitergehende Forderung aufrechterhalten, aber eben keine deutlichere Festlegung vorgenommen wurde. Etwa in dem Sinne, daß so lange weitere Arbeitszeitverkürzung auch über die 35 Stunden hinaus gefordert wird, wie wir in diesem Land noch Arbeitslosigkeit haben, und vor allen Dingen auch so lange in diesem Land eine Unvereinbarkeit von elementaren Lebensbedürfnissen und Arbeit für Frauen besteht. Die Arbeitszeitverkürzung hat ja nicht nur was mit Arbeitslosigkeit zu tun, sondern auch ganz massiv damit, welche Chancen hier wer hat, sich ein eigenes Einkommen zu erwirtschaften, und da ist die herrschende Arbeitszeit eine Ausschlußbedingung für Frauen mit kleinen Kindern, und das wird sie auch bei 35 Stunden Wochenarbeitszeit noch sein.

Trampert: Das Ziel der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung war der Abbau von Massenarbeitslosigkeit. Beschäftigte, die relativ gut dastehen, für einen solidarischen Kampf zugunsten derer zu gewinnen, die nicht in den unmittelbaren Produktionsprozessen neben ihnen stehen, war nur möglich, weil jene hoffen konnten, daß sich an die 35 Stunden-Kampagne eine Auseinandersetzung um die Arbeitsverdichtung anschließt; denn ein Mensch kann in einer Stunde weniger am Tag genauso zerstört werden, und der als Solidarbeitrag gedachte Effekt geht dabei verloren. Der Kampf hätte dann ausgedehnt werden müssen auf politische Forderungen, wie es zum Teil in den Kämpfen ja auch gelungen ist, in Form von Betriebsbesetzungen in Werften oder noch umfassender in Rheinhausen. Dort sind Situationen entstanden, in denen jeder wußte, hier wird eine Forderung nach Arbeitszeitverkürzung absurd, aber das damit verbundene Ziel bleibt erhalten: Wir wollen Erwerbsmöglichkeiten haben für alle. Das heißt, das, was bisher für die Gewerkschaften erfolgreich gewesen sein mag, Forderungen zu stellen nach Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung, reicht angesichts des kommenden europäischen Binnenmarkts und der damit verbundenen Entwicklungen nicht mehr aus. Jetzt müssen Kämpfe vorbereitet werden, um gegen die regionale Ausplünderung ankommen zu können, Kämpfe, die über Kernforderungen der Gewerkschaftspolitik hinaus regionale Forderungen aufnehmen müssen, zu Mieten, zur Zerstörung der Umweltstruktur in

einer Region. Statt aber auf diese Herausforderungen zu reagieren, sehe ich jetzt schon eine Verlagerung des Schwerpunktes weg von einem Ansatz wie Arbeitszeitverkürzung, der immerhin eine Solidarform war, zurück zu Lohnforderungen.

Zugespitzt: Die Gewerkschaften agieren jetzt als Interessenvertreter der Arbeitselite und der Stammbelegschaften. Und dieser neue Trend ist ausgegeben vom Kapital – die haben jetzt gesagt:- Schluß mit Arbeitszeitverkürzung, Schluß mit dem Gedanken an diese Entwicklung gewerkschaftlicher Politik, wir müssen zurückkommen zum Lohn. Leistung soll sich wieder lohnen; was immer die Ausgrenzung der anderen, die nicht so wollen oder können, einschließt.

Kurz-Scherf: Mehrere Jahrzehnte lang hat die Linke immer gesehen, wie sich die Widersprüche zugespitzt haben, und der Kapitalismus sich unaufhaltsam seinem Zusammenbruch genähert hat. Jetzt fallen wir ins nächste Extrem und stellen fest, daß der Kapitalismus einer Blüte von ungeahnten Ausmaßen entgegeneilt und zu einem Generalangriff gegen alle Gegentendenzen bläst, und wir dem nun hoffnungslos und widerstandslos ausgeliefert sind. Ich denke, daß das so nicht ist. Der Kapitalismus war und bleibt auf sowas wie Massenloyalität angewiesen, und Maggie Thatcher hat nicht zuletzt deswegen mehr oder weniger ausgedient, weil sie just diese nicht mehr besorgen kann.

Daß in den Gewerkschaften jetzt Tendenzen aufkommen, wieder verstärkt Lohnforderungen zu stellen, hängt meines Erachtens damit zusammen, daß es verdammt schwer ist für die Gewerkschaften, diesen Bogen der Solidarität zu spannen zwischen ihrer Mitgliedschaft und Leuten, die in dem Moment, in dem sie aus dem Arbeitsplatz und aus der regulierten Beschäftigung rausgefallen sind, auch aus der Reichweite gewerkschaftlicher Politik rausfallen. Es ist ja nicht so, als ob wir hier die große Arbeitslosenbewegung hätten, die die Arbeitszeitverkürzung fordern würde; es ist ja nicht so, als ob wir die große Arbeitslosenbewegung hätten, die vor den Toren der Gewerkschaften stünde und die Vertretung ihrer Interessen einklagen würde. Das Problem ist doch, daß diese Arbeitslosigkeit die Leute atomisiert und politisch unwirksam werden läßt, und es bedarf eines politischen Entschlusses seitens der Gewerkschaften und im übrigen auch aller anderen politischen Kräfte, gegen diese objektive Tendenz zu wirken und zu versuchen, mit einer politischen Aktion der Solidarität dagegen anzugehen.

Wolter: Unser Kampf um das freie Wochenende ist ein hervorragendes Beispiel erstens für eine solidarische Gewerkschaftspolitik und zweitens für eine vorbeugende Politik zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit.

KONKRET: Freies Wochenende für Arbeitslose?

Wolter: In unserer Branche ist es so, daß das Interesse an der Ausdehnung der Betriebsnutzungszeiten und die technischen und organisatorischen Möglichkeiten dazu nur die fünf großen Druckbetriebe haben. Dagegen haben die kleinen und mittleren Druckunternehmen gerade ein umgekehrtes Interesse. Die Ausdehnung der Betriebsnutzungszeiten führt dazu, daß die Großen billiger produzieren können und damit den Kleinen Aufträge wegschnappen. Wir hatten in dieser Tarifrunde ein verschwiegenes Bündnis zwischen meiner Gewerkschaft und einem Großteil der kleinen und mittleren Druckunternehmen gegen die wenigen großen. Wenn wir das freie Wochenende nicht tarifiert hätten, wäre wahrscheinlich binnen kurzem von den mittleren Tiefdruckereien die eine oder andere pleite. Unser Kampf für das freie Wochenende hat Arbeitsplätze erhalten, indem wir über die tarifvertragliche Schiene mit den uns zur Verfügung stehenden bescheidenen Mitteln in Konkurrenzbeziehungen eingegriffen haben.

Es ist richtig, daß die Realisierung der 35 Stunden-Woche die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen wird. Das heißt aber nicht, daß damit jetzt die Gewerkschaften sich verabschieden vom Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Das ist offenkundig falsch. Es ist klar, daß der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit letztlich das zentrale Problem gewerkschaftlicher Politik ist und bleiben muß. Sonst haben wir auch als Gewerkschaften über kurz oder lang ausgedient. Wir müssen bloß sehen, daß wir andere Wege finden und diskutieren. Dazu gehört z.B. die Entwicklung einer offensiven Politik für Randbelegschaften auf betrieblicher und tariflicher Ebene.

Trampert: Wir sollten nicht im Gespräch einfach so tun, als gäbe es das freie Wochenende – es gibt es ja so nicht. Die Tarifverträge haben ja gerade betriebliche Sonderregelungen ermöglicht. Es könnte ja sein, daß dem Kapital die derzeitigen Möglichkeiten für Sonderschichten und Arbeit an Samstagen genügen.

Andererseits brauchen wir uns nicht zu streiten darüber, daß das Wochenende frei sein und die Anpassung des Menschen an die Maschinenlaufzeiten verhindert werden muß. Das gilt besonders für Frauen, deren Doppelbelastung verschärft würde und deren Bereitschaft, in den Gewerkschaften Positionen einzunehmen, dadurch zerstört wird, weil das alles außerhalb der Arbeitszeit anfällt.

Kurz-Scherf: Es hat sowieso fast alles was mit der Frauenfrage zu tun.

Trampert: Ja, das weiß ich.

Kurz-Scherf: Das macht sich auch immer gut.

Trampert: Ich wollte mich wirklich nicht aufspielen.

Kurz-Scherf: Und außerdem ist auch das freie Wochenende eine unglaublich frauenfreundliche Parole: »Samstag gehört Vati mir«. Das allein zeigt, wie wichtig das war.

Trampert: Das war höchst emanzipatorisch. Aber nochmal zurück zu dem, was du vorhin gesagt hast. Du hast so ein Bild gezeichnet von Gewerkschaften, die Druck kriegen von Belegschaftskernen, ihre Forderung nach Geld zu unterstützen, und die sich dennoch auch um die Interessen der Arbeitslosen kümmern. Ich kenne das so, daß Arbeitsloseninitiativen Räume verweigert werden, daß jugendliche Arbeitslose, die sich organisieren wollen, eher auf so einen altpatriarchalischen Verein für Beschäftigte stoßen, als daß sie Unterstützung bekämen. Eine unmittelbare und eine direkte Arbeitslosenpolitik der Gewerkschaften gibt es eigentlich gar nicht. Es gibt schon engagierte Arbeitslose, es gibt nicht nur die lethargischen. In Nichtkampfzeiten kann man sich ganz gut darauf berufen, daß nicht gekämpft wird. Der Gewerkschaftsvertreter wünscht sich mehr Druck von unten, damit man kämpfen könnte; und in Zeiten, wo der Kampf ausufert, ruft man doch sehr schnell die staatspolitische Raison aus, tritt gemeinsam mit Johannes Rau auf und argumentiert aus dem Sozialplan. Wenn dann die Gewerkschaft selbst mit ihrer Chefetage auftritt, um diese Kämpfe einzudämmen, muß man sich nicht wundern, wenn es mehr und mehr Selbstorganisierung außerhalb der Gewerkschaft gibt.

KONKRET: Liegt das Problem vielleicht darin, daß die Gewerkschaften und ihre Politik immer nur den Arbeiter und die Arbeiterin in der Produktion, im Betrieb, in ihrem Verhältnis zum »Sozialpartner« gesehen und die gesellschaftlichen Perspektiven und die in ihnen liegenden Ansätze zu Kämpfen und Kampfformen ausgeblendet haben?

Wolter: Wenn man von den Gewerkschaften spricht, dann muß man schon differenzieren zwischen ganz unterschiedlichen politischen Verständnissen und ganz unterschiedlichem Herangehen verschiedener Gewerkschaften. 1984 stand der DGB in der Frage der Arbeitszeitverkürzung kurz vor dem Bruch. Also ich werbe dafür, genauer hinzusehen und zu differenzieren. Und dann ist es z.B., wenn ich für meine Gewerkschaft spreche, nicht richtig, daß wir nie eine gesellschaftliche Perspektive hatten. Wir haben diese gesellschaftliche Perspektive seit geraumer Zeit. Wir diskutieren sie auch immer wieder. Und gegen die betriebliche Orientierung ist doch, denke ich, wenig einzuwenden. Wenn irgendwo von der abhängigen Arbeit Kampfkraft entfaltet werden kann, dann doch nur im Betrieb. Das ist auch einer der Gründe, warum es so schwierig ist, jenseits von Caritas und von Sozialfürsorge mobilisierungsfähige und durchsetzungskräftige Politik für Arbeitslose zu entwickeln. Weil einfach heutzutage nichts mehr geht ohne Druck. »Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun, uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun.« So. Die Bundesregierung hilft uns nicht, die Arbeitgeber helfen uns auch nicht. Das mag ja alles sehr holzschnittartig, sehr altbacken erscheinen, ist aber immer noch wahr. Und allein das zählt. Es ist doch so: Wenn man heutzutage irgendeine beliebige Forderung aufstellt, muß man im Prinzip immer kampfbereit, streikbereit sein. Und deswegen können wir trefflich über alles und jedes spekulieren und philosophieren, uns die Köpfe darüber heiß reden, was die Gewerkschaften hätten und müßten... Wenn wir nicht die realen Durchsetzungsbedingungen mit einbeziehen und eben auch die Kampfkraft für alles das, was wir formulieren, bringt es gar nichts.

KONKRET: Die Gewerkschaften als eine gesellschaftliche Interventionskraft, die erlebe ich von Seiten der IG Medien aber trotzdem nicht.

Kurz-Scherf: Die Gewerkschaften sind auch keine Parteien, die Gewerkschaften sind Zweckverbände zur Vertretung der Interessen der abhängig Beschäftigten gegenüber dem Kapital. Ich halte es auch für problematisch – obwohl ich selber dazu neige, weil leider Gottes in dieser hübschen Landschaft keine Partei das Programm hat, was mir so richtig aus dem Herzen spricht – eine Ersatzpartei in den Gewerkschaften zu suchen und zu sagen: Also, ihr müßt jetzt doch bitte schön all die Initiativen voranbringen, die beispielsweise bei der SPD in irgendwelchen reformistischen Stolperdrähten hängenbleiben, die bei den Grünen nicht vorankommen usw. Diesen Anspruch haben die Gewerkschaften noch nie eingelöst, und den werden sie auch nie einlösen. Und es ist vielleicht auch gut so, daß man Gewerkschaften von ihrem Zweck her definiert, der Vertretung der Interessen von Arbeit, gegenüber denjenigen, die Arbeitskraft vernutzen.

Was nicht heißt, daß die Gewerkschaften auskämen ohne einen gesellschaftspolitischen Entwurf. Sie haben auch einen. Auch Hermann Rappe hat einen gesellschaftspolitischen Entwurf. Nur ist das einer, der dir nicht gefällt. Und die IG Medien hat einen, der etwas anders ist als der von Hermann Rappe. Aber als Rahmen brauchen sie den, um daraus ihre allgemeinen Strategien abzuleiten. Aber man kann, glaube ich, von den Gewerkschaften nicht verlangen, und wird auch immer frustriert sein, wenn man es tut, daß sie DIE gesellschaftspolitische Interventionskraft sind oder werden, die beispielsweise die Laschheit der Grünen in der sogenannten Sozialen Frage kompensieren könnte. Das können sie nicht.

Wolter: Ich stimme dem zu, würde das aber noch ergänzen wollen. Wenn es Gewerkschaften hier in der Bundesrepublik nicht gäbe, dann würde hier politisch nichts oder so gut wie nichts laufen. Die Gewerkschaften sind DIE Kraft hierzulande, die über eine lange Zeit hinweg kontinuierlich immer wieder entscheidende Kämpfe geführt hat und führt. Viele gesellschaftliche Bewegungen, in denen auch ich mitgewirkt habe, wie z.B. die Friedensbewegung, entstehen und vergehen. Die Gewerkschaften haben bisher eine Kontinuität gezeigt in der politischen Auseinandersetzung, die ihresgleichen sucht.

Es ist natürlich falsch zu sagen, Gewerkschaften werden bloße Lohnmaschinen. Natürlich gehört zu ihnen auch ein gesellschaftliches Konzept, eine Klarheit über die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung und darüber, wie sich Gewerkschaften in diesem Konzept definieren. Nur die Form, die Ebene des Kampfes und der Ort, wo wir intervenieren können, wo wir wirksam werden können, ist nunmal in erster Linie der Betrieb. Eine Gewerkschaft ist kein Parteiersatz und keine Ersatzpartei.

Trampert: Also, ich glaube schon, belegen zu können, daß die Gewerkschaften lange Zeit in der Nachkriegsgeschichte so etwas waren wie eine Lohnmaschine. Sie haben von der Nachkriegsprosperität in der Bundesrepublik profitiert und lange Zeit darauf vertraut, kampflos vom großen Kuchen ein Stück abzubekommen. Es galt das Wort des alten IG Chemie-Vorsitzenden Karl Hauenschild: Die Kuh, die man melken will, darf man nicht schlachten. Da waren sich alle einig. Sie glaubten, mit der Marktwirtschaft gehe das immer so weiter, und das hat die Sozialpartnerschaft, die enge Komplizenschaft mit dem Kapital gefördert. Manchmal hat das Kapital sogar etwas geschenkt, als präventive Befriedungsmaßnahme. Es gab Lohnabschlüsse, die waren gigantisch hoch, ohne daß es im Betrieb die geringste Kampfbereitschaft gab, wofür andere – in Italien, England, Frankreich – furchtbar lange hätten kämpfen müssen.

Das hat die Gewerkschaften so geformt, daß sie auf viele Entwicklungen zunächst einmal stutzig bis ablehnend reagiert haben. Die erste Phase der Anti-Atombewegung wurde brutal beantwortet von IG Bergbau und anderen Gewerkschaften. Und es hat lange gedauert, bis die Qualität der Produktion, die Ökologie in einer Region, Eingang in die Gewerkschaftspolitik gefunden hat.

Ich bin der Meinung, daß wir jetzt wieder vor einer dramatischen Zuspitzung stehen, wo wir nicht so ganz einfach sagen können: Alle anderen werden kommen und gehen, nur die Gewerkschaften werden bestehen. Es gibt in Europa dramatische Anzeichen für die Zerschlagung von Gewerkschaften, da stehen die bundesrepublikanischen Gewerkschaften noch vergleichsweise rosig da.

Wolter: Wegen der sozialpartnerschaftlichen Politik.

Trampert: Noch. Die wird aber auch angegriffen jetzt, und zwar vom Kapital. Gewerkschaftlicher Organisationsgrad in Spanien: zehn Prozent- Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrads in Frankreich auf 15 Prozent; Rückgang in England. Das gepaart mit einer Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in wirtschaftsloyale und staatstreue Zukunftsindustriezweige in Gewerkschaften, die in diesen mit einer ungeheuren Zerstörungswut gegen die noch kämpfenden Teile der Gewerkschaften arbeiten, die zum Teil natürlich deshalb gekämpft haben, weil sie sich in absterbenden Industriezweigen befinden; bis zu den bekannten Gesetzen des Thatcherismus und den Streikrechtsänderung hier in der BRD – das mag ein erstes Anzeichen gewesen sein, wozu man auch hier bereit ist. So schlicht und trocken können wir den Refrain, Gewerkschaften waren immer da, sind immer da, nicht mitsingen. Wenn es nicht gelingt, die Gewerkschaftspolitik mit anderen politischen Zielen zu verbinden, sind die Gewerkschaften ernsthaft gefährdet oder reduziert darauf, Elitekasten von Teilen der Stammbelegschaft zu werden. Ich glaube, es ist mehr verlangt als in Phasen der Prosperität. Wenn ganze Regionen in Gefahr sind, wenn in Nordengland die Arbeitslosigkeit so hoch ist, wie in Mittel- und Südamerika, dann wird es Kämpfe geben, die die gesamte Region erfassen.

Kurz-Scherf: Wir sitzen hier ja nicht als *die* Gewerkschaften, sondern wir sitzen hier als Linke, die über Gewerkschaften reden. Und deswegen interessiert mich vor allem, was eigentlich hat die Linke gelernt aus der Tatsache, daß jene Gewerkschaften, die sie jahre- und jahrzehntelang den bundesdeutschen Gewerkschaften als Beispiel vorgehalten hat, sehr viel schlechter aus der aktuellen Krise rausgekommen sind und sehr viel schlechter in der jetzigen Krise stehen, als diese ach so sozialpartnerschaftlich gesonnenen deutschen Gewerkschaften. Ich sag das auch für mich selber.

Trampert: Das sind doch unterschiedliche Krisen.

Kurz-Scherf: Wieso sind das unterschiedliche Krisen? Fakt ist zum Beispiel, daß die ach so fortschrittlichen italienischen Gewerkschaften eine absolute Flexi-Politik betreiben. Fakt ist, daß in den ach so klassenkämpferischen südländischen Gewerkschaften nix is von wegen solidarischer Tarifpolitik zugunsten der Arbeitslosen, und die Gewerkschaften, die federführend sozusagen in Europa sind, was den tarifpolitischen Kampf gegen Arbeitslosigkeit anbelangt, sind die verrotteten sozialpartnerschaftlichen bundesdeutschen Gewerkschaften. Ich sag ja nicht, daß diese sozialpartnerschaftliche Orientierung ok ist. Trotzdem müssen wir uns auch selber mal fragen, was wir eigentlich für eine gesellschaftspolitische Strategie haben, unter den gegebenen Bedingungen. Beispielsweise, was der Henner eben gesagt hat, ist natürlich richtig, die Gewerkschaften haben ihre Kampfkraft im Betrieb, da können sie streiken, um es ganz platt zu sagen.

Trotzdem hat sich natürlich in den letzten 20, 30, 40 Jahren enorm was geändert, angefangen bei der Arbeitszeitverkürzung, über die neuen Technologien, Wertewandel, bis hin beispielsweise auch zu dem bisher sorgfältig gemiedenen Thema eines anderen Geschlechterverhältnisses, wo sich der Zusammenhang von Arbeit und Leben ganz anders darstellt, als das jemals von den Gewerkschaften aufgegriffen worden ist. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen kann die Betriebszentrierung gewerkschaftlicher Politik leicht in eine sektiererische Tendenz umschlagen. Andererseits sind die Gewerkschaften auch keine Bürgerinitiative. Die Linke hat bisher zur Lösung dieser Probleme wenig

beigetragen. Linke Gewerkschaftspolitik hat etwas mit Basisdemokratie und Antikapitalismus zu tun. Und ein wirklich konkretes Orientierung gebendes Zukunftsmodell von Arbeit und Leben, jenseits von kapitalistischer Formbestimmung von Arbeit und jenseits von Massenarbeitslosigkeit, haben wir alle nicht.

Trampert: Doch.

Kurz-Scherf: Du hast das? Wunderbar. Was ist denn in diesem Land los, wenn 70 Prozent der chemischen Industrie stillgelegt werden? Wir haben nicht wirklich, als Linke, eine überzeugende gewerkschaftspolitische Strategie. Darüber würde ich jetzt ganz gerne reden.

Trampert: Wir können natürlich alles totreden, selbst wenn man diese Vorstellungen hat, denn man kann immer sagen: Wir sind nunmal nicht in der Mehrheit. Das ist so, ja, und daß ich eine Durchsetzungsstrategie dann nicht aus dem Handgelenk schütteln kann, das ist klar.

Kurz-Scherf: Wir haben nicht nur keine Durchsetzungsstrategie, wir haben im Grunde genommen auch nur ganz begrenzte und ganz punktuelle Alternativvorstellungen, die politisch nicht durchdacht sind.

Wolter: Warum stehen die deutschen Gewerkschaften im internationalen Vergleich so viel besser da, als die klassenkämpferisch orientierten südeuropäischen Gewerkschaften? Ich glaube, das ist die Dialektik der sozialpartnerschaftlichen Politik, die man da berücksichtigen muß. Die sozialpartnerschaftliche Politik hat bestimmte Institutionen hervorgebracht. Das, was wir immer als Verrechtlichung kritisieren, beispielsweise. Sie hat rechtliche Institutionen hervorgebracht, anders etwa als in England, wo grade so etwas von den Gewerkschaften bewußt bekämpft worden ist. Und diese rechtlichen Institutionen haben eine gewisse Beharrungskraft. Diese Institutionen zeigen sich weiter in einem nicht unerheblichen gewerkschaftlichen Apparat. Und wenn ein noch so sozialpartnerschaftlicher Gewerkschaftssekretär hauptamtlich ist, dann macht er nicht nur sozialpartnerschaftlichen Unsinn, sondern der macht auch Interessenvertretung. Dieser Apparat ist ein zweites Element der Stabilität, das eben in dieser ökonomischen Krise mit den 16 oder 17 Millionen Arbeitslosen in Europa nicht ohne weiteres wegfällt. Also rechtliche Institutionen und gewerkschaftlicher Apparat, zu dem wir stehen mögen, wie wir wollen, sind Elemente gewerkschaftlicher Stabilität in der Krise.

Und schließlich darf man nicht vergessen, daß die Bundesrepublik im internationalen Maßstab immer noch das reichste Land ist, daß hier vom Tische des Kapitals immer noch weitaus mehr Brosamen fallen, was dann eben auch den Angriff auf diese gewachsenen Strukturen nicht so notwendig macht, wie vielleicht in anderen Ländern. Aber für die Zukunft muß man für alles, auch für die Brosamen, kampfbereit sein und kampfkräftig, kampffähig, und man muß diese Institutionen, die wir nunmal haben, kreativ und schöpferisch nutzen, um da neue autonome, ausschließlich an den Interessen der abhängig Beschäftigten orientierte Inhalte durchzusetzen, und sich dann eben auch den neuen Fragen, die auftauchen, stellen mit aller Intelligenz und aller Flexibilität, zum Beispiel der immer stärkeren Verzahnung von Produktion und Reproduktion, oder dem Geschlechterverhältnis. Außerdem müssen wir die Institutionen, wie z.B. die Vertrauensleutearbeit, die bei uns darnieder liegt, weiterentwickeln.

Kurz-Scherf: Ich behaupte, daß du in einem patriarchalischen Apparat keine antipatriarchalische Politik begründen kannst, und der Apparat der Gewerkschaften ist durch und durch patriarchalisch. Ein Gewerkschaftsfunktionär kann nur funktionieren, wie er funktionieren soll, wenn er kritiklos die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ausbeutet und wenn er eine Frau an seiner Seite hat, die es mit dem eigenen Recht auf Arbeit und mit dem eigenen gewerkschaftlichen Engagement nicht besonders ernst nimmt.

Wolter: Dann mußt du dich aber auch erstmal selbst abschaffen, weil du auch Teil dieses Apparates bist.

Kurz-Scherf: Ich bin auch nur deswegen in diesen Gewerkschaften das, was ich bin, weil ich mich, was meine Lebensverhältnisse anbelangt, dem männertypischen Modell angepaßt habe. Und wenn man das nicht tut, dann hat man als Frau in diesen Gewerkschaften überhaupt keine Chance, an einer gewerkschaftlichen Willensbildung beteiligt zu sein, die über marginale Berücksichtigung auf betrieblicher Ebene hinausgeht. Die Gewerkschaften sind als Organisation ein getreues Spiegelbild der patriarchalischen Organisation von Lohnarbeit und der Spaltung von Arbeit und Leben, des ausbeuterischen Geschlechterverhältnisses. Und wenn du als Apparat und als Struktur das exakt und bruchlos in dich aufgenommen hast, dann mußt du diese Strukturen und diesen Apparat auch ändern, um den Inhalt der Politik ändern zu können, wie es Stefan Heym richtig gesagt hat: In der DDR gibt es mit den alten Strukturen keine neue Politik, und so ist das mit den patriarchalischen Strukturen auch, jenseits der Gewerkschaften und innerhalb der Gewerkschaften.

Wolter: Hier sind wir nicht in der DDR, sondern es geht um die Gewerkschaften hierzulande. Die Behauptung, die du aufgestellt hast, halte ich so abstrakt für falsch. Ich denke, man muß immer konkret auf die politischen Inhalte gucken...

Kurz-Scherf: Eine Gewerkschaft, die sich als die fortschrittlichste der Republik versteht und sich nicht entblödet, im Jahre 1989 einen Vorstand mit ausschließlich Männern zu wählen...

Wolter: Und zwar deswegen, weil wir trotz intensivster Suche keine Frau gefunden haben.

(Heiterkeitsausbruch bei Kurz-Scherf)

KONKRET: Da sind wir wieder bei der Frage nach gesellschaftlichen Perspektiven: Wenn die Gewerkschaften den Kampf gegen patriarchale Verhältnisse in den Betrieben, in den Organisationen, in der Gesellschaft überhaupt nicht führen, können wir sie nicht gebrauchen. Das gilt auch für eine Gewerkschaft, die nicht in der Lage ist, die Veränderungen im Verhältnis von Produktion zu Reproduktion zu thematisieren, wie sie jetzt beispielsweise durch die Automatisierung in der Bankbranche stattfinden – und das ist ja erst ein Anfang. Ein vorrangiger Ansatz linker Gewerkschaftspolitik müßte also die Revolutionierung des männerbestimmten Gewerkschaftsapparats sein.

Wolter: Mit dem patriarchalischen Apparat kann ich nach wie vor nichts anfangen. Nein, das ist eine total abstrakte und unpolitische Aussage. Ich stelle dem entgegen, was ich beurteilen kann, nämlich die konkrete Frauenarbeit der Gewerkschaft, in der ich Mitglied zu sein die Ehre habe: Von den Kämpfen der Heinze-Frauen gegen die Lohndiskriminierung, über all die Kämpfe zur Beseitigung von Frauendiskriminierung im Lohnbereich, aber auch im Teilzeitbereich, bis zur Entwicklung und Durchsetzung von Teilzeitmodellen, die nicht diskriminierend sind.

KONKRET: Und trotz der erfolgreichen Kämpfe hats keine qualifizierten Frauen für den Vorstand gegeben ?

Wolter: Doch, natürlich gibt es welche. Es sind ja auch eine ganze Reihe von Frauen in unserem Vorstand vertreten – es ging um die Erweiterung des geschäftsführenden Vorstands, wir haben da wirklich lange und sehr intensiv gesucht. Es hat sich niemand gefunden.

Kurz-Scherf: Also, das ist einfach Quatsch. Wenn es jetzt akut so stimmen würde, muß einfach über die letzten Jahre eine katastrophale Politik betrieben worden sein. Jeder schafft sich seinen Nachwuchs. Was wir den Arbeitgebern vorwerfen, daß sie den Facharbeitermangel durch Mangel an Qualifizierungsanstrengungen hervorgerufen haben, das würde ich dann auch der IG Medien vorwerfen: daß sie den Frauenmangel für so herausragende Positionen wie den geschäftsführenden Hauptvorstand eben auch durch ein Fehlen antipatriarchaler Politik hervorgerufen hat.

Also, Henner, ich bin gerne bereit, da noch ein paar Beispiele zu bringen. Wie war das denn mit der Umwandlung von Frauenlohngruppen in Leichtlohngruppen ? Wie war das denn mit der Ignoranz gegenüber dem Thema Teilzeitarbeit, weil und solange es die Männer nicht betroffen hat? Wie war das denn mit der Durchsetzung der 40 Stunden-Woche unter diesem absolut reaktionären Motto »Samstags gehört Vati mir« ? Wie ist es denn mit dem Senioritätsprinzip in den Tarifverträgen?

Wolter: Haben wir nicht.

Kurz-Scherf: Was, habt ihr nicht ?

Wolter: Nein.

Kurz-Scherf: Wie ist es denn mit eurem RTF-Tarifvertrag, wo ihr die Interessen der männlichen Facharbeiter gegen die weiblichen Perforatorien durchgesetzt habt? Also, nun tu doch nicht so...

Wolter: Also, das ist alles falsch, entschuldige bitte, das sind alles Beispiele, die uns nicht treffen. Leichtlohngruppen gabs bei uns nicht. Es ist richtig, in den 50er Jahren gab es in der Druckindustrie Männerlohngruppen und Frauenlohngruppen, wirklich ganz offenkundig schamlos diskriminierend, das ist weggefallen, und wir haben unsere Tarifstrukturen mittlerweile so geändert, daß Eingruppierungsbarrieren für Frauen nicht mehr vorhanden sind. Wir sind ja auch lernfähig, das mußt du auch bitte berücksichtigen, daß man natürlich auch Fehler gemacht hat, daß wir auch zu diesen Fehlern stehen, daß wir das auch selbstkritisch sehen, daß wir vieles tun, um sie abzustellen.

Kurz-Scherf: Ich will nicht auf die Ebene kommen, was ich für frauenverachtende Sprüche, ich selber, als ich noch Mitglied der IG Druck gewesen bin, in den Ortsvereinsversammlungen gehört habe, wo es darum ging, daß diese Tippsen jetzt an Facharbeiterpositionen kommen. Also grade die IG Druck ist der Tradition nach eine auf männliche Facharbeiter ausgerichtete Gewerkschaft, die, wenn ich richtig informiert bin, in ihrer Geschichte sich auch nicht grade mit Ruhm bekleckert hat, was ihr Verhältnis zu Frauen anbelangt.

Aber auf das Thema will ich gar nicht eingehen, sondern ich möchte darauf hinweisen, daß der ganze Apparat, daß die ganze Politik ein bestimmtes Geschlechterverhältnis voraussetzt. Die IG Medien funktioniert nicht mehr in dem Moment, wo Henner Wolter und mit ihm der Rest seiner Kollegen, sich auch nur ansatzweise zuständig fühlen für die Bewältigung ihres eigenen Alltags und für die Versorgung ihrer Kinder. Ihr alle habt eure – du vielleicht jetzt als Person nicht, das weiß ich nicht genau – Gattinnen zuhause, die euch...

Trampert: Es ist ja, nehmen wir mal die Gewerkschaft Textil, schon auffallend, daß das eine Gewerkschaft ist, in der mehrheitlich Frauen organisiert sind und von sieben Vorstandsposten nur einer mit einer Frau besetzt ist und nur jeder zehnte Sekretärsposten. Man(n) sollte nicht leugnen, daß es dafür mehrere Gründe gibt. Einmal verteidigen die Patriarchen schon ihre Stellung, zweitens hat das seine Entsprechung in der betrieblichen Struktur, daß dort die Männer natürlich in

besser bezahlten Positionen sind. Und drittens fließt selbstverständlich das gesellschaftliche Verhältnis in die Gewerkschaften hinein.

Wenn sich ein männerdominierter Vorstand eine Frau sucht, weil er sagt, das ist zeitgemäß, könnte ich so manche Frau verstehen, die sagt, unter diesen Umständen mache ich das nicht, weil meine Durchsetzungsfähigkeit dort einsam und allein null ist und ich zudem patriarchalisch einbetoniert bin. Wenn du zur Quotierung bereit bist, mußt du nicht auf Frauensuche gehen, sondern du findest dann nach unseren Erfahrungen eher mehr Frauen, die bereit sind dazu, weil sie sich davon auch eine gegenseitige Stärkung versprechen.

Kurz-Scherf: Oliver hat eben gesagt, daß der Apparat revolutioniert werden muß oder zumindest verändert, um wirklich gesellschaftspolitischen Fortschritt transportieren zu können. Und die Frauenbewegung ist derzeit eine der zentralen Bewegungen, die gesellschaftspolitischen Fortschritt transportiert. Während Teile der ökologischen Bewegung und Teile der Friedensbewegung defensive Forderungen aufstellen, konzipiert die Frauenbewegung eine Theorie gesellschaftspolitischen Wandels, die in die Zukunft gerichtet ist. Und wenn die Gewerkschaften nicht in der Lage sind, dieses Anliegen eines veränderten Verhältnisses von Arbeit und Leben, eines veränderten Geschlechterverhältnisses in sich aufzunehmen, und wenn sie es schon nicht selber voranbringen, dann sollten sie dem zumindest nicht im Wege stehen, denn sonst werden diese Gewerkschaften nicht entscheidend beeinflussen können, wie wir in das nächste Jahrtausend gehen, und wie dann die gesellschaftlichen Strukturen aussehen werden.

Wenn sie das aber wollen, müssen sie ihre Strukturen ändern, weil beispielsweise ich nicht auf die Dauer bereit bin, solche Erlebnisse immer widerspruchslos wegzustecken, wie kürzlich: Da komme ich zu der Versammlung der DGB-Kreisvorsitzenden in Nordrhein-Westfalen in einen Saal hinein, in dem ausschließlich Männer sitzen! Oder ich komme zum tarifpolitischen Ausschuß des DGB und befinde mich in einem Saal mit nur und ausschließlich Männern. Das ist unzumutbar, und es gibt dafür noch nichtmal Erschwerniszuschläge. Wenn die Gewerkschaften, die über Jahre nur noch vom Zustrom der Frauen getragen werden, weiter davon profitieren wollen, dann müssen sie ihren Habitus ändern. Ich mag ihn nicht mehr, diesen männlichen Besserwisser-Habitus, wo, wie es so schön heißt, Zweifel satzungsgemäß ausgeschlossen sind, wo man schon einen kulturellen Schock erlebt, wenn man mit einer weiblichen Stimme in dieses männlich total dominierte Stimmengewirr eingreifen muß. Selbst unser Bundeskanzler hat kapiert, daß er sich mit dem einen oder anderen weiblichen Etikett schmücken muß, nur die Gewerkschaften haben noch nicht einmal das verstanden. Appenzell ist gefallen, aber das Arbeitnehmerpatriarchat steht noch.

Wolter: Aber die Frage ist, ob es einen Fortschritt in irgendeiner Hinsicht bedeutet, daß Frau Hasselfeldt Bundesbauministerin ist...

Kurz-Scherf: Jaja, Maggie Thatcher undsoweiter. ..

Wolter: Ja, das ist in der Tat die Frage. Du hast in deiner Analyse in vielem Recht. Es gibt aber auch sehr viele Männer in den Gewerkschaften, die das zu begreifen beginnen. Es gibt mittlerweile eine ganze Reihe von Vorstellungen, die aus der Frauenbewegung kommen, die in Gewerkschaften sehr stark diskutiert werden, die in Gewerkschaftstagsbeschlüsse münden, wie zum Beispiel bei der IG Medien, mit dem Ziel, daß auf allen Ebenen binnen bestimmter Frist eine Fifty-Fifty-Quotierung erreicht werden soll. Es schlägt sich nieder in entsprechenden Tarifforderungen, auch in Tarifverträgen, wie etwa denen zur Teilzeitarbeit, die ja immer noch ein typisches Frauenproblem ist, 93 Prozent aller so Beschäftigten, glaub ich, sind Frauen. So gesehen sind wir doch schon auf dem Wege der Besserung, das solltest du dabei nicht vergessen..

Kurz-Scherf: Wer zu kleine Schritte macht, kommt ins Stolpern.

Wolter: Gut, darüber kann man streiten, ob das schon ausreicht.

Kurz-Scherf: Der Ausgangspunkt war, daß du gesagt hast, man muß die vorhandenen Strukturen, von denen ich ja auch selbst gesagt habe, sie hätten sich in gewisser Weise unter den Krisenbedingungen und unter dem Angriff der kapitalistischen Modernisierung bewährt, man muß die vorhandenen Strukturen nutzen, um neue Inhalte mit ihnen voranzubringen. Dagegen setze ich die Behauptung, daß diese Strukturen ganz fundamental verändert werden müssen, wenn in diesem zentralen Punkt, der sogenannten Frauenfrage, die Gewerkschaften von Platz 722, auf den sie vorgerückt sind in den letzten 10 Jahren, vorher waren sie auf Platz 724, mal ein bißchen weiter nach vorn kommen wollen.

Wolter: Immerhin.

Kurz-Scherf: Wenn ich ein Mann wäre, würde ich auch sagen »immerhin«. Da ich eine Frau bin, sage ich, ich finde es unerträglich, wie langsam es vorangeht.

KONKRET: Die entscheidende Frage ist nicht, wie schnell die Gewerkschaften es schaffen, vom viertletzten auf den drittletzten Platz zu rücken, sondern die Frage ist, wie schaffen es die Gewerkschaften, sich als Organisation so zu halten, daß sie in der hiesigen Arbeitswelt nicht nur Besitzstandswahrung für die männliche Arbeiterelite betreiben, sondern sich tatsächlich zur fortschrittlichen Kraft entwickeln. Und das können sie nicht, wenn sie es nicht schaffen, die geschlechtliche

Arbeitsteilung zu bekämpfen. Wenn sie es nicht schaffen klarzumachen, und das ist sicherlich ein großes Problem für die Gewerkschaften, daß, um die Situation der Frauen zu verbessern, manche Privilegien von Männern fallen müssen.

Wolter: Aber da jagst du Frauen gegen Männer. Und dagegen wehre ich mich. Ich kämpfe dafür, den gemeinsamen Gegner im Visier zu behalten, das ist immer noch das Kapital. Das Kapital diskriminiert letztlich geschlechtsspezifisch, und das alles wirkt in die Gewerkschaften rein, und wir müssen eine solidarische gemeinsame Politik entwickeln, die diese Frauenbenachteiligung beseitigt und ihnen zur vollen Gleichstellung und Gleichberechtigung verhilft. Und ich denke wir sind auf dem Wege dahin, etwa in konkreten Forderungen zur Teilzeitarbeit. Oder auch in einer ganzen Reihe von betrieblichen Auseinandersetzungen, wo wir gegen Lohndiskriminierung kämpfen, zum Teil sehr erfolgreich. Was für Privilegien sollten Männer abgeben müssen? Zum Beispiel das Privileg, noch einen Arbeitsplatz zu haben und an dem malochen zu müssen, bis das Arschwasser kocht?

KONKRET: Das Privileg zum Beispiel, nach der Arbeit nach Hause zu kommen und dort ein gemachtes Essen und ein gemachtes Bett vorzufinden. Oder zur Arbeit gehen zu können und zu wissen, die Frau regelt die Kindererziehung schon...

Wolter: Das soll Aufgabe der Gewerkschaft sein? Den Sektor der Reproduktion von Küche, Haushalt usw. zu regeln, überschreitet die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten.

Kurz-Scherf: Dann bleiben wir im gewerkschaftlichen Handlungsrahmen und gehen zu etwas heikleren Punkten, wie beispielsweise dem Lohn über. Ich halte es in der Tat für kaum vorstellbar, daß wir eine gleichberechtigte Teilhabe der Frauen am volkswirtschaftlichen Einkommen realisieren können, ohne daß die Männer etwas abgeben müssen. Ich glaube nicht, daß das Pro-Kopf-Einkommen der Frauen einfach angehoben werden kann auf das Pro-Kopf-Einkommen der Männer, sondern ich denke, um auf dieser Ebene des eigenen Anteils am volkswirtschaftlichen Eigentum gleiche Chancen zu realisieren, werden die Männer zumindest auf potentielle Zuwächse verzichten müssen zugunsten der Einkommenschancen der Frauen. Und ich glaube auch, daß zumindest wir beide genau die Konflikte kennen, wenn es um die Aufstellung der Lohnforderungen geht. Wenn dann nämlich die Prozentforderung in ihren Realisierungschancen dadurch beeinträchtigt wird, daß eine Sockelforderung aufgestellt wird – und das weiß jeder Kollege: Wenn ich einen Sockel durchsetzen will, geht das auf Kosten der möglichen Prozente – , muß die Gewerkschaft den Prozeß der Solidarität organisieren zwischen der eigenen Stammklientel, die ja auch die streikfähigen Kampftruppen stellt, die zum größten Teil männlichen Geschlechts sind, und einer zu gewinnenden Klientel weiblichen Geschlechtes. Daß zu deren Gunsten die Facharbeiter auf einen möglichen Lohngewinn verzichten müssen, ist einer der ganz banalen Gründe dafür, daß sich die Gewerkschaften teilweise mit der berühmten Frauenfrage so schwer tun.

Wolter: Sicher richtig. Ich mochte in diesem Zusammenhang aber noch ein grundsätzliches Problem anreißen: Wenn wir beispielsweise Teilzeitforderungen, sehr progressive Teilzeitforderungen aufstellen und sagen, es soll der einzelne entscheiden können, nach seinem eigenen freien Willen, ob er von Teilzeit auf Vollzeit geht oder von Vollzeit auf Teilzeit, dann zeigt sich doch in der Praxis, daß es mit diesem freien Willen oftmals es nicht so weit her ist. Diesen freien Willen werden überproportional oft Frauen haben, weil sie nämlich in dieser Freizeit, nachdem sie von Vollzeit auf Teilzeit gegangen sind, ihrer Doppelbelastung besser gerecht werden können. Das heißt, solche Tarifforderungen, die ich für fortschrittlich halte, die sozusagen ein Stück Freiheit für den einzelnen Arbeitnehmer beinhalten und die auch Elemente eines geschützten Arbeitsverhältnisses wären, so wie sie auch in den Gewerkschaften diskutiert werden, setzen im Grunde die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die Doppelbenachteiligung der Frau voraus, sie heben sie nicht auf. So gesehen ist natürlich diese gewerkschaftliche Politik zwar richtig, sie stößt aber auch an ihre Grenzen. Wie sollen wir, sagt mal konkrete Beispiele, diese in der Reproduktionssphäre angelegte Benachteiligung der Frau durch qualitative Tarifpolitik aufheben?

Kurz-Scherf: Zum Beispiel müßte m.E. diese Teilzeitpolitik, von der du gesprochen hast, ergänzt werden durch eine Fortsetzung der Politik allgemeiner Arbeitszeitverkürzung. Und außerdem kommt es auch darauf an, wie dann die Strategie der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung begründet wird. So richtig und wichtig ich es finde, sie vorrangig als Strategie zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit zu sehen, so sehr ist für mich diese allgemeine Arbeitsverkürzung auch ein ganz zentraler Hebel zur Verbesserung der Berufs- und Entwicklungschancen von Frauen und zur Vereinheitlichung der Arbeits- und Lebenschancen beider Geschlechter. Und da haben die Gewerkschaften beispielsweise dadurch, wie sie ihre Tarifforderungen begründen, wie sie dafür werben, durchaus die Möglichkeit der Bewußtseinsbildung auch innerhalb der eigenen Gewerkschaft. Ich erinnere mich an einen Gewerkschaftsvorsitzenden, der mal gefragt worden ist, wie er es denn selber mit der Arbeitszeitverkürzung, mit der 35-Stunden-Woche für sich hält. Der hat geantwortet, ja, bei ihm sei das was anderes, ihm würde die Arbeit Spaß machen. Dieser Gewerkschaftsvorsitzende hat leider nicht verstanden, daß wir die Arbeitszeit grade auch in dem Bereich verkürzen wollen und müssen, wo die Arbeit Spaß macht, damit in diesem Bereich auch Frauen eine Beschäftigungschance bekommen und damit die Herren Gewerkschaftsvorsitzenden sich eben auch um ihre eigenen Kinder und den Abwasch etc. kümmern können.

Was wir außerdem machen könnten, ist zum Beispiel nicht immer von Arbeitnehmern, sondern gelegentlich auch mal von Arbeitnehmerinnen zu reden. Und wir könnten unsere Eingruppierungskriterien mal durchforsten, um zu sehen, welche strukturellen Geringschätzungen frauenspezifischer Tätigkeiten da drinstecken. Was wir könnten, wäre dafür zu sorgen, daß Freistellungsrechte in Tarifverträgen nicht Müttern und Vätern zumuten, ihre Kinder nach fünftägiger Krankheit in die Tiefkühltruhe zu stecken, weil man leider nur 5 Tage pro Jahr fehlen darf, wenn das Kind krank ist. Es gibt doch eine ganze Masse an Möglichkeiten, durch Tarifverträge auf diese Arbeits- und Lebensumstände einzuwirken, die von den Gewerkschaften allenfalls am Rande in Angriff genommen werden, weil sie nicht das prioritäre Problem derer sind, die Tarifpolitik machen. Ich erlebe Kollegen, die, wenn ich sage, daß die Teilzeitarbeit ein Zwangsverhältnis für Frauen ist, das sie davon abhält, eigenständig existenzgesichert zu sein, sagen, also ihre Frauen seien unheimlich glücklich mit der Teilzeitarbeit. Wer wirklich glücklich ist, das sind sie selber. Wenn die Frau nämlich nicht teilzeitbeschäftigt wäre, wärs bei ihnen zu Hause nicht so schön sauber und aufgeräumt. Du kannst doch nicht abstreiten, daß die eigene Arbeits- und Lebenssituation auch das eigene Interesse prägt, und daß dieses eigene Interesse derer, die Tarifpolitik machen, männlich geprägt ist und verändert werden muß.

Wolter: Das ist doch auch im Begriff sich zu ändern...

Kurz-Scherf: Wenn ich auf der Seite der Gewinner wäre, wäre ich auch so geduldig wie du.

konkret 12/89, S. 52

Jutta Ditfurth

Die Fahrt des Zuges

Wie viele westdeutsche Linke hat Castros Cuba schon bitter enttäuscht! Von wegen kommunistisches Zukunftsmodell! Überall Polizei, Überwachung, Korruption. Und nun auch das noch: Atomkraftwerke und Gentechnologie! Oder läßt Castro doch noch mit sich reden? Und wie?

Es ist rund drei Uhr nachmittags, die Luft flirrt vor Hitze, und auf den Sisalfeldern liegen Zeburinder, die keine Milch geben. Uns kleben die Kleider klatschnaß auf der Haut, der Bus wirbelt Staub auf. Wir sind die ersten westdeutschen Besucher auf dem Werksgelände, sagen unsere Begleiter vom Außenministerium. Die letzte Häuseransammlung vor dem AKW-Baugelände beherrscht ein Wasserturm mit der Aufschrift »Ciudad Nuclear«, Atomstadt, die Siedlung der AKW-Arbeiterinnen. Striktes Fotografierverbot, überall. Irgendwo liegt das radiologische Labor und ca. zehn Kilometer westlich von Cienfuegos und drei Kilometer östlich vom Dorf Juragua der Eingang zum Werksgelände.

»Wir brauchen keinen Kühlturm, das Meer ist groß und tief und eine unendliche Quelle«, sagt der Ingenieur und zeigt uns den künstlich geschaffenen Zugang zum Meer. Die Entfernung zum Meer soll drei Kilometer betragen, sie erscheint erheblich kürzer. Eine Siesta, die lange Mittagspause in vielen heißen Ländern, gibt es in ganz Cuba nicht. An wenigen anderen Orten haben wir ein solches Arbeitstempo gesehen, fast alles scheint in den Ausbau der Atomenergie gesteckt zu werden: Arbeitszeit, Maschinen, Geld. Viele Bauarbeiterinnen tragen das werkseigene orange-farbene T-Shirt mit dem bunten Pro-AKW-Symbol.

»No ! «, rein gar nichts ist nach Tschernobyl geändert worden. Dies sei doch ein »anderer Reaktortyp«, mehr als zwanzig Jahre alt, also »gut erprobt«, die Atomenergie sowieso eine »vorübergehende Etappe«, die Zukunft die »Fusionsreaktoren«, also immer weiter auf dem harten Atompfad. Die Verantwortlichen wollen drei Atomkraftwerke. Im Westen der Insel (Standort unsicher), im Osten bei Holguin und hier in der Mitte bei Cienfuegos. Alle drei geplant als Druckwasserreaktoren des zwanzig Jahre alten Typs WWER 400, Atomexportschlager der Sowjetunion: AKW Lukovany in Südmähren, CSSR, AKW Nord in der DDR, AKW Koslodzj, Bulgarien und – neben anderen – das AKW Lovisa in Finnland. Aber für den WWER gilt:

»Gefürchtet bei Druckwasserreaktoren ist das Auftreten eines größeren Lecks im ersten, unmittelbaren Kühlkreislauf des Reaktors. Falls eine Haupt-Kühlwasserleitung abreißt, gilt dies als 'größter anzunehmender Unfall' (GAU): Dann droht der Druck des ausströmenden radioaktiv verseuchten Dampfes das Reaktorgebäude zu sprengen...und infolge ungenügender Kühlung droht der Kernbrennstoff zusammenzuschmelzen...« Das heißt bereits bei relativ kleinen Lecks kann das Gebäude auseinanderfliegen (vgl. Atomenergie International, Bochum 1978). Der WWER sei »besonders sicher«, und man mache »ihn besonders sicher«: ausgelegt gegen Erdbeben der Stärke 8, gegen hohe Wellen bis 25 Meter und gegen Flugzeugabstürze aus 200 Metern Höhe, alles »kein Problem«. Argumente, die uns schon vor zehn Jahren in der Bundesrepublik zur Weißglut getrieben haben.

Hier, bei Cienfuegos, sind rund1680 Megawatt geplant, vier Atomreaktoren mit je 417 Megawatt. Zwei davon, seit 1983 und 1985 im Bau, sollen – mit Verzögerung – 1991 fertig werden. Ein einziger Reaktor liefert dann mehr Strom als ganz Cuba vor der Revolution zur Verfügung hatte: sechs Millionen Menschen mußten damals mit 360 Megawatt auskommen. Heute sind es ca. 3000 Megawatt und für das Jahr 2000 werden 10.000 Megawatt angepeilt, rund 50 Prozent davon Atomenergie. (Zum Vergleich: Die Bundesrepublik verbrät rund 60.000 Megawatt Strom im Jahr.) Fidel Castro hat 1986 – trotz möglicher Zweifel nach Tschernobyl – erst einmal für die Atomenergie entschieden. Am 26. Juli 1986 sagte er: »Wir können mit Sicherheit sagen, daß dieses Atomkraftwerk (bei Cienfuegos) sicherer sein wird als irgendeines der Atomkraftwerke in den Vereinigten Staaten... (Es wird) mit absolut sicherer Technologie gebaut ... und darüber hinaus wird es mit hochqualifiziertem wissenschaftlichen und technischen Personal ausgerüstet.«

Es können »zwei von drei Systemen ausfallen, es passiert nichts«, sagt dieses hoch-qualifizierte Personal. Und was ist, wenn drei von drei ausfallen? Schweigen. Notfalls muß die Automatik in der Lage sein, »ohne die menschliche Hand abzuschalten«. Und wenn die Automatik versagt? Irritiertes Lächeln. Wir sind die ökologischen Spinner aus Europa. »Nichts, gar nichts« geht an die Umwelt ab. Das geht doch gar nicht! Doch, nur »winzige Mengen« Strahlung, »alles kein Problem«, ganz bestimmt »ungefährlich«, und »beim Fernsehen kriegt man doch viel mehr Strahlung ab«. Über radioaktive Niedrigstrahlung zu reden, erweist sich als völlig sinnlos.

»Der Gebrauch dieser neuen Energiequelle, der Atomkraft, (ist) wesentlich für unser Land, denn wir haben keine Alternative«, behauptete Fidel Castro am 26. Juli 1986. Im Land der ersten gelungenen lateinamerikanischen Revolution keine Alternativen zur Atomenergie? Gut, keine eigene Kohle. Zu wenig eigenes Öl? Ein größerer Teil der ca. 17.000.000 Tonnen Öl, die jährlich aus der Sowjetunion importiert werden, soll gegen dringend benötigte konvertierbare Währung reexportiert werden.

Cubas Flüsse, träge und blau-grün, sind kurz und nicht sehr kräftig, aber Energieträger in Gestalt von Sonne, Wind oder Biogas sind reichlich vorhanden. Technologische Entwicklung ist immer auch eine politische und ideologische Frage. So wie Cuba Ärztinnen und Lehrerinnen in befreundete Drittweltländer schickt, aus Solidarität und politischer Klugheit, so läßt das Land selbst viele Wissenschaftlerinnen und Technikerinnen in der DDR und in der Sowjetunion ausbilden. Das bedeutet nicht nur Fertigkeiten und Faktenwissen, sondern die Übernahme von traditionellen Technologien, die unter den Konkurrenzbedingungen eines kapitalistischen Weltmarktes entwickelt wurden und Umweltschutz rücksichtslos vernachlässigen.

Marx sagte: Der Kapitalismus zerstört den Arbeiter (die Arbeiterin) und die Erde. Viele unserer cubanischen GesprächspartnerInnen sprechen über die Natur, als böte diese unerschöpfliche Ressourcen und als ließen sich alle Schäden durch technischen Fortschritt doch wieder in den Griff kriegen. Der Glaube an einen fast automatischen gesellschaftlichen Fortschritt durch größtmögliches Wirtschaftswachstum scheint grenzenlos. Während die UdSSR mit der Bundesrepublik immer neue Lieferverträge für Atomanlagen in die Sowjetunion abschließt, werden alte sowjetische Anlagen in die sogenannte Dritte Welt geliefert. Während UdSSR und DDR versuchen, das Wachstums- und Fortschrittsmodell kapitalistischer Länder zu kopieren, landen die Kopien dieser ökologischen und sozialen »Fehler«, zum Beispiel als ausrangierte Technik aus der Sowjetunion, eben auch in Cuba und über Cuba in weiteren Ländern der »Dritten Welt«.

Noch ist Cuba äußerst stolz darauf, in den Club der Atomenergieländer einzutreten. Es wird das zwölfte Dritte-Welt-Land sein, und ein kleines noch dazu, das Atomkraftwerke hat. Noch schwärmt Fidel Castro Diaz-Balart, der Sohn Fidel Castros und Leiter der Nationalen Atomenergiekommission, von den Vorteilen der »sauberen, billigen Atomenergie«. Schon vor der Revolution 1959 war die Atomenergie Teil des Fortschrittstraums der cubanischen Revolutionäre. In geradezu »visionärer Weise« habe Fidel Castro, wie sein Sohn heute schreibt, schon in seiner Verteidigungsrede vor Gericht 1956 nach dem gescheiterten Angriff auf die Moncada-Kaserne die Atomenergie erwähnt, ein Jahr bevor die Sowjetunion ihr erstes Atomkraftwerk installierte: »Der Nutzen der Atomenergie...ist jetzt Wirklichkeit und wird die Kosten der Stromproduktion

unglaublich reduzieren.« 1962 wurde das erste radiobiologische Institut gegründet, 1965 das Nationale Atomforschungszentrum und 1969 das Nationale Atomphysik-Institut mit einem kleinen Versuchsreaktor, bald folgten die Universitätsabteilungen für Atomenergie und die Einrichtung einer polytechnischen Schule mit Schwerpunkt Atomenergie in Juragua. Alle drei geplanten AKWs wurden in einem Abkommen mit der Sowjetunion im April 1976 ausgehandelt .

Cubas Atomreaktoren werden die Menschen im Land, die Natur, den karibischen Raum und, bei entsprechender Windrichtung und einem potentiellen Reaktorunfall, auch weit entfernte Länder bedrohen. Die radioaktiven Abwässer werden, so zeigt die Fließrichtung, das karibische Meer schon im Normalbetrieb schleichend verseuchen.

Die cubanische Regierung entwickelt auch auf anderen Gebieten Ehrgeiz. Manches beginnt mit einem Zufall. Von einem US-amerikanischen Krankenhausarzt erhält Fidel Castro Ende 1980 einen Tip gegen Krebs: Interferon. Bald danach wird eine kleine Gruppe cubanischer WissenschaftlerInnen privat in den USA ausgebildet, und enge Beziehungen zu finnischen Wissenschaftlern helfen beim Ausbau des Biologischen Forschungszentrums, dem Vorläufer des Gen- und Biotechnologischen Zentrums (»Centro de Ingeneria Genetica y Biotechnologia de Cuba«). Kaum war das erste selbstgemachte Interferon, im Westen inzwischen umstrittenes Allheilmittel gegen Krebs, in cubanischer Eigenproduktion fertig, überschlugen sich die Ereignisse auf der Insel. Im Sommer 1981 brach in Cuba »explosionsartig und auf der ganzen Insel« das lebensgefährliche Dengue-Fieber aus, eine Viruskrankheit, als deren Verursacher die CubanerInnen – wohlbegründet – die USA in Verdacht haben. Interferon, bislang nur erprobt in Tierversuchen und Selbstversuchen der WissenschaftlerInnen, half, Denguekranke Kinder erfolgreich zu kurieren und wurde eine Art Leitstoff für die weitere gentechnische Entwicklung.

1983 bewarben sich in der UNIDO auch Cuba und Indien für ein mit 50 Millionen Dollar subventioniertes Gentechnologisches Zentrum. Cuba zog zugunsten von Indien zurück. Die Industrienationen jedoch übten Druck aus und setzten zusätzlich Italien als zweiten Standort durch. Cuba beschloß, auf die eigene Kraft zu vertrauen und baute selbst. » 1986«, erzählt Manuel Limonta, Leiter des cubanischen Gen-Zentums, »steht in Triest/Italien erst ein 900 qm großer Rohbau« und in Indien wird »immer noch Erde hin- und hergeschoben... Aber wir haben unser Institut am 1. Juli 1986 mit einer großen Rede von Fidel eingeweiht«, nur zwei Jahre und zwei Monate nach Baubeginn im April 1984.

In den beiden Hauptgebäuden des 70.000 qm großen Gentechnischen Zentrums liegen 190 neu eingerichtete Labors über 8 Stockwerke verteilt und sind mit rund 150 WissenschaftlerInnen noch längst nicht ausgelastet. Die WissenschaftlerInnen sind knapp und die StudentInnen werden nach dem Examen regelrecht von den Universitäten gefischt. Eine Generation WissenschaftlerInnen bildet die nächste aus. Die jüngsten wissenschaftlich Arbeitenden sind 18 Jahre alt, »Vollwissenschaftler« (MedizinerInnen, BiologInnen, ChemikerInnen, PhysikerInnen, MathematikerInnen, IngenieurInnen) ab 23 Jahre. Die Kantine berücksichtigt, daß eine regelmäßige tägliche Arbeitszeit von Montag bis Sonntag bis zu 15 Stunden nicht selten ist.

70-80 Millionen Dollar betrugen 1986 und 1987 die Baukosten des Instituts und rund 15 Millionen Dollar die Ausstattung, mehr als das dreifache dessen, was das viel größere Brasilien für fünf Jahre veranschlagt. Cuba will, – neben der Atomenergie – , die Gen- und Biotechnologie zu einer zentralen Säule wissenschaftlich-technologischer Entwicklung ausbauen – aus unterschiedlichen Gründen.

Als eines von acht Ländern produziert Cuba heute alle Arten von Interferon, das unter anderem gegen Krebs, Gelbsucht, Dengue-Fieber und Aids eingesetzt wird. Daneben werden Impfstoffe aller Art entwickelt, Medikamente gegen menschliche und tierische Krankheiten, wird an Saatgut erforscht, das z.B. auf versalzenen Böden wachsen soll. Zellen von hochentwickelten Organismen (z.B. Kalbsnieren) werden geklont, Proteine für Nahrungsmittel manipuliert. Das »Centro« ist längst nicht nur eine Forschungs-, sondern auch Produktionsstätte, es wird gezielt an Verfahren gearbeitet, die rasch produktionsreif sein sollen. »Verbesserte« Enzyme sollen dazu beitragen, die Ausbeute von Zucker zu erhöhen, schon heute bedeckt gentechnisches Zuckerrohr mit angeblich 25 Prozent mehr Zuckergehalt und künstlich hochgesetzter Krankheitsresistenz mehrere tausend Hektar der Insel. Bioaktive Mikroorganismen sollen helfen, schwer abbaubares Öl »aufzuschließen«.

Cuba will seinen Einfluß in Mittel- und Lateinamerika verstärken. Das Land braucht Geld und will um keinen Preis den Anschluß an die westliche Wissenschaftsentwicklung verpassen. Die Kontakte zu bundesdeutschen Chemiefirmen und staatlichen Einrichtungen sind noch mager, sehr viel bessere Kontakte bestehen zur Sowjetunion und der DDR, aber auch zu Kanada, Schweden, Frankreich und vereinzelt den USA.

Im CENSA, dem Nationalen Zentrum für Tier- und Pflanzengesundheit in San José, Provinz Havanna, erfahren wir, daß der Embryonentransfer bei Rindern inzwischen zum Alltagsgeschäft gehört und, so die Nachrichtenagentur ADN, zur »genetischen Verbesserung der Tierbestände« beitrage. Gentechnische Manipulationen an Embryonen werden noch nicht gemacht – aber das liegt wohl mehr an den mangelnden Gefriermöglichkeiten. Leiterin und Wissenschaftler erzählen uns von »wissenschaftlich gesicherten Erkenntnissen« über den Erfolg und die Ungefährlichkeit dieser Wachstumshormone als wir Gegenargumente bringen, auf gesundheitliche Schäden für die Tiere, unerwartet niedrige Milchmengen, verschlechterte Milchqualität verweisen, ernten wir nur höfliches Schweigen.

Im Sommer 1988 sitzen wir im Nationalen Institut für Endokrinologie in Havanna fünf Ärzten gegenüber. Formvollendet im Verweis auf die Notwendigkeit der cubanischen Revolution, aber voller naturwissenschaftlicher Arroganz, erleben wir auch hier die vertraute Einstellung: »Was wir machen, können wir jederzeit verantworten, und wir machen, was technisch und wissenschaftlich möglich ist«.

Fünf bis zehn Prozent der erwachsenen Menschen seien in Cuba ungewollt unfruchtbar. In den letzten beiden Jahren brachten 84 In-Vitro-Fertilisationen nur eine Erfolgsrate von 12,5 Prozent. Auch in Cuba sind die Maßnahmen Reparaturen, auch hier findet praktisch keine Diskussion über die Ursachen von steigenden Unfruchtbarkeitsraten statt. Wir diskutieren über Leihmutterschaft, die vorerst nicht praktiziert wird. Ethische Bedenken werden erst geäußert, als klar wird, daß wir sie erwarten. Wir sind ganz offensichtlich FortschrittsfeindInnen. Auf unsere Frage nach den weiblichen Wissenschaftlern kommt die lakonische Antwort: die hätten nach Hause gemußt, wegen ihrer Kinder. Nein, das könnten die Väter nicht. »Echte Mutterliebe« sei das beste für das Kind und nicht ersetzbar, setzt der Institutschef unter beifälligem Nicken der jüngeren Kollegen noch einen drauf.

Nicht nur diese Diskussion zeigt uns: Entscheidende Teile der cubanischen Gesellschaft, gerade auch in der Wissenschaft, hängen, trotz weitgehender Frauenemanzipation, noch massiv an einem patriarchalen Frauenbild. Wir versuchen, über die Kolonialisierung von Frauen in der Dritten Welt zu reden, über die profitable Ausbeutung und Neuversklavung von armen Leih-Gebär-Müttern durch Paare in reichen Industrienationen. Wir werden nicht verstanden: Cuba ist ein sozialistisches Land, Cuba forscht zum Wohl des Menschen, alles andere ist Einschränkung der wissenschaftlichen Entfaltung. Basta.

1986 fragten wir Limonta, ob er denn nicht immer auch die Möglichkeiten für verschiedene Entwicklungsrichtungen sähe? »Ja, aber Cuba kann die Fahrt des Zuges nicht mehr ändern, ist gezwungen in die gleiche Richtung zu gehen« und: »Sagt den Leuten, daß wir hier für das Wohl der Menschheit arbeiten, nicht für den Profit ! « Aber Cuba muß für den kapitalistischen Weltmarkt produzieren, »muß« auf die Produktwünsche der kapitalistischen Industrienationen eingehen. Denn Cuba will Devisen. Daher können auch aus cubanischen Labors manipulierte Viren entweichen, auch cubanische sozialistische Forschung kann Erkenntnisse fördern, von der sowohl die Ideologie als auch die Produktion hochwerten Lebens und gentechnischer Rassismus profitieren. Auch die cubanische Reproduktionstechnologie kann dazu beitragen, daß weibliche Körper ihrer biologischen Fähigkeiten enteignet werden. Zwei Jahre später, im Mai und Juni 1988, sitzen wir viele nächtliche Stunden mit Fidel Castro zusammen. »Die Genossen habt ihr ja schon überzeugt von euren Ideen«, spielt er auf unsere Diskussionen über Atomenergie an. Er ist gut informiert. Die Diskussion geht ins Detail. Sein Interesse – und seine Kenntnisse – überraschen uns, das Resultat ist eine erfreuliche Herausforderung. Castro bittet uns, Cuba Kontakte zu ausgesuchten Herstellern von Alternativenergie anlagen zu vermitteln, Solar- und Windenergie. HerstellerInnen und WissenschaftlerInnen werden eingeladen, ihre Vorschläge in Havanna vorzustellen. – Heute, 1989, ist die Bereitschaft der HerstellerInnen hartnäckiger als erhofft.

Auf einer Landkarte an der Wand zeigt Castro uns Cayo Coco, die westlichste einer Reihe menschenleerer Inseln vor der Küste von Camagüey. Ob es möglich wäre, daß eine solche Insel möglichst vollständig von Sonne und Wind versorgt wird? ‚umweltfreundliche Kläranlagen hat und Häuser in solarer Bauweise? Nein, keine großen Hotels. Bungalows für Touristen, flache Häuser, eine Wohnsiedlung, Schule, Krankenhaus, ein Hafen, ein großes Naturschutzgebiet: »Wir wollen nicht die Fehler machen die andere gemacht haben und die Natur zerstören, außerdem wissen wir, daß viele Touristen gern kommen, wenn sie solche alternativen Energiequellen sehen können.« Uns wird unsere Verantwortung klar: Was für Auswirkungen hätte ein erfolgreiches Alternativenergieprojekt in dieser Größenordnung weit über Cuba hinaus in der »Dritten Welt« ! Klappt das Projekt »Cayo Coco« auf Basis regenerativer Energieversorgung, will die cubanische Regierung diese Art der Energiegewinnung auf die Hauptinsel ausdehnen.

In der Bundesrepublik wird systematisch unterschätzt, welchen Einfluß das kleine Cuba (rund halb so groß wie die Bundesrepublik, rund 10 Millionen Einwohner) auf die Länder der »Dritten Welt«, auf Lateinamerika, Afrika und Asien hat. Es ist Vorbild für viele Entwicklungsländer, die sich aus kolonialer Abhängigkeit befreit haben oder befreien wollen. In der Ökologie will Cuba in der »Dritten Welt« gern eine Vorreiterrolle spielen, trotz großer Probleme wieder einmal einen großen Entwicklungsschritt machen, einen vergleichsweise größeren als die reiche, technisch hochgerüstete Bundesrepublik. Innerhalb von wenigen Jahren hat sich sein Umgang mit ökologischen Problemen sichtbar geändert: Die politisch Verantwortlichen reden offen über Versäumnisse und ökologische Gefahren, Umweltgesetze wurden geschaffen, Produktionsumstellungen begonnen, Kläranlagen werden gebaut, Umweltschutz als Unterrichtsgegenstand eingeführt, Wiederaufforstungsmaßnahmen sind im ganzen Land zu beobachten, den Jägern rückt – im Land Hemingways! – eine erste Umwelt- und Tierschutzorganisation namens »Foto-Jagd« (Foto Caja) auf den Leib. Ein erstklassiges Gesundheitswesen hilft, Erkenntnisse über den Zusammenhang von Naturvergiftung und Gesundheit zu gewinnen. Anlaß zu kritischer Solidarität voller Widersprüche und Hoffnung.

konkret 12/89, S. 55

Sinn ohn´ Form: Mutprobe Fabrikarbeit?

So wichtig Teilen der sich radikalisierenden Linken die Arbeiterklasse in letzter Zeit wieder zu werden scheint, so offenkundig ist die real existierende Distanz zu deren Alltag und den dort geführten Kämpfen. Weder die Streiks gegen die Pflegesituation, noch die derzeit in großem Stil betriebene Umorganisation der betrieblichen Arbeitswelt oder die Auseinandersetzungen um Wochenendarbeit und Arbeitszeitverkürzung wurden als Ansatzpunkte für ein Zusammengehen von die Grünen verlassenden Linken, außerhalb der sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeitern und anderen antikapitalistischen Kräften genutzt. Ging »man« früher wie selbstverständlich zum Klassenkämpfen »in die Betriebe«, so sind Betriebe heute genauso selbstverständlich als Terrain fürs eigene Engagement uninteressant.

Die um die Zeitschrift »wildcat« organisierten Autonomen haben einen anderen Ansatz gewählt: den Kampf gegen die Arbeit in der Arbeit. In der gerade erschienenen »wildcat 48« bilanziert eine Westberliner Gruppe die dabei gemachten Erfahrungen und entwickelt daraus einen Vorschlag, wie es anders weitergehen könnte, soll der Blick aus den autonomen Zirkeln hinaus weiter gewagt werden und der Kontakt zu den »Lohnabhängigen« nicht zu einer Beschwörungsformel verkommen, sondern Basis für Auseinandersetzungen sein. Der Text »Warum arbeiten gehen?« – eingebettet in eine Analyse der Arbeitszeitkampagne der IG Metall, einen Bericht über den Streik im Tegeler Knast und einen Aufsatz über die »Krise der Montagearbeit« – besticht durch seine nüchterne, selbstkritische, aber keineswegs wehleidige Diagnose:

»Die Arbeit von Wildcat wurde stark davon geprägt: die Tatsachen sprechen zu lassen. Deshalb waren wir oft in Gefahr, die Tatsachen zu überzeichnen. Viel zu oft haben wir eine kleine Mobilisierung schon für die Anzeichen einer neuen Konstellation im Klassenverhältnis gehalten. Mit diesem (Zweck-)Optimismus brechen wir heute«. Die Autorinnen und Autoren grenzen sich aber auch vom grassierenden (Zweck ?)-Pessimismus ab. Die Situation in den RGW-Staaten ist ihnen in erster Linie Indiz für eine Neuzusammensetzung der dortigen Klasse, entwickelt aus den »ausgedehntesten und weitreichendsten Kämpfen seit der Oktoberrevolution und der Chinesischen Revolution« .

Auch in Westeuropa seien die Arbeiterinnen und Arbeiter keineswegs nur Objekte immer raffinierterer Ausbeutungsstrategien des Kapitals, sondern »auf der Suche nach neuen Kampf- und Organisationsformen«. Hier solle interveniert werden, ohne daß »alles wieder auf die Mutprobe Fabrikarbeit rausläuft«, allerdings auch nicht so, daß von außen »der wissenschaftliche Sozialismus« an die Klasse weitergegeben wird.

Ziel der Intervention ist die Entwicklung einer Arbeiterpolitik, die als Gegensatz zur bisher von Teilen der Linken betriebenen »Betriebspolitik« verstanden wird: »Arbeiterpolitik bedeutet vom Arbeiterstandpunkt her alles zu entwickeln und anzugreifen: Mieten, Frau-Mann, Nationalitäten, Kultur...«. Daß die Positionen und der Interventionsvorschlag der »wildcat« aus der Praxis heraus entwickelt wurden, wird in dem unmittelbar an den »Warum arbeiten gehen?« anknüpfenden Bericht über »Erfahrungen mit der 'ArbeiterInnenversammlung'« deutlich: Mit dieser ArbeiterInnenversammlung sollte eine überbetriebliche Struktur geschaffen werden, die es ermöglicht, eine »Ausweitung diesmal wirklich über die Szene hinaus...« zu erreichen. Anhand der schlechten Erfahrungen mit einer eigenen Mobilisierung für die »revolutionäre 1.Mai Demonstration« und Entwicklungen in der Zusammenarbeit mit türkischen Arbeitern werden Möglichkeiten für die Weiterentwicklung dieses über Betroffenheits- und Jobberpolitik hinausreichenden Ansatzes diskutiert – ohne daß allerdings der Versuch gemacht wird, ein »Modell« zu entwickeln.

Ergänzend dazu läßt sich die neue Nummer der »TheKla« lesen, »Lets get organised«, in der eine ausführliche Auseinandersetzung mit Erfahrungen aus der Jobber-Politik geführt wird: »Was als offensives Vorgehen gegen die Ausbeutung angefangen hat, wird heute zur politischen Verbrämung des eigenen Überlebens«.

Der in »TheKla« und »wildcat« der Verständlichkeit halber bewußt schlichte Stil und der aus gleichem Grund beschränkte Umfang der Artikel wirken gelegentlich vereinfachend. Wichtige Fragen, vor allem das Verhältnis von Arbeiter-Kämpfen und den Auseinandersetzungen, die die Linke sonst führt, bleiben (vorerst?) ausgespart. Insgesamt liefern die Hefte eine Mischung von Informationen, Analyse und Selbstkritik, die sie für die anstehende Diskussion der radikalen Linken (und damit ist nicht nur der Kreis derer gemeint, die sich so nennen) zu einer notwendigen Lektüre machen – und das nicht nur, weil hier dem ausgesprochenen und unausgesprochenen Abschied von der Arbeiterklasse eine undogmatische, aber nicht spontaneistische Perspektive entgegengesetzt wird.

»wildcat 48«, 60 Seiten, 3.40 Mark und »TheKla 11«, 7 Mark, im linken Buchhandel oder über Sisina, Postfach 360527, 1 Westberlin 36, durch Überweisen auf das »Sonderkonto Zeitung«, H.Dietrich, Postgirokonto. Westberlin, Nr.: 31502- 109

konkret 12/89, S. 56

Susanne Hahn

Tod den Schwachen

Daß linke Mediziner und Sozialpolitiker in der Weimarer Republik sich an der Entwicklung sozial- und rassehygienischer Theorien beteiligt haben, ist seit einigen Jahren in der bundesdeutschen Debatte anerkannt. Der Name des sozialdemokratischen Arztes Alfred Grotjahn steht stellvertretend für diese Richtung. Es hat aber auch eine andere Tradition marxistischer Theoretiker gegeben, deren Vertreter, ausgehend insbesondere von August Bebels und Clara Zetkins sozialpolitischen Arbeiten, in der Weimarer Republik gegen die sich abzeichnende Tendenz zur Vernichtung "lebensunwerten" Lebens Front machten, die Forderung nach strafrechtlicher Freigabe der Tötung auf Verlangen ablehnten und sich gegen bevölkerungspolitische Herrschaftsmaßnahmen aussprachen

Es ist kein Zufall, daß einige der im folgenden zu Wort kommenden Gesundheitspolitiker und Rechtstheoretiker der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik später in faschistischen Konzentrationslagern ermordet wurden:

Dr. jur. Eduard Ludwig Alexander, geb. 1881, gehörte von 1928 bis 1930 dem Reichstag an. Er hatte nach seinem Jurastudium 1911 eine Anwaltspraxis in Berlin-Friedenau eröffnet. Alexander zählte zu den Gründungsmitgliedern des Spartakusbundes und der KPD, galt als einer ihrer bedeutendsten Wirtschaftstheoretiker, war Redakteur der »Roten Fahne«, publizierte zu strafrechtswissenschaftlichen Themen, vertrat die »Rote Hilfe« juristisch, arbeitete in der Internationalen Juristischen Vereinigung mit und lehrte in der Marxistischen Arbeiterschule. 1931 wurde er gegen einen Kandidaten der NSDAP zum Bürgermeister von Boizenburg gewählt. 1944 internierte man ihn im Konzentrationslager Sachsenhausen. Auf einem Transport nach Bergen-Belsen soll er 1945 umgekommen sein.

Dr. med. Georg Benjamin, geb. 1895, kam über die USPD 1922 zur KPD . Er war als Schularzt in Berlin tätig . Seit 1922 gehörte er dem Proletarischen Gesundheitsdienst Deutschlands an und war Mitglied der Leitung, ab 1926 übte er eine Tätigkeit im Verein Sozialistischer Ärzte aus. 1930 wurde er Mitglied der Internationalen Arbeiterhilfe - Ärztesektion und arbeitete in der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen. Aus seiner Feder stammen zahlreiche gesundheitspolitische Schriften. Mit dem Fluch »jüdisch-intellektuell-rot« belegt, wurde er bereits 1933 verhaftet, widmete sich nach seiner Entlassung der illegalen Arbeit, wurde 1936 erneut interniert und 1942 im KZ Mauthausen ermordet.

Dr. med. Moses, geb. 1868, jüdischer Arzt in Berlin, gehörte seit 1912 der SPD an. Von 1920 bis 1932 war er Mitglied des Deutschen Reichstages, arbeitete in vielen seiner Ausschüsse mit und wurde dort nach dem Ausscheiden des Hygienikers Alfred Grotjahn der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion. Er war Vorsitzender des Berliner Kassenärztevereins und gab dessen Zeitschrift »Der Kassenarzt« heraus. Nach 1933 systematisch entrechtet, deportierten ihn die Nazis im Sommer 1942 nach Theresienstadt, wo er wenige Wochen später starb.

Mit der »Ausschaltung« dieser Persönlichkeiten haben die Nazis auch in bezug auf die Traditionen medizinisch-ethischen und -juristischen Denkens der Arbeiterbewegung (fast) »ganze Arbeit« geleistet: Vieles von dem reichhaltigen Gedankengut dieser und anderer Kommunisten und Sozialdemokraten geriet in Vergessenheit oder wird verleugnet und diskreditiert, z.B. durch die in bundesdeutschen Publikationen wie J. Möllerings »Schutz des Lebens – Recht auf Sterben« aufgestellte Behauptung, Kommunisten und Nazis seien gleichermaßen Vertreter der Euthanasie gewesen. In der BRD wie in der DDR steht es an, sich auf die Ideen, Erfahrungen und auch Fehleinschätzungen jener Verfechter humanistischer Positionen aus der Arbeiterbewegung zu besinnen – geht es doch bei allem medizinischen und gesellschaftlichen Fortschritt heute wieder um ähnlich problematische medizinisch-ethische und -juristische Konstellationen: die Abwägung des Wertes (und Preises) des Lebens eines einzelnen gegen das Wohl und die menschlichen und ökonomischen Möglichkeiten einer Gemeinschaft (Familie, Gesellschaft).

In den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts konnte die deutsche Arbeiterbewegung bereits auf entscheidende theoretische Vorleistungen von Marx und Engels zum Sinn des Lebens des einzelnen und zur sozialen Verantwortung der Gesellschaft zurückgreifen. Darauf aufbauend bildeten sich auf verschiedenen Wegen und zu unterschiedlichen Anlässen die jeweils konkreten Ansichten und Praktiken der Arbeiterbewegung zu medizinisch-ethischen und -juristischen Fragen heraus.

Zunächst entwickelten sich eigene Standpunkte zur *Wertbestimmung menschlichen Lebens. 1926* formulierte beispielsweise Clara Zetkin: »Nach der Grundeinstellung der bürgerlichen Gesellschaft ist der tote Besitz alles, der lebendige Mensch nichts. Die Macht des Besitzes geht vor dem Recht der Menschen. Deshalb hat der Prolet, der Besitzlose, in der bürgerlichen Gesellschaft keinen Platz an der Bankettafel des Lebens, die er mit seinen Mühen überreich und prächtig schmückt. Für seinen Genuß sind weder die materiellen noch die kulturellen Güter vorhanden, mit denen die Bourgeoisie prunkt. Er wird behandelt wie eine Zitrone, der das letzte Tröpfchen Saft abgepreßt wird. Danach heißt es: Auf den sozialen Kehrichthaufen mit ihm!«

Viele Krankheiten, insbesondere auch die Säuglingssterblichkeit, wurden auf soziale Ursachen, Not und Elend zurückgeführt. Unfälle lastete man in erster Linie den Lebens- und Arbeitsumständen der Proletarier an; den Selbstmord verstand man als individuelle Reaktion auf das soziale Versagen der kapitalistischen Gesellschaft. Bebel hatte bereits in

»Die Frau und der Sozialismus« gefragt: »Erfüllt die Gesellschaft die Anforderungen an eine vernünftige Lebensweise, insbesondere des weiblichen Geschlechts? Und falls sie verneint wird, entsteht die Frage: Kann sie dieselben erfüllen? Müssen aber beide Fragen verneint werden, so entsteht die dritte: Wie können dieselben erfüllt werden?« Seiner Auffassung nach würde die sozialistische Zukunft letztlich alle sozialen Übel beseitigen, die der Entwicklung des Menschen entgegenstehen: »Der moralische und physische Zustand der Gesellschaft, ihre Arbeits-, Wohn-, Nahrungs-, Kleidungsweise, ihr geselliges Leben, alles wird dazu beitragen, Unglücksfälle, Erkrankungen und Siechtum möglichst zu verhüten. Der natürliche Tod, das Absterben der Lebenskräfte wird dann mehr und mehr zur Regel werden. Die Überzeugung, daß der Himmel auf Erden ist und gestorben sein zu Ende sein heißt wird die Menschen veranlassen, vernünftig zu leben. Am meisten genießt, wer lange genießt. . .«

Clara Zetkin erläuterte später am Beispiel der Sowjetunion den Wert, den menschliches Leben in der sozialistischen Gesellschaft haben wird, nämlich, »daß der Mensch, der mit Hand und Hirn schaffende tätige Mensch, der Wert aller gesellschaftlichen Werte ist.« Dem einzelnen wurde eine hohe Verantwortung, aber auch persönliches Verfügungsrecht über seinen Körper zugesprochen.

Vorrangige strategische Ziele der Arbeiterbewegung waren in diesem Zusammenhang: 1. der Kampf um baldige Verbesserungen der gesundheitlichen und sozialen Lage der Arbeiterklasse im Rahmen eines von bürgerlichen Interessen geprägten Staates; 2. die Ausarbeitung einer zukunftsträchtigen Strategie sozialistisch/kommunistischer Gesundheits- und Sozialpolitik als Vorbereitung auf die künftige Gesellschaft; 3. die Auseinandersetzung mit bürgerlichen Ideologien und Praktiken, insbesondere solchen, die sich im Gefolge des ersten Weltkrieges radikalisiert hatten und mit der Rassenhygiene sowie mit Forderungen zur Tötung auf Verlangen oder zur Freigabe der Vernichtung »lebensunwerten Lebens« die späteren Medinzinverbrechen im Faschismus andeuteten und vorbereiteten.

Von Werken wie Engels' »Lage der arbeitenden Klasse in England« ausgehend ist es vor allem August Bebel gewesen, der mit seinen Arbeiten die Situation der deutschen Arbeiter analysierte und verdeutlichte, welche Verantwortung der damalige Staat, die Arbeiterklasse unter den kapitalistischen Herrschaftsbedingungen und die zukünftige sozialistische Gesellschaft für die Erhaltung, Förderung und den Schutz menschlichen Lebens haben. Diese statistisch-analytische Methode setzte sich zum Beispiel in den Handbüchern der Kommunistischen Reichstagsfraktion oder im Werk des kommunistischen Abgeordneten Emil Höllein während der Weimarer Republik fort.

Anlässe für Positionsbildungen zu medizinisch-ethischen und -juristischen Fragen gab es für die Arbeiterbewegung genug, zum Beispiel den Kampf um die Gleichberechtigung der Frau. Die Frauenfrage fiel, so Bebel in »Die Frau und der Sozialismus«, »zusammen mit der Frage, welche Gestalt und Organisation die menschliche Gesellschaft sich geben muß, damit an Stelle von Unterdrückung, Ausbeutung, Not und Elend die physische und soziale Gesundheit der Individuen und der Gesellschaft tritt. Die Frauenfrage ist für uns also nur eine Seite der sozialen Frage...« Einen ähnlichen Stimulus und zugleich die politische Plattform für die Durchsetzung neuer Ansichten bildete die Sexualreformbewegung .

Vor allem aber war es die parlamentarische Tätigkeit der Arbeiterparteien, die Stellungnahmen zu sozialpolitischen Gesetzgebungen und der Organisation des Gesundheitswesen, damit aber auch zu medizinisch-ethischen und -juristischen Fragen herausforderte. Das gilt insbesondere für die Bemühungen um eine Strafrechtsreform in der Weimarer Republik: Ein 1927 von dem Strafrechtler Wilhelm Kahl (Deutsche Volkspartei) ausgearbeiteter »Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches« wurde von dem deutsch-nationalen Justizminister Oskar Hergt in den Reichstag eingebracht. Ein Sonderausschuß des Reichstages, zu dessen 28 Mitgliedern unter anderen die Kommunisten Alexander und Höllein sowie die Sozialdemokraten Moses und der Jurist Kurt Rosenfeld gehörten, begann am 21. September 1927 mit den Vorberatungen des Entwurfs. Sie wurden auch in der im Mai 1928 beginnenden IV. Wahlperiode fortgesetzt. Die Diskussionen zogen sich bis 1930 hin; die sich dann aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Krisensituation überstürzenden Ereignisse verhinderten ihren Abschluß im Sinne einer Legalisierung dieser Strafrechtsreform durch den Reichstag. Während Moses, wie die SPD-Fraktion überhaupt, diese Novelle als Fortschritt gegenüber dem bisher geltenden Recht empfand und um deren Optimierung bemüht war, charakterisierte die KPD den Entwurf von Kahl als »Kampfgesetze gegen die klassenbewußte Arbeiterbewegung«, und sie stellte fest, daß dieses neue Strafrecht »in politischer Hinsicht die Knebelung des Proletariats verstärkt, in wirtschaftlicher Hinsicht die Ausbeutung und Aussaugung der Massen durch die herrschende Klasse noch mehr schützt als bisher unter gleichzeitiger Preisgabe der körperlichen und geistigen Arbeitskraft, die ohne jeglichen Strafschutz bleibt.«

Solche prinzipiellen Unterschiede in der Bewertung der politischen Funktion dieser Strafrechtsreform bestimmten nun auch wesentlich die Diskussion zu Einzelfragen. So behandelte der Paragraph 62 des Entwurfs die Unfruchtbarmachung. Vertreter der Deutschen Volkspartei hatten im Strafrechtsausschuß einen Antrag eingebracht, demzufolge in sogenannter Sicherungsverwahrung Untergebrachte unter anderem dann vorzeitig entlassen werden könnten, wenn sie sich zuvor haben sterilisieren lassen. Man müsse die Fortpflanzung von Menschen, die für die Gesellschaft schädlich seien, verhindern. Moses attackierte diese biologistische Denkweise im Strafrechtsausschuß als reaktionär. Aus den Diskussionsbemerkungen und Abänderungsanträgen von Alexander und Höllein geht hervor, daß die KPD die Sterilisation allerdings nicht prinzipiell

ablehnte. Sie sei als medizinische Maßnahme und aus sozialer Indikation durchaus denkbar. Aber hier handele es sich ja nicht um eine Frage der Gesundheit, sondern um eine kriminalpolitische Angelegenheit, die man mit Mißtrauen betrachten müsse. Der individuelle Zwang für den Sicherungsverwahrten sollte verschwinden. Sie stellten deswegen einen Zusatzantrag, der für den Untergebrachten eine weitgehend freie persönliche Entscheidung nach Konsultation seines Verteidigers und eines dem Strafvollzug nicht angehörenden Facharztes seines Vertrauens sicherte.

Für die Beratung am 14. Mai 1929 brachte Alexander zu den Paragraphen 247 (Tötung auf Verlangen) und 248 (Verleitung zum Selbstmord) des Entwurfes je einen Antrag auf Straffreiheit dieser Vergehen ein. Während die Kommunistische Partei entschieden Stellung gegen reaktionäre Ideologeme bezog, wie sie etwa der Jenaer Biologe Gerhard Hofmann unter dem Pseudonym Ernst Mann veröffentlichte, der »für jeden Schwächling, für jeden mit chronischer oder vererbbarer Krankheit oder mit Verkrüppelungen Behafteten« den Selbstmord als »die heiligste Pflicht sich selbst und seinen Mitmenschen gegenüber« ansah, geht aus Alexanders Diskussionsbemerkungen zu den Anträgen seiner Partei hervor, daß er in seinem Vorschlag ein ausdrückliches und ernstliches Verlangen eines unheilbar Kranken, der Qualen erleiden muß, voraussetzte. Ein solches Verlangen könne bei Bewußtseinsgetrübten jedoch nicht unterstellt werden. Tötung Bewußtloser sowie die Tötung eines Patienten auf Wunsch der Angehörigen hielt er für strafwürdig. Die mögliche Straffreiheit einer Tötung auf Verlangen hielt er nicht als Privileg der Ärzte für erstrebenswert, sondern forderte sie auch für Angehörige und Freunde des Kranken. Beide Anträge Alexanders wurden abgelehnt. Dazu hatte auch Moses vor allem mit dem Hinweis auf die Unsicherheit einer ärztlichen Prognose beigetragen.

Als Ausweitung einer aus utilitaristischem Denken heraus betriebenen Selbsttötung oder Tötung auf Verlangen unheilbar Kranker hat die Vernichtung »lebensunwerten« Lebens nur indirekt in den genannten Strafrechtsreformbemühungen eine Rolle gespielt; Gegenstand anderer juristischer Reformbestrebungen war sie jedoch seit 1920, wie vor allem die Streitschrift »Zur Freigabe der Vernichtung unwerten Lebens« von Binding/Hoche zeigt. Mit dem sozialdarwinistischen Argument, daß gesundheits- und sozialpolitische Maßnahmen der natürlichen Selektion der Stärkeren entgegenwirkten, indem sie die Kranken und sozial Schwachen stützten, die eigentlich im »Kampf ums Dasein« unterliegen würden, wurde der Abbau von Sozialleistungen verlangt und in der Notverordnungspolitik ab 1930 systematisch betrieben. »Vollständiger staatlicher Unterhalt der Arbeitsunfähigen (Kinder, Greise, Kranke usw.) und Arbeitslosen«, »Kampf gegen diejenigen Kräfte, die die Sozialpolitik und Sozialhygiene als unproduktiv bekämpfen«, und engagiertes Auftreten gegen die Notverordnungen waren erklärte Ziele und Praxis der KPD. Benjamin argumentierte gegen die auch von einer Reihe von Ärzten vertretene Forderung nach Vernichtung »lebensunwerten« Lebens, daß es dann nicht weit zur Vernichtung anderer aus politischen oder ökonomischen Gründen unbequemer Menschen sei. Gründe wie 'Mitleid' entlarvte er als Verbrämung wirtschaftlicher Interessen. »Die Versorgung der Geisteskranken ist neben der Versorgung der Siechen und Greise zweifellos der Zweig der öffentlichen Gesundheitspflege, der die geringsten Möglichkeiten bietet, den Versorgten zur Wiederherstellung der Arbeitskraft zu verhelfen... So erklärt es sich, daß gerade der Gedanke des Abbaus der Fürsorge für Geisteskranke heute allerwärts erörtert wird. . . Darum der Plan der Vernichtung dieses für die kapitalistische Wirtschaft unwerten Lebens, darum der Gesetzentwurf, der die Unfruchtbarmachung dieser Kranken vorsieht... Wir brauchen nicht zu leugnen, daß diese Frage im proletarischen Staat ebenfalls diskutiert werden könnte; aber dann eben nicht unter dem Gesichtspunkte der Ersparung von Geldern für die Pflege von Geisteskranken, sondern nur vom Interesse des Kranken und seiner Angehörigen aus« (G. Benjamin, Tod den Schwachen – Neue Tendenzen der Klassenmedizin).

Einen großen Raum nahm in allen Diskussionen, und zwar nicht nur im Zusammenhang mit der Strafrechtsreform, sondern schon vor dem ersten Weltkrieg, die Frage der Geburtenregelung ein. Während Engels sich in seinen sozialen Studien mit der Übervölkerungstheorie von Malthus auseinanderzusetzen hatte, war für Bebel das um die Jahrhundertwende auch in Deutschland einsetzende Phänomen des Geburtenrückgangs von Bedeutung. Ebenso wie das frustrane Gebären durch hohe Abortziffern und Säuglingssterblichkeit, besonders der Unehelichen, lastete er diese Erscheinung als Symptom des Verfalls der bürgerlichen Gesellschaft an. Aufgaben im Sinne einer geplanten und vom einzelnen und der Gesellschaft verantworteten Geburtenregelung sah er noch nicht.

Sexuelle Aufklärung und Verantwortung wurden aber im Rahmen der allgemeinen Bildung bald zu einer Forderung der Arbeiterbewegung. Damit wurden den Proletariern die Mittel bewußt, mit denen sie selbst die Größe ihrer Familie und letztendlich die Bevölkerungsreproduktion bestimmen konnten, »denn selbstverständlich hat eine ihrer selbst bewußte Gesellschaft das Recht, auch in dieses Gebiet selbständig einzugreifen«. In der Zeit des zunehmenden Opportunismus und Revisionismus der SPD am Vorabend des ersten Weltkrieges sahen nun einige Vertreter, so auch Moses, im sogenannten Gebärstreik eine Möglichkeit, die kapitalistische Gesellschaft gewaltlos zu ruinieren: »Einmal soll der Gebärstreik das Bürgertum durch Entziehung der Arbeitskräfte und Rekruten treffen, und sodann soll der Geburtenrückgang ein Mittel sein, die Lage der Arbeiterklasse im Interesse des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes zu stärken.« Ähnliche Tendenzen traten später als linksradikale Forderungen nochmals in der Zeit der Weltwirtschaftskrise hervor.

Im »Vorwärts« wurde 1913 entschieden gegen derartige Auffassungen polemisiert. Die Ursachen des Geburtenrückgangs lägen »in der proletarischen Lebensweise..., die charakterisiert ist durch Zunahme der Frauenarbeit, die steigende Lebensmittelteuerung und die Wohnungsnot«. So wurden Möglichkeiten des Bevölkerungszuwachses weniger in einer

Erhöhung der Geburtenzahlen, sondern in erster Linie in sozialen Maßnahmen des Schwangeren-, Wöchnerinnen- und Kinderschutzes gesehen, die der Säuglingssterblichkeit entgegenwirken sollten. Die Zahl von jährlich 500 000 Frauen in Deutschland, die illegal abtrieben, diente den anonymen Verfassern dieses Artikels lediglich zur Kritik der bürgerlichen Bevölkerungspolitik, aber noch nicht als Argument, die Legalisierung des Aborts zu erkämpfen. Derartige Forderungen traten erst als Folge der großen sozialen Not nach dem ersten Weltkrieg auf. 1925 lagen dann sowohl in der SPD als auch in der KPD Positionen zum Schwangerschaftsabbruch vor, die vor allem im Verein Sozialistischer Ärzte diskutiert und durch ihn propagiert wurden. Erklärte Ziele des Vereins waren u.a.: die Befreiung der Arbeiterfrauen von gesundheitlicher Schädigung durch illegale Abtreibung; gesundheitliche Besserstellung vieler Frauen durch bewußte Verminderung der Konzeptionsfähigkeit; Befreiung der Einzelfamilie von übergroßer finanzieller, physischer und psychischer Belastung durch Beschränkung der Familiengröße; schließlich die Befreiung zahlreicher Menschen von der Angst vor Befruchtung und den sich daraus häufig entwickelnden neurotischen Störungen.

Ausgehend davon, daß soziale Verelendung, wirtschaftliche Not und Wohnungsmangel die Hauptmotive für den von den Frauen gewählten Ausweg eines illegalen Aborts seien, wäre es »nicht angängig, mit Strafparagraphen die schweren sozialen Leiden zu bekämpfen und die Betroffenen vor die Ausweglosigkeit des körperlichen Ruins oder des Zuchthauses zu stellen«. Man plädierte für eine frei gewählte Elternschaft, die garantiert, daß Kinder ernährt werden und sich gut entwickeln können. »Es sei konstatiert, daß wir nicht für die Abtreibung sind, wir sind nur für die Beseitigung der unerhörten Zustände, die den jetzigen Strafparagraphen hervorgerufen und weiterhin begünstigt haben. Wir erwarten im Gegenteil, durch die Heraushebung der Unterbrechung aus der Heimlichkeit, breitere Möglichkeiten der Einwirkung auf die Schwangeren und ihre Angehörigen besonders dadurch, daß der Eingriff in die Hände der Ärzte gelegt wird und nicht in die Hände von gewinnsüchtigen und professionellen Kurpfuschern. Wir glauben auch, daß die eigenen Eingriffe in verhältnismäßig kurzer Zeit bei Legalisierung der Schwangerschaftsunterbrechung durch die Macht der Aufklärung und Erziehung aufhören werden.«

Diese Haltung zum Schwangerschaftsabbruch, die auch Teile der SPD, so auch Moses, einnahmen, blieb jedoch in anderen Kreisen dieser Partei nicht unwidersprochen. Besonders die Anschauungen Grotjahns, der Abtreibungen aus sozialer Indikation ablehnte und sich mit zahlreichen Vorschlägen zur positiven und negativen Eugenik expressis verbis nationalistischen und rassenhygienischen Vorstellungen näherte, wichen hiervon erheblich ab.

Das Wissen der der Arbeiterbewegung nahestehenden oder ihr angehörenden Ärzte um medizinische Vorgänge und das Gesundheitswesen ermöglichte schließlich auch Stellungnahmen zu forschungsethischen Problemen und zum Arzt-Patienten-Verhältnis, ausgedrückt zum Beispiel in Titeln, wie »Kurpfuscherische Experimente an Kranken«, »Experimente und ärztliches Ethos«, »Experimente – eine soziale Ungerechtigkeit«, »Experimente und Strafrecht«. Anläßlich der Lübecker Katastrophe mit dem oralen Tuberkulose-Impfstoff (1930), die 76 Säuglingen das Leben kostete, deckte Moses »das System des heutigen 'wissenschaftlichen Betriebes'« als den »wirklich Schuldigen« auf. Auch hinsichtlich dieser Einschätzung ging er mit den Kommunisten konform: »So sind alle Lebensäußerungen einer 'objektiven' Wissenschaft, wie sie z.B. in den Theorien der Ernährungswissenschaftler zum Ausdruck kommen, wie sie sich äußern in den rassenhygienischen Tendenzen der letzten Jahre, wie sie in der Form gewerbeärztlicher Gutachten in unmittelbarster Weise zur verschärften Ausbeutung des Proletariats dienen, wie sie zur Rentenschmälerung führen in der Verkleidung 'wissenschaftlicher' Gutachten vor den Versorgungsgerichten und anderen Behörden, so sind sie alle zu verstehen als Kennzeichen, nicht etwa besonderer Bösartigkeit von einzelnen Ärzten, sondern als charakteristische Erscheinungen einer in ihrer gesamten Denkweise im Dienste des bürgerlichen Staates stehenden Medizin.«

So sehr uns all diese Diskussionen um medizinisch-ethische und juristische Fragen in der Arbeiterbewegung auf ein zugrundeliegendes und anhand gerade solcher Überlegungen ausreifendes marxistisches Konzept schließen lassen, war das seinen Schöpfern nicht immer voll bewußt. Viel mehr geschah seine Ausformung oft spontan, pragmatisch an äußere Anlässe gebunden, als immanenter Bestandteil des alltäglichen, praktischen Klassenkampfes. Verhängnisvoll wirkte sich auch auf diesem speziellen Gebiet die Spaltung der Arbeiterbewegung nach der Novemberrevolution in KPD und SPD aus.

Die KPD hielt an der Vorstellung der hauptsächlichen Verursachung von Krankheit, menschlichen Konflikten, medizinisch-ethischen Problemsituationen und kriminellen Handlungen durch die gegebenen sozialen Umstände fest und orientierte auch deshalb auf die sozialistisch/kommunistische Umgestaltung der Gesellschaft, überzeugt, daß dann all diese die menschliche Gemeinschaft belastenden Faktoren allmählich belanglos würden. Daß diese Hoffnung in vieler Hinsicht eine Utopie war, lehrten erst die späteren Erfahrungen in der Praxis sozialistischer Staaten. Diese Sichtweise, in der sich komplizierte Wechselbeziehungen zu linearen Determinationen vereinfachen, erklären den Eindruck von Zeitgenossen wie Käte Frankenthal, daß auf unterschiedlichen Parlamentsebenen einige KPD-Angehörige Gesetzesvorlagen oder Anträge einbrachten, deren Nichtannahme sie voraussahen, nur um effektiver gegen die bestehende und so schneller für die zukünftige Gesellschaft zu arbeiten. Das hat auch in diesen Fragen das Zusammengehen mit der nun zur Regierungspartei gewordenen und sich damit am Ziel ihrer politischen Bestrebungen sehenden SPD erschwert und zur Verminderung effizienter Teillösungen für die Weimarer Republik mit beigetragen.

Der SPD ging es jetzt vorwiegend um eine Ausgestaltung der gegebenen Verhältnisse. Verbesserungen der gesundheitlichen und sozialen Lage sowie die Lösung medizinisch-ethischer und -juristischer Probleme sollten durch Reformen im Rahmen der bestehenden Ordnung erreicht werden. Dabei traf man in praktischen Fragen zum Teil mit Auffassungen der KPD zusammen. Aus der heutigen Sicht erwies sich dabei eine in vielen Punkten auf humanistische Traditionen bezogene Politik, wie sie beispielsweise Moses häufig betrieb, durchaus als berechtigt und vernünftig. Selbst im Fall einer sozialistisch-kommunistischen Revolution hätte man – und das gilt bis heute – nicht davon ausgehen können, daß Vorstellungen, wie die einer Straffreiheit der Tötung auf Verlangen, ohne äußerst problematische Folgewirkungen hätten realisiert werden können. Andererseits bot sich bei einer solch prinzipiellen Absage der SPD an die Gesellschaftsstrategie der Arbeiterbewegung nun auch Raum für eine Hinwendung zum praktischen Sozialabbau und für einzelne ihrer Vertreter zu den Theorien der Rassenhygiene.

Zusammenfassend müssen als wichtige und in unsere heutigen Überlegungen zu medizinisch-ethischen und -juristischen Problemen einzubeziehende Positionen der deutschen Arbeiterbewegung vor 1933 folgende charakterisiert werden: a) eine hohe Wertschätzung des menschlichen Lebens ü6erhaupt und des individuellen Lebens als Grundlage aller weiteren Werte des menschlichen Daseins; b) eine Persönlichkeitsauffassung, die mit einem hohen Anspruch an die Entfaltung der dem Menschen immanenten sozialen Qualitätsmerkmale verknüpft ist und die ein ausgeprägtes Selbstbestimmungsrecht des einzelnen über die Gestaltung seines Lebens sowie eine hohe Eigenverfügbarkeit auch über sein biologisches Dasein anstrebt; c) die Ablehnung utilitaristischen und biologistischen Denkens als reaktionäre Ideologie und die Orientierung auf solidarisches Verhalten gegenüber der wegen Alter oder Krankheit Arbeitsunfähigen und anderen sozial Schutzbedürftigen; d) die Erkenntnis und deren praktische Umsetzung im Klassenkampf, daß die Medizin ihrer lebensbewahrenden Aufgabe im vollen Umfang nur bei Aufhebung der antagonistischen Widersprüche zwischen Staat und Medizin, Individuum und Staat sowie Individuum und Medizin in einer sozialistisch/kommunistischen Gesellschaft gerecht werden kann.

So sehr damit marxistische Grundauffassungen zum Ausdruck kommen, widerspiegeln die konkreten Ausformulierungen und die praktische Umsetzung dieser Standpunkte gleichzeitig den Versuch, die Interessen der Arbeiterklasse und des einzelnen in einer von solchen antagonistischen Widersprüchen diktierten Situation zu behaupten und bereits in der Klassengesellschaft Teillösungen dieser Widersprüche anzubahnen: –

Der Staat dürfe sich nicht in die persönlichen Angelegenheiten des einzelnen einmischen, solange der Öffentlichkeit kein Schaden entsteht; –

dem Individuum müsse eine Rückzugsmöglichkeit aus unlösbaren Widersprüchen, für die soziale Gegebenheiten verantwortlich sind, offengelassen werden; –

der Staat könne nicht verlangen, daß der einzelne lebt und sich fortpflanzt, ohne für die Gestaltung ausreichender Lebensbedingungen zu sorgen; –

dieser Verantwortung könne er sich nicht dadurch entziehen, daß er Menschen, die in einem besonderen Maße soziale Unterstützung und Zuwendung benötigen und die nicht den Willen haben, ihr Leben zu beenden, moralisch dazu verpflichtet oder gar umbringt.

Mit diesem Programm grenzte sich die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterbewegung eindeutig von den zunehmend inhuman bestimmten Konzepten rechtsradikalisierender Strömungen unter den Ärzten und in der Gesellschaft der Weimarer Republik ab und verfolgte damit einen progressiven Weg im medizinisch-ethischen und -juristischen Denken – der auch in den gegenwärtigen Problemdiskussionen immer noch eine erstrebenswerte Alternative darstellt.

konkret 12/89, S. 61

Theresia Degener; Oliver Tolmein

Freiheit bitte billig

Zwangssterilisation wird legalisiert, der als »Euthanasie" verbrämte Mord an behinderten Neugeborenen breitenwirksam diskutiert, jetzt bereiten die Sozialbehörden im reformfreudigen Westberlin und im schwarzen Bayern ein Asylierungsprogramm für Behinderte vor. Aus Kostengründen

»Sehr geehrte Frau .... Wie bereits besprochen, ist die Übernahme der Kosten für eine Hauspflege von 116 Stunden wöchentlich nicht möglich. Bei einem so hohen Pflegeaufwand erscheint eine Unterbringung in einem Heim sinnvoller. Da das jedoch ihrem verständlichen Wunsch, möglichst engen Kontakt zu ihrem Kind zu halten, widerspricht, schlagen wir folgenden Kompromiß vor: Wir übernehmen die Kosten für die häusliche Pflege in der Höhe, die entstehen würde, wenn das Kind in einem Heim untergebracht werden würde.. Wie Sie in dem Gespräch mitteilten, werden Sie ab 15.8.89 eine Arbeit aufnehmen, bei der Sie auch Nachtdienste verrichten müssen. Nach einer Übergangsphase von ca. drei Monaten werden wir Sie auffordern, sich mit Ihrem Einkommen an den genannten Kosten zu beteiligen«.

Der »Kompromiß«, den das Bezirksamt Schöneberg im rot-grünen Westberlin der Mutter eines neun Jahre alten behinderten Mädchens anbietet, dürfte die Herzen der Konservativen »Hilfe zur Selbsthilfe«-Propagandisten höher schlagen lassen: Der Frau, die bisher unentgeltlich die Pflegearbeit geleistet hat, wird klargemacht, daß die Aufnahme einer Arbeit für sie nur Nachteile bringen und sich eh nicht lohnen würde, da das Einkommen für die Deckung der Pflegekosten herangezogen werden wird; die hohen Kosten, die bei einer ambulanten 24 Stunden Pflege entstehen, werden nicht übernommen. Trotzdem wird das Kind nicht direkt ins Heim gezwungen, sondern, menschenfreundlich, der Mutter die Option gelassen, den nicht finanzierten Teil der Pflege weiterhin selbst zu übernehmen.

Aber selbst dieses kritische Verständnis verharmlost noch die reale Dimension des Vorgangs. In dem Bescheid werden die Entwicklungslinien konservativer Sozialpolitik aufs geschickteste so miteinander verknüpft, daß eine Menschenrechtsverletzung im vergleichsweise biederen Gewand einer einfachen Sparmaßnahme daherkommt: Einen Menschen, weil er in erheblichem Maße pflegeabhängig ist, aus der freigewählten Umgebung zu reißen, in eine Einrichtung zu zwingen, deren festgelegtes und einengendes Reglement eher an einen Knast als an ein zu Hause erinnert, wäre einer Anordnung vergleichbar, derzufolge Sozialhilfeempfänger künftig kein Wohngeld mehr erhielten, sondern sich stattdessen in Lagern einzufinden hätten.

Die Verantwortlichen des Bezirksamts Schöneberg sind keine Einzelkämpfer. Sie wirken als Trendsetter in der seit einigen Monaten entwickelten Initiative von Sozialhilfeträgern, die Grundrechte behinderter Menschen auf ein kostengünstiges Minimum zu trimmen. Auch das Bezirksamt Neukölln und die Landeshauptstadt München haben versucht, Behinderte, die 24 Stunden Pflege pro Tag benötigen und zu Hause leben, ins Heim zu zwingen: »Wir erteilen Ihnen dementsprechend die Auflage, sich ernsthaft um einen für sie geeigneten Platz in einer Einrichtung zu bemühen«. Diese bürokratische Initiative wird in der nächsten Zeit die Justiz beschäftigen. Auf die drohenden Bescheide der Sozialbehörden haben einige der Betroffenen mit Widersprüchen reagiert, in Einzelfällen sind Klagen eingereicht worden, und das Bayerische Verwaltungsgericht München hat bereits ein erstes Urteil in einer vergleichbaren Angelegenheit gesprochen: Danach muß die Landeshauptstadt München die Kosten für die 24stündige ambulante Pflege von Rudolf S. auch weiterhin übernehmen. Anlaß zur Beruhigung ist dieser Richterspruch allerdings nicht: Die Sozialbehörde wurde zur Zahlung der ambulanten Pflege lediglich deswegen verpflichtet, weil sie Rudolf S. keinen angemessenen Heimplatz nachweisen konnte und »sich die Beklagte bislang nur sehr oberflächlich mit der Problematik der Versorgung des Klägers auseinandergesetzt hat«. Das wird sich in absehbarer Zeit ändern: Die Münchner Sozialamts-Leitung hat mittlerweile vom einflußreichen »Deutschen Verein für öffentliche und soziale Fürsorge« ein Gutachten angefordert und erhalten, das Vorschläge unterbreitet, wie sich künftig »die finanziellen Folgelasten (aus dem Wunschrecht des Hilfeempfängers) begrenzen (lassen)«.

Tatsächlich geht es in dieser Auseinandersetzung allerdings um sehr viel mehr als um ein juristisches Problem, bei dem hingenommen werden könnte, daß es auf der Basis der im Bundessozialhilfegesetz vorgesehenen Einzelfallprüfung gelöst wird. Ein kurzer Blick zurück auf die Auseinandersetzungen um Heim- und ambulante Pflege scheint sinnvoll. 1981, im berüchtigten UNO-Jahr der Behinderten, klagten Gruppen aus der Behindertenbewegung auf dem »Krüppeltribunal« »Menschenrechtsverletzungen im Sozialstaat« an. Erster Anklagepunkt: Heime. Vorwurf: Ruhe und Ordnung, keineswegs aber der Mensch, stehen in den Anstalten im Mittelpunkt, die individuellen Interessen werden notwendig in den institutionellen Rahmen gepreßt. Schlußfolgerung: Heime gehören abgeschafft. »Heim geh ein ! « wurde auf mehreren Kundgebungen und Demonstrationen gegen Pflegeheimneubauten gefordert.

Etliche Gruppen engagierten sich in den folgenden Jahren im Aufbau ambulanter Dienste, die die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben schafften und oft genug Leuten die Möglichkeit gaben, sich aus Heimen herauszuklagen. Die Modernisierungswilligen unter den Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitikern griffen, unter dem Beifall der Öffentlichkeit, diesen Ansatz auf: Vorrang der offenen, ambulanten vor der institutionellen Hilfe ist seitdem sogar Gesetz. Stutzig machte schon damals allerdings die Argumentation der ungebetenen, aber die öffentliche Diskussion beherrschenden Unterstützer.

Ambulante Pflege, stellten sie fest, sei kostengünstiger als die stationäre Unterbringung Behinderter. Der entsprechende Paragraph 3a wurde deswegen auch nicht zufällig im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 1984 ins Bundessozialhilfegesetz eingefügt. Im gleichen Gesetzentwurf wurde auch festgeschrieben, daß der »Träger der Sozialhilfe ... Wünschen nicht zu entsprechen (braucht), deren Erfüllung mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden wäre.« Bis zu diesem Zeitpunkt hatte noch nachgewiesen werden müssen, daß die Mehrkosten »unvertretbar« seien.

Jetzt, wo es noch lange nicht allen, aber doch wenigstens einigen pflegeabhängigen Menschen gelungen ist, sich die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Lebens zu erkämpfen, schlägt die Sozialbürokratie zurück. Eine menschenwürdige ambulante Pflege ist ihr gerade so lange recht ,= wie sie billig ist und Leuten dient, die möglicherweise noch ins Arbeitsleben eingegliedert werden können. Jetzt, wo immer mehr Behinderte ihr Grundrecht auf selbstständiges Leben einfordern, wo ambulante Hilfsdienste Wohnmodelle für geistig Behinderte einrichten und die Institution Heim insgesamt nicht nur theoretisch, sondern zunehmend auch praktisch in Frage gestellt wird, versucht die Bürokratie, diese Entwicklung zu stoppen und die von ihren Maßnahmen Betroffenen zu selektieren: hier die Menschen mit »leichten« Behinderungen, die Anspruch auf ambulante Pflege und »Integration« haben, dort die »schwer« Behinderten, denen nicht mal ein Minimum an Freizügigkeit zugestanden wird. Die Grenzziehung zwischen beiden Gruppen folgt Kosten- und Verwertungsgesichtspunkten, die Definitionsmacht liegt bei den Sozialbehörden.

Gelingt es den Bürokratien im schwarzen Bayern und im reformfreudigen Westberlin, das unauffällig in den Gesetzestexten verpackte Asylierungs-Programm umzusetzen, werden sie nicht die einzigen bleiben. In Hessen beispielsweise werden in den nächsten Jahren 1.100 Heimplätze neu geschaffen, während ambulante Hilfsdienste dort finanziell durch Verzögerung von Zahlungen für Zivildienstleistende, Sperrung von Zuschüssen und langwierige Bewilligungsverfahren systematisch in Schwierigkeiten gebracht werden.

Menschenrechte, das muß den juristischen Winkelzügen und Argumentationen entgegengehalten werden, sind nicht aus Kostengründen zu suspendieren. Und sie dürfen nicht für einen wie eng auch immer begrenzten Personenkreis sogenannter Schwerstbehinderter außer Kraft gesetzt werden – wenn sie es werden, ist das weder ein »Behindertenproblem«, noch ein Anzeichen für die »Normalisierung« der bundesdeutschen Politik, sondern ein Indikator für die Brutalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die mit zu hohen Kosten einer ambulanten Pflege begründete Aufforderung, sich einen Heimplatz zu besorgen oder im Heim zu bleiben, hat den Charakter einer Zwangseinweisung: Gerichtet ist sie individuell gegen die einzelnen selbständig lebenden Behinderten wie gegen Behinderte als gesellschaftliche Gruppe insgesamt. Sie steht damit im Kontext (und betrifft in etlichen Fällen wohl auch den gleichen Kreis von Menschen) der Wiedereinführung der Zwangssterilisation und der Infragestellung des Selbstbestimmungs- und Lebensrechtes Behinderter, wie sie exemplarisch der australische »Euthanasie«-Theoretiker Peter Singer propagiert.

In der Auseinandersetzung mit den Mordphantasien Singers ist ein Aktionsbündnis von Behindertengruppen, Frauengruppen und Antifa-Initiativen zustande gekommen, das ein entscheidender erster Schritt hin zu weitergehenden politischen Interventionen ist, dem aber notwendig weitere folgen müssen. So richtig es nämlich ist, wenn »Euthanasie«-Theoretiker wie Singer in der BRD keine Chance bekommen, öffentlich aufzutreten, so erfreulich wir es finden, wenn Anthropologen, wie kürzlich in Bremen geschehen, die Jahrestagung ihres reaktionären Berufsverbandes absagen, weil sie Angst vor unserer Protesten haben, so wenig ist gewonnen, wenn gleichzeitig die Sozialbehörden und Verwaltungsjuristen unspektakulär und unbemerkt, aber folgenreich die Isolierung und Zwangsbehandlung einer gesellschaftlichen Gruppe betreiben können, wie es derzeit in Westberlin und München versucht wird. For further information: call your local cripple resistance group.

konkret 12/89, S. 64

Christopher R. Browning

Vernichtung und Arbeit

Hat es eine »Ökonomie der 'Endlösung'« gegeben? Wenn ja, welchen Kriterien ist sie gefolgt? Wer waren die Initiatoren und Strategen ihrer Durchführung, und von welchen Motiven ließen sie sich leiten? Nachdem Ulrich Herbert in KONKRET 11/89 die Thesen von Susanne Heim und Götz Aly zum Primat bevölkerungspolitischer und ökonomischer Planungen vor dem Rassismus der Nazis (KONKRET 10/89) kritisiert hat, beschäftigt sich der amerikanische Historiker Christopher R. Browning mit jener Gruppe der »planenden Intelligenz« in den unteren Rängen der Nazi-Bürokratie, die nach Meinung Heims und Alys die 'Endlösung' ersann und durchsetzte

In ihrer Studie »Die Ökonomie der 'Endlösung'« haben Susanne Heim und Götz Aly die bemerkenswerte These aufgestellt, daß die ökonomischen und sozialpolitischen Planer der deutschen Besetzung Osteuropas im Massenmord an den osteuropäischen Juden ein Mittel gesehen hätten, ein Überbevölkerungsproblem zu lösen, das in ihren Augen den Weg zur wirtschaftlichen Modernisierung verstellte. Sie hätten die Gelegenheit ergriffen, die die nationalsozialistische Eroberung Osteuropas ihnen bot, um ihre utopischen Modernisierungsvorstellungen umzusetzen, und eine wissenschaftliche Begründung entwickelt, die den Massenmord zur notwendigen und legitimen »Entwicklungspolitik«* erklärte. So sei der Holocaust kein mystisches Ereignis außerhalb menschlichen Begriffsvermögens gewesen, sondern habe seinen Grund in wissenschaftlichen Theorien gehabt, die die deutschen Technokraten anwandten, um sich einer 'überflüssigen' Bevölkerung zu entledigen. Der Beitrag dieser Technokraten sei im übrigen keineswegs bloß eine Randerscheinung gewesen, behaupten Aly und Heim und betonen, daß ihre Forschungen auf die »Rekonstruktion der Entscheidungsabläufe in den Zentren des nazistischen Staates« zielen. Diese These, die sowohl originell als auch auf eine intensive Erforschung bislang wenig bekannter Quellen gegründet ist, verdient, genau untersucht und sorgfältig bewertet zu werden.

In den Mittelpunkt ihrer Untersuchung, die ich im folgenden zunächst kurz referieren möchte, haben Heim und Aly eine Gruppe junger Technokraten gestellt, die sie als »planende Intelligenz« bezeichnen. Diese Männer arbeiteten in einigen bisher relativ unbeachteten Dienststellen, unter anderem im Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, im Institut für Deutsche Ostarbeit, in der Reichsstelle für Raumordnung, im Reichskommissariat für die Festigung des deutschen Volkstums, in der Abteilung für Bevölkerungswesen und Fürsorge. Im Unterschied zu den Rivalitäten und Zuständigkeitskämpfen, die in den höheren Rängen des Nazisystems ansonsten weit verbreitet waren, arbeiteten diese Planer eng und »interdisziplinär« zusammen. Nicht »Ressortblindheit«, sondern eine gemeinsame Vision und eine spezifische Art zu denken – nüchtern, problemorientiert und rational – kennzeichnete ihre Arbeit.

Ausgangspunkt ihrer gemeinsamen Bestrebungen war eine von allen getragene Analyse des wirtschaftlichen und demographischen Dilemmas, mit dem Deutschland in Osteuropa konfrontiert war. Die Planer sahen dort einen Teufelskreis aus Armut, geringer Produktivität und Überbevölkerung. Eine ständig wachsende Bevölkerung verhinderte die Kapitalakkumulation, die nötig gewesen wäre, um aus der primitiven Subsistenzwirtschaft auszubrechen. Die deutschen Technokraten waren sich darüber hinaus einig, daß die osteuropäischen Juden nicht nur Teil einer überflüssigen Bevölkerung waren, sondern die Modernisierung auf bestimmte Weise noch zusätzlich behinderten. Sie waren verzweifelt arm, monopolisierten jedoch den vorindustriellen Handwerkssektor und verhinderten so nicht nur die Rationalisierung der Industrieproduktion, sondern blockierten außerdem die Wanderung der nicht-jüdischen Bevölkerung vom Land in die Städte – die Voraussetzung für eine Modernisierung des landwirtschaftlichen Sektors. Die Entfernung der Juden und die Konfiszierung ihres Eigentums würde so auf einen Schlag eine ganze Reihe von Problemen lösen: Die Bevölkerung wäre reduziert, man würde die kleinen Manufakturen zu wenigen, effektiveren, größeren Einheiten zusammenfassen können, Polen würden die Dörfer verlassen, um im neuen, rationalisierten und modernisierten industriellen Sektor Arbeit zu finden, und die Umstrukturierung des Manufakturwesens würde zusätzlich zu einer »Umschichtung« der Gesellschaft führen – im Besonderen zur Herausbildung eines wohlsituierten polnischen Mittelstands, der ein eigenes ganz direktes Interesse an der deutschen Neuen Ordnung hätte. Diese berauschende Vision stand den Planern vor Augen und machte sie zu »Theoretikern des Völkermords«.

Aly und Heim sind überzeugt, daß diese Planer zwecks Lösung ihrer Probleme nicht nur mit der Beseitigung der Juden rechneten und so für das Konzept der 'Endlösung' empfänglich waren, sondern daß sie bereits sehr früh selbst eine Lösung durch Massenmord anstrebten. Heim und Aly schreiben: »Es scheint, daß verschiedene Gruppierungen der planenden deutschen Intelligenz zwischen September 1939 und dem Sommer 1941 die 'Endlösung' aus ihnen jeweils logisch erscheinenden Gründen ersannen und mit der Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion durchsetzten.... Die 'Endlösung' wurde aus ihren Papieren und Vorschlägen heraus allmählich von den unteren Planungsebenen nach oben hin entwickelt. Wohlgemerkt, diese in der Hierarchie nicht immer bedeutenden Planer entschieden nicht, aber sie bereiteten die Entscheidungen ihrer Chefs vor.... Sie sollten keine Fraktionspapiere, sondern Entscheidungsalternativen liefern«. Ohne ihren Beitrag, behaupten Heim und Aly, hätte der Rassenhaß des Regimes zwar zu Pogromen und Massakern geführt, keineswegs aber zum systematischen Völkermord.

Als wichtigstes Beispiel für den Einfluß der »planenden Intelligenz« auf die Gestaltung der Nazipolitik, die zur 'Endlösung' führte, verweisen Heim und Aly auf Walter Emmerich, den Leiter der Wirtschaftsabteilung in Hans Franks Generalgouvernement, und seinen Berater Rudolf Gater, den Kopf des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit, eines ökonomischen 'think-tank'. Diese beiden Männer hatten erste Erfahrungen mit der Modernisierung einer Ökonomie bereits in Österreich nach dem »Anschluß« sammeln können. Beauftragt, die österreichische Wirtschaft auf ein der deutschen vergleichbares Niveau zu heben, hatten sie sowohl diese rationalisiert als auch den österreichischen »Mittelstand« durch die Enteignung jüdischen Eigentums entschädigt. In einem Bericht vom Dezember 1940 betonte Gater die lähmenden Auswirkungen der Überbevölkerung in Polen, die sich durch freiwillige Auswanderung nicht würden lösen lassen und die sich in der Tat durch die Ausweisung von Polen aus den angeschlossenen Gebieten noch verschärfen sollten. Gater setzte bereits als gegeben voraus, daß die Juden irgendwann einmal verschwunden sein würden. Bis es so weit war, sollten sie »in Etappen« von Handel und Handwerk ausgeschlossen und durch entsprechend ausgebildete Polen ersetzt werden, die dann im Rahmen einer harmonischen Klassenstruktur einen lebensfähigen Mittelstand bilden sollten. Die enteigneten Juden sollten registriert und zu körperlicher Arbeit verpflichtet werden.

Drei Monate später verfaßten Gater und sein Stellvertreter Meder einen weiteren Bericht über die wirtschaftlichen Probleme, die sich aus der Einrichtung des Warschauer Ghettos ergaben. Zwar hatte die Ghettoisierung der Juden für die nicht-jüdische Bevölkerung angenehme Folgen, da sie neue Arbeitsmöglichkeiten erhielt, das Ghetto selbst aber, von dem Gater und Meder meinten, es würde mindestens fünf Jahre bestehen, warf enorme wirtschaftliche Probleme auf. Juden außerhalb des Ghettos zu beschäftigen war unökonomisch, weil das dafür erforderliche Bewachungspersonal und die Installation von Lagern zusätzliche Kosten verursachen würden. Innerhalb des Ghettos Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen war schwierig, weil zu diesem Zeitpunkt im Generalgouvernement kein Mangel an ungelernten Arbeitern bestand. Und doch mußte für mindestens 60.000 Juden Arbeit geschaffen werden, die im Ghetto für den Export produzieren sollten, um so die Kosten für den Unterhalt des Ghettos selbst zu erwirtschaften. Die Deutschen hatten nun die Wahl zwischen vier Möglichkeiten: –

das Ghetto zu subventionieren – das wollte niemand; –

die Abriegelung des Ghettos zu lockern, um normale wirtschaftliche Beziehungen mit der Außenwelt zu ermöglichen – diesen Vorschlag lehnten die Mediziner aus Gründen der Volksgesundheit ab; –

eine Unterversorgung des Ghettos »ohne Rücksicht« auf die Folgen zuzulassen, also das Ghetto zu begreifen »als Mittel ... das jüdische Volkstum zu liquidieren«; –

so schnell wie möglich eine wirksame Verwertung der jüdischen Arbeitskräfte zu organisieren, allerdings nicht durch staatliche Stellen wie in Lodz, sondern durch Privatunternehmen .

Nach Beratungen am 3. und 19. April wurde dem Wiener Bankdirektor Max Bischof die Verantwortung für die Wirtschaft des Warschauer Ghettos übertragen. Er sollte ein »befristetes Experiment« durchführen: eine sich selbst tragende Ghetto-Ökonomie nach Maßgabe der 'freien' Wirtschaft. Bischof ersetzte Alexander Palfinger, der zu hartnäckig am Lodzer Modell einer staatlich organisierten Ghetto-Ökonomie festgehalten hatte. Gleichzeitig wurde jedoch auch die andere, »von Gater inspirierte« Politik der Unterversorgung ohne Rücksicht auf die Folgen praktiziert. Das belegt der drastische Anstieg der Todesrate im Ghetto im Sommer 1941.

Im Oktober 1941 waren die Planer überzeugt, daß das Experiment von Bischof zum Scheitern verurteilt war. Gater und Meder zufolge war die Ernährung ungelernter jüdischer Arbeiter ein »Kapitalverschleiß«, da trotz der »Hungerlöhne« Maschinen dieselben Produkte billiger herstellen könnten. Bischof selbst gestand ein, daß, ökonomisch gesehen, das Ghetto ein »Ruinenfeld« sei – langfristig würde es seine Kosten nicht tragen können. Emmerich verkündete als endgültiges Urteil, »daß sich das Ghetto finanziell nicht tragen, nicht ohne Zuschüsse leben könne, wenn man sich zum Ziel setze, die Lebensfähigkeit der Judenschaft zu erhalten«.

Heim und Aly nun glauben, daß die Erhaltung billiger Arbeitskräfte im Ghetto nicht nur wegen der sich verschärfenden Lebensmittelknappheit des Jahres 1942 immer weniger akzeptiert wurde, sondern auch, weil die Produkte des Ghettos die Ökonomie des »arischen« Sektors durch »Dumpingpreise« untergruben und so dessen Modernisierung behinderten. Erst die Eliminierung der Juden habe es den Planern möglich gemacht, auf der Grundlage der so geschaffenen Arbeitskräfteknappheit die Modernisierung der polnischen Wirtschaft zu vollenden. Sie haben damit eine brillante und aufregende These formuliert, die »frischen Wind« in ein Forschungsgebiet bringt, in dem der Schwerpunkt noch immer auf der einst nützlichen, mittlerweile jedoch ein wenig schal gewordenen Funktionalismus/Intentionalismus-Auseinandersetzung liegt. So willkommen ihr Beitrag ist, den ich im Vorangegangenen knapp skizziert habe – er muß sich einer kritischen Überprüfung stellen. Meiner Meinung nach haben sie überzeugend nachgewiesen, daß Ende 1941 zumindest einige Mitglieder der »planenden Intelligenz« im Generalgouvernement zur Lösung eigener Probleme die Ausrottung der Juden favorisierten. In dieser Hinsicht unterschieden sich diese Planer nicht von anderen einflußreichen Gruppen innerhalb der deutschen Gesellschaft 2.

Heim und Aly gehen jedoch ein entscheidendes Stück weiter. Sie behaupten, daß die Zusammenarbeit zwischen und Übereinstimmung innerhalb der »planenden Intelligenz« die vielfältigen Rivalitäten innerhalb des Naziregimes überwunden hätten, daß die Planer lange vor 1941 eine 'Endlösung' angestrebt und, von unten nach oben arbeitend, maßgeblich teil an den Entscheidungsprozessen des Regimes gehabt hätten und daß ohne ihre Tätigkeit der Rassismus der Nazis über Pogrome nicht hinausgegangen wäre. Ich glaube nicht, daß die Ergebnisse ihrer bisherigen Arbeit diese Schlußfolgerungen stützen können.

Zwar haben sie zeigen können, daß die »planende Intelligenz« bezüglich der ökonomischen und demographischen Probleme Osteuropas von einer gemeinsamen Analyse ausging, die Tatsache jedoch, daß der Massenmord an den Juden als Mittel zur Lösung dieser Probleme gedeutet werden kann, bedeutet keineswegs, daß die »planende Intelligenz« einheitlich und bewußt auf eine solche Lösung hingearbeitet hat. Eine genaue Untersuchung des politischen Zusammenhangs, in dem diese »planende Intelligenz« ihre Studien erstellte und ihre Empfehlungen abgab, läßt es zweifelhaft erscheinen, ob sie wirklich gegen die vielfältigen Rivalitäten innerhalb der Nazibürokratie immun war und ob tatsächlich die meisten ihrer Mitglieder schon lange vor 1941 nach einer 'Endlösung' durch Massenmord strebten. Das Ausblenden dieses weiterreichenden politischen Kontexts verzerrt meiner Meinung nach einige der Heim-Alyschen Untersuchungsergebnisse.

Ich habe an anderer Stelle dargelegt, daß die Ghettoisierung der Juden in den besetzten polnischen Gebieten eine lokale Reaktion auf das Scheitern der radikalen Aus- und Umsiedlungspläne der Nazis war3. Die Juden sollten im Ghetto wie in »Lagerhallen« verstaut werden, bis die Behörden in Berlin entschieden hatten, wie sie aus dem Land zu schaffen seien. Die Einrichtung abgeschotteter Ghettos stellte die örtlichen Behörden jedoch schnell vor ein neues Problem. Nachdem man sie von der Ökonomie der Außenwelt abgeschnitten hatte und ihre eigenen Mittel sich rasch verbrauchten, drohte den Juden in den Ghettos der Hungertod. Statt sich nun darauf zu einigen, die jüdische Frage dadurch zu lösen, daß man einfach gar nichts tat, führten die enormen demographischen Probleme in den Ghettos von Lodz und Warschau zu einer Debatte zwischen zwei Fraktionen der örtlichen deutschen Behörden, die ich als 'Produktionisten' («productionists«) und 'Aushungerer' (»attritionists«) bezeichnen möchte.

Akut wurde die Krise im Spätsommer 1940 zuerst in Lodz, als klar wurde, daß die Bewohner des Ghettos nicht mehr in der Lage waren, Lebensmittel zu kaufen. Der Leiter des Lodzer Judenrats, Chaim Rumkowski, drang darauf, den Juden Arbeit zu geben, um sie in die Lage zu versetzen, sich Nahrungsmittel zu beschaffen. Ein Beamter der Ghetto-Verwaltung, Alexander Palfinger, war dagegen, den Juden entlohnte Arbeit zu ermöglichen, da nur die »allergrößte Not« sie dazu bringen würde, ihre letzten Habseligkeiten abzuliefern, über die sie, wie er behauptete, immer noch verfügten. Hans Biebow, der Leiter der Ghettoverwaltung, war dagegen der Meinung, daß alles unternommen werden müsse, »durch Arbeitsbeschaffung die Selbsterhaltung der Juden zu fördern«, selbst um den Preis anfänglicher Subventionen. Biebow setzte sich durch. Während der entscheidenden Beratung am 18. Oktober 1940 »wurde eingangs festgestellt, daß das Ghetto in Litzmannstadt weiter bestehen müsse und alle Kräfte in Bewegung gesetzt werden müßten, um das Ghetto aus sich selbst heraus zu erhalten«. Palfinger plädierte ungerührt für ein anderes Vorgehen: »Völlig gleichgültig, um nicht zu sagen wünschenswert, ist uns das rasche Absterben der Juden insolange als die Begleiterscheinungen das öffentliche Interesse des deutschen Volkes unberührt lassen.« Da er sich damit nicht durchsetzen konnte, verließ er Lodz und ging nach Warschau.

In Warschau wurde Palfinger zum Leiter jener Behörde ernannt, die als ökonomisches Scharnier zwischen dem Ghetto und der Außenwelt dienen sollte: der Transferstelle. In Waldemar Schön, dem Leiter der Umsiedlungsabteilung, die für die Warschauer Juden zuständig war, fand er eine verwandte Seele, ebenso in Karl Naumann, dem Leiter der Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft des Distrikts Warschau, und in Ludwig Fischer, dem Gouverneur des Distrikts. Diese Männer verfolgten ihre Absichten nicht so offen, wie Palfinger das in Lodz getan hatte, dennoch verfochten sie dem Ghetto gegenüber eindeutig eine Politik des Aushungerns. Mitte Januar gelangten Berichte nach Krakau, der Hauptstadt des Generalgouvernements, darüber, daß die Lieferungen von Lebensmitteln ins Warschauer Ghetto vollständig eingestellt worden seien.

Zu diesem Zeitpunkt beauftragte Walter Emmerich, der Leiter der Frankschen Wirtschaftsabteilung, Rudolf Gater damit, jenen Bericht über die »Wirtschaftsbilanz des jüdischen Wohnbezirks Warschau« abzufassen, der in der Arbeit von Heim und Aly einen so zentralen Stellenwert hat4. Ihrer Meinung nach formuliert der Bericht eine Reihe »wertfreier« Alternativen, aus denen sich die Behörden Ende April 1941 dann zwei herausgesucht hätten: ein begrenztes Experiment mit einer an der 'freien' Wirtschaft orientierten Ghetto-Ökonomie und die Fortführung des Aushungerns – letzteres werde an der Tatsache deutlich, daß die Todesrate bis in den Sommer 1941 hinein steil anstieg. Ich möchte jedoch eine ganz andere Interpretation dieser Vorgänge vorschlagen: daß nämlich innerhalb der »planenden Intelligenz« eine heftige Auseinandersetzung in Gang gekommen war und sich keineswegs ein Konsens herausgebildet hatte; daß sowohl Emmerich als auch Gater auf eine 'produktionistische' Lösung zur Erhaltung der Warschauer Juden drangen und nicht etwa auf ein Aushungern des Ghettos.

Gaters Bericht über die wirtschaftliche Lebensfähigkeit des Warschauer Ghettos ließ den Deutschen vier Möglichkeiten, die bereits genannt wurden: Subventionierung; Wiederherstellung der ökonomischen Beziehungen zur Außenwelt; Aufrechterhaltung der Unterversorgung ohne Rücksicht auf die Folgen; Installierung einer produktiven, sich selbst tragenden Ghetto-Ökonomie. Gater kam zu dem Schluß, daß die Wahl der vierten Möglichkeit bedeuten würde, 60.000 Juden Arbeit zu beschaffen, um sie Export-Waren im Ghetto produzieren zu lassen.

Aber der Bericht von Gater beschäftigte sich noch mit einem weiteren Aspekt, nämlich mit der bisherigen Politik von Waldemar Schön und Alexander Palfinger. Schön bestand weiterhin darauf, daß die Juden im Ghetto über beträchtliches Vermögen verfügten, das ihnen abzunehmen noch mindestens ein halbes Jahr in Anspruch nehmen würde. Um nun die Juden zur Herausgabe ihres Goldes, ihres Geldes, ihrer Juwelen und ihrer anderen Wertgegenstände zu bewegen, wollte Schön durch »Sperrung der Nahrungsmittellieferungen« Druck ausüben. Weitere Informanten Gaters schätzten die Menge der Ressourcen im Ghetto jedoch anders ein, und Gater teilte deren eher pessimistische Angaben, denn er kam zu dem Schluß, daß man, käme es nicht innerhalb von drei Monaten zu einer ökonomischen Reorganisation, mit »einer erheblichen Stockung des Lebens« im Ghetto rechnen müsse.

Emmerich legte Gaters Bericht am 22. März Frank vor und gab bei dieser Gelegenheit eine eindeutige, ja dringliche Empfehlung ab: »In der Denkschrift kommt man zu dem Ergebnis, daß in diesem Ghetto möglichst bald organisatorische und allgemeine Änderungen stattfinden müssen, da es nach Anschauung des von Ministerialdirigent Dr. Emmerich eingesetzten Kuratoriums wirtschaftspolitisch in dieser Weise nicht gehalten werden könnte.« Frank beauftragte Emmerich, die Meinung des Warschauer Distriktgouverneurs Fischer einzuholen; erst dann wollte er zur Klärung dieser Frage ein Treffen anberaumen5.

Zwei Tage später erhielt Frank von Fischer ganz andere Nachrichten: ihnen zufolge funktionierte das Ghetto problemlos. Angeblich hatten bereits 40.000 Warschauer Juden Arbeit gefunden (15.000 im Ghetto und 25.000 in Lagern) und war die Zahl der Kranken und durch Seuchen Bedrohten um 50 Prozent zurückgegangen. Nach Aussage Fischers: »Wenn sich die Entwicklung weiter so vollziehe, brauche man mit besonderen Schwierigkeiten im Ghetto nicht zu rechnen, um so weniger, da die Versorgung auch sichergestellt sei«.

Am 3. April 1941 trafen sich die Kontrahenten in Gegenwart von Hans Frank in Warschau. Gouverneur Fischer setzte seine Desinformationskampagne fort: Die ghettoisierten Juden hätten »erhebliche Mittel« zu ihrer Verfügung, ihre Ernährung sei sichergestellt und so für »die nächsten Monate die Gefahr einer Hungersnot keineswegs gegeben«. Emmerich wischte diese Phantastereien beiseite: »... müsse man sich von dem Gedanken frei machen, daß es jetzt im Ghetto noch gut gehe und daß es dort noch Vorräte gebe«. Da das Ghetto für einen langen Zeitraum geschaffen worden sei, müsse es auch eine entsprechende wirtschaftliche Planung geben. »Ausgangspunkt Gedanke gewesen, die Lebensfähigkeit der Judenschaft zu erhalten. Die Frage sei, ob es gelinge, dieses Problem in produktiver Weise zu lösen ...« Bezüglich der Transferstelle bemerkte Emmerich, daß die »Persönlichkeitsfrage« eine große Rolle spiele, ebenso das Problem der Autonomie der Transferstelle. Diese reiche so weit, daß zwischen der Transferstelle und der Zentralregierung in Krakau ständig Konflikte entstünden.

Gater gab noch einmal seine Berechnungen zum besten, denenzufolge es notwendig wäre, für 60.000 Juden Beschäftigung zu finden, um die Selbstversorgung des Ghettos sicherzustellen – eine Kalkulation, die Schön als »zu theoretisch« bezeichnete. Emmerich schlug vor, große deutsche Firmen für einen Umzug ins Ghetto zu gewinnen, um so die erforderliche Beschäftigtenzahl zu erreichen – als Anreiz sollten diesen Firmen Zugeständnisse für den Einsatz jüdischer Arbeitskräfte gemacht werden. Frank schlug ein weiteres Treffen vor, um die Probleme der Ghetto-Ökonomie abschließend und im Detail zu regeln, aber seine Unterstützung der 'Produktionisten' stand außer Frage. »Die Verantwortung, die die Regierung mit der Schaffung des jüdischen Wohnbezirks für 500.000 Menschen übernahm, sei sehr groß und ein Mißerfolg würde immer der Regierung des Generalgouvernements zur Last gelegt werden.«

Am 9. April 1941 legten Krakauer Beamte Frank einen vorläufigen Erlaß zur Reorganisation der Verwaltung des Warschauer Ghettos vor. Dieser Erlaß sah vor, die Verantwortung aus der Verfügung der Schönschen Umsiedlungsabteilung zu nehmen und in die Hände des Kommissars für den jüdischen Bezirk zu legen, der auch die Transferstelle beaufsichtigen sollte. »Eine solche Weisung sei notwendig, weil der Distriktchef von Warschau ausschließlich über diese Frage bestimmen wolle«, begründeten die Beamten ihre Vorlage. Frank lehnte diese Forderung strikt ab und ordnete an, Fischer dementsprechend zu informieren. Beim nächsten Treffen machte Frank seine neue Politik für alle verbindlich. Emmerich triumphierte, als Fischer schließlich zugab, daß mittlerweile Maßnahmen ergriffen worden seien, um zu garantieren, »daß die ganze Ghettofrage absolut nach den Richtlinien der Abteilung Wirtschaft behandelt werde«.

Die Folgen in Warschau waren dramatisch. Der Wiener Bankier Max Bischof wurde zum Leiter der Transferstelle ernannt und erhielt die besondere Aufgabe, die ökonomische Selbstversorgung des Ghettos sicherzustellen. Subventionen von Seiten der Regierung wurden ihm zugesagt, falls sie sich als notwendig erweisen sollten. Außerdem erhielt er die Versicherung, Palfinger versetzen lassen zu können. Schön bekam einen anderen Posten und wurde durch Heinz Auerswald abgelöst. Nachdem Bischof und Auerswald ihre neuen Stellen übernommen hatten, waren sie unangenehm überrascht, als

sie feststellen mußten, in welchem Ausmaß Palfinger und Fischer gelogen hatten und wie weit das 'Aushungern' im Schutz ihrer falschen Zahlen bereits gediehen war. Entgegen der hohen Beschäftigungsrate, die Schön und Palfinger für das Ghetto angegeben hatten, arbeitete dort fast niemand. Angeblich leisteten 25.000 Warschauer Juden im Frühjahr 1941 in Arbeitslagern produktive Arbeit; in Wahrheit waren es auch auf dem Höhepunkt der Beschäftigung nie mehr als allenfalls 6.100; zudem hatten sich die Lager als ein einziger Reinfall erwiesen, und man war gerade dabei, sie aufzulösen. Ebenso irreführend waren die Angaben über die Versorgung, da die Transferstelle in Wahrheit lediglich 5-10 Prozent der Nahrungsmittel zu Verfügung gestellt hatte, die im Ghetto tatsächlich benötigt wurden.

Weder der Streit zwischen 'Produktionisten' und 'Aushungerern', noch dessen Beendigung zugunsten der 'Produktionisten' läßt sich so ohne weiteres mit jener engverflochtenen Gruppe der »planenden Intelligenz« in Einklang bringen, die Heim und Aly porträtieren, einer Gruppe, die ihrer Meinung nach kooperativ und effektiv auf ein gemeinsames Ziel – die Ausrottung der Juden – hinarbeitete.

Wie Heim und Aly feststellen, hungerte das Ghetto weiterhin, und die Todesrate stieg drastisch an. Aber war das so, weil die Deutschen zu dieser Zeit »eine von Gater inspirierte« Politik der gezielten Unterversorgung praktizierten, wie Heim und Aly annehmen? Auerswalds Berichte jedenfalls weisen nicht darauf hin, daß er es als eine seiner Aufgaben ansah, das Ghetto weiter auszuhungern. »Ein sprunghaftes Ansteigen der Sterbefälle im Mai ds. Js. zeigte, daß der Lebensmittelmangel sich bereits zu einer Hungersnot auswuchs«, schrieb er. »Die Lebensmittelversorgung stellte sich daher als dringendste Aufgabe dar« . Der Widerstand gegen eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung des Ghettos kam nicht von unten, sondern von Frank. Als Bischof berichtete, daß selbst für die Arbeiter »unbedingt notwendige« Lebensmittel fehlen würden, lehnte Frank zusätzliche Lieferungen ab und erklärte: »Auch für die polnische Bevölkerung werde ... kaum noch etwas zur Verfügung gestellt werden können«. Der Hunger im Ghetto hielt an, doch das war nicht die Folge einer von Auerswald und Bischof betriebenen Politik, die schließlich ihre Stellen angetreten hatten, um das ökonomische Programm von Emmerich und Gater durchzuführen.

Abgesehen davon, daß sie eine »von Gater inspirierte« Politik des Aushungerns konstatieren, kommen Heim und Aly mit ihrer Darstellung des Treffens vom 15. Oktober 1941 der These am nächsten, die »planende Intelligenz« habe einen direkten Einfluß auf die Entscheidungsprozesse gehabt, die zur 'Endlösung' führten 6. Auf diesem Treffen war man sich darüber einig, daß das Experiment einer sich selbst tragenden Ghetto-Ökonomie gescheitert war. Sowohl Auerswald als auch Emmerich sprachen von einer zukünftigen Deportation der ghettoisierten Juden. Sie waren bereit, das Ghetto als ein »vorübergehendes Konzentrationslager« zu betrachten: »So würde es, um unnötige Arbeit und Aufwendungen zu sparen, zweckmäßig sein, es im wesentlichen bei dem derzeitigen Zustand zu belassen« (Heim/Aly).

Daß die »planende Intelligenz« Mitte Oktober 1941 das Experiment einer wirtschaftlichen Selbstversorgung des Warschauer Ghettos für gescheitert erklärte, kann jedoch keinen wesentlichen Einfluß auf die Entscheidung der führenden Nazi-Bürokraten für die Politik der Massenvernichtung gehabt haben – diese Entscheidung war nämlich bereits gefallen. Im Oktober hatten die Vorbereitungen für den Bau der ersten Todeslager in Belzec und Chelmo schon begonnen. Nach meiner Überzeugung waren entsprechende Vorbereitungen mehrere Monate zuvor von der Führung des Nazi-Regimes initiiert worden; sie waren nicht das Ergebnis lokaler Initiativen von unten7. Die ökonomischen Probleme, die das Ghetto aufwarf, können vielleicht erklären, warum so viele der örtlichen deutschen Verwaltungsbeamten für die von oben in Gang gesetzte Politik des Massenmords so empfänglich waren; diese ökonomischen Probleme provozierten jedoch keine wesentlichen lokalen Aktivitäten, die schließlich den Massenmord zum Resultat gehabt hätten.

Im Grunde behaupten Heim und Aly, daß die Ideologie des Regimes zwar ausgereicht habe, um Pogrome und einzelne Massaker auszulösen, daß für die Durchführung der Endlösung jedoch die ökonomischen Berechnungen der »planenden Intelligenz« nicht nur notwendig, sondern sogar entscheidend gewesen seien. Indem sie so den Primat ökonomischer Kalkulationen vor der Ideologie behaupten, ignorieren Heim und Aly jedoch vollständig die drastische Veränderung im Umgang mit wirtschaftlichen Problemen, die zwischen Herbst 1941 und Frühjahr 1942 in Deutschland stattfand, und sie ignorieren gleichermaßen das im Gefolge dieser Veränderung modifizierte Zusammenspiel von ideologischen und ökonomischen Faktoren. Für das Verständnis dieses Punkts ist eine neuere Arbeit von Ulrich Herbert, auf die ich mich im folgenden beziehe, von fundamentaler Bedeutung8.

Herbert hat festgestellt, daß es von September 1939 bis September 1941 bei der Ausbeutung jüdischer, polnischer und russischer Arbeitskräfte keinen Konflikt zwischen ideologischen und ökonomischen Erwägungen auf Seiten der Deutschen gab. Der Endsieg würde schließlich alle wirtschaftlichen Probleme lösen, im übrigen hielt man Juden und Slawen eher für eine Belastung als für ein nutzbares Arbeitskräftepotential. In dieser Atmosphäre begannen die »Einsatzgruppen« mit der Ausrottung der russischen Juden, ließ man die russischen Kriegsgefangenen massenhaft krepieren und begann mit den Vorbereitungen für die »Gesamtlösung«. Heim und Aly haben recht, wenn sie darauf hinweisen, daß in dieser Zeit kein Mangel an ungelernten Arbeitern bestanden hat und es daher wirklich ein Problem gewesen ist, Mittel und Wege zu finden, die ghettoisierten Juden zu beschäftigen. (Meiner Meinung nach haben sie jedoch übersehen, daß der größere Teil der örtlichen deutschen Verwaltungen dennoch nach Möglichkeiten suchte, den ghettoisierten Juden Arbeit zu verschaffen;

nicht wegen zusätzlicher Profite, die die von ihnen produzierten Waren abwerfen würden, sondern um sie ohne Kosten für den Staat ernähren zu können.)

Im Herbst 1941, so Ulrich Herbert, vollzog sich ein fundamentaler Wandel, der zu einem Konflikt zwischen »Vernichtung« und »Arbeit«, zwischen ökonomischen Interessen und ideologischen Vorgaben führte. Im September 1941 registrierten die Deutschen erstmals einen schwerwiegenden Arbeitskräftemangel, und Ende Oktober hatte Hitler bereits dem Vorhaben zugestimmt, die Arbeitskraft russischer Kriegsgefangener auszubeuten. Die enorme Nachfrage der deutschen Industrie nach diesen Arbeitskräften machte rasch sichtbar, daß die russischen Kriegsgefangenen bis auf einen kleinen Teil entweder bereits tot oder gesundheitlich so geschädigt waren, daß sie nicht mehr arbeiten konnten. Sie wurden durch russische Zivilisten ersetzt. 1942triebman 1,4Millionen russische Zivilisten zusammen und transportierte sie zur Zwangsarbeit nach Deutschland. Herbert ist überzeugt, daß es diese Entscheidung für eine großangelegte Ausbeutung russischer Arbeitskräfte war, die es den Nazis möglich machte, den ideologisch motivierten Massenmord an den Juden voranzutreiben, ohne Rücksicht auf die Arbeitskräfte nehmen zu müssen, die dadurch vernichtet wurden. Zwar gab es auch dabei – wenngleich sehr partiell – ökonomische Belange zu berücksichtigen (der Beginn der Selektionen in Auschwitz und die Deportation von deutschen Juden, die in der Rüstungsindustrie arbeiteten, wurden aufgeschoben), doch die überwältigende Mehrheit der russischen und polnischen Juden wurde 1942 umgebracht, ohne daß ihr ökonomisches Potential auch nur im entferntesten berücksichtigt worden wäre. Dieser Primat der Vernichtung vor jeder ökonomischen Erwägung führte zu Protesten von Seiten der Armee und der Zivilverwaltung. Himmler antwortete darauf, indem er gestattete, daß ein Rest der jüdischen Arbeitskräfte in den SS-Lagern arbeitete: »Jedoch auch dort sollen eines Tages dem Wunsche des Führers entsprechend die Juden verschwinden«.

Herberts Szenario eines ideologisch begründeten Massenmordprogramms, das über pragmatische ökonomische Kalkulationen mit eisernem Besen hinwegfegte, wird von Heim und Aly ignoriert, obwohl es sich in den Dokumenten eben jener Planer und Technokraten des Generalgouvernements widerspiegelt, auf die sie sich in ihrer Arbeit konzentrieren. Am 20. März 1942 fand in Warschau ein Treffen statt, auf dem die Frage der jüdischen Arbeitskräfte diskutiert wurde. Außer Auerswald nahmen daran Vertreter der Transferstelle, der Distrikt-Abteilungen Arbeit, innere Verwaltung, Gesundheit, Ernährung und Wirtschaft und andere teil. Hoffmann, der Direktor des Arbeitsamts Warschau, »Nebenstelle für den jüdischen Wohnbezirk«, sprach den katastrophalen Arbeitskräftemangel an, der entstanden war. Man müsse sich nunmehr über frühere Einwände gegen die Verwendung jüdischer Arbeitskräfte (Gesundheit, 'Rasse') hinwegsetzen. Eben jetzt würden Russen ins Reich verbracht, trotz aller Gesundheitsgefahren. In der Tat hatte man alle russischen Arbeiter aus dem zivilen Bereich und 50 Prozent aus dem militärischen Bereich abgezogen, um sie nach Deutschland zu schicken, darüber hinaus einige hunderttausend Polen. Ersatz mußte her, und das bedeutete, für kriegswichtige Arbeiten Arbeitskräfte aus dem Reservoir des Warschauer Ghettos zu verwenden. Der für Wasserkontrollprojekte Zuständige wies darauf hin, daß auch er keine Polen und Russen mehr bekommen könne und deshalb ebenfalls Juden benötige. Hoffmann entgegnete, er wolle auf Grund früherer Erfahrungen keine Aktionen, bei denen Menschen zusammengetrieben würden, »keine Lager von ausgemergelten Menschen, keine unmöglichen Arbeitsansprüche, die selbst deutsche Arbeiter nicht bewältigen können«. Außerdem seien die Wasserkontrollprojekte langfristiger Natur, und nur Arbeit, die für den Krieg von Bedeutung sei, sei wichtig genug, um Juden dafür einzusetzen9.

Hoffmanns Berichte von April und Mai betonen die wachsende Nachfrage nach jüdischen Arbeitskräften als Ersatz für die Arbeiter, die nach Deutschland gebracht worden waren. Im Ghetto waren neue arische Firmen eröffnet worden, und der Bedarf der Wehrmacht an jüdischen Arbeitskräften war »besonders stark«. Die Produktionszahlen im Ghetto stiegen steil an. Im Januar 1942 meldete die Transferstelle Exporte im Wert von 3.736.000 Zloty, im Juni war diese Zahl auf 14.458.200 Zloty gestiegen, in den ersten drei Wochen des Juli auf 15.058.558.

Die ökonomische Situation des Warschauer Ghettos hatte sich also in der Zeit vom Oktober 1941 bis zum Sommer 1942 vollständig gewandelt. Das pessimistische Urteil von Auersbach, Emmerich und anderen vom Oktober 1941 – das Ghetto sei langfristig wirtschaftlich nicht lebensfähig – ließ sich nicht länger aufrechterhalten. So wurde das Ghetto nicht etwa liquidiert, weil sich für seine eingekerkerten Bewohner keine Arbeitsplätze hätten finden und damit nicht die Kosten seines Unterhalts hätten aufbringen lassen oder weil seine Produktivität so gering war, daß der Einsatz von Maschinen billiger gewesen wäre als das Auszahlen der Hungerlöhne – es wurde liquidiert trotz steigender Nachfrage nach jüdischen Arbeitskräften und obwohl die Produktivität des Ghettos rasch zunahm.

In der Zusammenfassung seiner Studie über den Einfluß der nazistischen Ideologie auf die Nutzung von Zwangsarbeit kommt Herbert zu dem Schluß, daß zwar wirtschaftliche Erwägungen deutsche Unternehmer dazu veranlaßten, den Tod vieler ihrer Arbeiter in Kauf zu nehmen, um ein bestimmtes Produktionsziel zu erreichen, daß es jedoch die Ideologie des Nationalsozialismus war, die als Ziel die Vernichtung von 'Rassefeinden' vorgab – »Vernichtung durch Arbeit« war als ein Mittel zugelassen, dieses Ziel zu erreichen. Herbert argumentiert, daß jeder Versuch, die Politik des Massenmords, die das Naziregime verfolgte, in der Hauptsache aus einem rationalen wirtschaftlichen Kalkül abzuleiten, die Tatsache ignoriert, daß für die Nazis die Ermordung ideologischer Gegner bereits aus sich rational gerechtfertigt war, auch wenn sie ihre mörderische Politik noch zusätzlich mit ökonomischen, geopolitischen, medizinischen und sicherheitspolitischen

Argumenten begründeten. Rassismus war kein Täuschungsmanöver, kein Mythos, hinter dem sich reale wirtschaftliche Interessen verbargen, Rassismus war der Fixpunkt des Systems. Diese Sichtweise, die ich überzeugend finde, steht in krassem Gegensatz zu den Schlußfolgerungen von Heim und Aly, denenzufolge allein ökonomische Berechnungen eine Verfolgung der Juden, die über Pogrome und Massaker hinaus zur 'Endlösung' führte, bewirken konnten.

Was läßt sich zusammenfassend sagen? Heim und Aly haben sowohl durch ihre sorgfältige Erforschung der unbekannten und bislang ignorierten unteren Ränge der sozial und ökonomisch planenden Bürokratie der deutschen Besetzung Osteuropas eine wichtige Arbeit geleistet als auch durch ihre herausfordernden Thesen, die Anlaß geben, bedeutsame Themenbereiche erneut zu untersuchen. Das schließlich ist Sinn und Zweck historischer Forschung. Ihren Schlußfolgerungen kann ich jedoch nicht zustimmen. Wo sie Kooperation und Konsens sehen, sehe ich Fraktionierung und Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Gruppen, die ich als 'Produktionisten' und 'Aushungerer' bezeichnet habe. Wo sie langfristige Kontinuität und Zielstrebigkeit ausmachen, sehe ich sich verändernde Bedingungen und unterschiedlich Phasen. Wo sie meinen, daß lokale Initiative und Planung von unten letztendlich die entscheidenden Anweisungen von oben präformiert haben, stelle ich Signale und Impulse fest, die vom Zentrum ausgingen und in der Peripherie auf Zustimmung und Anpassungsbereitschaft trafen. Wo sie ein ökonomisches Kalkül für die ausschlaggebende Voraussetzung der 'Endlösung' halten, begreife ich die 'Endlösung' als eine Politik, die trotz ihrer ökonomischen Irrationalität durchgeführt wurde.

Anmerkungen

1) Ich beziehe mich dabei auf: Susanne Heim / Götz Aly: »Die Ökonomie der 'Endlösung': Menschenvernichtung und wirtschaftliche Neuordnung«, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik Bd. 5: Sozialpolitik und Judenvernichtung: Gibt es eine Ökonomie der 'Endlösung'?, Berlin 1987, S. 7 – 90. Einige der gleichen Argumente finden sich in: Dies.: »Ein Berater der Macht: Helmut Meinhold oder der Zusammenhang zwischen Sozialpolitik und Judenvernichtung, Selbstverlag, Hamburg/Berlin 1986, und: »Die Ökonomie der 'Endlösung' am Beispiel des Generalgouvernements«, Papier, vorgestellt auf der Tagung der Germany Study Association, St. Louis, Oktober 1987

2) Zu den Gesundheitsbehörden im Generalgouvernement verweise ich auf meinen Aufsatz »Genocide and Public Health: German Doctors and Polish Jews, 1939-1941«, Holocaust and Genocide Studies 111/1, 21-36. Zum Militär siehe meinen Artikel: »Wehrmacht Reprisal Policy and the Mass Murder of the Jews in Serbia«, Militärgeschichtliche Mitteilungen 31/1, 3 1 -47

3) Christopher R. Browning: »Nazi Ghettoization Policy in Poland: 1939-41«, Central European History 19/4 (Dezember 1986), 343-68, bes. 344 und 364

4) Yad Vashem Archives (YVA), JM 10016, »Die Wirtschaftsbilanz des jüdischen Wohnbezirks in Warschau«, Bericht des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit, Dienststelle Generalgouvernement, Krakau, März 1941. Das Original liegt im Staatsarchiv Warschau: Der Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk in Warschau, Nr. 125

5) Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939-1945, hrsg. v. Werner Präg / Wolfgang Jacobmeyer, Stuttgart 1975, 334

6) Heim/Aly beziehen sich auf: Staatsarchiv Warschau, Amt des Distrikts Warschau, Nr. 132. Leider war ich bislang nicht in der Lage, eine Kopie der Reden zu bekommen, die auf diesem Treffen gehalten wurden, und bin daher ausschließlich auf Heim/Alys Darstellung angewiesen

7) Christopher R. Browning: »Fateful Months: Essays on the Emergenceof the Final Solution«, New York 1985, 8-38

8) Ulrich Herbert: »Arbeit und Vernichtung: Ökonomisches Interesse und Primat der 'Weltanschauung' im Nationalsozialismus«, in: Ist der Nationalsozialismus Geschichte?, hrsg. v. Dan Diner, Frankfurt 1987, 198-236

9) YVA, JM 3462, Treffen vom 20. März 1942

Professor Christopher R. Browning lehrt en der Pacific Lutheran University in Tacoma/USA. Sein Beitrag wurde von Dorothee Danzmann übersetzt, die Übersetzung vom Verfasser autorisiert. Für den Abdruck haben wir seinen Anmerkungsteil aufs Notwendigste reduziert. Wer ihn vollständig haben mochte, kann ihn – per frankiertem Umschlag – über die Redaktion erhalten.

* Zitate im Original Deutsch

konkret 12/89, S. 70

Wolfgang Schneider

Buch des Monats - Der Jude Barbie

Alain Finkielkraut: Die vergebliche Erinnerung. Vom Verbrechen gegen die Menschheit, Edition TIAMAT, Berlin 1989, 115 S., 19.8O Mark

Der Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus und seinen Opfern ist hierzulande in der Regel entweder durch Gedankenlosigkeit oder den Willen geprägt, jene für eigene Zwecke zu verwenden. Beides zeitigt Ergebnisse, mit denen man längst zwar rechnen muß, die aber dennoch immer wieder verblüffen. Der neue *Ploetz* etwa, *Weltgeschichte 1939-1945 auf einen Blick* von Hans Dollinger, hat sich vorgenommen, »das ganze Panorama dieser Jahre vor dem Leser auszubreiten«. Er hat dafür die Form einer sechsspaltigen »ausführlichen Synchronopse« gewählt, die mit ihrer »gelungenen Synthese von Text und Bild . . . dazu verleitet, sich 'festzulesen'«, wie der Verfasser im Vorwort sein eigenes Buch lobt. »In der ersten Spalte findet der Leser die Daten aus der Politik, in der zweiten Spalte das europäische, in der dritten Spalte das außereuropäische Kriegsgeschehen. Die Spalten vier bis sechs sind den übrigen Themen gewidmet.« Zu diesen übrigen Themen gehört die Vernichtung der europäischen Juden ebenso wie die Liquidierung antifaschistischer Widerstandsgruppen. Sie alle müssen sich Spalte sechs mit Nachrichten über heftige Schneefälle, Fußballspiele und Handelsabkommen teilen. So bietet diese Rubrik tatsächlich hinreichend Gelegenheit, sich festzulesen:

14.10. Mit der Errichtung des KZ Auschwitz wird begonnen.

15.10. Eröffnung der 37. Wiener Messe.

15.3.... Im Monat März ordnet Goebbels eine Kontrolle der Nacktdarstellungen in den Berliner Vergnügungsstätten an; der Sicherheitsdienst läßt über hundert Mitglieder der seit 1935 bestehenden Dresdner Widerstandsorganisation Schulze/Stein, bestehend aus Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilosen, verhaften.

28.4. Das 6. deutsche Fußball-Pokal-Endspiel gewinnt im Berliner Olympiastadion der 1. FC Nürnberg mit 2:0 gegen Waldhof Mannheim.

29.4. In Warschau wird damit begonnen, ein Viertel mit einer Mauer für das künftige Ghetto abzugrenzen.

14.4. In England wird die Vergnügungssteuer verdoppelt.

16.4. SS- und Polizeiführer von Alvensleben meldet nach Berlin, die Krim sei 'judenfrei'.

Ist diese Verzeichnung der nationalsozialistischen Massenmorde unter »Sonstiges« Ausfluß bestenfalls einer Gedankenlosigkeit, die als Reflex der historischen Tatsache verstanden werden muß, daß das gesellschaftliche Leben seinen Gang ging auch dann noch, als seine Fundamente längst schon in Schutt und Asche lagen, so hat, wer mit den Nazi-Verbrechen hantiert, um selbst aus ihnen noch politisches Kapital zu schlagen, eine Vorstellung von ihrer Bedeutung, die ihre Unterbringung in solch einem bloß zufälligen Sortiment nicht zuläßt. Die revisionistischen Historiker etwa, denen es aus Gründen der nationalen Reputation erklärtermaßen darum geht, »Zweifel an der monumentalen Einfalt und Einseitigkeit der vielfach herrschenden Vorstellung über die vorbildlose Besonderheit der NS-Verbrechen zu wecken« (Joachim Fest), konstruieren ganze Geschichtsepochen, um die Untaten der Deutschen als keineswegs außergewöhnlich erscheinen zu lassen, oder ordnen sie einem Spektrum historischer Greuel zu, das sie zu relativieren scheint: »angefangen von den Armeniern bis hin zu den Opfern des Archipels GULag oder den Kambodschanern« (Fest).

Zu diesem Vorhaben von rechts gibt es eine linke Variante. In einem Schreiben, in dem er die Überlegungen Susanne Heims und Götz Alys zur »Ökonomie der 'Endlösung'« (KONKRET 10/89) »eurozentristisch« nennt und den Autoren vorwirft, daß sie »bei ihrer isolierten Behandlung der Thematik ... an keiner Stelle die Vernichtungspolitik des deutschen Imperialismus an außereuropäischen Völkern« erwähnt haben, hat ein Leser dieser Zeitschrift sie geradezu idealtypisch formuliert:

»Die Massenmorde der Nazis stellen – in zeitlicher Hinsicht – einen kurzen Abschnitt dar. Bevölkerungspolitik hat weder 1933 begonnen noch 1945 aufgehört. Hauptunterschied ist die Verlegung des Schauplatzes – von Europa in die Dreikontinente. Wer von Singularität redet, will die Verbrechen an Nicht-Weißen nicht zur Kenntnis nehmen, als wäre die Tat erst kriminell, wenn Europäer betroffen sind. Bevölkerungspolitisch gehören die Vernichtungsmaßnahmen der Nazis vor 50 Jahren, die Ausrottung der amerikanischen (sog. indianischen) Völker durch europäische Siedler, afrikanischer Völker in deutschen KZs (die ersten deutschen KZs wurden in Afrika errichtet), der Libyer-innen in italienischen KZs, die Massenmorde am palästinensischen Volk durch die Zionisten, die physische Liquidierung von Kurden-innen mit Nato-Waffen, der unzählige tägliche Mord durch den künstlich erzeugten Welthunger, durch biologische Waffen und durch die regional inszenierten Kriege des Imperialismus zusammen.«

Was an dieser Passage bemerkenswert ist – die 'Historisierung' der nazistischen Ausrottungspolitik durch ihre Einfügung in das Konstrukt eines Jahrhunderte währenden Kontinuums europäischer Bevölkerungspolitik; die Behauptung, wer von der Singularität der Nazi-Verbrechen überzeugt sei, ignoriere oder leugne die Verbrechen des Imperialismus in der Dritten Welt und sei letztlich ein Rassist; die Aufforderung an die Linke, sie möge doch endlich ihre Aufmerksamkeit von einem

Ereignis, das längst vergangen und eh nur ein internes Problem des weißen Imperialismus gewesen sei, ab- und den bevölkerungspolitisch motivierten Verbrechen in der Dritten Welt zuwenden; die gleichzeitige Reduzierung dieser Verbrechen auf solche, die von Europäern verübt wurden und werden (denn daß Kambodscha, Uganda, Biafra oder Bangladesh nicht vorkommen, ist ebensowenig ein Zufall wie die Merkwürdigkeit, daß im Falle der irakischen Kurdenverfolgung an Stelle der nichteuropäischen Täter ihre europäischen Mordwerkzeuge aufgelistet werden) – all das transportiert auch der folgende Text:

»Als Weiße vergießt ihr Tränen über das weiße Schicksal. Als Europäer bläht ihr einen Familienzwist zum Weltkonflikt und unverjährbaren Verbrechen auf. So von euch eingenommen wie ihr seid, so unempfindlich seid ihr für das Leid der wirklich Unterdrückten, ihr leckt eure eigenen Wunden und erhebt die Juden, das heißt euresgleichen, zu einer verfemten Nation, zu erwählten Märtyrern, um mit Hilfe jener Prüfungen, die ihr einmalig durchgemacht habt, leichter die Mißhandlungen zu vergessen, die ihr ohne Unterlaß die Völker des Südens erleiden ließet und laßt. Doch . . . so laute und so lange . . . Schluchzer über die Verbrechen der Nazis ihr auch hören laßt, so sind wir doch da, ... und unsere polychrome Anwesenheit beweist, daß trotz all eurer Anstrengungen die Manipulation mißlungen ist. Durch uns lacht die ganze Menschheit über euch und erklärt, daß *euer* Desaster nicht *ihre* Sache ist.«

So übersetzt der französische Publizist Alain Finkielkraut in seinem Essay über *Die vergebliche Erinnerung* die Haltung, mit der die Verteidigung im Prozeß gegen den »Schlächter von Lyon«, den SS-Obersturmführer Klaus Barbie, der Anklage entgegentrat. Die drei Verteidiger Barbies, der Kongolese M'Bemba, der Algerier Bouaita und der Franzose Vergès, dessen Mutter eine Vietnamesin ist, haben, so berichtet Finkielkraut, statt sich auf klassische Verteidigungsstrategien zu beschränken, es vorgezogen, »selbst als Ankläger aufzutreten und den Rassismus vom Verbrechen selbst auf das Erinnern an das Verbrechen zu verlagern«, indem sie zum Ausdruck brachten, »daß die Vernichtung der Juden ein Verbrechen von allenfalls lokalem Interesse, ein Blutstropfen Europas im Ozean des menschlichen Leidens sei und folglich allein das Gewissen der Weißen zu beunruhigen habe«, während in Wahrheit der unerklärte und von keinem Gericht geahndete Krieg der imperialistischen Staaten gegen die Dritte Welt den Gang der Geschichte bestimme.

Hatten sie damit nicht recht? Wann wäre jemals ein Verbrechen des Kolonialismus als 'Verbrechen gegen die Menschheit' gewertet, also jener Klassifizierung unterworfen worden, die in den Nürnberger Prozessen dazu diente, der Vernichtung der europäischen Juden juristisch beizukommen? Bezeugt nicht gerade die Geschichte dieser Kategorie des internationalen Strafrechts eine Exklusivität, die die Menschen der »Dreikontinente« demütigt und ihren Grund in der Tatsache hat, daß »bei der Endlösung alles eins war, weiß war weiß, ganz gleich ob Opfer oder Henker«? Ist Auschwitz nicht tatsächlich, wie Vergès zu verstehen gab, »nicht der Anus Mundi, sondern der Bauchnabel des Westens«? Und konnte man, »wenn sich im Lager der Feinde der Menschheit ein Blutbad ereignete, ... vom anderen Lager, das heißt von denen, die für den Fortschritt der Menschheit zu sorgen hatten, ... verlangen, daß sie sich in ewiger Zerknirschung und Trauer übten«?

So glaubten die Anwälte Barbies von »zwei Facetten des Westens, zwei Modalitäten des Schreckens die kleinere« gewählt zu haben, als sie sich entschieden, »einen *Besiegten« zu* verteidigen. Folgerichtig schlugen sie, »beim ersten in Frankreich wegen Verbrechen gegen die Menschheit angestrengten Verfahren ... die Märtyrer des Kolonialismus und der Sklaverei dem Lager des Angeklagten zu, reduzierte(n) damit die Verschiedenheit des Menschengeschlechts wiederum auf die Geschichte 'des' Menschen und stellte(n) diesen Menschen, den sie allein in diesem Gerichtssaal zu vertreten beanspruchte(n), dem jüdisch-weißen Nazitum gegenüber«. Sie waren sich sicher, daß für einen großen Teil der internationalen öffentlichen Meinung der Nationalsozialismus nicht jene »Menschheitskatastrophe« bedeutet, die er in Wahrheit gewesen ist. Und, wie zahlreiche Reaktionen zeigten, hatten sie recht damit. »Der Barbie-Prozeß war also nicht«, resümiert Finkielkraut, »wie die meisten Kommentatoren meinten, die exemplarische Fortsetzung des Nürnberger Prozesses. Durch die beispiellose Kumpanei von Repräsentanten der Dritten Welt mit einem Nazi-Folterspezialisten wurde er vielmehr zu dessen Spottbild.«

Die vergebliche Erinnerung, die schon mit ihrem Titel den Abstand markiert, der sie vom eingangs erwähnten *Ploetz* trennt, den der Verlag als »eine Fundgrube der Erinnerung« anpreist, ist ein beunruhigender Text über die Auseinandersetzungen um den Charakter des Verbrechens gegen die Menschheit und seine strafrechtliche Relevanz, die, von der hiesigen Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen, Inszenierung und Ablauf des Prozesses gegen Klaus Barbie bestimmten. Denn auch die mit-anklagenden Verbände der Résistance bemühten sich, wenngleich aus Motiven, die denen der Verteidigung entgegengesetzt waren, um eine »Verwässerung« dieses Begriffs. Das hatte seinen Grund darin, daß in der Anklageschrift zunächst nur Barbies antijüdische Maßnahmen aufgeführt worden waren – nach französischem Recht sind die 'Kriegsverbrechen' der Nazi-Okkupanten seit 1964 verjährt, und der zuständige Untersuchungsrichter hatte die Aktionen gegen die Résistance eben diesen 'Kriegsverbrechen' zugeordnet.

Da die Vertreter der Résistance-Verbände Privatklage gegen diese Entscheidung erhoben, ergab sich die paradoxe Situation, daß eine Gruppe, die, wie Finkielkraut schreibt, »zu Recht stolz darauf war, mit der Waffe gegen die Besatzer gekämpft zu haben«, und die daher niemals »mit denen zusammengeworfen werden (wollte), die ihr Sein, und nicht ihr Handeln, nach Auschwitz oder Buchenwald gebracht hatte«, plötzlich als 'Opfer' behandelt werden wollte und zu den Juden unters Dach der Verbrechen gegen die Menschheit drängte.

Nun bestreitet Finkielkraut den Résistance-Verbänden keineswegs das Recht, den Mörder ihrer Kameraden zur Rechenschaft zu ziehen. Auch das Gericht hat schließlich ihrem Begehren stattgegeben. Daß zu diesem Zweck die Merkmale der Verbrechen gegen die Menschheit erweitert und dabei prinzipielle Unterschiede verwischt worden sind, kritisiert er allerdings ebenso wie die Tatsache, daß im Verlauf des Prozesses die Vertreter der Résistance die Verteidiger Barbies bei ihrem Versuch unterstützten, »den Juden ihre Monopolstellung zu entreißen und das Verbrechen gegen die Menschheit denen, die es an sich gerissen hatten, zu entwinden«. Also plädiert er für die Aufrechterhaltung einer Unterscheidung, die im umstandslosen Gebrauch der Worte 'Nazi', 'Faschismus', 'Endlösung', 'Vernichtungspolitik' und 'Völkermord' längst untergegangen ist. Denn »es gibt Taten, *in* einer Welt, zu der der Krieg gehört, und es gibt Untaten, *außerhalb* der Welt. Es ist nicht gleichgültig, ob man Feind ist oder Jagdwild. Im ersten Fall ist die Welt noch die Welt der Taten, denn man bleibt Herr seiner eigenen Entscheidungen.... Im zweiten Fall aber, dem des Jagdwilds, haben die Jahre kein Aroma mehr, denn die Taten sind keine Taten, sondern Untaten, und die Welt ist keine Welt mehr, sondern eine Falle: man sühnt nicht seine Taten, sondern seine Geburt ...«

Es sollte diese Erinnerung, die dann keine vergebliche mehr wäre, all diejenigen nachdenklich machen, die glauben, die Dringlichkeit ihres politischen Kampfes nur dadurch herausstellen zu können, daß sie auf die Leichenberge steigen, mit denen die Nazis Europa bedeckten.

konkret 12/89, S. 72

Martin Fischer

Kamele für den Frieden

Die linken Kritiker der Informatik wollen nur noch das Schlimmste verhüten. Wer sie als Staatsfeinde verfolgt, verschwendet Steuergeld

Wer sich in Frankfurt bei Hertz einen großen Volvo mietet, kann in der Stoßzeit lässig auf unbekannte Nebenstraßen ausweichen. Ein kleiner Bildschirm neben dem Lenkrad zeigt, wo noch was geht, wenn alles staut. Der »Travelpilot« von Bosch holt sich die digitalisierten Straßenpläne von einer Compact-Disc.

Bis Jahresende werden alle gängigen Karten der BRD flächendeckend digitalisiert sein. Die rund 600 Karten im Maßstab 1:50000 haben Platz auf einer einzigen Scheibe von der Größe einer LP. Mit Hilfe von Satellitenaufnahmen ist auch die Herstellung von detailgenauen digitalisierten Geländekarten in den Grenzen von 1937 möglich. Womit verständlich wird, warum sich auch die Entwicklung dieser Technik einem Auftrag des »Bundesamts für Wehrtechnik und Beschaffung« verdankt.

Beim Rüstungskonzern Dornier bestellte die Koblenzer Beh6rde ein digitales Landkartensystem für den Panzerabwehrhubschrauber PAH2, der ab 1992 auch über fremdem Staatsgebiet die Orientierung nicht verlieren soll. In einer Schweizer Polizeileitzentrale läßt Dornier in einem Pilotprojekt die Vorzüge digitalisierter Karten beim »Zugriff« im dichtbebauten Stadtgebiet erproben. Die relevante Umgebung des »Gefahrenherds« bildet sich auf dem Monitor ab, in Stellung gegangene Einheiten können positionsgenau eingeblendet werden. Auf Tastendruck werden noch zusätzliche Details wie U-Bahn-Schächte, Tiefgaragen oder Gebäudepläne sichtbar.

Immerhin, noch sind die seit langem weithin sichtbar installierten Videokameras relativ harmlos, ihre Auswertung erfolgt manuell. Ohne menschliche Sehschärfe und wachem Gedächtnis läuft da noch nichts. An der automatischen Mustererkennung wird seit Jahren fieberhaft gearbeitet. Mit Supercomputern, die derzeit bei der Observation von Kreuzungen einen LKW von einem Köter nicht unterscheiden können. Das kann sich jedoch schnell ändern.

Erst vor kurzem löste sich der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung auf, die Militärausgaben steigen weiter. Im Budget für 1990 sind 1,8 Milliarden Mark für Forschung und Entwicklung in Elektronik, Informations- und Kommunikationstechnik vorgesehen. Mehr als die Hälfte davon unmittelbar für militärische Zwecke. Nach wie vor entscheidet der militärisch-industrielle Komplex über Richtung, Ausmaß und Tempo des digitalen Fortschritts. 1943 unterstützte das US-amerikanische Verteidigungsministerium den Bau des ersten funktionierenden Computers, um die langwierigen Berechnungen von Geschoßflugbahnen zu beschleunigen. Heute fordert das Pentagon, die militärische Überlegenheit der USA durch den massiven Einsatz von Super-Computern zu wahren. Der enorme Innovationsschub der Mikroelektronik Anfang der 80er Jahre, Voraussetzung für die rasante weltweite Verbreitung der Personal Computer, ist ausschließlich auf Miniaturisierungsbedürfnisse US-amerikanischer Militärs zurückzuführen .

Die Nachrüstungsdebatte von 1983, die Stationierung der Pershing 11 und die damals erfolgte Inbetriebnahme computergestützter, vollautomatischer Frühwarn- und Entscheidungssysteme in 0st und West brachte Bewegung in die bundesdeutsche Informatik-Szene. Der »programmierte Atomkrieg« erschreckte auch Programmiererinnen und Programmierer. Weil der industrienah besetzte Vorstand der »Gesellschaft für Informatik« die Diskussion des militärisch-industriellen Komplexes nicht zuließ, gründete sich im Sog der Friedensbewegung 1984 das FIFF – Forum Informatiker für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung – als Zusammenschluß von Männern und Frauen, die in Ausbildung, Wissenschaft und Industrie mit EDV arbeiten.

Anfang Oktober dieses Jahres kommen von den fast 1000 Mitgliedern des Vereins – mehr als 80 Prozent Männer – gerade noch 200 nach Frankfurt zum diesjährigen FIFF-Kongreß. Am Schluß der Tagung mit dem Titel »die Menschenwürde ist unverNETZbar« begreift der »traurige Haufen« (ein Teilnehmer) allmählich, daß »er nicht mehr weiß, wo es langgeht«. In der einzigen Plenumsdiskussion, eingepfercht zwischen Kassabericht und Vorstandswahl, gehetzt vom Fahrplan der Bundesbahn, artikulieren sich im nur mehr spärlich besetzten Saal Frustration und Ratlosigkeit, die der alte und neue FlFF-Chef Reinhold Franck dem Auditorium prompt als Beweis für die »Lebendigkeit des FIFF« verkauft. Am Ende spricht ein Redebeitrag an, was zumindest einen Aspekt des Dilemmas verständlich macht: An Computer ranzulassen seien nur Menschen, denen die Fähigkeit zur Lektüre von Büchern noch nicht völlig abhanden gekommen ist. Was aber, so der Redner, eine jährliche Werbekostenpauschale von knapp 9.000 Mark für den Erwerb der wesentlichen internationalen Publikationen zur Voraussetzung habe.

Die Wiederaussöhnung des FIFF-Völkchens mit Computerei und technizistischen Gestaltungsphantasien ist endgültig. In der Arbeitsgruppe »Identität in der EDV« bejammert die Vätergeneration jenseits der vierzig die bedrohliche Konkurrenz der besser ausgebildeten und leistungsbereiteren Söhne. Als zwanghafte Programmierer erleben diese den Betriebsrat als Bedrohung, wenn er gegen freiwillige und unbezahlte Mehrarbeit tätig wird, die im Monat häufig 80 Stunden übersteigt. Und der IBM-Betriebsrat berichtet nicht ohne Stolz, daß sein Konzern auf jede inserierte Informatik-Stelle 400

Bewerbungen erhält. Die Identität der Männerrunde mit Kollegin nährt sich von der noch anhaltenden wirtschaftlichen Privilegierung ihrer Berufsgruppe, die sich im Zeitraum von 10 Jahren mehr als verdoppelt hat.

Im Arbeitskreis »Anarchie und Informatik« beteuern die Söhne – 20jährige Programmierer – , daß sie leider nichts anderes gelernt hätten, obwohl sie doch, statt im Supermarkt einzukaufen, den eigenen Garten bestellen sollten. Sie arbeiten in selbst verwalteten Betrieben an der Verdatung der alternativen Öko-Wirtschaft und gestehen sich ein, daß »das schon Spaß machen kann«. Im Übrigen bedauern sie den Verlust ihrer Instinkte. »Kinder und Tiere«, sagt eine junge Programmiererin, »wissen noch genau, was sie wollen«. Ein weiterer Arbeitskreis sucht nach Bewußtheit durch Bewegung – körperlicher natürlich, unter psychotherapeutischer Anleitung.

Im März wurde von der Post das »diensteintegrierende digitale Fernmeldenetz« ISDN (Integrated Service Digital Network) in Betrieb genommen. Neben der schnellen Verbindung von Telefon, Daten und Text-Terminals, Btx, Telefax und Personal Computern wird ISDN auch neue multifunktionale Endgeräte integrieren. Die sich zügig ausbreitenden ISDN-Nebenstellenanlagen beunruhigen mit ihren totalitären Kontrollmöglichkeiten die Belegschaften, manchmal sogar Betriebsrat und Gewerkschaft. Im ISDN wird die Rufnummer der Anrufenden am Display des Apparates der Angerufenen angezeigt. Daneben vermag ISDN sämtliche Verbindungsdaten in sechs zentralen Rechenzentren monatelang zu speichern. Nicht nur, um den Konsumentinnen und Konsumenten bei Bedarf den Einzelgebührennachweis vorzulegen, damit Ehemänner ihre Frauen, Eltern ihre Kinder und Wohngemeinschaftsmitglieder sich gegenseitig kontrollieren können. Auch BKA und BND werden ihre unstillbaren Begierden zu befriedigen versuchen. Doch der ISDN-Arbeitskreis der kritischen Informatikerinnen und Informatiker ist in den letzten Monaten von vierzig auf drei Personen geschrumpft. In Frankfurt teilt die ISDN-Arbeitsgruppe lapidar mit, die »Risiken für Grundrechte und Rechtsverstöße« ließen sich vermeiden, wenn »Anforderungen an eine rechtsgemäße Gestaltung von ISDN-Systemen schon im Entwurfstadium berücksichtigt werden«.

Eine Woche später findet in Darmstadt ein bundesweites »Aktionsseminar« von Anti-ISDN-Gruppen statt. Obwohl die Heidelberger »TelekommunikAKTION« mit der Schlagzeile »Computernetze: Flurbereinigung der Sinne und Modernisierung der Herrschaft« monatelang für das Treffen wirbt, kommen gerade noch fünfzig Menschen, um über »Widerstand gegen ISDN« zu diskutieren. Nach heftigen Kontroversen über die Frage, ob Kritikerinnen und Kritiker die Computernetze selbst nutzen sollten, endet das Meeting mit einer hilflosen Ermunterung: »Wir müssen uns sozial vernetzen!«

Im letzten Jahr erinnerte der US-amerikanische Computer-Kritiker Joseph Weizenbaum den FIFF-Kongreß an die berufliche Verantwortung, die auch darin bestünde, »den üblichen Quatsch nicht weiter zu verbreiten«. Freilich vergebens. Danach verkündete der »linke, gewerkschaftlich orientierte Industrieberater« Gerhard Wohland seine These von der »Neuen Fabrik«, die ein »demokratisches Potential« besitze.

»Neue Fabrik« versteht er als die politische Übersetzung von »Computer Integrated Manufacturing« (CIM), der magischen Zauberformel aller Rationalisierer. Mit dem »neuen Denkzeug« Computer sind, so Wohland, körperliche, geistige und soziale Arbeitsfunktionen »technisierbar«. Seine »demokratische Beratungstätigkeit« garantiert ein Happy-End: »Das Kapital realisiert höheren Profit und bezahlt deshalb unsere Arbeit. Die Belegschaft blickt durch, gewinnt Selbstvertrauen und kann sich bei Bedarf besser wehren.« Es sei »humanistische Pflicht«, technische Höchstleistungen und eine »demokratische High-Tech« zu fordern.

In diesem Jahr fordert selbst der kaum mehr beachtete Arbeitskreis »Rüstung und Informatik« als Alternative zur Entwicklung von Tiefflugsimulatoren noch mehr High-Tech für den ökologischen Umbau. »Das Computerspiel in der Simulatorzelle«, so die Presseerklärung, »darf nicht zum Alltag militärischer Ausbildung werden«. Alltäglich war es allerdings von Anfang an. Doch das Grundmißverständnis des FIFF hat Tradition. Schon immer ging es den friedliebenden Informatikerinnen und Informatikern nur um den richtigen Einsatz der neuen Technologien, um vermeintlich menschenfreundlichere EDV, um mehr Technik für den gesellschaftlichen Fortschritt. Daß die junge Wissenschaft sich selbst militärischer Logik verdankt und somit Teil des Problems ist, wurde im Kern nie verstanden. So konnte es auch passieren, daß das FIFF in der BRD »verfassungsverträgliche Technikgestaltung« einfordert und im sandinistischen Nicaragua sowohl am Aufbau des Informatik-Studiums als auch an der ersten vollständigen elektronischen Erfassung der Bevölkerung beteiligt ist, die im Zuge der bevorstehenden Wahlen auch von der Bundesregierung unterstützt wird.

Daß die von den USA und Europa aufgezwungene »Transparenz« der nicaraguanischen Wahlen auch vorsieht, die vollständigen Wahllisten allen kandidierenden Parteien zur Verfügung zu stellen, bereitet den kritischen Verdaterinnen und Verdatern keine Kopfschmerzen. Diese dubiose linke Paarung von Staats- und Technikgläubigkeit hat im FIFF Tradition. So unterblieb 1987 der Aufruf zum Volkszählungsboykott mit der seltsamen Begründung, die staatlich zuerkannte »Gemeinnützigkeit« des eigenen Vereins dürfe nicht »gefährdet« werden.

Bei vielen FlFF-Mitgliedern ist das Interesse an der Beschäftigung mit den vielfachen Verflechtungen von Militär und Informatik abgeflaut, obwohl – gerade weil? – in Zukunft die militärische Förderung und Nutzung von Informatik eher zu-

als abnehmen wird. Das unverbindliche Gerede von der gesellschaftlichen Verantwortung soll ablenken von der irreversiblen militärischen Verstrickung ihrer Wissenschaft, deren geringste Infragestellung berufliche Ausgrenzung und sozialen Abstieg zur Folge hätte.

«Unpolitische« Fachleute tun sich da weniger schwer. So schreibt der US-amerikanische Informatiker David L. Parnas in seinem Aufsatz »Warum ich an SDI nicht mitarbeite«: »Natürlich kann ein Software-System (auch ein riesig großes), wenn es eingesetzt werden muß, funktionieren; genauso ist es aber auch möglich, daß tausend Affen, die Schreibmaschine schreiben können, in fünf Jahren das Gesamtwerk von Shakespeare erzeugen. Beide Fälle haben die gleiche Wahrscheinlichkeit . «

Den größten Zulauf findet in Frankfurt ausgerechnet jene Arbeitsgruppe, die ihr Ziel in der Durchcomputerisierung der Öko- und Alternativszene sieht. Die fehlenden politischen Inhalte und die Stagnation der sozialen Bewegungen sollen durch bundesweite Computervernetzung kompensiert werden. Weil »der Zeitraum, der uns zur Lösung« der Umweltprobleme bleibt, »immer kleiner wird«, bedarf es »besserer Medien zur interdisziplinären Kommunikation zwischen Verbänden und Wissenschaftlern«: »Telekommunikation für den Umweltschutz.« Daß die ökogestylte Mailbox-PR-Aktion mit Sicherheit der Erschließung eines schwierigen, aber lukrativen Markt-Segments dient, wird nicht mal mehr diskutiert. Was als »alternative Nutzung von Netzen« abgefeiert wird, ist nichts anderes, als die exzessive Nutzung von alternativen Märkten. Die Mehrheit der Referenten bieten als fliegende EDV-Kleinhändler der arglosen Basis Rundum-Betreuung.

In Bayern, wo die »Bezüge« der Branche um zwölf Prozent höher liegen als im Bundesdurchschnitt, sind die kritischen Informatikerinnen und Informatiker bereits ein Stück weiter. FIFF-München organisiert eine »Jugendfreizeit« für 13 bis 15jährige: »Wir erforschen die Isar und die Ammer.« Weil die Jugendlichen häufig »den Computer nur für sinnlose Kampf- und Abenteuerspiele« nützen, sollen an dem Wochenende »Computer und Natur im Mittelpunkt stehen«, damit auch der Nachwuchs rechtzeitig »den Computer als Werkzeug für sinnvolle Aufgaben« einzusetzen weiß. Vermittelt werden sollen »Meßverfahren zur Bestimmung der Wasserqualität«, »Auswertung mit dem Computer« und, immer wieder aufs Neue spannend: »Wie funktioniert ein Computer?«

Vielleicht registriert nun wenigstens das Bonner Streitkräfteamt, daß eine weitere Bespitzelung des computersüchtigen Vereins durch das für Psychologische Verteidigung zuständige Dezernat 16 nur mehr als vorsätzliche Verschwendung von Steuergeldern verstanden werden kann.

Informatik ist, wie andere Ingenieurswissenschaften auch, reine Herrschaftswissenschaft. Der Versuch, mitzumachen, um das Schlimmste zu verhindern, ist naiv. Das Schlimmste verhindern zu wollen, bedeutet allein, sich aus der Verantwortung der Täterschaft zu stehlen, ohne auf anfallende Pfründe verzichten zu müssen. Die Informatik, sagen die Informatikerinnen und Informatiker, ist das Kamel, auf dem der Kaufmann reitet. Daß der General daneben sitzt, verschweigen immer häufiger auch jene, die pausenlos von gesellschaftlicher Verantwortung reden. Die Entpolitisierung des oppositionellen Spektrums als unmittelbare Folge des Einzugs der Grünen in Parlamente und Regierungen hat auch bei den kritischen ExPertinnen und Experten der »neuen Technologien« zu neuem Selbstbewußtsein geführt. Als ob die alten expansiven Techniken in den richtigen sanften Händen plötzlich harmlos wären, nur mehr hilfreich und gut. Das schmerzhafte Erwachen der technizistischen Fortschrittskirche nach Tschernobyl ist erneut einem fröhlichen Pragmatismus, diesmal wider besseres Wissen, gewichen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil es den kritischen Damen und Herren Experten besonders schwer fällt, zuzusehen, wie mit der Kritik an ihrem Fachgebiet, das ihnen Identität verschafft, auch die Leistung, die sie darin meinen erbracht zu haben, in Frage gestellt wird.

«Die Veränderung der Technik«, sagt die stellvertretende FIFF-Vorsitzende Helga Genrich, »kann nicht nur aus der Technik heraus kommen«. Ohne Anforderung von »draußen« laufe nichts. Doch im Augenblick »gibt es keine mächtige politische Gruppierung, die das fordert.«

konkret 12/89, S. 76

Hermann Peter Piwitt

Piwitts kleines Feuilleton

»Vorstellbar wird die sechzehntausend-Mark-Frage bei 'Alles oder ~ Nichts' zum Thema 'Terrorismus': Was aß Elisabeth van Dyk vor Ihrem Tod? (Was ergab die Untersuchung des Mageninhalts?) Und welches war das Kaliber?« (Piwitt: Deutschland. Versuch einer Heimkehr. 1981).

In der englischsprachigen Quizsendung 'remote control' von Kanal Tele 5 müssen die Kandidaten um die Wette raten, welche der genannten Personen ihr Leben a: durch Mord oder b: Selbstmord verloren.

Ernest Hemingway? Suicide!

Judy Garland? Suicide!

Martin Luther King? Homicide!

Yea! Und alle sind happy! Daß sie so schön richtig geraten haben. Wie aus der Pistole geschossen.

*

Als jemand, der sich vor fünfzehn Jahren als erster in dieser Zeitung für den Feminismus krummgelegt hat und zwar aus blanker Selbstsucht, nämlich, weil er mit anderen als intelligenten und in *jeder* Hinsicht entfalteten Frauen partout nicht klarkam, darf man wohl auch dieses mal sagen: Es gibt eine Art von bauchechter Damen-Dummrede, der Applaus so garantiert ist wie der Messe das Amen:

Demokratie,

sagt die Kollegin Katja Lange-Müller

ist für mich, wenn jeder macht, was er für richtig hält.

Und die Schauspielerin Ingeborg Ottmann betitelt eine Lesung aus Werken von DDR-Autorinnen:

Ich sage, was ich denke, und ich tue, was ich sage.

Was wird schon eine(r) zu sagen haben, die/der nichts zu verbergen hat! Etwas in der Art der Galilea Galilei gewiß nicht.

*

Ivan Boesky, einer der reichsten Aktienspekulanten der USA, vor Studenten der Universität Berkeley:

»Habgier ist gesund. Ihr könnt gierig sein und ein gutes Gewissen haben.« Die Studenten lachten und klatschten begeistert Beifall.

Man möchte nur immer zitieren aus Rolf Winters »Ami go home« und weiß doch nicht, was zuerst. Denn abgesehen davon, daß das Buch glänzend geschrieben ist: seine gnadenlose Faktenfülle blamiert noch das übelwollendste Ressentiment gegenüber den USA als harmlos. Laut Helmut Kohl verbindet uns eine »Wertegemeinschaft« mit Gods own country. Winter: »Satelliten-Argot«. Jeder neunte Bewohner des reichsten Landes der Erde ist hungrig. Die Kindersterblichkeit höher als in Costa Rica und doppelt so hoch wie in der Sowjetunion. Alle zweieinhalb Minuten wird ein Mensch durch Schußwaffen niedergestreckt. Korruption gehört zu den alltäglichen Umgangsformen zwischen Industriellen, Politikern und Militärs und gilt, wo sie einmal angeprangert wird, als Kavaliersdelikt. Freie Wahlen? Ein Witz, noch dazu ein schmutziger. Kein Land der Erde unterhält soviele Truppen auf fremden Territorien. Und die 'Verteidigungsanstrengungen' unter Reagan? Ein gigantischer Raubzug auf die Staatskasse mit dem Ergebnis eines mittlerweile maroden Landes, wo SDI, würde das System installiert, in naher Zukunft allenfalls noch eine industrielle Schrotthalde bewachen würde. Aber zwei Drittel aller US-Amerikaner sind sich sicher: Sie kommen in den Himmel.

Und das nun alles aus dem personal computer von einem, der noch vor einigen Jahren, als Chefredakteur des »stern«, sich zur CDU bekannte? Wie das? Waren seine Recherchen in Sachen USA eine 'covert action'? Und ist nun endlich mal jemandem der Marsch durch die Institutionen gelungen? Oder ist Winter einfach nur ein redlicher Mann, der aus Erfahrung klug geworden ist? Oder doch wenigstens, auf die Aussicht einer soliden Rente hin, vehement die letzte Chance genutzt hat, es zu werden? Jetzt, im Alter, wo er Kaltstellung auf dem vertrauten Arbeitsmarkt als Reaktion auf einen derartigen Verstoß gegen die 'Wertegemeinschaft' nicht mehr zu fürchten braucht?

Wie auch immer. Wir haben einen Kuby, einen Giordano. Und nun einen Winter. Daß sein Buch auch Leute munitionieren könnte, die sich ein zukünftiges Großdeutschland, abgekoppelt von einer bankrotten USA, als neue Weltmacht bereits vorstellen: man wird darauf gefaßt sein müssen.

Des Autors Schuld wäre das allemal nicht; auf die schönsten Steinpilze gehen nun mal auch die dicksten Maden.

*

Sich angetan im Oktober denn doch wenigstens die Literaturbeilage der »Frankfurter Rundschau«, zur Buchmesse. Und daraus erfahren, daß jener Akademiker XY, der einen Roman schreiben will über einen Z. der bereits an einem Roman gescheitert ist, der die Unmöglichkeit, heute noch Romane zu schreiben, hatte dokumentieren sollen, nach wie vor zu den beliebtesten Passions- und Identifikationsfiguren des schreibenden jüngeren Mittelstands gehört.

Besonderer Hervorhebung wert dann aber doch, was ein Michael Santak über Botho Strauß' »Fragmente der Undeutlichkeit«/»Die Kette der Demütigungen« zu vermelden hat:

Die Leiden der körperlichen Leidenschaft und die überraschende Vorherbestimmtheit des Seins beschreibt Strauß akribisch und wortgewaltig.

Und weiter:

Für ihn (S.) gehören gerade die Disharmonien und die gewalttätigen Exzesse zu den bereichernden Erfahrungen des Lebens.

Im Klartext: Unser Dichter hat kürzlich am Stutti in Berlin was hinter die Löffel gekriegt und darin einen Wink des Schicksals erkannt; und nun fühlt er sich besser. Wie? Nein? Ja, aber was dann? Oder habe ich da nur wieder einmal eine neue Entwicklung nicht mitgekriegt, und das Gesellschaftsspiel heißt gar nicht mehr länger: Was will der Dichter uns sagen? sondern – parallel zur Praxis des herrschenden Konzert- und Regietheaters – nur noch: Was der Interpret, der Rezensent?

Strauß, der ja doch nicht nur unsere derzeit auratischste Dünnleuchte ist, sondern auch ein paar erstaunliche und liebenswerte Pièces geschrieben hat, für die Gott, nach dessen Gegenliebe er sich sehnt, ihn gewiß einmal mit einer Puderdose belohnen wird darum, daß er ihn um höherer Dinge willen nie verraten hat, – Straul3, findet Santak, habe mit »Die Kette der Demütigungen« dennoch das »Buch des Jahres« oder sogar den »Roman der Wohlstandsgesellschaft« *nicht* geschrieben; und hätte ihn doch schreiben können, ja, wie man hinzusetzen möchte, womöglich »Im Mehltau: ortlos«, wenn nicht gar »Nichtung und Lichtung« noch übertroffen, wenn ja

wenn die einzige interessante Person des ersten Teils, der Professor für neue Technologie, Hermann Berg, an den Gesprächen im Boudoir des zweiten Teils zwischen dem Leser Friedrich Aminghaus und Hermetia, der jungen Frau des emeritierten Ozeanologieprofessors Thitonos, sowie Czech, dem Freund des Hauses, teilgenommen hätte.

Tja. Bloß, wie hätte der denn? Wo er doch, schätze mal, gerade an einem Roman schreibt über einen Sprachforscher, der daran scheitert, die Erfahrung der seinsmächtigen Flüchtigkeit des Bindestrichs unter Druckverhältnissen der Tiefsee in Worte zu bannen...

Huysmans in »Tief unten«: »Die Schwanzenden der Jahrhunderte ähneln einander: Alle sind sie schwankend und trübe. Während der Materialismus wütet, erhebt sich die Magie.«

Und wenn es denn wenigstens Magie wäre. Und nicht bloß fauler Zauber.

*

Um die derzeit blutigste Institution der Erde, den freien Weltmarkt, rücken eben die Weißen der alten Welt enger zusammen im gemeinsamen Haus Europa. Mit Recht. Schließlich, wo sie doch alle weiß, also Abendland sind. Und somit ein Erstrecht haben an den Erträgen der Welt.

Und natürlich verstehen sich noch die Hinterletzten unter den neuen Siegern auf das zum Entré nötige Subaltern-Deutsch:

Die Deutschen haben ein Recht auf einen Staat nach ihren Vorstellungen,

dienert Adam Michnik im »Spiegel«. Und gleich richtet Rudolf Augstein ihn auf, den Tölpel, den Pan Kihot:

Laßt uns doch aufhören, die preußisch-deutsche Geschichte als Schreckgespenst ins Feld zu führen,

ruft er sich selbst zur Ordnung. Weil, ein neues Großdeutschland würde ja doch,

wie andere auch, nur noch wirtschaftlich expandieren wollen.

»Nur«. Das ist tröstlich. Und wir hatten schon fast gefürchtet, die Deutsche Bank schicke ein Kanonenboot in die Weichselmündung . . .

Augstein:

Die Polen, die klassischen Unvernünftler, wissen um ihre und unsere Rolle.

Ja, das ist es. Daß sie allenfalls »darum« wissen. Das macht mir Angst. Vor uns. Um sie.

konkret 12/89, S. 78

Eckhard Henscheid

Musikplaudertasche

Was macht denn eigentlich diese – diese Dings, diese Schnepfe mit ihrem Ding, mit ihrem Silber-, nein: ihrem Missions-, nein: ihrem Erweckerblick, diese linksabsahnerische Oberschnalle mit ihrem Lauterkeits-Sound, also diese Dings, diese Petra Kelly der ersten Protestgeneration, diese Blödschlampe der sog. engagierten Folk- bzw. vielmehr Schwuchtelmusik, diese – seelenfängerische und dummentreiberische singende Schreckschraube, deren nimmermüde Prophezeiung, sie werde partout overcomen, die reziproken Wünsche unsererseits, gerade sie werde und möge ihre Probleme nicht überwinden und also, gleich Kelly, partout nicht überdauern, schon zur Begierde reifen läßt und

&

Daß es in Beethovens letzter Klaviersonate op. 111 von 1821/22 – die Ausdeutung Thomas Manns im »Faustus«-Roman hin, den Berater Adorno und das Leverkühn-Modell Schönberg her – mitnichten zwölftönt, sondern im Arietta-Variationssatz stark »jazzt«, ist zum ziemlich grausamen Tort aller dilettierenden Pianisten wahr und schwerlich überhörbar und bekannt genug – Strawinsky schon sprach verdutzt von der dritten als von der »Boogie-Woogie-Variation«.

Jüngere und den Rand des klassischen Suppentellers überblickende Pianisten wie Gulda und Pogorelich verifizieren die Notensensation aufs erfreuteste; welcher trainierte Jazzer aber kann mir sagen, was bei den Nebenstimmen-Synkopen im 4. Satz von Mozarts letztem Streichquartett in F-dur KV 590 (1790) es ist, das da gleichfalls so fetzig »jazzt« und »swingt«? Die – Französische Revolution, oder wie oder was?

&

Auf Beethoven und die literarischen Folgen zurückzukommen: Bemerkenswert

sind sie immer noch, die langen adornoisch gefärbten Passagen, welche der »Doktor Faustus« Thomas Manns Beethovens 32. Sonate widmet, ihrem nicht enden wollenden Quint»Lebewohl«-Motiv vor allem. Gleichfalls poetisch überhöht, aber doch auch sehr kompetent, was Aldous Huxley am Schluß von »Kontrapunkt des Lebens« über Beethovens spätes und riesenhaftes Streichquartett Nr. 15 in a-moll (»Heiliger Dankgesang eines Genesenden an die Gottheit in der lydischen Tonart«) zu sagen weiß. Und über die Eroica? Macht man sich am besten noch immer über Carson McCullers »Das Herz ist ein einsamer Jäger« kundig; wie ich schon neulich hier empfahl.

&

Etwas so Plattes, Plattgewalztes, so wunderbar und vulgär und nahezu vollkommen Geistloses wie des erst 19jährigen Richard Wagners C-dur-Sinfonie habe ich weder je von Tschaikowski noch von Rachmaninow noch von Sibelius noch von Louis Spohr noch von Schostakowitsch noch, glaube ich, in meinem Leben sonst überhaupt je gehört; die Eurovisionsfanfare und die Sportschaumelodie nicht ausgenommen.

»Der Geist«, so Hegel, sei »das Werden seiner zu dem, was er an sich ist; und erst als dies in sich reflektierende Werden ist er an sich in Wahrheit der Geist« (Phänomenologie). Dem allein ist bei Wagner mitnichten so; der im Werden reflektierende Geist müßte sonst irgend schon in statu nascendi als der spätere und entwickelte zu erkennen sein, so wie der Beethoven gut hegelisch schon im op. 1 dem von op. 111 werdend selber sich die Hand reicht. Wagner (wie ganz ähnlich Verdi) dagegen, ut aliquid fiat, komponierte im gegenläufigen Verfahren ganz einfach erst mal so gehaltlos, so töricht, ja saudumm vor sich hin, zeugend ex nihilo wahrhaft nihil, doch guten Glaubens in die Kraft dieses nihil selber – und siehe, keine zehn Jahre später war's dann so weit – Wagner ließ Hegels Werden einfach hinter sich – im Sprung, ja Urknall hielt Einzug der Geist – und prompt und konsequent wurde der clevere Sachse ergo: Schopenhauerianer.

Uns aber ist gleichwohl zum Tort, zur Prüfung und zum Werden auferlegt, ad origines zurückzuforschen; und, zur immer tieferen Ergründung von Dialektik und Geschichte, den C-dur-Wechselbalg uns noch einmal einzupfeifen. Des immerhin seid bei dem schweren Amt gewiß: »Man hört viel, bevor einem die Ohren abfallen« (Pippi Langstrumpf).

&

Anhebend mit dem französischen Kultfilm »Les Cousins« ist Mozarts Sinfonie Nr. 40 in g-moll als die meistmalträtierte aller Klassischen Musik nach rund dreißig Jahren

bei der TV-Reklame für Tampons vor spätherbstlichem Hintergrund angekommen. Hm, ja. Und? »Der faule Friede«, so Carl Dahlhaus 1976, »der dem soziologischen Verfahren die 'Trivialmusik' überläßt, artifizielle Musik dagegen der ästhetischen Interpretation vorbehält, ist schwerlich dauerhaft.«

Schon deshalb kaum. Und vielleicht überführt ja dereinst ein klassisch wenig vorgeprägter Trivialforscher Mozarts bekannteste Sinfonie einer geradezu klassischen Trivialität. So wie endlich und als erstem dem Karl Kraus das angeblich »unergründliche«, in Wahrheit »altjüngferliche« Lächeln der Mona Lisa gestohlen bleiben konnte (Fackel 331-32, 1911): So möchte eventuell auch Mozarts an keiner zäher als an der g-moll-Sinfonie behauptetes »Lächeln unter Tränen« langlebigste Schimäre sein. Der erste Dank für die Entideologisierung aber ginge wahrlich dann an den Tampon-Mann, der genauer hinhörte als Einstein und als Hildesheimer.

&

»Gewonnen« – so andererseits der »Rheinische Merkur« über Volkmar Braunbehrensens »Mozart in Wien« – »ist endlich ein gereinigtes Mozartbild, mit dem liebgewordene Legenden wie ausgewischt erscheinen«.

Ein Bild, das wischen kann und sich dabei selber reinigt? Ach was, irgendwie mußte die Musik-Abteilung des bischöflichen Blatts im Rahmen ihres bei aller liebgewordenen Wiener Klassik unverbrüchlichen Reinigungszwangs auch diese 4 1/2 Zeilen mit Buchstaben vollfüllen.

Ahaaber: Volkmar Braunbehrens. Was ein Name. Tja, dem Mozart bleibt auch 199 Jahre nach seinem Tode nix derspart.

&

»Eine rosa Wolke hüllt uns ein«, kräht in HR 4 irgendeine Schnapsdrossel im hinterletzten Heidi-Brüll-Aufguß rücksichtslos zu schwer dummbrummenden Paukenschlägen, »das kann nur die Macht der Liebe sein.«

»Die Stimme süß und klagend«, singen im Duett Sopran und Alt Mendelssohns Lied aus »Ruy Blas«, »Des Auges Stern so rein, die Blumen, Düfte tragend, das muß die Liebe sein!«

Wo liegt eigentlich der Unterschied?

»Das muß die Liebe sein«: Mendelssohns 7notige Figur zu diesen Worten legt in ihrer entfernt jagdhornfanfarenhaften, fröhlich energischen Zuversicht (»fröhlich« »energischen« »Zuversicht«? – gleichviel:) eben diese nicht nur suggestiv nahe, sondern ratifiziert sie eo ipso: »Das muß die Liebe sein«.

Da liegt der Unterschied.

&

Lothar Späth in seinem Buch »1992 – Der Traum von Europa«:

»Nicht Beethovens Ode 'An die Freude' ist die wahre Hymne des heutigen Europa, sondern Schuberts 'Unvollendete'. «

Was für ein ordinärer Quatsch; was ein obszöner Hirndreck.

&

F. Lehar, um 1910, bot an, alle seine Partituren dem »ernstesten« Musikerkollegen zur Prüfung vorzulegen, der werde »nirgends die erste Durchführung eines musikalischen Gedankens vermissen.«

Und im Fall des »Land des Lächelns« und hier speziell des ingeniösen Duetts »O du geliebtes, süßes, kleines, zartes China-Girl/Mir bricht mein armes Herz, warum bist du kein Wiena Girl?« – da hätte die erste Durchführung zugleich des zugehörigen philosophischen Gedankens auch ein Otto Weininger abgesegnet, wenn der sich solcher Gutachten – und überhaupt ahnend, was die nächsten Jahrzehnte bringen würden – nicht längst per Tod entzogen hätte.

&

»Ja, heut' spül'n die Österreicha auf, ja, heut' kriang die Deitsch'n eine drauf, erst kummt der Krankl, und dann der Schneckerl...«, so singt, kräht und brüllt 1978 in Cordoba (Deutschland-Österreich 2:3) der ORF-Spitzenreporter Edi Finger ins Funkmikrophon, nämlich nach der Melodie der Kleinen Nachtmusik, die Mozarts später Landsmann allerdings für eine »bekannte Oper« hält.

»Liebe Freunde, Sie wissen's, ich hab's mit Mozart«, plärrt widerwärtig angezwitschert ca. 1975 der Bruder (»Josef«) Ertl in seiner Eigenschaft als Agrarminister ins Plenum, »seid umschlungen, Millionen, ha!«

Karl Kraus aber hat die beiden Deppen schon 1910 exakt erahnt: »Seid umschlungen, Millionen, diesen Stuß der ganzen Welt.«

&

Jene ruchlos Optimismus durch Dick und Dünn schrill ausschreiende, an (verzeih, Kamerad Hund) hundsordinär gleißender Vulgarität gedanklich nicht mehr einholbare Titel- und Themenmelodie von »Dallas«: An wen oder was erinnert sie eigentlich, woher nur stammt sie?

Der historischen Modelle, scheint's, sind etliche, manches hat da mitgegiftet: Mozart, Jupitersinfonie, 1. Satz; Brahms, Erste, Schlußsatzthema; Schumann, Frühlingssinfonie, der Gestus des 1. Satzes; Beethoven, Vierte, Dritt-Thema des 1. Satzes. Aus allem was nicht niet- und nagelfest war, wurde ein wenig geklaut...

Schubert, Neunte? Bruckner? Das Schluß-Duett aus Haydns »Schöpfung«?! Nein! Vielmehr: Aus dem »Messias« die Arie »Rejoyce, rejoyce, rejoyce greatly!«

Klar, Händel als der J.R. Ewing seiner Zeit! Die Verwandtschaft, Adorno hatte damals (im »Spiegel«) vorab völlig recht, ist ja überhaupt nicht zu überhören.

&

Und was aber macht, von Joan Baez hier schon mal wieder fett zu schweigen, Johnny Cash und seine Combo? Bzw. und wenn schon die Baez und Barbra Streisand ziemlich unauffindbar bleiben – was ist eigentlich mit äh: Frank Sinatra los? Und: seinem alten Partner Sammy Davis jr.? Was? Die haben's neulich zusammen sogar zu einer Deutschland-Tournee gebracht? Na siehste wohl, na bitte.

Was aber wohl – recht eigentlich – Caterina Valente so treibt? Respektive Vico Torriani und sein Kumpel Chris (»Pumpernickel«) Howland? Nein, nicht Ralph Siegel. Der ist lang schon tot. So wie Ina Deter. Und – nein, nicht Bully Buhlan, sondern der andere Zombie: Äh, Bill Ramsey. Ob der noch singt? Von Bruce Low hier ja mal nicht zu reden...

Esther und Abi – Ofrahims Ofarim? Ofrarihm?? Egal, deren Ofen ist eh im Eimer – *aber:* waren das eigentlich Geschwister? Oder bloß Stecher? Oder was? Zum Kuckuck!

Stephan Krawczyk? Werner – Schneyder! Ha! Hat – der nicht auch mal was gesungen oder sowas?! Karajan? Hm. Nein, dann schon eher der Roland Kaiser bzw. der Dings, der... Werner Höfer! Obwohl das andererseits auch kaum sein kann, denn Marilyn Monroe starb kurz nach der Ermordung Martin Luthers, während Werner Höfer als Rudi Schuricke *ja damals schon* – – nein. Und dann: Ob's eigentlich – die Country-Musik noch gibt? Jene, welche die Angst vor dem Grizzly-Bären bzw. dem flackernden Lagerfeuer vertreibt? Ja? Wirklich? Gibt's noch? Da schau mal einer an.

Kurt Edelhagen? Nöö. Sidney Bechet? Jacques Lou-lou?-lou? – –

Eins jedenfalls steht fest: Satchmo Armstrong ist tot. Bix Beiderbecke? Doch, der sicher auch. Ahaaber: Was ist mit sagen wir – Roy Blanco und Roberto Black? Was? Ja? Gibt's noch? Gibt's immer noch?? *Na al*so. Das hab ich mir *schon fast* gedacht.

&

Was lösen die Zahlen 111, 565, 97, 898, 543, 106, 56a, 988 und 626 bei Ihnen aus? Sechs von neun Richtige? Setzen. Sehr brav.

konkret 12/89, S. 80

Günter Amendt

Platte des Monats - Oh Merci, Bob Dylan

Bob Dylan: Oh Mercy; CBS

Drei Bob Dylan Alben habe ich unkommentiert verrauschen lassen. *Not so good, not so bad,* solala – viel mehr läßt sich über *»Knocked Out Loaded«* (1986) und *»Down In The Groove«* nicht sagen. Nur wenige Kritiker haben die beiden Alben überhaupt zur Kenntnis genommen. Erst 'Dylan and the Dead', das Anfang 1989 erschienene Live-Album, wurde wenigstens registriert und – wie man in Österreich sagt – kontroversiell diskutiert. Aber handelt es sich bei diesem von Jerry Garcia im Grateful Dead Studio produzierten Album überhaupt um eine 'Bob-Dylan-Platte'? Da bereits beginnts mit dem Kontroversiellen:

Nicht nur die lieblose Zusammenstellung, auch die gedankenlose Auswahl der Songs überrascht, und Dylans Valium-sedierte Stimme ist nur schwer zu ertragen. Beim Abmischen, davon gehe ich aus, war Dylan sonstwo, nur nicht im Studio. Und Jerry Garcia hätte, bevor er sich ans Abmischen machte, seinen Analytiker konsultieren sollen. Jetzt sind seine ungeklärten Ego-Probleme auf Vinyl gepresst. Das Ergebnis dieser unklaren Produktionsverhältnisse ist ein Bastard: weder Grateful Dead noch Bob Dylan.

Neu ist der Ärger über Dylans Laxheit nicht. Ihn scheinen von der »Firma« produzierte und herausgegebene Live-Mitschnitte nicht zu interessieren. Schon der unter dem Titel *'Real Live '* von CBS veröffentlichte Mitschnitt der 84er Tour versammelte alles mögliche, nur nicht die Höhepunkte dieser Tour.

Dylan ist seit Anfang Februar 1986 fast ohne Unterbrechung auf Achse; erst mit *Tom Petty and the Heartbreakers,* dann, seit Juni 1988, mit einer neuen Band ohne Starbesetzung. Die sechs Tage im Juli 1987, die Dylan mit Jerry Garcia und *»The Grateful Dead«* auf der Bühne verbrachte, waren mehr ein Zwischenspiel und ein eher unbedeutender Ausschnitt dieser hektischen und anstrengenden Serie von Live-Auftritten. Dylans »Firma« ist es einmal mehr nicht gelungen, diese Schaffensphase auf Tonträger zu bannen. Das ist ärgerlich, denn dem Publikum wird so Dylans Entwicklung zum grandiosen Bühnenartisten (master of stage) vorenthalten.

Als Dylan im Frühsommer 1978 unter großem Mediengetöse zurück nach Europa kam, stellte er eine durchgestylte Show mit Las Vegas-Touch auf die Bühne. (Nur in Nürnberg auf dem Reichsparteitagsgelände verzichtete er demonstrativ auf allen Showglamour.) Bereits die 81er Gospeltour fiel, was die Optik betrifft, wesentlich bescheidener aus. Von Mal zu Mal wurde die Bühnenausstattung ärmlicher und der Beleuchtungsaufwand geringer. Und jedesmal mehr empfand ich diese Reizverminderung als Bereicherung. Alles konzentrierte sich auf den Sänger, die Songs und die Band. Auch in Barcelona, Mailand und Rom, wo ich Dylan im Sommer dieses Jahres zuletzt sah und hörte, hielt er diese Reduktion konsequent durch.

Wenn sich nun bei Dylans neuestem Studioalbum *»Oh Mercy«* die Kritik vor Begeisterung fast überschlägt, so hat das auch mit einem strukturellen Problem der Rockmusikkritik zu tun. Die Kritiker sind nicht nur begeistert, die meisten sind auch überrascht, weil sie Dylans Entwicklung nur jeweils von Platte zu Platte verfolgen. Doch *»Oh Mercy«* kam nicht aus dem Nichts. Dylan hatte sich auf der Bühne eingespielt und freigesungen. Und er hat schließlich gefunden, wonach er seit der Trennung von Robbie Robertson und »The Band« suchte: einen Gitarristen, der nichts anderes im Sinn zu haben scheint, als Gitarrist der Bob Dylan Band zu sein. Zwischen G.E. Smith (früher *»Hall and Oats«* und in den USA kein Unbekannter, wenn auch kein Superstar) und Bob Dylan entwickelte sich ein ungemein intensives Zusammenspiel. Dylan vertraut Smith, er behandelt ihn wie den für die musikalische Leitung Zuständigen, ohne jedoch seinen Anspruch als Bandleader an Smith abzutreten. Gemeinsam mit Smith, Kenny Aaronson, Baß, und Christopher Parker, dem Schwächsten im Bunde, am Schlagzeug, hat Dylan im Sommer 1988 in Jones Beach zwei seiner besten Konzerte in diesem Jahrzehnt gespielt. Zum Abschluß der Tour in der *'Radio City Music Hall'* von New York gelang Dylan und seiner Band eine Steigerung.

This is the singer. Where are the songs?

Dylan hat nach *»Infidels«* (1983) den einen oder anderen neuen Song geschrieben, die meisten übrigens, jedenfalls von den veröffentlichten, gemeinsam mit anderen Autoren. Viel scheint er von diesen Liedern nicht zu halten. Darauf läßt die Songliste der beiden letzten Tourneen schließen . *»Drifting Too Far From Shore«* war einige Male zu hören, aber nur *»Silvio«* ist so etwas wie ein Repertoire-Stück geworden.

Was Dylan ansonsten auf Tour an 'neuen' Songs brachte, war uralt: *»Trail Of The Buffalo«, »Eileen Aroon«* oder *»Give Me Love To Rose«* sind Ausgrabungen eines Musikers, der weiterhin und unermüdlich die Traditionen seines Genres in alle musikalischen Richtungen durchforscht. Seine Fundstücke gehören zu den Höhepunkten des akustischen Teils der Konzerte.

Dylans Erfolge als Live-Entertainer, die begeisterten Konzertkritiken in der US-amerikanischen Musikpresse und in europäischen Feuilletons vermochten jedoch Dylans Krise als Autor nicht mehr zu verbergen. Diagnose: Chronische Schreibsperre im textlichen wie im musikalischen Bereich.

Nun aber, *oh mercy,* hat er seinen *»writer's block«* (ich übernehme diesen Begriff von Martin Schäfer, courtesy of Radio DRS 3) überwunden und zehn funkelnagelneue Songs vorgelegt. Die Kritik überbietet sich in der Anwendung von Superlativen. Unter *masterpiece* ist da nichts zu machen.

Mir geht das zu schnell. Noch haben Dylans neue Lieder ihre Bühnenprobe nicht bestanden. Pflicht und Kür, Studio und Bühne, so lautet das volle Programm. Trotzdem: Was Dylan mit Hilfe von Daniel Lanois in einem Studio von New Orleans ausgearbeitet und auf Platte gebracht hat, ist außergewöhnlich. Seit *»Blood On The Tracks«* gab es nichts Vergleichbares. Die Platte enthält nicht eine einzige Nullnummer. Das unterscheidet sie von *»Infidels«* und allem, was Dylan zwischen *»Blood On The Tracks«* und *»Oh Mercy«* veröffentlicht hat. Zehn Songs, und nicht einer, der das Konzept sprengen würde, kein Ausfall, kein Ausrutscher, keine Peinlichkeit, nichts dergleichen.

Natürlich sind nicht alle Songs gleich gut. Hört man sich um, so muß man mit Erstaunen feststellen, wie weit die Präferenzen des Publikums streuen. Fast jeder Song wurde mir irgendwann von irgendwem als 'Lieblingssong' angepriesen. Einigkeit besteht dagegen in einem Punkt: der Plattentitel führt nicht nur in die Irre, er dürfte sich auch als Verkaufshemmnis erweisen. Große Teile von Dylans Publikum, seine *»so called friends«, reagieren auf religiöse Anspielungen noch immer gnadenlos. Unterschätzt Dylan, wie sehr der Schock über seine religiösen Eskapaden noch immer nachbebt? Vielleicht. Vielleicht auch nicht.*

Dylans »Firma« jedenfalls wollte »Everything is broken« zum Plattentitel machen. *Don't ask me, why.* Ein Song, der einen Einfall zu Tode reitet, so geschwätzig wie Marktweiber oder LKW-Fahrer, die sich am Tresen über den Zustand der Welt austauschen: »Ach wissen Sie, alles ist kaputt. Kaputte Tassen, kaputte Socken, kaputte Typen, kaputte Telefone... alles ist kaputt. Dylan treibt dieses Spiel mit *»everything is broken: Broken lines, broken strings, broken beds, broken bones, broken heads, broken stones... everything is broken«.*

Der Mann im langen schwarzen Mantel (» *The Man In The Long Black Coat«)* würde zweifellos beim Wettbewerb um den besten Song die meisten Nennungen erhalten: *»People don't live or die/ people just float«.* Ein schönes Lied mit lange nachwirkenden Zeilen, aber irgendwie überproduziert, zu viel Western-Atmo, eher Filmmusik als Song. Das ist eines von den Liedern, die sich auf der Bühne erst noch zu bewähren haben.

Dylan und sein Produzent haben sich auch dem Publikumswunsch nach einer Schnulze, die die Grenze zum Kitsch markiert, ohne sie zu überschreiten, nicht verschlossen: *»Far away where the soft winds blow / far away from it all / there isa place you go / where teardrops fall.«* Ein fettes, sattes Saxophon und eine bis zum Hawaiigeschluchze hochgezogene Gitarre unterstreichen die Sehnsucht des Sängers nach *»a new place to start. «*

Nur wer Dylan auf der Bühne erlebt hat, weiß von der einzigartigen Wandlungsfähigkeit seiner Stimme. Ich kann mich an keine *Platte* erinnern, die den Facettenreichtum dieser Stimme besser zum Klingen gebracht hätte als die von Daniel Lanois produzierte. Um diese Behauptung zu überprüfen, müßte man wohl bis in die 60er Jahre zurückgehen. Wer will das schon?

Lanois hat sich zu *dem* Produzenten der späten 80er Jahre entwickelt, sich ihm anzuvertrauen bedeutete für Dylan kein Risiko. Peter Gabriel, U2, Robbie Robertson und die Neville Brothers stehen auf Lanois' Referenzliste. *(»Yellow Moon«* von den Neville Brothers und *»Oh Mercy«* müssen in einem Atemzug entstanden sein.)

Daniel Lanois, ein Kanadier, bevorzugt die Stille. Er arbeitet nach einem, wie der Zürcher Kritiker Jean-Martin Büttner schrieb, »Anti-Lärm-Konzept« und nach der Maxime: Der Künstler und ich.

Da unterscheidet er sich von Phil Spector, jenem ebenso legendären wie egomanen Produzenten, der auch mit Dylan und Lennon gearbeitet und nach der Maxime »Ich und der Künstler« in den 70er Jahren manch vielversprechendes Plattenkonzept kaputt produziert hat. *Broken concepts, broken singers, broken songs.*

Der Zustand der Welt ist zum Erbarmen. Oh Mercy. Dylans Weltsicht ist düster: *»We live in a political world / where life is a mess / and death is a business« .* Dylan war nie der Sänger eines historischen Optimismus; auch nicht der Sänger einer geschichtspessimistischen Hoffnungslosigkeit. Die Zeiten ändern sich und mit ihnen die Bedeutungsinhalte ihrer Lieder. Und so bleibt – bis zum nächstenmal – von der Aufbruchshoffnung einer rebellischen Generation die richtige wie banale Feststellung: *The Times They Are A-Changing.* Auffallend viele Kritiker sehen in *»Oh Mercy«* Dylans Alterswerk. Tatsächlich könnte der Wandel von Dylans Zeitempfinden radikaler kaum sein. *»Time passess lowly up here in the mountains – pledging my time – time is an ocean, but it end at the shore – time is a jetplane, it moves too fast – no time to think.«* Zeit ist begrenzt, Zeit ist knapp, Zeit ist Geld. Und nun ist es an der Zeit, die Sturmglocken zu läuten, denn der Hirte ist eingeschlafen, *»the mountains are f illed with lost sheeps«* und *»time is running backwards. Ring them bells.« Sol*ches Zeitempfinden ist an Alter nicht gebunden. *»Oh Mercy«* ist nicht Dylans Alterswerk. Aber ein Werk seines Alters.

Des Zeitalters.

konkret 12/89, S. 82

Dietrich Kuhlbrodt

Pickeln & Pinkeln

Bernhard Wicki (»Das Spinnennetz«) und Klaus Maria Brandauer (»Georg Elser – einer aus Deutschland«) erklären uns den Faschismus

Die Beilpicke sitzt bis zum Schaft in der weißen Stirn; der Täter wartet, bis die Kamera ganz nah herangekommen ist- dann reißt er das Eisen heraus, damit das Blut nach oben schießen kann – auch dem Publikum ins Gesicht. Denn wer in Wickis »Spinnennetz« besudelt wird, das ist die (eventuell negative) Identifikationsfigur des Films, der preußische Karrierebeamte Theodor Lohse (Ulrich Mühe). –

Das Opfer liegt mit dem Kopf in der Pißrinne des öffentlichen Aborts; die Täter warten, bis die Kamera ganz nah herangekommen ist; dann öffnen sie den Hosenschlitz, damit der Urin nach unten schießen kann – auch dem Publikum ins Gesicht. Denn wer in Brandauers »Georg Elser« besudelt wird, das ist die (eventuell positive) Identifikationsfigur des Films, der preußische Handwerker Georg Elser (Klaus Maria Brandauer).

Pickeln oder Pinkeln, wie hätten Sie's gern?, fragen diese Filme, die mit ihren plakativen Gewaltszenen um die Gunst des Filmkonsumenten wetteifern. Der geübte Verbraucher wird sich von derlei Konsumterror nicht bangemachen lassen; auch vor den Regalen des Supermarkts macht er sich sonst nicht viele Gedanken, ob der optische Aufheller in diesem Reinigungsprodukt mehr aufhellt als der andere.

Nun haben die beiden Filme, über die wir sprechen, jedoch den Anspruch, sich nicht nur verkaufen, sondern überdies die Vergangenheit bewältigen zu wollen, was schwierigerweise einen Gedanken voraussetzt. Aber weder der Wicki-, noch der Brandauerfilm klären irgendetwas auf; beim »Spinnennetz« muß man hinzufügen: im Gegenteil, so daß im folgenden zwischen dem Pickel- und dem Pinkelfilm unterschieden wird.

Wickis Film geht auf Joseph Roths Fortsetzungsroman »Das Spinnennetz« zurück, veröffentlicht in der Wiener »Arbeiterzeitung« und geschrieben vor dem Hitler-Ludendorff-Putsch. Der Matrosenaufstand von 1918 hat dem Leutnant Lohse die militärische Laufbahn verdorben. Um eine Beamtenkarriere einzuschlagen, sucht und findet er Protektion – freilich erst, nachdem er sich von einem hohen Militär hat notzüchtigen lassen. Jetzt muß er sich von einem großbürgerlichen Vater mit »Sie schwuler Arschficker« anreden lassen, aber da hält er mit: »Ich würde sagen, ich beweise Ihrem Fräulein Tochter, daß ich ein Mann bin«. Und schon reitet das Fräulein, das überdies Jüdin ist, auf ihm, dem Antisemiten, um flugs in orgiastisches Geschrei auszubrechen, womit bewiesen wäre, daß der heterosexuelle Akt auch ein Akt der Rassenversöhnung ist. – Die Beamtenkarriere hält auch der zwielichtige Jude Lenz (Brandauer) nicht auf. Da er den Weg des Karrieristen, der dann doch glücklich zu einem Sessel im Reichsinnenministerium führt, mehrfach unglücklich gekreuzt hat, wird ihm zum Schluß des Films von einer Dampflokomotive der Kopf abgefahren – freilich erst, nachdem die Kamera sich die Zeit genommen hat, ganz nah heranzukommen, um die Großaufnahme nicht zu versäumen.

Zweihundert Filmminuten für die Botschaft, eine homosexuelle Vergewaltigung Sei an allem schuld? Weitere Fragen werden abgeblockt. Sollte jemand wissen wollen, was das für ein Filz von Militär, Großkapital und Presse ist, der da Macht hat und noch mehr Macht will, wird er in diesem Pickelfilm mit der Antwort abgespeist, es handle sich um »die Organisation«. Das »Spinnennetz« ein Film über die Mafia? Auch das trägt nicht zur Aufklärung über den deutschen Faschismus bei.

Auch im einzelnen ist das, was von der Weimarer Zeit ins Bild kommt, wenig erhellend. Selbst ein Judenpogrom, das der Film in Berlins Scheunenviertel ansiedelt (es kommt im Roman nicht vor), dient nur dem Zeitkolorit. Warum schlagen die Menschen urplötzlich auf die Juden ein, die doch bloß unablässig in ihren Hinterhöfen fiedeln? Die Antwort des Films, und das ist eine originäre Leistung: Weil sie tags zuvor aufgehetzt worden sind. Der Antisemit als Opfer (einer politischen Intrige) und der Nazi als Opfer (einer Notzucht). Die Täter: Mafiosi. Der historische Zusammenhang: seines Inhalts beraubt, allenfalls auf seinen Nostalgiewert reduziert. Ein Künstler ruft DADA aus, ein anderer (Alfred Hrdlicka) engagiert sich politisch, – sie werden im Film lediglich als Staffage gebraucht. Wicki hat planvoll die Realitätspartikel, soweit es sie überhaupt gibt, in Filmrealität überführt. Dabei geraten ihm Uniformen zu Kostümen, Waffen zur Requisite, Mord zum Drama und Analyse zum Plot.

Für die knallbunten Bilder (Kamera: Gerard Vandenberg) ist die Szene perfekt ausgeleuchtet, bereit für den großen Auftritt. Die Nostalgieautos, blitzsauber. Die Uniformen, funkelnd. Die Toilette der Damen, prächtig. Die Armut, dekorativ. Die Musik müßte man vielleicht noch ändern, aber dann hätten wir sie, die Vergangenheitsbewältigungsoperette. Wickis herrische Regie läßt auftreten, antreten und vortreten. Die filmrealistische Ästhetik erlaubt keine Fragen. Mit dem Pickelfilm präsentiert Wicki, stolz auf seinen Besitz, Jagdbeute, Trophäen, Ausgestopftes; es ist die Strategie der Vermarktung, denn auch der Verleih proudly presents und so weiter. Und es ist die Strategie biografischer Entäußerung, mit der Großwildjäger Wicki den Interviewern, die ihn in seinem Heim besuchen, Bewunderung für erlegtes, aber ausgestopftes Großwild, vor allem für die kapitalen Riesenhirsche abnötigt.

Was schließlich an der Wand bzw. am Schluß des Films hängt, stellt sich nicht zur Diskussion. Was treibt der beamtete Kannengießer nachts auf dem Bahnhof? Warum gießt er aus einer Kanne Wasser auf eine mit Wasser begossene Fläche? Welcher vergessene Service der Deutschen Reichsbahn wird da wiederbelebt? Die Antwort ergibt sich lediglich aus der Funktion dieser Szene innerhalb der Schlußsequenz: Der Kannengießer dient der Einbettung einer äußerst unappetitlichen action-Szene, nämlich der detaillierten Enthauptung des Juden Lenz durch die Lokomotive der Deutschen Reichsbahn. Und die action dient wiederum dazu, das *Politodram* als *thriller zu* verkaufen.

Wird eine Polemik dem Jubilar Bernhard Wicki gerecht (er wurde soeben 70), der in jungen Jahren Kommunist war, der der Bündischen Jugend angehörte und ein halbes Jahr im KZ Sachsenhausen in der Baracke 6 saß? Und der 1959 »Die Brücke« drehte? Natürlich nicht. Aber vielleicht wird Wicki mit dem »Spinnennetz« seiner eigenen Biografie nicht gerecht. Vielleicht steckt der Fehler schon in seiner Fehlentscheidung von 1979.

Die Produktionsgeschichte des Films reicht über zwölf Jahre. Nach zwei Jahren Koproduktionsverhandlungen mit dem Kultusminister der DDR, 1979, lehnte Wicki ein Angebot des DEFA-Leiters Mädi ab, den Film als DEFA-Film in der DDR zu drehen. Stattdessen übergab er das Aufklärungsprojekt vertrauensvoll der katholischen Kirche, nämlich der Provobis-Gesellschaft, was nun wieder wundersamerweise die Zuteilung von Fördergeldern von seiten des Bundesministers des Innern und der einschlägigen Anstalt in Westberlin sowie die Beteiligung des ZDF, des französischen und italienischen Fernsehens zur Folge hatte. – Vom faschistischen Filz ist im »Spinnennetz« nicht mehr die Rede, wohl aber kann jetzt eine fernsehgerechte Serie ins Programm genommen werden. Demnächst auf der Mattscheibe.

Wenn die filmrealistische Vergangenheitsbewältigung sich vorgenommen hat, das Thema zu verwerten und zu erledigen, müssen wir nach der Vergangenheitsentfesselung fragen. In Brandauers erstem Spielfilm wird mit »Georg Elser – Einer aus Deutschland« bepinkelt – und gleichzeitig der Vergessenheit entrissen. Der Schreiner und Hilfsuhrmacher Elser, 35 Jahre, hatte die Zeitbombe gebastelt und gelegt, die am 8. November 1939, 21.20 Uhr, im Bürgerbräukeller inmitten der Alten Kämpfer explodierte, bloß war Hitler schon sieben Minuten vorher gegangen. Elser wurde im KZ ermordet, auferstand in einem Lehrstück von Peter Paul Zahl und schließlich auch im Roman von Stephan Sheppard (»The Artisan«), der nun wiederum nicht nur Vorlage des Brandauer-Films ist, sondern auch dessen internationalen Vertrieb sicherstellen soll, weshalb der Film in den USA reißerisch »Seven Minutes« heißen wird.

Den mutmaßlichen Bedürfnissen des amerikanischen Marktes gehorchend, verzichtet der Film beinahe völlig auf die Darstellung politischer oder historischer Zusammenhänge. Diese vorauseilende Beflissenheit beschert dem Zuschauer die Erkenntnis, daß – 1938 – die Zeit gekommen sei, in der »junge Männer wieder träumen dürfen«. Die Bedürfnisanstalt, in der sich dieser Traum verwirklicht wird jedoch für den Zuschauer zum Ort der Empörung, denn selbstverständlich ist es ungehörig, daß junge Männer urinierenderweise jemanden zur Einhaltung der vorgeschriebenen Grußform veranlassen.

Der Pinkelfilm selbst wird schwerlich das Verständnis dessen befördern, was der Faschismus zur Tatzeit war. Wohl aber beschreibt er mit hinreichender Genauigkeit die fortgesetzte Verletzung der Menschenwürde eines aus Deutschland, der sich schließlich entscheidet, Terrorist zu werden. Sieht man von einer aufgesetzten und dramaturgisch herzlich schlecht funktionierenden Liebesgeschichte ab sowie vom US-Nazi-Klischee des Brian Dennehy (er bringt in seine Rolle Erfahrungen ein, die er als Footballstar, Vietnamkämpfer und US-Mariner gesammelt hat, seine Rollen in »Rambo« und »Staatsanwälte küßt man nicht« nicht zu vergessen), – sieht man also von dem ab, was über den Faschismus aufklären könnte, bräche man das Klischee auf, dann bleibt im Brandauer-Film die passable und penible Beschreibung einer Menschenrechtsverletzung samt einer individuellen und den Gerechtigkeitssinn des Betrachters befriedigenden Reaktion.

Brandauer spielt den Georg Elser erfreulich unmaniristisch. Der Arbeiter, der den Film hindurch die Bombe baut und plaziert, demonstriert eindrucksvolle manuelle Geschicklichkeit. Freilich hat er nur einen, aber dafür großen Gedanken, nämlich dazu berufen zu sein, aus *humanitären* Gründen dem braunen Spuk ein Ende zu bereiten. Auf sein Schlußwort – »Einer mußte es ja tun« – zielt die Dramaturgie des Films. Der individualistische Widerstand ist einwandfrei unpolitisch, in höchstem Maße integer und für die Nachgeborenen vorbildlich, denn wo bleibt heute die Selbstcourage?

Fehl am Platze wäre eine ironische Betrachtung, wenn es nur darum ginge, dem historischen Georg Elser gerecht zu werden. Abgesehen davon, daß Brandauer offenbar nichts Näheres von ihm weiß taugt auch in diesem Fall das pädagogische Projekt nichts, das der Film sich vorgenommen hat. Elser wollte eine personelle Reform des Naziregimes, Hitler weg, Heß her oder ähnlich. Er hätte darüber mit jemandem reden sollen oder jemand mit ihm. Und warum genau das nicht möglich war, zeigt der Film, indem er kaum jemanden zu Wort kommen läßt und vorführt, was sprachlos macht. Der Vorgang des Verstummens wird in Brandauers Film bildhaft, die Antikarriere seines Helden hat den Klimax in der (Selbst-)Zerstörung, das Pinkeln setzt einen, wenn auch bescheidenen, Erkenntnisprozeß in Bewegung. Die Brauntöne der Kamera (Lajos Koltai) geben eine allgegenwärtige Bedrohung wieder. Nichts ist ausgeleuchtet, nichts bunt, nichts erledigt, nichts auf *action* reduziert.

Der Film mit der humanitären Botschaft ist human und schön und schon wieder zeitlos und jenseits von Fa- und Antifaschismus. – Um auf die Frage vom Anfang zurückzukommen: Das Pinkeln nützt wenig, das Pickeln gar nichts.

konkret 12/89, S. 84

Herr Thömmes

»tüüt, tüüt«

Kaum war das europäische Haus fertig, kam der Dialog – und fegte es weg

Jetzt also auch Egon Krenz. Obwohl, was hätte er denn sonst machen sollen? Krenz war Stalinist, ein Zögling Erich Honeckers. Keiner wollte ihn. Die Erbsünde! Dann hat er entschlossen zugegriffen und in seiner Antrittsrede als Staatsratsvorsitzender gesagt: »Der Dialog dient dem.« (Der Satz, zugegeben aus dem Zusammenhang gerissen, gewinnt gesprochen bedeutend an Charme.) Zudem stellte er den »freimütigen Dialog« in Aussicht, wollte künftig »durch alle Formen des Dialogs« ausschließen, daß Menschen mit Knüppeln auf die Nase kriegen. Um einen »sachlichen Dialog« sollte es sich handeln (alle Zitate aus der »taz«; hier: 25.10.)

Viermal Dialog in einer Rede, damit war Egon Krenz vorläufig gerettet. Nicht, daß er damit zum *Hoffnungsträger* wurde. Aber immerhin, zum *Übergangskandidaten* langte es. Mit vier Worten gewann er jene Portion Glaubwürdigkeit, die so wichtig ist für einen Politiker, in 0st und West.

So schnell geht Entstalinisierung. Warum auch nicht, die Entnazifizierung ging auch zügig, seinerzeit. Er hat ja schon immer anders gedacht (wie viele andere auch), konnte es nur nicht laut sagen. Wegen Honecker. Jedenfalls freuen wir uns alle über die »Intensivierung der jüngsten Dialogoffensive« (25.10.).

Obwohl der Dialog der Feind des europäischen Hauses ist. Das nämlich schien unschlagbar weit vorn für die Wahl zum 'Wort des Jahres 1989'. Dann kam, gleichsam aus dem Nichts, der Dialog. Säße ich in der Jury, er würde gewinnen.

Man erinnert sich ja kaum noch an ihn. Das letzte Mal tauchte er auf beim Hungerstreik der politischen Gefangenen. Der Staat wollte ihn damals nicht so recht, die Einsitzenden wollten ihn nur unter bestimmten Bedingungen, und Antje Vollmer wollte ihn mit allen. An der Situation im Knast hat sich bis heute nur unwesentliches geändert. Allzuviel Vertrauen verdient der Dialog mithin nicht.

Wenn etwas schnell und praktisch gelöst werden soll. hat er sowieso wenig Chancen. Als in Prag und Warschau zu Tausenden Bürger der DDR in bundesdeutschen Botschaften sich stapelten, wurde lieber zum »Gespräch« (16.9.) gegriffen. Mit dem Ergebnis, daß alle ausreisen konnten.

Möglicherweise liegt das daran, daß der Dialog seltener *eröffnet* oder *geführt,* häufiger dagegen *gefordert* beziehungsweise *eingeklagt* wird. Grund könnte auch sein, daß der Dialog nie zwischen Gleichen stattfindet, sondern immer zwischen Oben und Unten. Der DDR-Schriftsteller Lutz Rathenow hat es gemerkt: »Der Dialog fällt den Mächtigen sehr schwer« (13.10.). Möglicherweise aber ist das Wesen des Dialogs einfach noch unbekannt.

Bisher im Angebot: »Ruhiger Dialog«, »offener Dialog«, »kritischer Dialog« (13.9., Jens Reich, Neues Forum). »Sachlicher Dialog« (13.10.; SED-Politbüro). »Längst überfälliger Dialog« (19.10.; AL). »Friedlicher Dialog« (11.10.; SED-Funktionäre). »Vertrauensvoller, überlegter, vernünftiger Dialog« (28.9.; Stefan Hermlin). »Gesellschaftlicher Dialog« (9.10.; Neues Forum). »Öffentlicher Dialog« (22.9.; DDR-Rockmusiker). »Dialogansätze« (13.10.; Klaus Hartung). »Demokratischer Dialog« (22.9.; DDR-Schriftsteller). »Inhaltlicher Dialog« (3.10.; Pfarrer Eppelmann). »Gezerre um den Dialog«, »Reformdialog«, »Dialogbereitschaft der Partei«, »Dialogbedingungen« (14.10.).

Mein ganz persönlicher Liebling: »Bürgermeister-Dialog« (19. 10.).

Die Verwirrung ist groß, und man kann es einem langjährigen Chefideologen wie Kurt (»Tapeten«) Hager nicht verübeln, wenn er sie nutzen wollte. Etwas später allerdings kam sein »Die SED hat den Dialog erfunden« (14.10.). Es war einen Versuch wert, alter Schlingel, aber der Blick ins *Etymologische Wörterbuch* (Kluge) straft dich Lügen: »...erscheint nach Lukians Vorbild in der lat. Form *dialogus* im Titel deutscher Schriften der Reformationszeit.« Eben, und später erschien der Dialog vornehmlich im Theater, als Wechselrede. Etwa dergestalt:

Krenz (vom Podium beim Alexanderplatz): *So geht nach Hause denn, wir werden beim Regieren immer an euch denken.*

Volk: Nein, nein, du hast unser Vertrauen länger nicht.

Krenz Nimmermehr?

Volk: Nimmermehr, nimmermehr!

(Vorhang)

Die Dinge entwickeln sich rasch, wer wollte da nicht dabei sein? Man kann es ja immerhin mal probieren. Die realsozialistische SEW in Berlin (West) wird ihre »Wahrheit« einstellen, die täglich erscheint, um ab 1.12. mit der »Neuen Zeitung« auf dem Markt zu sein. Frage an einen verantwortlichen Redakteur: Und wie wird es denn aussehen, das neue Blatt? Ganz klar: »Dem Dialog um die lokalen und globalen Fragen« der Stadt gewidmet, kurzum, eine »Zeitung des Dialogs«, was erreicht werden wird durch – ja, ja – »dialogbetonte journalistische Formen«.

Sonst noch zu haben: »Sogenannter Dialog« (18.10.). »Dialogpartner« (16.9.; Parrer Richter). »Dialog der Vernunft« (2.10.; Christa Wolf). »Dialogbereitschaft« (18.10.). »Harmonischer Dialogauftakt, offizieller Dialog« (16.10.). »Gleichberechtigter Dialog«, Forderung: »Institutionalisierung des Dialogs« (18.10.).

Es ist – wieder einmal – der »Bildzeitung« zu verdanken, daß sich die Nebel lichten und plastisch wird, wie ein Dialog ganz praktisch aussehen kann: tüüt, tüüt, *Krenz ruft bei Kohl an.* Und der Oggersheimer? »Bin zu allem bereit.« Zu allem?

Am 21.10. wird der gesamtdeutsche Markt zu eng, selbst Europa reicht nicht mehr: Es kommt zum Dialogexport. Die »taz« auf ihrer Seite 1: »Kolumbien: Keine Alternative zum Dialog.« Das 'Tagesthema' der dritten Seite widmet sich dem »Kokain-Dialog, der scheiterte«, im Vorspann »scheint der Dialog solange unmöglich«, bis er in der Überschrift des Interviews wieder auftaucht (»Dialog vor der totalen Zerstörung«), um über die Unterzeile (»zum Dialog mit den Kokain-Bossen«) in die erste Frage zu kriechen: »Sie haben sich für einen Dialog mit...« Dafür drei Bildunterschriften ohne jeden Dialog. Kleine Nachlässigkeit?

Bisher noch nirgendwo gelesen und von mir zur jederzeitigen Verwendung freigegeben: *Dialog-Kultur, Dialogbedarf Dialog-GipfeL* (Wie heißen die am Dialog Beteiligten? – Diathleten?)

Es geht nicht ohne, soviel scheint klar, und weil »die entscheidende Form der Einflul3nahme der Dialog« ist (3.10.; Pfarrer Eppelmann) müßte das Neue Forum »antreten, den Dialog in Gang zu setzen« (5.10.), wenn auch »der Staat nicht begriffen hat, was Dialog heißt« (18.10.; Neues Forum). Hat er doch, was Egon Krenz beweist, denn der will nur den »Dialog mit allen, die auf dem Boden der Verfassung stehen« (26.10.), weshalb ihn Wolfgang Mischnik, der FDP-Fraktionschef aus Bonn, kurz aber kräftig am Ohr zieht: »Dialog mit allen«! Wie bei sich zuhaus im Westen?

Im Ausverkauf: »Prozeß des Dialogs« (19.9.). »Minimalforderungen eines Dialogs«, »Dialogangebote«, »Dialog-Appelle« (11.10.). »Qualität und Verbindlichkeit des Dialogs« (13.10.). »Dialog-Strategie« (6.11.). »Breiter Dialog« (16.10.). »Dialog auf der Straße«, Definition des »echten Dialogs«, »gewaltloser Dialog«, »konkreter Dialog-Versuch«, »Zukunft des Dialogs«, »Dialogergebnisse« (19.10.). »halbherziger Dialog«, »staalich organisierter Dialog«, »Dialog mit den Bürgern« (18.10.).

Herr, erbarme dich. Hörst du das Klagen des gläubigen Protestanten Erhard Eppler, angestimmt über den »jämmerlichen Wortschatz« (»SZ«, 23.10.) bundesdeutscher Politiker vor der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt? Und was ist, o Herr, mit der Hoffnung der Akademie der Künste (DDR), daß »eine Ritualisierung der politischen Sprache zu überwinden wäre, die häufig den gemeinten Sinn nicht mehr trägt« (13.10.)? – Nichts? Geht dich absolut nichts an?

Der Teufel soll dich holen!

Herr Thömmes ist Sportredakteur der »tageszeitung«

Konkret 12/89, S. 86

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

I. Wahnsinn? Wahnsinn!

Haben wir nicht alle mitgeweint, als uns die Bilder mit den aus den Seitenrunterfenstern der gedankenlosholzkopfhaftverblödetsüß »Trabbi« genannten Giftkübel »Waaaahnsinn, Waaaahnsinn« reinschluchzenden »Deutschen« (und zwar zwoter Klasse!) zugespielt wurden, immer und immer wieder? Eine Eilumfrage unter den Lesern dieser eiskalten Zeitschrift gegen Hirntemperaturen über 36komma 9 ergab: Viele haben mitgeweiheint, vielen floß die Soße auße Oogen (ums mal balinerisch zu saren, wa?!). Sie seien jedoch an dieser Stelle ebensowenig getadelt, wie jene belobigt, welche, im katatonischen Blick auf die Slums von Manila, Bogota, Kalkutta und anderer »a's« die Erschütterung über das von mir persönlich aus gesehen absolut machbare Kudammgeflenne der Leipzigerallerlei- und Dresdner-Christstollenbrüderundschwestern in denn dann doch unüberwindbaren Grenzen zu halten sich mühten (über den Sinn der Mauer demnächst mehr zu diesem Theater).

II. Ehrenwort!

Als der Genosse Schabowski am 9.11. vorsätzlich unterkühlt sowie einen Fussel vom Anzug zupfend wie nichts oder wie restlos nebenbei den Nasenrücken mit dem Zeigefinger polierend die Sache mit »Die Mauer is auf! « so irgendwie en passent nachblätternd (»ach, wo steht denn das gleich wieder, ich hatte das doch irgendwo... ach, da ham wers ja ...) der auf aus kubanischen Edelhölzern geschnittnen Bänken lungernden Westweltpresse steckte, da durchzuckte es mich (Ehrenwort!) stantepede (vom Affen über die Menschwerdung bis zur Verlautbarungskunst der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands): Warum, Hammer-, Ähren- und Zirkelmacht lässest du da jetzt nicht den historischen Boten einreiten mit der Wundertüte in der Meißner Schale und Schabowski sagt: Entschuldigung, das ist, raschl raschl, kleine Pause, eine Botschaft von ehüm, äh, a, richtich, von Egon Krenz, wolln wir gleich mal aufmachen, kleine Pause, Lektüre, morgendämmerndes Erstaunen, Sammeln, innerlich, aber mer siehts, und dann, das Mikro beiseit, denn wir brauchen kein Mikro, das machen wir dann schon selber: Meine Damen und Herren, surprise, surprise (für die unter uns des Englischen Mächtigen) - in, Uhrenvergleich: keinen 71 Minuten kann jeder Bürger der Deutschen Demokratischen sein Müsli da nehmen, wo die Sonne untergeht (o.s.ä.).

Aber nein, es muß Pressekonferenz mit internationalem Weltniveau gespielt werden. Und damit ist natürlich in Zukunft (siehe Vergangenheit) kein sinnenfroher Sozialismus hinzuzaubern. Peng.

III. SEW und DKP: Zum Appell!

Ach, SEW-Kreisverband Charlottenburg, das war nicht zu machen? Daß du auf dem Kudamm ein paar Tapeziertische mit Glühwein und Info-Materialien aus der sozialistischen Diaspora für die Zonen-Besucher aufstellst? Und du, DKP Helmstedt, hast dich auch nicht blicken lassen vor den Begrüßungsgeldschaltern. Macht nur weiter so. Und die Internationale hat das Menschenrecht auf Dämlichkeit auch schon erkämpft. Oder verwirkt. Oder wie oder was.

IV. Ananas

Ich wußte tiefinnen, daß sie in Westberlin Kaffee verschenken würden. An die Zonenleute,

Also keinen Kaugummi, sondern Kaffee. Und so geschahs. Die Zonenleute mußten das Dokument des Grauens, den blauen Ausweis hochrecken, und dann schmissen ihnen Lohnabhängige der Firma Kaiser-Kaffee ein Pfund K. zu. Ganz in der Nähe stand Marshall Herrhausen von der Deutschen Bank und machte lächelnd seinen Plan.

V. Ja so sans, de Dichter

Der in der BRD lebende Dichter E. Loest (früher Leipzig) und der in der DDR zuhausne Dichter R. Schneider teilen in der »Süddeutschen« bzw. in der »Frankfurter Rundschau« unaufgeregt mit, daß in der Zone (falsch ausgedrückt, d. Verf.) demnächst eine »Austerity« ausbrechen bzw. »ein« Kapitalismus einreißen werde und zwar »fürchterlich«. Und daß »man« dagegen nichts machen könne, »irgendwie«. Tja, »WIR SIND DAS VOLK«, und dann bricht der Kaviar bzw. die Austerity aus gegen den subv. Brotpreis wie der Leu aus dem Leipziger Zoo, und das gibt aber dann ein sozialistisches Helau mit Reisefrechheit und allem dran und drum.

VI. Ein Vers, den man sich merken sollte

Die Reisefreiheiten kommen und gehen.

Aber die Klasse und ihr Standpunkt bleiben bestehen.

VII. Aufruf der sich ein Viertes Deutsches Reich aufs aber hallo entschiedenste Verbittenden

· In Erwägung, daß das auf dem Rücken des Auslands zusammengevögelte Deutsche Reich außer einem an Deutsch-Südwest u.a. warmen Plätzen an der Ausbeutungstafel orientierten sowie einen auf die Versklavung der Slawen, die Ausrottung der Juden und ein bißchen Brandschatzen größerer Gegenden und Umbringen ihrer Bewohnerschaften zielenden Wiederholungsweltkrieg nichts wie Blödsinn, Jux und Tollerei im Schädel gehabt hat

· In Erwägung, daß die Antihitlerkoalition in weisem Wissen um die Unbelehrbarkeit dieses blähsüchtigen Dings, das Deutsche Reich in den aufsteigenden Grenzen von 1935, 38, 39, 40, 41 und 42 sowie den absteigenden von 43, 44 und 45 ein für alle mal (krach, aus!) zerschlagen hat

· In Erwägung, daß die »Deutsche Frage« mithin ebensowenig offen ist wie ein Arsch mit Abitur und Anstand

Fordern die Unterzeichnenden die sich rotzfrech, demutslos und unverschämt aufführende BRD, vertreten durch das aktuelle Regime, auf, den in die Revanche zum IV. Reich verwickelten souveränen Staaten DDR, CSSR, VR Polen, UdSSR sowie Republik Österreich feierlichgebührenpflichtig zu erklären, daß Schluß ist mit dem Scheißdreck »Deutsche Frage« und dem Gieren nach Cheb, Wroclaw, Sceczin, Kaliningrad sowie St. Pölten.

Für die BRD: *Franz Beckenbauer*

Für die Republik Österreich: *Peter Alexander*

Für die Deutsche Demokratische Republik: Natürlich *Egon Krenz, wer sonst*

Für die CSSR: *The brave soldier Schwejk*

Für Poland: *Woijtila*

Wollen Sie bei dieser hübschen sinnvollen Sache mitmachen, unterschreiben Sie hier

....
....
....

und schicken Sie's an den Obengefertigten

konkret 12/89, S. 88

Ernst Kahl

Exklusiv-Raubdruck

Ein Kapitel des jüngst im Verlag am Galgenberg erschienenen neuen Bestarium Perversum von Ernst Kahl trägt die Überschrift Das Tier im Krieg. Kongretchen veröffentlicht daraus ohne freundliche Autorengenehmigung Fragmente einer Zoogeschichte

Im zoologischen Garten war wieder Ruhe eingekehrt. Noch während des Luftalarms hatte der Direktor die im Katastrophenplan vorgeschriebenen Massnahmen angeordnet, und bevor die Zoosirene ihren letzten Ton aushauchte, hockten Grizzly, Tiger, Löwe, das angriffslustige Warzenschwein, kurz, sämtliche Beiß- und Reißtiere in ihren Schutzkäfigen im Hoch-Bunkergehege, wo ein bewaffnetes Kommando bereitstand, sie notfalls zu erschießen. Der Direktor nahm den Telefonhörer zur Hand und machte letzte Kontrollabrufe: »Affenhaus, bitte melden! « »Hier Äffenhaus, hier Äffenhaus! Povione unruich, werfen mit Sänd!« »Sonst weiter nichts?« »Sonns nix, Herr Derekter!!« »Lassen Sie sie werfen« »Werd gemächt, Herr Derekter.« »Elefantenhaus, bitte kommen!« Elefantenhaus, allns in Ordnung, heil Hitlä!« »Tropenhaus!« »Hier Tropenhaus, keine besonderen Vorkommnisse!« »Müller, ist das Leuchtfischaquarium zugedeckt?« »Leuchtfischaquareon zugedeckt, Herr Derekter, allns normal!«

Schlagartig herrschte Dämmerung auf dem Gelände. »Etwas früh, finden Sie nicht?« meckerte der Waschbär, wo die Mähnenratte gerade ihre Nasenspitze aus der Kunstfelshöhlenöffnung steckte und mißmutig die Fährte eines Pampashasen beschnüffelte, der sich bei tagschlafener Zeit erfrecht hatte, ihr Terrain zu entheiligen. Der

Waschbär richtete sich auf, spuckte in die Pfoten und begann mit dem Putzen der Gitterstäbe. »Also«, fuhr er fort, »wenn Sie mich fragen, höchste Zeit, daß Ordnung in diesen Laden kommt. Mal schalten sie's Licht aus um fünf, dann wieder um acht, dann geht's an um Mitternacht, oder sie machen's aus, und es ist taghell und zwischendurch immer wieder dieser Krach!« Er öffnete die Pfoten, ließ Feuchtes ein und nahm sich die nächsten, kein Käfig hier reichte in Punkto Glanz an den seinen heran, Stäbe vor und zeterte: »Mein Rhythmus ist schon ganz durcheinander ! Tagsüber schlaf ich schlecht, nachts bin ich schlapp. Wenn die so weitermachen, nicht mehr lange, und ich bin reif für 'ne Kur, ich sage Ihnen!« Die Mähnenratte schwieg. Das ständige Genörgel des Nachbarn ging ihr auf die Nerven, und außerdem mußte sie feststellen, daß sie vom Pampashasen bestohlen worden war. Dieser sich bei Tageslicht in die Käfige der Nachtaktiven zwängende, gewissenlose Vegetarier und Freigänger hatte ihren schönen Freitags-Stinkefisch sicher schon bei irgendwelchen Allesfressern gegen eine Moorrübe eingetauscht. Hungrig legte sie ihren Kopf in das leere Futtertröglein und begann so herzzerreissend zu schluchzen, daß der Waschbär in seiner Arbeit innehielt. Er spitzte die Ohren.

Da war's wieder, dieses Geräusch, das er des öfteren schon vernommen, und doch hatte er nie erraten können, woher und von wem es stammte. Der Waschbär richtete sich auf, reckte den Kopf in die Höhe und sicherte. Richtig, es brummte wieder mal wie hundert, nein, wie tausendfacher Hummelflug. Doch so sehr er seine finsterniserprobten Lichter auch bemühte, nichts konnte er entdecken. Es mußte von weit, weit draußen kommen und von hoch, hoch oben.

»Aasverkauf! Aasverkauf« Die Mähnenratte zuckte zusammen. Oh, wie sie diese Stimme haßte. Sie schoß zum Gitter, und richtig, bei der großen Voliere, zu weit für einen Steinwurf, stand er, der verhaßte Pampashase und hielt den geraubten Stinkefisch und die vier totgeborenen Meerkatzen feil. Die trug er auf dem Rücken in einer Kiepe, welche er sich aus dem Brustkörblein eines Biberskelettes gebastelt hatte. »Aasverkauf, Totgeborenes!«

Auf dem höchsten Arm des Volierenkandelabers thronte Kuno Kaiseradler und ärgerte sich über den abendlichen Ruhestörer. Keine drei Sekunden würde er diese Nervensäge geduldet haben, gekrallt hätte er ihn sich und wäre ihm in einer Höhe von sagen wir mal zwei Kilometern übers marktschreierische Maul geflogen. Aber er war leidergottes gefangen, und drum blieb ihm nur die Wahl, den da unten mit einer zwar unstandesgemäßen, jedoch exterritorial hundertprozentig effektiven Waffe in die Flucht zu schlagen. Der Adler stellte seine Atmung ein und ging in Stellung. Als nächstes legte er den Kopf über die Schulter. Dann hob er das rechte Lid, spitzte die Kloakenkanüle, preßte und Peng! In diesem Augenblick schwebte Gert Geier schulmäßig abwärtsspiralend in die Schußlinie, verlor in Nullkommanix die Luft unter den Schwingen, überschlug sich und plumpste bäuchling auf den Volierenboden, über und über besprenkelt mit weißem Kot! Hatte er sich verletzt? War er hinüber? Gert erwachte aus flacher Bewußtlosigkeit und legte sich benommen auf die Seite. »Wer war das?« Aus halbgeöffnetem Auge wanderte sein Blick nach oben. Da hockten die grinsenden Ölgötzen auf ihren Ästen und hechelten. »Nicht in diesem Ton, du Bruchpilot, elender!« keifte der sperlingsgroße Wespenadler, und Kuno betrommelte mit den Krallen sein Musikhölzchen, was sehr bedrohlich klang. Es war dicke Luft, so dick, daß der saubergebliebene Pampashase sie kaum mehr durch seine schmalen Nüstern kriegte. Als ihm dann noch einfiel, daß es hier wahrscheinlich nichts als Federschmuck und Knochenrasseln, aber ganz gewiß kein frisches Gemüse einzutauschen gäbe, trollte er sich hinüber zu den Hängebauchschweinen.

Gert stand mittlerweile, etwas wackelig zwar, aber wieder auf den Beinen. Sein Gefieder glich dem eines singalesischen Perlhuhns. Um es vom Kot zu befreien, spreizte er die Federn und hüpfte, jede einzelne schüttelnd, auf und ab. Die über ihm amüsierte das. »Ugah, Ugah«, machte die Uhuhenne, und der Katzenaar kreischte: »Heh, Kleiner Schwarzfußindianer

auf großem Kriegspfad«, worauf die ganze Korona in ein solches Krakehle ausbrach, daß Gert seine Säuberungsbemühungen einstellte und zum Kandelaberstamme schlich, um dessen Fuß in verzögertem Stechschritt zu umkreisen. Was war das bloß für ein Leben! Der einzige aasfressende Insasse der Voliere hatte es nicht leicht bei den hochschnäbeligen Raubgreifen. Ausgeschlossen von ihren politischen Versammlungen, ohne Rederecht bei ihren wöchentlichen Karnevalssitzungen und ohne Aussicht auf Mitgliedschaft im Kunstflugverein, fristete er das Leben eines Parias.

Mochte er, um ihre Gunst zu gewinnen, auch noch so herrliche Witze reißen, sie verkniffen sich das Gackern. Sie stahlen sein Totfutter, um damit Fangen zu spielen, sie zerhackten seinen von der Mutter ererbten Schlafast, so daß er nur noch fliegend schlief, und überall auf dem Boden, wo er Ruhe zu finden hoffte, hielten sie schnurstracks ihre Turniere ab.

»Heh! Fliegenpilz!« krähte der Kaiseradler, »wenn da unten nicht soforrrt Schluß is mit Getrampfel, gibt's ne Stinkbombe ! « Gert Geier hörte es nicht . Die englischen Flugzeuge waren jetzt über ihnen, und das Dröhnen der Motoren ließ das Volierengitter vibrieren. Nebenan erwachte Titus, der Papagei in seinem Zwiebelkäfig und begann sofort mit dem Singen eines Liedes, das ihm ein junger Wächter und Bibelforscher beigebracht, bevor sie ihn ins KZ eingeliefert: »Vom Himmel hoch, da komm ich her...«, weiter kam er nicht.

Sämtliche Beiß- und Reißtiere lagen tot in der Hochbunkerruine. Das Dach hatte der Explosion einer Luftmine nicht standhalten können und war eingestürzt. Um jeden Ausbruchsversuch der panischen Bestien zu verhindern, hatte das Erschießungskommando ganze Arbeit leisten müssen. Phosphorkanister schlugen auf das Tropenhaus. Meterhohe Flammen züngelten in den Himmel und machten die Nacht taghell. »Prost Neujahr!« keuchte der vollbeladene Pampashase, als er, auf dem Weg zu seinem Depot, die Hinterbeine eingeknickt, in kraftvollem Paßgange die Käfige der Nachtaktiven passierte. Der Waschbär stutzte. Dann setzte er sein aufgeregtes Hüpfen an blankgewienerter Gitterwand fort: »Ich sag's ja«, zeterte er, »ich werd hier noch wahnsinnig!« Im Sprunge schaute er hinüber zur Mähnenratte und erschrak. Diese hatte sich, die Gefahr ahnend, hurtig in Sicherheit bringen wollen, als scharfkantige Metallsplitter ihren Weg zur Höhle schnitten, und nun lag sie da, mit aufgerissenem Leib und geschlossenen Augen, die Pfötchen mechanisch im Sande vor und zurückrudernd, als wollte sie sich einen Fluchtgang graben. Ihre Bewegungen wurden stockender und langsamer, schließlich war gar nichts mehr. »Oh«, murmelte der Waschbär. Er konnte nicht behaupten, daß sie ihm ans Herz gewachsen war, aber sie hatten sich aneinander gewöhnt, ihre Nachbarschaft war nicht die schlechteste. Und nun sollte sie sich ohne vorherige Ankündigung so mir nichts dir nichts verabschiedet haben? Der Waschbär rüttelte an den Stäben und jammerte: »Das können Sie mir doch nicht antun ! He ! Frau Nachbarin ! Kommen Sie zu sich!« Doch zum Trauern war's nicht die rechte Zeit. Puiii... pfiff etwas über seinen Kopf hinweg und schlug im bayrischen Meerschweinchenmodelldorf ein. Dessen Bewohner purzelten aus ihren Häuschen und rannten, Kinder und Greise, Verletzte und Tote zurücklassend, ins Kirchlein, das gleich darauf durch den Tritt einer geblendet umherirrenden, brandwundenübersäten Elefantenkuh dem Erdboden gleich gemacht wurde. Da nahm der Waschbär den Stein vom Notausgang und zwängte sich in den engen Tunnel, den er einst heimlich gewühlt. Wenig später schob er die gut getarnte Grassode hinter der Zoomauer beiseite, und in nervösem Zickzacklauf, vorbei an brennenden Häusern, durch aufgerissene Straßen, verschwand er auf Nimmerwiedersehen in dem Wald hinter der Grenze der Stadt.

Das Krachen der berstenden Bomben übertönte die Schmerzensschreie der Tiere. Die Büffelhütte sackte zusammen, die Wände des Antilopenhauses brachen auseinander, und das Dach des Affenhauses fiel nach innen. Brennende Balken begruben die kreischenden Schimpansen. Aus dem Aquarium schlugen Flammen hervor. Das Wasser der Meeresbecken strömte in den Besucherraum. Fische und Schlangen erstickten in den Rauchschwaden ihrer brennenden Unterkünfte, und mit lautem Knall zerplatzten die dicken Scheiben der Terrarien. Lamas, Kamele, Rinder und Hirsche rasten in wahnsinniger Furcht durch den Zoo, übersprangen Zäune und Gräben. Von den Kugeln aus dem Gewehr des Inspektors getroffen, brach ein verwundeter Elefantenbulle am Seelöwenteich zusammen. Rauch hüllte den Leichnam des Riesen ein. Mitten in diesem Inferno stieß Susi Stinktier, ihr Hinterteil einer Blindgängerbombe zugewandt, drohende Laute aus. Dieses sinnlose wie tapfere Gebaren fand das Interesse von Gert Geier. Er hockte tiefgeduckt am Boden der noch unversehrten Voliere. Vier Meter höher, auf dem Gemeinschaftsast, zitterte ein Konglomerat aus todesängstlichen Hagestolzen. Sie waren dicht zusammengerückt und klapperten, was bei diesem Lärm natürlich niemand hörte, mit ihren Schnäbeln wie die Störche! Auf heißem Lufthauch schwebten einige angesengte bunte Federn durchs Gitter. Mehr hatte Papagei Titus, den es als ersten getroffen, von sich nicht übriggelassen. Gert ließ die Flügel hinunter und spielte mit dem Gedanken, die Gunst der Stunde zu nutzen und sich aufzuschwingen. So lange schon hatte er nicht mehr auf einem Aste Platz nehmen dürfen, und die da oben waren doch genug mit sich selbst beschäftigt, als daß sie registrieren würden, wenn er sich neben sie setzte. Schon fuhr er die Flügel aus und warf den Motor an, da durchstieß eine Sprengbombe die Voliere. . .

konkret 12/89, S. 90

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Der Tod des Unternehmers Rudolf von Bennigsen-Foerder in Zahlen (z. Zt. gültige Preisliste für Familienanzeigen in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«):

- *»Er war mein Leben« (Johanna u Bennigsen-Foerder geb. Wirmer) 5.524 DM*
- *»Sein Leben war unbedingter Einsatz« (Veba AC Aufsichtsrat, Vorstand und Mitarbeiter) 5.524 DM*
- *»Er war der Mittelpunkt unseres unternehmerischen Schaffens« (Preussen Elektra Aktiengesellschaft) 5.524 DM*
- *»SeinunternehmerischesHandeln stand im Einklang« (Veba Kraftwerke Ruhr AG) 5.524 DM*
- *»Er hat wie kein anderer unser Unternehmen geprägt« (Alle Mitarbeiter der Hüls-Gruppe) 5.524 DM*
- *»Mit ihm verlieren wir die überragende Persönlichkeit« (Stinnes AG) 5.524 DM*
- *»Er wird uns sehr fehlen« (Berliner Bewag Kraft- und Licht-Aktiengesellschaft) 5.524 DM*
- *»Wir verdanken ihm viel« (Hapag Lloyd Aktiengesellschaft) 5.524 DM*
- *»Der Tod hat seiner Arbeit ein plötzliches Ende gesetzt« (Feldmühle Nobel) 5.524 DM*
- *»Er war uns viele Jahre in Freundschaft verbunden« (Deutsche Bank) 5.524 DM*
- *»Wir verlieren mit ihm einen bewährten Freund« (Salzgitter AG) 5.524 DM*
- *»In ehrendem Gedenken« (MAN Aktiengesellschaft) 5.524 DM*
- *»Mit tiefer Betroffenheit« (Veba Opel AG) 5.524 DM*
- *»Zutiefst erschüttert über seinen allzufrühen Tod« (Allianz Aktiengesellschaft) 5.524 DM*
- *»Wir trauern um einen beispielgebenden Mann« (Initiativkreis Ruhrgebiet) 5.524 DM*
- *»Der Verlust trifft uns tief« (Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft mbH) 5.524 DM*
- *»Wir sind ihm zu Dank verpflichtet« (Deutsche Babcock AG) 2762 DM*
- *»Wir gedenken in Dankbarkeit« (Hochtief AG vorm. Gebr. Helfmann) 2.762 DM*
- *»Er hat sich hohe Verdienste erworben« (Bundesverband der deutschen Industrie) 2.762 DM*
- *»Wir trauern um eine herausragende politische Persönlichkeit« (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) 2.762 DM*

»Völlig unerwartet wurde der Verstorbene aus seinem aktiven Leben gerissen« (Hermes Kreditversicherungs-AG) 2.300 DM

•

»Er gehörte zu den herausragenden Persönlichkeiten« (Ruhrgas AG) 3.200 DM

Weitere hinterbliebene Aktiengesellschaften und betroffene Gesellschaften mit beschränkter Haftung trauerten in »Süddeutsche Zeitung«, »Welt«, »Handelsblatt«, »Frankfurter Rundschau« undsoweiter. Ich konnte mir's also ausrechnen, was er meinte, als Bennigsens noch nicht aus dem aktiven Leben, aber sonst ziemlich gerissener Kollege, die herausragende Persönlichkeit Heinz Dürr (Daimler-Benz Aktiengesellschaft), später völlig unerwartet der unmenschlichen DDR-Wirtschaft den »Spiegel« vorhielt:

Der Markt ist der Ausdruck menschlicher Wärme.

Und Dividende ist: Dankbarkeit, Betroffenheit: Kursverfall, Trauerarbeit: Vergleichsantrag.

Ein dummes Gesicht zu machen und doch einen guten Eindruck; nichts zu tun und doch edel zu wirken – dazu bedarf der Bürger des Stilisten. Wenn die Konzerne keine Mark für die von ihnen einst bis zur Vernichtung ausgebeuteten polnischen Zwangsarbeiter zahlen und ihre Direktoren doch, als Begleiter des Kanzlers, in Warschau gern gesehen werden wollen, um zu sehen, was sich aus den übriggebliebenen Polen rausholen läßt, mul3 schon ein Träger mehrerer Egon Erwin Kisch-Preise aufgeboten werden, der den Vorgang »nachgerade peinlich« finden darf, der nicht warten will, »bis die letzten gestorben sind«, um schließlich, Cato ein Cunctator gegen ihn, in den Ruf auszubrechen:

Wie auch immer, gefragt ist neben Geld und mehr oder weniger guten Worten vor allem

nämlich vor Geld und guten Worten und wenns sein muß: anstatt *unsere konkrete Phantasie.*

Das Adjektiv hat der hochdekorierte Kampfkritiker Herbert Riehl-Heyse sich bei jenen Bürgerkindern abgeguckt, die, nachdem man ihnen draufgekommen war, ihre Lust am Dabeisein hinter einer »konkreten Utopie« zu verstecken pflegten. Phantasie ist die Fähigkeit, sich vorzustellen, was sein könnte; konkrete Phantasie ist der Entschluß, das, was sein könnte, sich so begrenzt vorzustellen, daß es einem nicht mal im Traum einfällt, dafür noch eine Mark auszugeben.

Där doitsche Soldatt ist schwerstens gebeleidigt worden und kann nur durch seinen Kameraden Leserbriefschreiber gesühnt werden, zum Beispiel durch den Hans Witell aus Norderstedt (sie heißen immer so: Hans Witell, Norderstedt):

Soldaten sind keine Mörder, sie töten nur bei Verteidigung des eigenen Volkes in Notwehr. Ohne niedere Beweggründe.

Ach, Herr Hans Witell aus Norderstedt, Sie Obermeinungsgefreiter der eisernen Reserve, wie soll ich es Ihnen erklären? Nehmen Se mal Haltung an – also: Die Verteidigung Ihres eigenen Volkes aus Norderstedt und aus Notwehr war und bleibt der für die Tötung von Menschen niederste aller Beweggründe. Verstanden! Wegtreten!

Welch herbe, wahre Schönheit beseelte einst die offiziellen Erklärungen kommunistischer Organisationen: der Ausbau und die Vertiefung der Beziehungen im Geiste des Ausgleichs und der internationalen Zusammenarbeit... da zog Friede in die Herzen. Aber heute? Heute will jeder umgestaltete Pressesekretär auf Teufel komm raus auf Gottschalk raus, allen voran der Sprecher des Aul3enministeriums der UdSSR, Gennadi Gerassimow, der das Ende der Breschnew-Doktrin und den Beginn einer neuen verkünden sollte:

Diese neue sowjetische Doktrin könne als »die Frank Sinatra-Doktrin« bezeichnet werden, nach dessen Lied »I did it my way«, sagte Gerassimow.

Der kleine Gennadi in der großen Welt. Er freut sich über das Lachen und den Applaus. Zuhause wird er sagen, er sei toll rausgekommen. Ob er freiwillig nach Workuta geht, wenn er erfährt, daß das Lied, das nicht der Frank Sinatra, sondern der Paul Anka geschrieben hat, mit den Worten beginnt: And now the end is near/ And so I face the final curtain... ?

Praesentia minuit famam (in Tucholskys Übersetzung: Du mußt sie nicht kennen), und so hat mir eine persönliche Bekanntschaft, in die ich zufällig geriet, fast zwei Jahrzehnte lang die Neugier genommen, auch noch die Werke des Peter Rühmkorf kennenzulernen. Ich hatte den Mann fast schon vergessen und wollte gerade einen ersten Blick in sein allerorten gerühmtes Werk tun, da traf mich die Schlagzeile der »Hamburger Morgenpost«:

Ein gelernter Einzelgänger

Es ist der Peter Rühmkorf, der morgen sechzig Jahre alt wird.

Der Rummel um seinen 60. Geburtstag gefällt Peter Rühmkorf, »denn der Schriftsteller-Beruf macht einen doch sehr einsam. Ich arbeite sonst mönchisch in der Zelle und bewege mich in dem magischen Dreieck zwischen Övelgönne, Altonaer Bahnhof und Hertie«.

Wie zierlich so ein mönchischer Einsamer doch seine autobiographischen Notizen dem Geschmack der Boulevard-Feuilletonredaktion anzuschmiegen weiß: Mönch bei Hertie, sei erschütterbar und piss' in Schnee.

Peter Rühmkorf sitzt im Sessel, hinter sich die Elbe, vor sich die Teekanne. »Alleinsein gehört zum Beruf. Es ist ein kleiner Betrieb, in dem ich mit meiner Olympia Monika produziere. In diesem erotischen Spannungsfeld zwischen Monika und mir spielt sich alles ab.«

Erinnert der erotische Feldspanner nicht an die Margitta Hösel, wie sie ganz verträumt durch die Redaktionsräume schwebt, weil sie ihren Computer liebt? An die Spezialistin Brigitta Lange, die Hard- und Software passend aussucht, mit Disketten jongliert und den Drucker drückt? Und an all die anderen »Emma«-Frauen, die zu ihrem »Personal Computer« bereits ihr jeweils ganz persönliches Verhältnis entwickelt haben? An Monika Glöcklhofer, bei der es inzwischen geschnackelt hat? An Chefin vom Dienst Susanne Aeckerle und Redakteurin Judith Rauch? Und an Allroundfrau Ulrike Thies? Wie kommt es bloß, daß die Schäkereien feministischer Betriebsnudeln den magischen Dreiecksscherzchen eines älteren Hertie-Mönchs gleichen wie ein Rührei dem andern? Ich fürchte, ich weiß es.